
LUXEMBURG 2
GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS 2010
ALLES WIRD GUT
ALEX DEMIROVIĆ | HANSJÖRG HERR | BIRGIT STAHL | KLAUS PRIEGNITZ | SABINE NUSS | ANA MARIA LARREA
JAN REHMANN | WOLFGANG FRITZ HAUG | RAINER LAND | BEAT RINGGER | EVA ILLOUZ | MICHAEL BRIE | FALK RICHTER | KLAUS WEBER

IMPRESSUM

Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis
ISSN 1869-0424, ISBN 978-3-89965-853-8
Erscheint viermal im Jahr mit einem Jahresumfang von
mindestens 640 Druckseiten

Herausgeber: Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V.i.S.d.P.: Christina Kaindl, kaindl@rosalux.de, Tel: +49 (0)30 44310 404
Redaktion: Mario Candeias, Alex Demirović, Karin Gabbert,
Corinna Genschel, Cornelia Hildebrandt, Bernd Hüttner,
Christina Kaindl, Rainer Rilling und Catharina Schmalstieg
Für Mitarbeit an dieser Ausgabe bedanken wir uns darüber hinaus
bei Lutz Brangsch, Vanessa Lux, Silke Veth, Michael Brie.

Kontakt zur Redaktion: luxemburg@rosalux.de
Redaktionsbüro: Harry Adler, adler@rosalux.de
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: +49 (0)30 44310-157
Fax: +49 (0)30 44310-184
www.zeitschrift-luxemburg.de
Join us on Facebook.

Einzelheft: 10 Euro zzgl. Versand
Jahresabonnement: 30 Euro einschl. Versand
Abonnement ermäßigt (SchülerInnen, Studierende,
Erwerbslose, Prekäre): 20 Euro einschl. Versand
Förderabonnement: 60 Euro einschl. Versand, jede Spende ist willkommen.
Auslandsabonnement: 40 Euro einschl. Versand
Einzel- und Abonnementsbestellungen gehen direkt an den Verlag.
Der Verlag bittet um die Erteilung einer Bankeinzugsermächtigung.
Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Ablauf des Abojahres.

Kontoverbindung für Abonnements: VSA-Verlag,
Hamburger Sparkasse, Blz: 200 505 50, Kontonummer: 1 224 125 532

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Telefon: +49 (0)40 28095277-0, Fax: +49 (0)40 280952 77-50
luxemburg@vsa-verlag.de, www.vsa-verlag.de

Titelbild: ddp images
Graphik und Satz: Kaiser Matthies, Berlin, www.kaisermatthies.com
Druck: Fuldaer Verlagsanstalt

INHALT



SOZIALISMUS

PERSPEKTIVEN

DAS FALSCHE

ANHALTEN DES FALSCHEN

»Searching for Utopia« von Jan Karpe, Foto: ??

EDITORIAL

ALLES WIRD GUT

»Alles wird gut«: Machtlose und Mächtige versuchen sich an neuen Texten, Horizonten und neuer Emphase. Solange der Neoliberalismus als organisierende Ideologie des globalen Finanzkapitalismus gut fungierte, hat die Macht des Faktischen Zustimmung, zumindest Resignation organisiert. Das ist in Krisenzeiten anders. Dem wirtschaftspolitischen Vordenker der britischen Konservativen Philip Blond etwa schwebt ein »tugendhafter Kapitalismus« vor; hierzulande werden Konzepte eines »guten Kapitalismus« auch von links debattiert. »Verbesserungen sind möglich, Veränderungen müssen nicht an die Wurzeln gehen« scheint das Mantra; sogar: »Ein anderer Kapitalismus ist möglich« (Hengsbach). Sicherlich: Transformation über den Kapitalismus hinaus muss immer mit Veränderungen von Kräfteverhältnissen, der Ausweitung von Spielräumen hier und jetzt beginnen. Doch wenn das Andere im Grunde das Immergleiche ist – nur »gut« eben – wird der utopische Horizont besetzt und die transformatorische Fantasie begrenzt, ohne das ganz Andere in den Blick zu nehmen. Dieser »Wellnesskapitalismus« rechnet mit der Annehmlichkeit, dass die Widersprüche des Gegebenen ohne grundlegende Veränderungen verschwinden. Eine zähe Täuschung.

»Alles wird gut« untersucht die Versprechungen: guter Kapitalismus, guter Unternehmer, gute Gesundheit, gute Arbeit und gutes Leben. Oftmals brechen die Konzepte Kämpfen und Forderungen die kapitalismuskritische Spitze ab, kanalisieren sie in verträgliche Formen. Doch kann nur ruhig gestellt werden, was unruhig ist: mit dem Bezug aufs »Gute« verbinden sich Kampfperspektiven und Lebensansprüche. Die »gute Arbeit« kann sich auf Forderungen nach sicherer Beschäftigung und existenzsichernden Löhnen beziehen – was viel ist, aber halbiert. Wenn sie Veränderung der Produktionsverhältnisse und Selbstbestimmung in der Arbeit ins Zentrum stellt gewinnt sie Dynamik. Das Gute verweist aufs Utopische, das es anzueignen und zu konkretisieren gilt. Brechts Kommunarden wollen das »gute Leben« in »eigener Führung« aufbauen und verbinden damit materielle Ansprüche: Wohnen, Wärme, guter Lohn.

In den Anden hat Buen Vivir – das gute Leben – in den letzten Jahren alle politischen Sphären durchdrungen, bis in die bolivianische und die ecuadorianische Verfassung. Darin verbinden sich Veränderung und Rückbesinnung, ein gutes Leben mit Selbstbegrenzungen auf Produktions-, Konsum- und Lebensweisen. Die Wurzeln des Konzeptes reichen in indigene Sichtweisen wie Sumak Kawsay der Quichua und das Suma Qamaña der Aymara. Und es speist sich aus kritischen Theorien und emanzipatorischen Kämpfen. Es dient als Leitfaden in transformatorischen Praxen. Wir stellen eine ecuadorianische und eine bolivianische Version vor. Das Konzept wird viel und kontrovers diskutiert. Die jeweiligen gesellschaftlichen und natürlichen Voraussetzungen des Buen Vivir sind mitzudiskutieren. Es bleibt zu sehen, ob und wie es in andere als ländlich-indigene Kontexte übersetz – beispielsweise auf urbane Lebensweise oder die Situation in den hochindustrialisierten Ländern des »globalen Norden«. Auch hier verbinden sich unterschiedliche Hoffnungen und Erwartungen mit ihm. Von indigener Seite werden »westliche« Vorstellungen von Modernisierung, Entwicklung und Fortschritt kritisiert. Andere, meist im Norden, verbinden damit die Hoffnung auf Wohlstand und Wachstum.

Aber die Diskussion liefert Anstöße, um in der Transformation von Staat und Ökonomie Kultur und Lebensweise mitzudenken. Bereits die Zapatistas haben in Mexiko die *juntas del bien gobierno* eingerichtet – Zusammenkünfte einer guten Regierung, Selbstregierungen der Gemeinden. Jede und Jeder übernimmt im Rahmen eines Rotationsprinzips Regierungs- und Verwaltungsaufgaben – alle sind Regierende und Regierte. Überkommene Praxen werden in Frage gestellt: Hierarchien, Sexismus, Alkoholismus, Gewalt. Hier richtet sich das »Gute« auf Veränderung von Verhältnissen und Selbstverhältnissen, auf In-Bewegung-Setzen, eine andere Entwicklung. Ein Prozess, der durch militärische und alltägliche Gewalt gefährdet ist. Die Subjekte der Veränderung stehen hier im Mittelpunkt. Sofern die Rede vom Guten Handlungsfähigkeit und Selbstbestimmung der Subalternen befördert, mobilisierend gedacht wird, ist sie selbst ein Kampfmittel. Ohne konkrete Subjekte der Veränderung zum Guten wird sie zur leeren Formel, die Widersprüche und Konflikte zudeckt, Politik zum Appell werden lässt, in der Hoffnung, die Herrschenden mögen ein Einsehen haben.

JENSEITS VON GUT UND BÖSE

ALEX DEMIROVIĆ

»Guten Morgen« – »Guten Tag« – »Guten Abend« – es gehört zu den alltäglichen Ritualen, das Gute zu wünschen und zu beschwören. Gebannt werden sollen das Böse, das Schlechte, die schädlichen Ereignisse, die die individuellen Pläne für den Tag, die bedrohlichen Träume, die die Nachtruhe stören, die Schatten, die sich über die Stimmung legen, die zur Enttäuschung beitragen, die den Tag vermiesen oder die entmutigen. Das Böse drohe, wenn es die Angst sehe. Die Angst, so schreibt Rafael Chirbes in *Krematorium*, ist der Nährstoff des Bösen, bei Gleichgültigkeit gedeihe diese Pflanze nicht. »Da ist sie, die Angst, aus der Routine auszubrechen, etwas nicht Alltägliches zu tun. Der Mensch ist das einzige Tier, [...] das mit Blick auf die Zukunft wimmert, die Angst ist der Blick auf die Zukunft, nur der Mensch denkt an die Zukunft, plant die Zukunft, und die Zukunft, die Angst vor der Zukunft, ist die Wurzel allen Leids.« Der Wunsch des Guten will diese Angst vor der Zukunft und das Böse bannen, er ist der Erfahrung und dem Wissen geschuldet, dass das individuelle Leben im Alltag so zerbrechlich ist. Mit der Gewohnheit, der Routine, damit, dass es einfach nur so weiter geht – was schon schlimm genug und die eigentliche Katastrophe ist, wie uns Benjamin und Adorno lehren – ist nicht zu rechnen. Die Krankheit, der Tod von Partnern und Freunden, der Streit, die plötzliche körperliche Ermüdung und Erschöpfung, der Anflug von Verdrießlichkeit, die Angst um den Arbeitsplatz oder die Sorge um den Schulerfolg des Kindes – all das weist auf die Unwahrscheinlichkeit eines gelingenden Lebensentwurfes hin, zu dem körperliche Unversehrtheit, ein Freundeskreis, ein ausreichendes Maß an materieller Versorgung mit Wohnung, Nahrung und Kleidung, Bildung, befriedigende sexuelle Erfahrung, eine sinnerfüllte Arbeit, die Möglichkeit der Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungen, eine angenehme bauliche und natürliche Umwelt und vieles andere mehr gehören. Wir erfahren immer wieder, dass es mutigen und ungewöhnlichen Einzelnen gelingt, auf befriedigende Weise auch dann leben zu können, wenn sie nicht mit allen diesen körperlichen, kulturellen, gesellschaftlichen Minima ausgestattet sind. Aber für die meisten von uns, für den Durchschnitt der individuellen Leben erwarten wir, dass sie die Möglichkeit der vollen Teilhabe besitzen und dem Druck der Umstände, der auf ihnen lastet und droht, sie zu erniedrigten, geknechteten, verlassenen, verächtlichen Individuen zu machen, die ängstlich in Routinen erstarren und dem Bösen hilflos ausgesetzt sind, etwas entgegen zu setzen vermögen – diesen Block abwerfen und Freiheit gewinnen können. Eine existenzsichernde und sinnvolle Arbeit, die demokratische Beteiligung an allen das eigene Leben betreffenden Entscheidungen, einigermaßen überschaubare Zukunftshorizonte, gesellschaftliche Verhältnisse, unter denen nicht ständig in Konkurrenz gegeneinander um Selbsterhaltung gekämpft werden müsste und die nicht durch destruktive Dynamiken bestimmt wären – für viele wäre es schon etwas Gutes, der rationelle Gehalt des Guten, mit Freunden, Kollegen und Verwandten den eigenen und oftmals gar nicht so anspruchsvollen Lebenszielen nachgehen zu können. Die Verhältnisse jedoch, sie sind nicht so – und der Mensch ist viel zu gut und will es nicht glauben.

Die Politik des Imaginären hat in den vergangenen Jahren weit über solche Alltagserfahrungen hinaus das historische Register geöffnet, in dem Jahrhunderte sozialer Kämpfe eingetragen sind: es wurden in den USA von George W. Bush die Weltpolitik ebenso wie die amerikanische Innenpolitik als Kampf des Guten gegen das Böse symbolisiert. Das Gute, das sind »wir«, unsere von Gott gewollte und gesegnete Lebensweise, Demokratie und Marktwirtschaft, die zu verteidigenden Werte der westlichen Zivilisation gegen die Mächte des Bösen. Vielleicht ist dies der Hintergrund und mächtige Objektivitätsüberhang, der weit über den alltäglichen Bereich hinaus das Gute gegenwärtig zu einem weit verbreiteten Attribut werden lässt, das offensichtlich mit politischer Absicht benutzt wird. Alles soll gut sein und gut werden: gutes Leben, gute Gesellschaft, guter Kapitalismus, gute Regierung,

gute Arbeit, gute Bildung etc. Die Rede vom Guten – wirkt sie nicht wie ein moralisches Sedativum, verspricht sie nicht die heile Welt allein aufgrund ethischer Überzeugung? Zwar befindet sich die Weltwirtschaft in der größten Krise seit 1929, aber es wird von unserer »guten Regierung«, von der Politik und von der Wirtschaft signalisiert, dass sie im Prinzip alles im Griff haben, dass alles gut ist oder doch gut werde: Gegenwärtig geht es noch schlecht, aber es wird schon, keine Sorge, das Schlimmste ist überwunden. Wir kümmern uns darum. Ja, die Arbeitslosigkeit, ja, die Staatsschulden, ja, die Boni der Banker – doch, wir bekommen das in den Griff. Sicher, die Börsen übertreiben, aber es gibt ermutigende Anzeichen von Wachstum: der Ifo-Geschäftsklimaindex, die geringere Zahl der Arbeitslosen, die Aktienkurse, die Exportentwicklung, die Konsumneigung. Handelt es sich um pathologischen Optimismus? Das auch. Das Bürgertum mag den bösen Blick auf seine Verhältnisse nicht und denunziert ihn als Miesmacherei, als Übellaunigkeit, als Angst. In einer eigenartigen idealistisch-liberalen Verkehrung wird so getan, als sei die Kritik schuld an den schlechten Verhältnissen: Würde man's anders sehen, wäre auch alles besser, weil man sich anders, positiv verhielte. Negative *self fulfilling prophecy* will der Liberalismus meiden, der trotz so vieler schlechter Erfahrungen mit ihr immer noch die Schmiedekunst des eigenen Glückes propagiert.

Aber da ist noch mehr. Eine Strategie, über die vor langer Zeit schon Francis Bacon Auskunft gegeben hat, nachdem seit dem ausgehenden 15. Jahrhundert Europa von mehreren Wellen sozialer Kämpfe erfasst wurde. Bacon, nicht der erste, nicht der letzte in diesem Genre, befasst sich mit der Frage, wie der Ausbruch von sozialen Unruhen zu vermeiden wäre. Eines der empfohlenen politischen Rezepte ist das des Versprechens der besseren Zukunft und die wiederholte Erneuerung der optimistischen Zukunftsverheißung: »Ein berechnendes und geschicktes Wachrufen und Nähren von Hoffnungen sowie Hinhalten der Menschen von einer Hoffnung zur andern ist eines der besten Gegenmittel gegen das Gift der Unzufriedenheit. Es ist daher ein sicheres Zeugnis für die Weisheit einer Regierung und ihrer Maßnahmen, die Herzen des Volkes durch Hoffnungen zu fesseln, wenn sie es nicht zufriedenstellen kann, und wenn sie alles so darzustellen versteht, dass kein Übel so hartnäckig erscheint, als dass nicht noch ein Ausweg zu erhoffen wäre.« (Bacon 1624, 62) Da ist keine Krise des Neoliberalismus, das Bürgertum ist nicht demoralisiert, es fasst sich ein Herz und gibt sich selbst und den Menschen Hoffnung. Die Übel mögen groß sein, die Politiker inkompetent, die Lösungsstrategien vage oder in die falsche Richtung gehend, das Misstrauen in der Bevölkerung verbreitet – dennoch lässt sich damit umgehen, dennoch kann eine Krise vermieden werden, wenn Zeit gewonnen wird, wenn die Probleme verzeitlicht und die Erwartungen auf die Zukunft verschoben werden. Das entspricht der Idee des Fortschritts, die ein säkularisierter Trost ist, alles von der Zukunft und nichts von der Gegenwart zu erwarten, die die Praxis der Veränderung aufschiebt,



»Utopia« von Keid Moseholm, flickr/superciliousness

den gegenwärtigen Augenblick versäumt, weil in der Zukunft alles gut zu werden verspricht. Auf diese Weise können die, die über die Gegenwart verfügen, alles derart festlegen, dass auch die Zukunft nichts anderes sein wird als sich vollziehende Gegenwart, das Kontinuum der gegenwärtigen Herrschaftsverhältnisse.

Das Versprechen, dass alles gut werde, dass es lohnt zu hoffen – wieso nehmen die Menschen es an? Was lässt sie trotz aller Zweifel diese Politik, diese Ökonomie, diese Verhältnisse hoffend ertragen, obwohl sie sie so dauerhaft knechten, so viele Male und immer wieder um ihre Hoffnungen, Wünsche und Erwartungen betrogen, ihren Reichtum enteignet, ihre Arbeit vernichtet haben? Vielleicht sind viele der erklärenden Antworten der Linken falsch, es sind vielleicht nicht Naivität, Dummheit, Verblendung, Apathie, sondern untergründig wirkende Erfahrung und Erkenntnis. Es ist die aufgeklärte Skepsis, das mangelnde Vertrauen in die Alternativen, die die stärkste Überzeugungskraft haben. »In einer Zeit der Aufklärung ist man sogar bei den segensreichsten Taten ängstlich. Man spürt die alten Missbräuche und sieht die Abhilfe, doch sieht man auch schon die Missbräuche dieser Abhilfe. Man lässt das Schlechte bestehen, wenn man das noch Schlechtere fürchtet. Man lässt das Gute bestehen, wenn man über das noch Bessere Zweifel hegt.« (Montesquieu 1748, 90) Das Schlechte und das Gute sind miteinander und mit dem Bösen verschlungen, als sei es das ihnen innewohnende Andere. Denn es ist die Angst vor der Veränderung der Gewohnheiten, den Gefahren einer offenen Zukunft, den Möglichkeiten des Besseren, die dem Bösen so viel Platz im Gefühlshaushalt unserer Gesellschaft einräumt.

Mit dem Guten wird Hoffnung genährt, vom Schlechten zum Guten übergehen zu können, ohne dass die Abhilfe für die Missbräuche zu neuen Missbräuchen führen würde. Auf das Bessere wird verzichtet, weil es schon gut wäre, das Gute ohne Missbrauch zu bewahren. Es liegt offensichtlich nicht in der Hand der Einzelnen und ihrer Pläne, das Gute zu verwirklichen. Die Möglichkeit des Guten wird, so scheint es, verhindert durch den bisherigen Zuschnitt solcher gesellschaftlicher Aggregate wie Gesellschaft, Kapitalismus, Regierung. Mit dem Wunsch, sie mögen einmal gut sein, ist aber auch ein Verzicht verbunden, der Verzicht auf den Wunsch nach dem Anderen, nach der grundlegenden Veränderung hin zu anderen Verhältnissen. Das Gute beschwört die Fortexistenz dieser Einrichtungen so wie sie sind, nur sollten sie eben doch ein wenig anders zugeschnitten oder eingerichtet sein, so dass sich in Zukunft das Gute einmal einstellen kann.

Der *Gute Kapitalismus* wird von Dullien, Herr und Kellermann (vgl. im vorliegenden Heft) als keynesianische Antwort auf die Krise des Finanzmarktkapitalismus vorgestellt. Ihr Buch sei »kein fundamentaler Gegenentwurf zum bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, wie es der historische Versuch der kommunistischen Planwirtschaft etwa war. Wir halten radikale Gegenentwürfe zwar für intellektuell anregend, jedoch für die gegenwärtigen Probleme wenig hilfreich.« (Dullien, Herr, Kellermann 2009, 15). Der »gute Kapitalismus« käme dem Umstieg auf das neue Wirtschaftsmodell eines »besseren Kapitalismus« gleich: Lohnerhöhungen und binnenwirtschaftliche Nachfragestärkung, steuerliche Umverteilung von oben nach unten, ein stabiles und kontinuierliches Wirtschaftswachstum. Das Projekt gibt sich pragmatisch und aktualitätsbezogen, gleichwohl ist der »gute Kapitalismus« das »Fernziel eines durch Institutionen und Regeln gebändigten Kapitalismus« (228), auf das die Politik in einem längerfristig angelegten Prozess hinsteuern soll. Die Zyklizität, der Krisencharakter der kapitalistischen Reproduktion werden von dem Glauben verdrängt, der Markt ließe sich von politischen Regulationen einbinden. Sagt man Markt, sagt man: zu Ware machen des menschlichen Arbeitsvermögens, sagt man auch: Druck auf ihren Preis, den Arbeitslohn, extensive und intensive Ausbeutung, Arbeitslosigkeit – denn ohne diese kann es die Marktanreize, die zu Rationalisierung, Innovation, Produktivitätssteigerung führen, nicht geben. Der Wunsch nach dem Guten ersetzt die Analyse. Das Gute erlaubt es, von einer Reihe von negativen Eigenschaften des Kapitalismus zu abstrahieren, die ihn konkret zwar zu einem schlechten Kapitalismus machen, aber nicht sein Wesen zu definieren scheinen. Dieser Substanz muss angemessen Rechnung getragen werden, sie kann auch nicht sich selbst überlassen werden: der Markt, der Kapitalismus ist etwas Zerbrechliches, Gefährdetes, Einzuhegendes, muss vor sich selbst geschützt werden. Historisch ist dieser »gute Kapitalismus« in Gestalt des keynesianischen Wohlfahrtskapitalismus bereits erfahren worden. War er für die Beteiligten gut? Die Disziplinierung der Lohnabhängigen, der rigide, entpolitisierte und privatisierte Alltag, der Konsumismus, der Druck zum sozialen Konformismus und der Mangel an Freiheiten, die Vernutzung der Natur, der Mangel an Nachhaltigkeit, die Ineffizienz und der Bürokratismus waren ebenso viele Anlässe für Unzufriedenheit, Widerstand und Unruhe. Nachfrage und Konsum, Wirtschaftswachstum oder Export sollen im guten Kapitalismus gar nicht eingeschränkt, gar nicht verändert werden, nur die Relationen und Ungleichgewichte sind Gegenstand der Eingriffe, die zu neuen Gleichgewichten, zu einem neuen, stabilen Wachstumsmodell, zu einem guten Kapitalismus führen sollen.

Wie die Substanz des Kapitalismus, die gut ist, auf eine derart gute Weise behandeln, dass sein Gutes zur Geltung gelangt? Diese Frage stellen sich jüngere Vertreter der europäischen Sozialdemokratie unter dem Stichwort der »guten Gesellschaft« (Nahles/Cruddas 2009). Lösungen für die Bewältigung der Wirtschaftskrise ließen sich nicht allein durch Anwendung ökonomischer Rezepte finden. Der Kapitalismus, die Märkte müssten durch Politik und Demokratie an die Gesellschaft zurückgebunden und von neuem in sie »eingebettet« werden. Die Konzeption der »guten Gesellschaft« ist eine selbstkritische Reaktion von britischen und deutschen Sozialdemokraten darauf, dass sie unter Blair und Schröder Teil des neoliberalen Konsenses wurden. Zu unkritisch gegenüber dem globalisierten Kapitalismus seien diese gewesen, auch hätten sie die strukturellen Veränderun-

gen in den europäischen Gesellschaften falsch gedeutet und angenommen, die Klassengesellschaften hätten einer individualistischen, leistungsorientierten Kultur Platz gemacht. Doch auch nach einem Jahrzehnt sozialdemokratischer Regierung »ist die Gesellschaft immer noch maßgeblich von Klassenunterschieden geprägt«. Eine eigentümliche Feststellung, die sich realitätstüchtig gibt und doch etwas Beschönigendes hat. Denn wann in ihrer Geschichte hätte die Sozialdemokratie zur Beseitigung von Klassenunterschieden beigetragen? Die Sozialdemokratie saß ja nicht passiv auf der Zuschauerbank des neoliberalen Konsenses, sondern hat diesen mit ausgearbeitet und den sozialen Polarisierungsprozess aktiv verstärkt. Aus den Erfahrungen müsse gelernt werden, so Nahles und Cruddas. Den sozialdemokratischen Parteien seien Mitglieder und Wähler davon gelaufen, eine Minderheit identifiziere sich mit anderen Parteien, »die behaupten, ihre Interessen zu vertreten, wie Die Linke in Deutschland und, noch beunruhigender, die faschistische Partei BNP in Großbritannien« (4). Das ist kein gutes Signal, was die Sozialdemokraten da geben. Sie können nicht im Ernst die Linkspartei in die Nähe der Faschisten rücken und suggerieren, es gäbe keine Repräsentationsbeziehung zwischen der linken Partei, ihren Mitgliedern und ihren Wählern. Die Partei Die Linke wurde nicht zuletzt auch von früheren Sozialdemokraten mit gegründet, die von der Schröder-SPD mit ihrer autoritätsgebundenen Unfähigkeit, aus Erfahrungen zu lernen, enttäuscht waren. Auch andere Formulierungen lassen an der Bündnisoffenheit und -fähigkeit des Konzepts der Guten Gesellschaft zweifeln. In schlechtester Tradition der Sozialdemokratie stehend, glauben ihre Vertreter, der allgemeine Repräsentant von sozialen Bewegungen und *single-issue*-Kampagnen sein zu können. Als »Demokratische Linke« meinen sie die Aufgabe zu haben, die »Idee des Allgemeinwohls, an dem alle teilhaben können, [...] in der Bevölkerung heranreifen zu lassen« (6). Auch die Demokratisierung der politischen Institutionen dient instrumentell nur dem Ziel, die Repräsentationskrise der Sozialdemokratie durch einen neuen Zugang zu den Wählern zu überwinden und die sozialdemokratischen Parteien zu stärken (15). Das ist des Guten zu wenig, das ist zu wenig Bescheidenheit. Es wird suggeriert, das Wohl der Demokratie diene der sozialdemokratischen Partei, unterstellt, es gebe nur *eine* »Demokratische Linke«, und die sei identisch mit der Sozialdemokratie? »Geht's noch«, möchte man fragen, »wie kommt ihr denn dazu«? Die Bevölkerung benötigt vielleicht die Sozialdemokratie heute weniger als diese jene. Die Sozialdemokratie sollte dankbar sein, wenn die sozialen Bewegungen sie irgendwann wieder als eine Partei sehen, die etwas zum gemeinsam zu bestimmenden Allgemeinwohl beitragen kann. Wenig bis nichts ihrer Politik in den vergangenen Jahren legt nahe, dass sie das getan hat oder in Zukunft könnte. Es ist nicht so, dass die sozialen Bewegungen und die Linken auf diese Demokratische Linke gewartet hätten und schon gar nicht darauf, dass diese nun bereit ist und für sich heraus-



flickr/Tom ⓑ

nimmt, etwas »heranreifen« zu lassen. Vielen Dank für das Angebot. Es liest sich eher wie eine Drohung, mit usurpierender Kraft alle anderen beiseite drängen zu wollen. Ohnehin wird man bei programmatischen Erklärungen aus dem Lager der Sozialdemokratie wissen wollen, wie viel Opportunismus, wie viel ernst gemeinter, auch das Regierungsamt noch bestimmender politischer Wille damit verbunden ist.

Tatsächlich handelt es sich um eine klassische Geste der Sozialdemokratie. Sie glaubt, das Allgemeinwohl zu vertreten, gegenüber den sozialen Bewegungen und linken Kräften, aber auch gegenüber dem Markt. Sie will den Interessen der Gesellschaft vor den »Interessen des Marktes« neue Geltung verschaffen. Der Kapitalismus soll der Demokratie gegenüber rechenschaftspflichtig werden, die Demokratie soll erneuert und vertieft werden. Die Erneuerung der Demokratie – und sie ist ohne Zweifel notwendig – sei der Kernpunkt der Guten Gesellschaft. Letztere soll demokratisch sein und werden – was sonst? Heutzutage würde niemand freiwillig auf diesen Hochwertbegriff verzichten. Doch auf der Höhe der demokratietheoretischen Diskussion sind die AutorInnen nicht. So scheint ihnen entgangen zu sein, dass da schon viele aktiv sind, die Demokratie zu erhalten, zu erneuern, zu vertiefen – ohne sich dabei am Ziel der »guten Gesellschaft« zu orientieren. In einer Demokratie geht es gerade um die Aushandlung dessen, was als Allgemeinwohl gilt. Dieses, ebenso wie der zu verfolgende Entwicklungspfad der Gesellschaft, ist immer strittig, immer Gegenstand der Willensbildung. Man lässt sich von der neoliberalen Ökonomietheorie andrehen, der Markt sei selbst ein System, das wieder eingebettet werden müsse, um die »Bedürfnisse der Menschen über den Profit« zu stellen. Doch auch der Markt ist – außer in den neoliberalen Phantasmagorien – Gesellschaft, er hat kein eigenes Interesse, sondern wird von Interessierten zu ihrem Nutzen geschaffen, durchgesetzt und aufrecht erhalten. Allein deswegen können die neoliberalen Fürsprecher des Marktes für ihren Anspruch auf Allgemeinwohl – Freiheit, Initiative, Arbeitsplatzsicherung, Generationengerechtigkeit, Wohlfahrt – überhaupt mit einer gewissen Zustimmung über die unmittelbar Interessierten hinaus rechnen. Das ist Gegenstand einer nicht nur ökonomisch-technischen, sondern einer demokratiepolitischen Auseinandersetzung. Der Neoliberalismus ist eine autoritäre Denkart und Regierungstechnik, die der Demokratie und der Freiheit grundlegend entgegensteht.

Auch kapitalismustheoretisch wird über die »gute Gesellschaft« weiter nachzudenken sein. Denn das Prinzip des Profits wird nicht in Frage gestellt, der Profit nur an die zweite Stelle gesetzt. Das Ziel der »guten Gesellschaft« schließt eine Umstrukturierung der Wirtschaft ein, so dass sie in den Werten und Institutionen der »guten Gesellschaft« verwurzelt wäre und eine Vielzahl von Eigentumsformen – die allerdings so nicht beim Namen genannt werden – darin ihren Platz haben (7).

Einige Überlegungen zur »guten Gesellschaft« weisen durchaus Anschlüsse für gemeinsame linke Politik auf. Da ist zunächst die Einsicht, dass neue demokratische politische Strukturen geschaffen werden müssen, die politische Beteiligungen und Kommunikationen von unten nach oben ermöglichen. Positiv ist weiter das deutliche Votum für Wirtschaftsdemokratie – auch wenn ihr Gehalt nicht näher bestimmt wird und die Demokratie insgesamt eher im liberalen Sinn auf politische Institutionen verengt verstanden wird. Mit der »guten Gesellschaft« und der gerechten Wirtschaft verbindet sich das politische Ziel eines transformativen Wandels, der sich an den Werten Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Nachhaltigkeit und Sicherheit orientieren soll. Trotz aller Unschärfe dieser Normen – warum nicht? Die Wirtschaft soll politisch reguliert und gesellschaftlich eingebunden werden, die Unausgewogenheit von Produktion und Konsum, der Wachstums- und Exportorientierung, der Besteuerung sollen korrigiert werden und verschiedene Eigentumsformen pluralistisch nebeneinander existieren können. Das klingt nicht schlecht und könnte zur Grundlage eines linken Blocks in der Bundesrepublik werden, der strukturelle Mehrheiten zu mobilisieren und zu organisieren vermag. Das wäre in weiteren Diskussionen der Linken auszuloten und zu vertiefen.

Denn es stellen sich Fragen: Werte sind unverbindlich und abhängig von den jeweiligen Ausdeutungen. Was ist unter Freiheit oder Gleichheit oder Nachhaltigkeit zu verstehen? »Gute Gesellschaft« legt eine gewisse Nähe zur Tradition des Sozialismus nahe, soweit auch dieser das Ziel einer Transformation der Gesellschaft hin zur Verwirklichung von Gleichheit und Freiheit beinhaltete. Allerdings war Sozialismus immer mit der Vorstellung einer Überwindung der Profitwirtschaft und einer Verstaatlichung bzw. Vergesellschaftung der Produktionsmittel verbunden. Die »gute Gesellschaft« kennt weiterhin den Profit. In ihr geht es allein um den Pluralismus in der Politik und der Wirtschaft: Aber können angesichts der Dynamik starker Monopole und Oligopole solche gemischten Wirtschaften überhaupt existieren? Bedürfte es nicht einer enormen staatlichen Macht, den Pluralismus zu erhalten, also kleine gemeinwirtschaftliche Wirtschaftseinheiten gegen die Macht transnationaler Oligopole zu schützen – und wer würde wiederum diese staatliche Macht kontrollieren? Wie würde die Macht der Gesellschaft auf Dauer gestellt, so dass diese sich gegen die Macht der Unternehmen und des Staates zur Wehr setzen und ihre Freiheit sichern könnte?

Traurig stimmt schließlich die zeitliche Perspektive. Der Aufbau einer solchen »guten Gesellschaft« sei die größte Herausforderung unserer Zeit und werde das Leben vieler zukünftiger Generationen prägen (5). So tritt die »gute Gesellschaft« im sozialdemokratischen Bewusstsein tatsächlich an die Stelle von Sozialismus und wird zu einer weit in die Ferne gerückten Idee. Der politischen Idee der »guten Gesellschaft« scheint etwas Utopisches anzuhaften. Was ist mit all denen, die zwischendurch auf der Strecke bleiben? Und was steht in Aussicht, verwirklicht zu werden? Hat es die Kraft, Menschen über viele Generationen zu mobilisieren, vergleichbar der himmlischen Vorstellung von der Erlösung oder der

irdischen Vorstellung einer freien Kooperation der Individuen? Das ist besonders problematisch: wenn sich die Menschen seit mehreren Jahrtausenden nicht darauf haben verständigen können, was diese Werte und Normen bedeuten, bleibt auf Dauer in der Schwebe, was überhaupt erreicht werden könnte mit der »guten Gesellschaft«. Da ist kein Ziel – nirgendwo. Aus einer koalitionspolitischen Perspektive stellt sich die »gute Gesellschaft« als ein Trick dar. Sie wirkt wie ein gemeinsames Ziel, hinter dem sich alle versammeln können sollen: pluralistisch. Doch es ist gleichzeitig mehr: die Sozialdemokratie der Zukunft, und eine solche ohne Ziel – außer Pluralismus. Was ist mit dem Moment des politischen Willens? Damit, zum Engagement der Menschen beizutragen? Demgegenüber könnte ein umfangreiches Argument auf die kurze Formel gebracht werden: »Her mit dem schönen Leben!«

Der gute Kapitalismus, die gute Gesellschaft wollen wohl zur Verwirklichung des guten Lebens beitragen. Das *gute Leben* beschäftigt die europäische Philosophie seit Aristoteles. Die us-amerikanische Philosophin Martha Nussbaum hat sich vor dem Hintergrund entwicklungspolitischer Erfahrungen für ein moralphilosophisches Verständnis vom »guten Leben« eingesetzt. Es beinhaltet vieles, was oben angeführt wurde: Die Fähigkeit, ein volles Menschenleben bis zum Ende zu führen, sich guter Gesundheit zu freuen, angemessen zu ernähren, eine angemessene Unterkunft zu haben, ein sexuell befriedigendes Leben zu führen, mobil zu sein, unnötigen Schmerz zu vermeiden und freudvolle Erlebnisse zu haben, die fünf Sinne zu benutzen, Bindungen zu Dingen und Personen außerhalb unserer selbst zu haben, diejenigen zu lieben, die uns lieben und für uns sorgen, sich eine Vorstellung vom Guten zu machen und kritisch über die eigene Lebensplanung nachzudenken, für andere und bezogen auf andere zu leben, Verbundenheit mit anderen Menschen zu erkennen und soziale Beziehungen einzugehen, in Verbundenheit mit Tieren, Pflanzen und der ganzen Natur zu leben, zu lachen, zu spielen, und Freude an erholsamen Tätigkeiten zu haben, sein eigenes Leben und nicht das eines anderen in einem selbstbestimmten Zusammenhang zu leben. Das ist sicherlich kein erschöpfender, aber schon sehr umfangreicher Katalog von Merkmalen eines »guten Lebens«. Vieles leuchtet unmittelbar ein, gerade weil es so elementar für unser Leben erscheint. Um Überzeugungskraft für diese Ziele zu gewinnen, beruft sich Nussbaum (1999, 48) auf allgemeinste menschliche Erfahrungen, die in kulturübergreifenden Geschichten erzählt werden.

Kapitalismus mit seiner Vorstellung von Wohlstand als monetärem Reichtum, von Wachstum als Dynamik des sich selbst verwertenden Werts kann – im Sinne der Überlegungen von Aristoteles – nicht zu einem Konzept des »guten Lebens« gehören. Geld lässt sich nicht essen, mit Geld das Glück nicht kaufen. So allgemein kann dem wohl jede und jeder zustimmen. Daher bleibt die Norm unverbindlich und kann viele Menschen nicht überzeugen, die über mehr als dieses Basale verfügen. Wer von denen, die ihr »gutes Leben« auf Kosten der anderen

erlangen, ließe sich von diesen Maßstäben des »guten Lebens« derart überzeugen, dass sie sich dem »guten Leben« der anderen nicht länger entgegenstellen? Gleichzeitig sind die Forderungen konkret und geben eine bestimmte Art zu Leben vor. Die »Apokalypseblindheit« (Günther Anders) der Menschen aber lässt sie verkennen, dass das materielle Wachstum ohne Ende auf den kollektiven Selbstmord hinausläuft. Demgegenüber stellt in Ecuador oder Bolivien das »gute Leben« eine konkrete Alternative dar, weil es anders als das westliche Fortschrittsmodell den verschiedenen Lebensformen, Zeitvorstellungen, der Plurinationalität und Plurisozialität der Gesellschaft Rechnung trägt. Und es ermutigt diejenigen, die als Feinde der Modernisierung und des Fortschritts denunziert, entrechtet, kolonisiert, ausgebeutet wurden, neue Formen der Demokratie auszuprobieren. Auf der Grundlage der Rechte der Menschen und der Rechte der Natur wird hier das »gute Leben« zum Ausgangspunkt einer Suche nach neuen Entwicklungsmodellen, neuen Wohlfahrtsgesichtspunkten und gemeinsamen Gestaltungsmöglichkeiten (vgl. Ernst/Radhuber 2009, Larrea und Filomena im vorliegenden Heft).

In der Kritik an der mangelnden Zukunftsfähigkeit der materiellen Akkumulation, in den Forderungen nach neuen Formen des Verhältnisses zur Natur, der Pluralität gibt es weitgehende Übereinstimmung zwischen der andinen Kosmovision und linker Gesellschaftskritik. Doch die große Überzeugungskraft und Herausforderung des modernen Liberalismus lässt sich nicht überspringen. Sie besteht gerade darin, dass er sich nicht mehr für die konkrete Lebensweise der Individuen interessiert, sondern nur dafür, dass sie bereit sind, ihre verschiedenen Auffassungen vom »guten Leben« wechselseitig zu tolerieren und dennoch gemeinsam in einer Gesellschaft zu leben. So kann sich noch jeder als Kämpfer für die Freiheit fühlen, wenn er für Pluralismus nicht nur der politischen Meinungen, sondern auch der Lebensformen eintritt. Für die Linke ist das eine Herausforderung, weil sie allein mit einer pluralistischen Position, die jeweils nur die Freiheit der anderen negativ bewahren will, keine Kritik und keine transformativen Prozesse initiieren kann. Die Alternative des »guten Lebens« ist zu wenig, weil zu allgemein, und zu viel, weil zu konkret. Die Linke hat zum Ziel eine Freiheit der Gestaltung der konkreten Lebensverhältnisse derart, dass die Freiheit aller größer und immer größer werden kann. Das wäre mehr als ein gutes Leben, guter Kapitalismus, gute Gesellschaft. Besser besser leben als gut leben.

LITERATUR

Bacon, Francis, 1624: *Essays*, hgg. von Levin L. Schücking, Leipzig 1967
Dullien, Sebastian, Hansjörg Herr und Christian Kellermann, 2009: *Der gute Kapitalismus … und was sich dafür nach der Krise ändern müsste*, Bielefeld
Ernst, Tanja, und Isabella Radhuber, 2009: Indigene Autonomie in Bolivien, in: *Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis*, 2, 68–75
Montesquieu, 1748: *Vom Geist der Gesetze*, eingeleitet, ausgewählt und übersetzt von Kurt Weigand, Stuttgart 1965
Nahles, Andrea, und Jon Cruddas, 2009: Die gute Gesellschaft. Das Projekt der Demokratischen Linken, www.spd-linke.de/veroeffentlichungen/2493223.html
Nussbaum, Martha C., 1999: *Gerechtigkeit oder Das gute Leben*, Frankfurt/M

GUTER KAPITALISMUS?

SEBASTIAN DULLIEN, HANSJÖRG HERR

UND CHRISTIAN KELLERMANN

Wie schlecht Kapitalismus funktionieren kann, zeigen die Exzesse des finanzgetriebenen Kapitalismus, der sich ab den 1970er Jahren im Rahmen des neoliberalen Globalisierungsprojektes entwickelt hat, mit zynischer Brutalität. Unablässig sprudelnde Millionengehälter für Hedgefonds-Manager, ein Anstieg der Ungleichheit der Einkommensverteilung, Staatspleiten, ein Anstieg der Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigungsverhältnisse, Obdachlose sind Ausdruck dieses Kapitalismus. Die konservative Revolution in den 1970er und 1980er Jahren fand ihren stärksten Ausdruck in der Liberalisierung der Finanz- und der Arbeitsmärkte. Einhergingen die letzten Jahrzehnte mit einer beispiellosen ökologischen Zerstörung, die mit der Erderwärmung und ihren unabsehbaren Folgen noch einmal eine völlig neue Qualität bekommen hat.

Vor dem Hintergrund dieser Probleme von Auflösungstendenzen des derzeit existierenden Kapitalismustyps oder des Kapitalismus überhaupt zu sprechen, wäre jedoch verfehlt. Auch der finanzgetriebene Kapitalismus kann die nächsten Jahrzehnte weiter existieren – allerdings mit negativen Folgen für die überwiegende Mehrheit der Menschen, die dann weiteren Krisentendenzen, Unsicherheiten in ihren Lebensentwürfen und ökologischen Zuspitzungen ausgeliefert sind. Die Zuspitzung der ökonomischen Instabilitäten des neoliberalen Globalisierungsprojektes in der Subprime-Krise und ihren Folgen hat gezeigt, dass staatliches Handeln in der Lage ist, auch systemkritische Krisen zu stabilisieren. Expansive Fiskalpolitik, die Liquiditätsschöpfung der Zentralbanken und die Stabilisierung des Finanzsystems durch partielle Verstaatlichung von Finanzinstituten hat eine Entwicklung wie in den 1930er Jahren verhindert. Es spricht vieles dafür, dass die nächsten Jahre nicht durch ein stürmisches Wachstum geprägt sein werden. Denn die Konsum- und Immobilienverschuldung etwa in den USA, Großbritannien oder einigen südeuropäischen Ländern dürfte nicht weitergehen wie in den letzten zwanzig Jahren. Gibt es kein starkes Wachstum in diesen Ländern, dann funktionieren auch exportorientierte Strategien nicht, die unter anderem Deutschland und Japan kennzeichnen. Gleichwohl, bis zum Platzen der nächsten Blase ist etwas Luft abgelassen worden, die dann in einigen Jahren an anderer Stelle wieder auftauchen und für das Platzen einer anderen Blase sorgen wird.

Die Eingriffe des Staates während der Subprime-Krise und deren Folgen werden nicht primär die belasten, die von den Vermögensmarktblasen vor der Krise hauptsächlich profitiert haben. Die Gruppe der Spitzenverdiener und die großen Vermögen wurden zur Finanzierung der Lasten der Krise nicht herangezogen. Zukünftig ist im Rahmen der Stabilisierung der Staatshaushalte in vielen Ländern zu erwarten, dass staatliche Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen eher die Armen in der Gesellschaft treffen. Der jetzige Kapitalismustyp produziert ein solches Ausmaß an Ungerechtigkeit, Unsicherheiten und ökologischen Problemen, dass nicht von einem »guten Kapitalismus« gesprochen werden kann. Im Gegenteil, dieser Finanzkapitalismus ist das denkbar schlechteste Gegenstück zu einem »guten Kapitalismus«. Wir beschreiben das Modell eines »guten Kapitalismus«, womit wir ein gerechtes, solidarisches und ökologisch nachhaltiges, aber gleichzeitig auch schöpferisches und produktives Wirtschaftsmodell auf der Grundlage substanziell veränderter Freiheitsgrade von einzelnen Märkten skizzieren.[1]

Es mag verwundern, warum wir trotz der kritischen Analyse des existierenden Kapitalismustyps für einen »guten Kapitalismus« werben. Die Begründung liegt darin, dass wir derzeit keinen Gesellschaftsentwurf sehen, der nicht in der einen oder anderen Form eine regulierte Variante eines Kapitalismus darstellt, der sozial und ökologisch ausgerichtet ist. Die Planwirtschaft und der real existierende Sozialismus, die Hoffnung vieler Linker in der Vergangenheit, sind als Alternativmodell gescheitert. Auch ökologisch war dieses Modell alles andere als erfolgreich. Auch sind wir, ganz der marxschen Analyse folgend, überzeugt, dass ein neues System nur aus dem existierenden herauswachsen kann. Der Kapitalismus wird uns deshalb noch eine Weile begleiten. Auch sollte bedacht werden, dass der Kapitalismus die Produktivkräfte wie kein anderes Gesellschaftssystem davor erhöht hat. Es geht somit um die Einbettung von Märkten in Institutionen und Politiken mit dem Ziel, die Exzesse von Märkten zu verhindern, das System zu stabilisieren und sozial und ökologisch zu gestalten.

KAPITALE IRRUNGEN KORRIGIEREN

Wir sehen beim derzeit existierenden Wirtschaftsmodell eine ganze Reihe von Problemen, die gelöst werden müssen – und auch können. Die Reformen der letzten 40 Jahre basierten auf einer Marktgläubigkeit. Märkte wurden als sich selbst regulierende Mechanismen verstanden, die von sich aus zu Stabilität einschließlich hoher Beschäftigung und einer einigermaßen akzeptablen Verteilung von Einkommen führen. Da die entfesselten Märkte das gewünschte Ergebnis in der Regel nicht lieferten, verabreichte die Politik der Ökonomie stets eine weitere Dosis mehr Entfaltungsfreiheit.

Auch hat sich ab den 1970er Jahren ein zunehmendes Ungleichgewicht zwischen dem globalen Markt auf der einen Seite und der nationalen Ebene von Regulierung auf der anderen Seite herausgebildet. Ohne eine Auflösung dieser Asymmetrie wird es schwerlich gelingen, eine stabile weltwirtschaftliche Entwicklung zu garantieren. Das bedeutet nicht, dass auf nationaler Ebene nicht eine Reihe von auch weitreichenden Reformen durchgeführt werden kann, jedoch bleibt das Problem bestehen, dass Regulierungen am besten auf der Ebene anzusiedeln sind, auf denen die Prozesse ablaufen. Das gilt auch für die ökologischen Probleme.

Eine zentrale Frage für ein neues Wirtschaftsmodell ist, welche Rolle den Finanzmärkten zukommen soll. Dabei sollten der Finanzsektor und seine Dynamik nicht verteufelt werden. Zwar wird übermäßige Kreditvergabe als ein zentraler Grund für die Blase am US-Immobilienmarkt und damit die aktuelle Krise gesehen. Es darf aber nicht vergessen werden, dass Kredit und Kreditwachstum an sich nichts Schlechtes sind. Vielmehr ist Kredit Treibstoff von nachhaltiger Innovation und Wachstum. Der Finanzsektor hat somit auch eine wichtige Rolle in einer sozial-ökologischen Wirtschaft. Anders als in den vergangenen Jahren, als die Geschäfte im Finanzsektor oft zum Selbstzweck verkommen sind, muss der Finanzsektor jedoch wieder zum Dienstleister für den Rest der Wirtschaft werden. Die Finanzmärkte müssen die Wirtschaft mit ausreichend Finanzmitteln versorgen, um Innovationen vor allem im Bereich der »grünen Wirtschaft« zu ermöglichen. Sie müssen aber auch »geduldiges« Kapital zur Verfügung stellen, das es Unternehmen ermöglicht, langfristige Strategien zu entwickeln und längerfristig zu planen. Die Rahmenbedingungen für Investmentbanken, Fondsgesellschaften, Geschäftsbanken und andere Akteure auf den Finanzmärkten müssen so gestaltet werden, dass der Finanzsektor als Ganzes diese Aufgaben erfüllt. Insbesondere darf eine Kreditexpansion, die immer von Zentralbanken alimentiert werden muss, nicht in spekulative Aktivitäten fließen. Es muss gewährleistet werden, dass Kredite in den Unternehmenssektor der Finanzierung produktiver Aktivitäten dienen.



flickr/rmx/Ricardo

Diese Rolle kann der Finanzsektor natürlich nur so lange übernehmen, wie es nicht zu Überschuldung oder Schuldenkrisen einzelner Länder oder volkswirtschaftlicher Sektoren kommt. Finanzmarktkrisen führen zu solchen Störungen im Finanzsystem, beipielsweise durch die Vernichtung von Eigenkapital, so dass der Finanzsektor nicht mehr ausreichend Kredite an Unternehmen für deren produktive Investitionen vergeben kann. Daraus folgt für ein neues und stabiles Wachstumsmodell, dass steigende Verschuldungsquoten, sei es des Staates, der privaten Haushalte oder der Unternehmen, als Wachstumstreiber nicht in Frage kommen.

Der tiefen Krise nach der Subprime-Krise, die in der Tat nur ein Krisenauslöser in einem insgesamt fragilen System war, gingen eklatante globale Ungleichgewichte voraus, die sich insbesondere in einem riesigen Leistungsbilanzdefizit der USA ausdrückten. Das zeigte an, dass die USA von gigantischen Kapitalzuflüssen betroffen waren, die größtenteils durch den Markt erzeugt wurden, teilweise jedoch auch Ausdruck strategischer Devisenmarktinterventionen von Zentralbanken waren. Letzteres spielte insbesondere in asiatischen Ländern, allen voran in China, eine Rolle. Von den Defiziten der USA profitierten vor allem große Exportländer wie China und Japan. Deutschland baute ebenfalls riesige Exportüberschüsse auf, die allerdings großteils innerhalb der Europäischen Währungsunion entstanden und durch die unterdurchschnittlichen Lohnerhöhungen in Deutschland und die dadurch steigende deutsche Wettbewerbsfähigkeit erzeugt wurden. Solche Ungleichgewichte zwischen Ländern sind für eine gewisse Zeit tragfähig, aber wenn der Aufbau der Schulden zu groß wird und das Vertrauen in Länder verloren geht, kommt es zu abrupten Kapitalbewegungen mit entsprechenden Konsequenzen für Wechselkurse, reale Auslandsschulden, Wachstum und Beschäftigung.

Insofern müssen jenseits der besseren Finanzmarktregulierung die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass Nachfrage ohne steigende Verschuldungsquoten von Ländern und volkswirtschaftlichen Sektoren geschaffen werden kann. Von zentraler Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Einkommensverteilung, die auf die volkswirtschaftliche Nachfrage einwirkt. Hohe Einkommensbezieher konsumieren relativ gesehen weniger als es Bezieher niedriger Einkommen tun. Insofern ist die Nachfragewirkung größer, wenn man niedrige Einkommen aufstockt, als wenn man einer Millionärin die gleiche Summe an zusätzlichem Einkommen gibt (ganz abgesehen von Gerechtigkeitsfragen). Das insgesamt ökonomisch erfolgreiche Kapitalismusmodell der 1950er und 1960er Jahre basierte auf einer expandierenden Konsumnachfrage, die sich auf Basis steigender Masseneinkommen entwickelte. Die Einkommensverteilung war dergestalt, dass auch ärmere Einkommensschichten ohne Verschuldung die Konsumnachfrage ausreichend anregten, um den Wachstumsprozess anzutreiben. Die Periode wird deshalb unter anderem als »Fordismus« bezeichnet, weil Henry Ford seinen Arbeitern soviel Einkommen zubilligte, dass sie sich die Autos, die Ford produzierte, ohne ansteigende Schuldenquoten leisten konnten. Investitionsnachfrage und Konsumnachfrage standen in einem Verhältnis, das eine stabile Expansion erlaubte. Für die Einkommensverteilung, die auf die Konsumnachfrage wirkt, sind drei Faktoren relevant. Erstens die (funktionale) Verteilung der Einkommen in Löhne und Profite, zweitens die Lohnspreizung und drittens staatliche Umverteilungspolitik. In allen drei Bereichen haben sich in nahezu allen Ländern der Welt während der vergangenen Jahrzehnte Entwicklungen ergeben, die zu einer stärkeren Ungleichheit der Einkommensverteilung geführt haben.

WERTSCHÖPFUNG UND GUTES WACHSTUM

Es geht bei der Frage nach einem »guten Kapitalismus« um das richtige Gleichgewicht von Markt und Staat. Bei der Frage nach mehr Staat geht es allerdings mitnichten um die Rückkehr zum alten »Modell Deutschland« der 1970er Jahre. »Mehr Staat« bedeutet auch nicht ein Zurückdrehen von emanzipatorischen Entwicklungen im gesellschaftlichen Bereich. Für Frauen etwa war die Erwerbstätigkeit in den 1970er Jahren schwieriger als heute. Das »Modell Deutschland« der Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg war durch langfristiges Denken auf Grundlage einer engen Verflechtung von Industrie und Banken unter dem Schlagwort »Deutschland AG« gekennzeichnet. Dieses Modell hat im Rahmen der europäischen Integration und der Globalisierung der Produktion seine Grundlage verloren. Zudem zementierte das Modell zweifelhafte Machtstrukturen, die es zu überwinden galt.

Viele Elemente eines besseren Kapitalismus lassen sich nicht im nationalen Alleingang umsetzen, schon gar nicht von einem Land, das wie Deutschland EU-Mitglied ist und wirtschaftlich wie rechtlich eng mit seinen Nachbarn verflochten ist. Für viele Ideen ist zudem aus grundsätzlichen ökonomischen Überlegungen die supranationale Ebene die angemessene Regulierungsebene. Dies gilt insbesondere für Finanzmärkte und ihre Akteure. Wünschenswert ist beispielsweise eine global koordinierte Finanzmarktregulierung. Auch in anderen Punkten wie etwa der Frage nach den globalen Ungleichgewichten ist eine internationale Koordinierung wünschenswert. Nichtsdestotrotz kann in vielen Bereichen der Umstieg auf ein neues Wirtschaftsmodell zu Hause beginnen. Der Abbau des enormen Leistungsbilanzüberschusses Deutschlands etwa könnte mit einer stärkeren Erhöhung der Löhne, der Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen, einer

stärkeren steuerlichen Umverteilung und dem Aus- und Umbau von sozialen Sicherungssystemen im Inland begonnen werden. Dadurch könnte das deutsche Exportmodell durch eine Stärkung der inländischen Nachfragekomponenten ausbalanciert werden. Auch können eine Reihe von Maßnahmen mit internationalen Konsequenzen durchgeführt werden. So können Offshore-Zentren ausgetrocknet werden, indem Transaktionen mit diesen verboten werden. Trotz einer Menge von Spielräumen, gerade für Deutschland als größtes EU-Land, ist die EU oder die EWU die wünschenswerte Ebene für viele Regulierungen, wobei darauf geachtet werden muss, dass einzelne Länder schärfere Regeln durchführen können.

Wenn von einem »guten Kapitalismus« und Wertschöpfung gesprochen wird, dann müssen auch ökologische Probleme im Vordergrund stehen. Es besteht bei allen ökonomischen Paradigmen in unterschiedlichen Varianten Einigkeit, dass der Marktmechanismus bei der Erfassung der Natur versagt. Es ist davon auszugehen, dass ein ungehemmter Kapitalismus die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit zerstört. Als Alternative bleibt keine andere Option als massive staatliche Eingriffe in den Marktprozess, um die Struktur von Produktion und Konsum (sprich unsere Lebensweise) grundlegend in eine ökologische Richtung zu verändern. Bei entsprechenden Veränderungen entschärft sich der Konflikt zwischen Wachstum und ökologisch sinnvollem Wirtschaften. Es kann dann auch Wachstum stattfinden, das die natürlichen Grundlagen des Lebens nicht zerstört. Selbstverständlich ist für reiche Volkswirtschaften immer die Option gegeben, dass Produktivitätsfortschritte in Arbeitszeitverkürzungen in welcher Form auch immer umgesetzt werden. Ökologischer Umbau beinhaltet auch neue Technologien. Die kapitalistische Produktivitätsmaschine hat die Produktivkräfte dramatisch erhöht. Jedoch ist die technologische Entwicklung nicht neutral, sondern durch die Anreize des Marktes und die Verwertung des Kapitals geprägt. Gerade bei der Technologieentwicklung sind aus diesem Grunde Rahmensetzungen und Eingriffe des Staates notwendig, um eine ökologische Entwicklung einzuleiten und zu verstetigen.

SÄULEN EINES »GUTEN KAPITALISMUS«

Die Vorstellung vom Kapitalismus als ein sich selbst regelndes System, das zu Stabilität und Wohlfahrt für alle führt, ist falsch. Märkte müssen immer in Institutionen und Regulierungen eingebunden werden, anderenfalls entfalten sie destruktive Kräfte. Es ist also keine Frage, ob der Staat in Märkte eingreifen soll, sondern wie. Damit der Kapitalismus seine produktive Dynamik möglichst frei von seinen zerstörerischen Tendenzen entfalten kann, muss er an die Leine genommen werden: durch den Staat und die Gesellschaft. Die Leine darf nicht zu lang, aber auch nicht zu kurz sein. In einer idealen Welt muss auch der globale Kapitalismus eine globale Regulierung oder Leine haben, um im Bild zu bleiben. Aber auch auf nationaler und regionaler Ebene ist schon einiges an sinnvollen Vorkehrungen zu treffen. Es gibt genügend Spielraum für ein Land wie Deutschland, binnenwirtschaftliche ökonomische Belange und den eigenen Grad der Globalisierung zu gestalten. Eine machbare Alternative sieht so aus:

SÄULE 1: DIE BANKEN UND DAS FINANZSYSTEM

Finanzsysteme stellen das »Gehirn« des ökonomischen Systems dar. Sie sind für eine dynamische Entwicklung von Ökonomien von zentraler Bedeutung, können jedoch die Ökonomie auch ins Verderben treiben. Tatsächlich übernimmt ein gut funktionierendes Finanzsystem in einer modernen Volkswirtschaft mindestens vier Aufgaben, die für einen nachhaltigen Wachstumsprozess unabdingbar sind. Erstens ermöglicht es durch frisch geschöpfte Kredite Unternehmen und innovativen Unternehmern Investitionen sowie die Durchführung von Produktionsprozessen. Zweitens hilft es durch die bessere Verteilung des Risikos insgesamt, dass mehr unternehmerische Risiken eingegangen werden können, was tendenziell zu einem höheren Innovationsgrad und höherem Wirtschaftswachstum führt. Drittens sollte ein ordentlich funktionierendes Finanzsystem Kredite an jene Sektoren und Unternehmen verteilen, die damit am ehesten nachhaltiges Wachstum erzeugen. Und viertens hilft es, von einer Vielzahl von Sparern kleinere Summen einzusammeln und diese für größere Investitionsprojekte zur Verfügung zu stellen. Das Finanzsystem sollte für den Unternehmenssektor ausreichend Kredite zur Verfügung stellen und innovative »grüne« Unternehmen und Investitionen auch mit höheren Risiken fördern. Dazu braucht es allerdings nicht unzählige und sehr ähnliche Finanzprodukte und nicht den Umfang der gigantisch eskalierenden Derivatsmärkte. Auch unterstützen durch Spekulation und kurzfristiges Handeln getriebene Aktien- und Immobilienmärkte sowie auf den kurzfristigen Gewinn hin orientierte Unternehmensstrategien nicht die langfristige Entwicklung von Ökonomien. Relativ bodenständige Finanzsysteme sind ausreichend, um über eine Kreditexpansion Investitionen und Innovationen zu finanzieren.

SÄULE 2: DIE LÖHNE UND DER ARBEITSMARKT

Die Kaufkraft, die in entwickelten Volkswirtschaften die zentrale Nachfragequelle ist, sollte auf einer relativ ausgeglichenen Einkommensverteilung beruhen und nicht auf einer Expansion von Konsumkrediten. Eine ausgeglichene Einkommensverteilung braucht mehrere Maßnahmen: Erstens die Umkehrung des langfristi-

gen Trends einer fallenden Lohnquote, der vor allem auf den Machtzuwachs, das Ausufern und die Risiko- und Renditegier des Finanzsystems zurückzuführen ist. Zweitens ist die Lohnstruktur durch gesetzliche Mindestlöhne und Stärkung von Tarifverhandlungssystemen in der Form zu ändern, dass die unteren Löhne angehoben werden. Drittens muss der Staat in die vom Markt gegebene Verteilung durch Steuern und Ausgaben einschließlich der Bereitstellung öffentlicher Güter eingreifen. Den gesetzlichen Sozialsystemen kommt dabei eine wichtige, jedoch nicht die alleinige Rolle zu.

SÄULE 3: DIE ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE

Eine stärkere Rolle des Staates ist in einem grundlegend neu regulierten Kapitalismus nicht ohne eine gerechte und solide finanzierte Einnahmenbasis sicherzustellen, die einen Anstieg des Anteils der Staatsverschuldung am Bruttoinlandsprodukt verhindert. Die Steuerpolitik korrigiert zum einen die Einkommensverteilung und dient dazu, insbesondere im Bereich der Bildung, Forschung, Infrastruktur und sozialen Sicherheit zu investieren. Die solide Finanzierung des Staates ist die Voraussetzung für eine antizyklische Stabilisierung der Wirtschaft durch automatische Stabilisatoren und für eine Bereitstellung möglichst guter öffentlicher Dienstleistungen.

SÄULE 4: ÖKOLOGISCHE WENDE

Der Staat hat die Rahmensetzungen so zu gestalten, dass eine ökologische Wende unausweichlich wird. Ökologisch sinnvolle Technologien sind staatlich zu fördern – von Grundlagenforschung bis hin zu Subventionen von ökologisch sinnvollen Projekten. Zur Finanzierung der Ökowende können zweckgebundene Finanzmarktinstrumente dienen, genauso wie ein enstprechendes steuerbasiertes Anreizsystem. Die ökologischen Bedrohungen geben den Regulierungsrahmen für ein »grüne Makroökonomie« vor, die ein kluger Mix aus (marktbasierten) Instrumenten und staatlicher Steuerung sein muss. Ein »grüner New Deal« mit dem Ziel eines sozialen und ökologischen Umbaus kann hohe Beschäftigung, soziale Absicherung und ökologische Produktion verbinden.

SÄULE 5: DIE WELT

Ein solches Modell braucht eine wirtschaftliche Konstellation, die Produktivitätserhöhungen und Innovationen insbesondere in Richtung ökologisch verträglichen Wirtschaftens fördert, durch ein stabiles und gleichzeitig dynamisches Finanzsystem gekennzeichnet ist und auf einem Wachstum in den Ländern der Welt aufbaut, das grundsätzlich auf inländischem oder regionalem, durch Einkommenszuwächse finanziertem Nachfragewachstum beruht und damit große Leistungsbilanzungleichgewichte verhindert. Die Weltwirtschaft sollte durch ein System relativ stabiler Wechselkurse gekennzeichnet sein, die bei großen Ungleichgewichten angepasst werden können. Selektive Kontrollen des internationalen Kapitalverkehrs sind zur Stabilisierung der Wechselkurse unumgänglich. Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen sollten durch entsprechende Geld- und Fiskalpolitiken – innerhalb von Währungsunionen wie der EWU auch durch entsprechende Lohnentwicklungen – bekämpft werden. Beim Aufbau zu großer Leistungsbilanzungleichgewichte sollten Wechselkursanpassungen vorgenommen werden. In Währungsunionen sind Wechselkursanpassungen nicht möglich, was die Notwendigkeit einer stärkeren Integration und Kooperation von Ländern impliziert, die einer Währungsunion angehören.

MÄCHTIGE WIDERSPRÜCHE

Der »gute Kapitalismus« steht für relativ sichere wirtschaftliche Lebensverhältnisse. Es ist nicht akzeptabel, dass Arbeitnehmer oder Unternehmen zum Spielball vollständig destabilisierter Märkte werden. Prekäre Arbeitsplätze und Massenarbeitslosigkeit schwächen Gewerkschaften und Arbeitnehmer. Es müssen somit Politiken verfolgt werden, welche die Arbeitslosigkeit gering halten und die gesetzlichen Möglichkeiten für prekäre Arbeitsplätze beseitigen. Ausgebaute Mitbestimmungs- und Arbeitnehmerrechte sind wichtig für die Kräftebalance zwischen Arbeit und Kapital. Auch wenn die vorgeschlagenen Reformen durchgesetzt würden, wäre noch genügend Raum für Märkte, die in verschiedenen Dimensionen ein Element der Freiheit von Individuen sind. Es geht somit nicht darum, Märkte abzuschaffen oder zu ersetzen, sondern darum, Märkte, insbesondere Finanz- und Arbeitsmärkte in Institutionen und Regulierungen einzubinden und Anreizsysteme so zu gestalten, dass die nachhaltige »grüne« Wende eingeleitet wird. Ohne eine grundlegende Machtverschiebung zugunsten des Staates und der demokratischen Mitbestimmung in allen Wirtschaftsbereichen wird eine solche Wende nicht funktionieren. »Gut« ist unsere Ableitung von Gerechtigkeit und Solidarität mit unseren Mitmenschen und der Natur. Aufbauend auf diesen Werten ist es gerade wegen der attestierten Widersprüche des Kapitalismus möglich, ein Wirtschaftsmodell zu schaffen, dass durch seinen Anspruch, primär sozial-ökologisch zu sein, auch hochgradig produktiv ist.

---

1 Basierend auf dem gleichnamigen Buch, erschienen im Oktober 2009 im transcript Verlag.

DER GEBRAUCHS-ANLEITUNGSKAPITALISMUS

DREIMAL HIER GESCHRAUBT,

DREIMAL DORT GEHÄMMERT – SCHON WIRD ALLES GUT?

SABINE NUSS

Die Krise hat den Ruf des Kapitalismus beschädigt, auch im Mainstream häufen sich kritische Fragen. Da kommt das Buch von Dullien, Herr und Kellermann wie ein Seufzer der Erleichterung: Es geht doch, das Wirtschaftsmodell, das allen Menschen zugute kommt – wir müssen den Kapitalismus gar nicht abschaffen. Die Autoren entwerfen das Modell eines »guten Kapitalismus«, der »soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit auf einem hohen Wohlstandsniveau« garantieren soll. Die Sozialdemokratie ist froh, dass die Rezepte zur Eindämmung des wild gewordenen Marktes aus ihren Reihen kommen. Das Buch wurde von der Friedrich-Ebert-Stiftung gefördert. In der linken Diskussion wird es eher mit spitzen Fingern zur Kenntnis genommen: Kapitalismus überwinden wollen die Autoren explizit nicht. Aber gut sein soll er. Nur: Gut für wen eigentlich? Die Veränderungsvorschläge lesen sich wie die Gebrauchsanleitung einer Ikea-Küche. Lediglich fehlender politische Wille scheint dem Projekt in die Quere kommen zu können, also drehen wir den Inbus.

Zunächst kritisieren die Autoren die verfehlte Politik der letzten Jahrzehnte, Liberalisierung und Deregulierung. Eine »problematische Marktgläubigkeit« habe das System aus dem Gleichgewicht gebracht. Entsprechend soll das neue Wirtschaftsmodell wieder für ein Gleichgewicht zwischen Markt, Staat und Gesellschaft sorgen. Viel ist die Rede von »Aufgaben«, die die herrschende Wirtschaftsordnung habe: die Fiskalpolitik habe die wachsende Ungleichheit bei der Einkommensverteilung zu vermeiden. Die Geldpolitik müsse die Ungleichgewichte auf den Finanzmärkten und im Handel abbauen. Das Finanzsystem müsse die Wirtschaft mit Kredit versorgen. Unter dem Titel »Was zu tun ist« werden entsprechende Regulierungsvorschläge gemacht: ein starker öffentlicher Bankensektor (Sparkassen und Genossenschaftsbanken) soll erhalten werden. Für das Eigenkapital von Finanzinstitutionen brauche es engere Regeln, ein »TÜV« für Finanzprodukte wird vorgeschlagen, die Einführung staatlicher Rating-Agenturen. Mindestlöhne, eine Stärkung des Flächentarifvertrags, mehr Mitbestimmungsrechte in Unternehmen, die Mitgliedschaft aller Einkommensbezieher in der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, Kapitalverkehrskontrollen und so weiter. Eine To-Do-Liste des »guten Kapitalismus«, wie sie praktischer – gerade für parlamentarische Politik – nicht sein könnte. Ziel ist ein Wirtschaftsmodell, in dem die Löhne »gerecht« sind, wo der Finanzsektor der Wirtschaft dient und Kredite an jene Sektoren vergibt, die damit am ehesten nachhaltiges Wachstum erzeugen. Eine Wirtschaft, in der »geduldiges Kapital« Unternehmen ermöglicht, langfristige Strategien zu entwickeln und Wagniskapital so investiert wird, dass Innovationen vor allem im Bereich der »grünen Wirtschaft« entstehen. Wo Ungleichheiten in den Bilanzen zwischen Nationen vermieden werden und die Staatsverschuldung im richtigen Rahmen liegt – nicht zu viel, um in eine Schuldenkrise zu geraten, aber grade genug für nachhaltiges Wachstum. Eine Gesellschaft mit relativ sicheren wirtschaftlichen Lebensverhältnissen. Ein Kapitalismus, der seine »gute Dynamik« frei von seinen zerstörerischen Tendenzen entfaltet. Wer könnte da schon dagegen sein? Irritierend ist die Annahme, ein Kapitalismus, der alle Widersprüche versöhnt und allen nutzt, sei möglich. Nehmen wir beispielhaft die Rede von der Aufgabe des Finanzsystems. Es soll die Wirtschaft mit Kredit versorgen, ihr »dienen«. Dies ist aber nicht »die Aufgabe« einer Bank. Ihr Zweck ist, wie bei allen profitorientierten Unternehmen auch, Gewinn zu realisieren. Kreditvergabe und andere Geldgeschäfte sind das Mittel. Wenn die Geschäfte zu unsicher werden, halten sich die Banken mit der Kreditvergabe zurück. Fraglich ist auch, dass die »Aufgabe« der Fiskalpolitik die Vermeidung von Ungleichheit bei der Einkommensverteilung sei. Nun kann es sein, dass eine egalitäre Einkommensverteilung von einer Partei oder auch Regierungskoalition gewünscht wird. Aber der Grad der Einkommensdisparität hängt

nicht allein am politischen Willen, sondern ist Resultat gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, die wiederum von globalen Verhältnissen, etwa der nationalen Standortkonkurrenz abhängen. Der Appell an den politischen Willen unterschätzt »den Markt« und überschätzt »den Staat«. Die herrschenden Interessengegensätze werden vernachlässigt.

Der Markt ist nicht einfach ein neutrales Instrument zur maximal effizienten Produktion und Verteilung von Gütern. Unternehmen wollen dort ihre Waren für mehr Geld verkaufen, als sie zuvor für deren Produktion ausgeben mussten. Unternehmen agieren immer in einer Atmosphäre der Unsicherheit, weil sie nicht wissen, ob sie ihre Produkte auch wirklich loswerden. Überall lauert die Konkurrenz, die möglicherweise billiger, neuer, hochwertiger, raffinierter produziert hat. Sie zwingt zum Nachlegen, zum Höher, Schneller, Mehr. Das ist der Antrieb der kapitalistischen Produktivkraftentwicklung, die viel gerühmte Innovationskraft des Marktes. Der Markt ist ein Kampfplatz widerstreitender Interessen. Rivalisierende Unternehmensinteressen sind dabei begleitet von partiell und temporär aufflackernden gemeinsamen Interessen: z.B. wenn es darum geht, dass Standortbedingungen fürs Kapital verbessert werden sollen, durch ein niedrigeres Lohnniveau, lockere Umweltschutzauflagen oder geringe Sozialabgaben. Hier können Unternehmen durchaus Interessengemeinschaften bilden und verbandspolitisch gegenüber »der Politik« auftreten. Das kann sich aber schnell ändern: Produziert ein Unternehmen z.B. Umweltfilter, ist es an hohen Umweltauflagen interessiert, ebenso wie Unternehmen, die im Emissionshandel involviert sind, ein Interesse an starken Beschränkungen des CO_2-Ausstoßes haben, während die fossilistische Energiewirtschaft daran gerade nicht interessiert ist. An niedrigen »Lohnkosten« werden allerdings beide interessiert sein.

Zwischen den Arbeit »gebenden« Unternehmen und den Arbeit «nehmenden« Menschen herrschen divergierende Interessen: letztere besitzen als Klasse keine eigenen Produktionsmittel, um sich Nahrung, Kleidung, Obdach, etc. herzustellen. Sie sind gezwungen, ihre Arbeitskraft an jene zu verkaufen, die diese Produktionsmittel besitzen. Lohn, Gehalt, Einkommen, Honorar, kurz: Das Lebens- und Überlebensmittel der Arbeitskraftbesitzer ist in der Kalkulation der einzelnen Unternehmen ein lästiger Kostenpunkt, den es tendenziell zu senken gilt. Für die Gesamtheit der Unternehmen ist er wiederum dringend notwendig: Irgendjemand muss ja die Waren kaufen. Das einzelne Interesse eines Unternehmens kann dem Gesamtinteresse aller Unternehmen gleichzeitig widersprechen. Auch auf dem Arbeitsmarkt findet sich Interessenkongruenz (was sich in Solidarität ausdrücken kann) und Konkurrenz (was sich in Feindschaft ausdrücken kann). Je prekärer die Möglichkeit Lebensunterhalt und Anerkennung zu verdienen, desto schärfer die Konkurrenz. Der bunte Reigen dieser bekannten Interessengegensätze vervielfacht sich auf internationaler Ebene: Die Opel-ArbeiterInnen konkurrieren nicht nur an den deutschen Standorten gegeneinander, wenn es darum geht, welches Werk geschlossen werden soll, sondern auch gegen belgische oder britische. Die globale Ebene bringt nationale Interessengegensätze – beispielsweise um den besten Investitionsstandort – ins Bild und rückt einen versöhnenden Kapitalismus weiter in die Ferne. Selbst angesichts eklatanter Umweltzerstörung ist es nicht möglich, einem gemeinsamen politischen Willen zur Durchsetzung zu verhelfen, wie der Klimagipfel in Kopenhagen im Dezember 2009 gezeigt hat.

Diese nur kurz skizzierten Interessengegensätze – und das sind beileibe nicht alle – artikulieren sich im politischen Raum, suchen ihre Durchsetzung u.a. mittels des viel geschmähten »Lobbyismus« und strukturell auf Kosten anderer Interessen. Der »politische Raum«, der Staat, ist voller Institutionen mit tausenden verschiedenen, von wiederum ganz eigenen Interessen gelenkten Funktionsträgern und -trägerinnen. Auch hier wird über Erhalt und Ausbau von Posten Konkurrenz ausgetragen, gemeinsam ist ihnen das Interesse am Selbsterhalt. Das setzt Steuereinnahmen voraus und diese resultieren aus der Wirtschaftstätigkeit eines Landes. Je höher die Wirtschaftsleistung, das Wachstum, desto bessere Voraussetzungen für die Staatseinnahmen. Wie hoch die Steuern sind und von wem sie letztlich bezahlt werden (Vermögende oder Geringverdiener), ist Ergebnis von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Kräfteverhältnissen und keine Sache des guten Willens. Das Interesse »des Staates« an guten Standortbedingungen für Wachstum als Einnahmequelle und Machtbasis kann im Gegensatz stehen zu Kapital- oder Arbeitnehmerinteressen im eigenen Land. Das Interesse des Staates an niedrigen Energiekosten mögen Energieunternehmen nicht, das Interesse an niedrigen Lohnstückkosten, um im internationalen Wettbewerb mitzuhalten, mögen Gewerkschaften nicht. Die Liste der Gegensätze, Interessenkonkurrenzen und Widersprüche ließe sich ins Unendliche weiter führen und würde sie heute fertig, müsste man sie morgen neu schreiben.

Vor diesem Hintergrund mutet das Modell eines »guten Kapitalismus« seltsam technokratisch an und erinnert an eine



flickr/Eye - the world through my I

Gebrauchsanleitung. Ikea-Anleitungen sind tatsächlich nicht kompliziert. Die einzelnen Bauteile aber führen mitunter ein Eigenleben, so dass trotz aller Gebrauchsanleitung beim Zusammenbau die Teile nicht so zusammenpassen, wie sie sollten. Am Ende streitet man sich darüber, ob Ikea die falschen Teile geliefert hat, ob die Teile schief zugeschnitten waren, ob wir die Anleitung falsch verstanden haben, ob sie fehlerhaft war – oder ob jeder was anderes wollte. Der bürgerliche Staat ist kein allwissender Küchenmonteur, hier endet die Analogie. Eher passt Engels' Bezeichnung des Staates als »ideeller Gesamtkapitalist«. Dieser vertritt nicht alle Interessen aller Einzelkapitale eines Landes, der »Staat« ist nicht Handlanger des »Gesamtkapitals« eines Landes. Vielmehr verdichtet sich in ihm das von Widersprüchen durchzogene Handeln zugunsten guter Bedingungen für eine optimale Verwertung der Kapitale. Ein Ausdruck dessen ist die Orientierung staatlichen Handelns am Wirtschaftswachstum, gemessen durchs Bruttoinlandsprodukt. Dazu gehören etwa Bedingungen, die einzelne Kapitale nicht oder unzureichend zur Verfügung stellen können: Forschung, Bildung, Maßnahmen im Gesundheitsschutz für den Erhalt der Arbeitskraft (also durchaus auch Errungenschaften der Arbeiterbewegung), häufig Infrastrukturleistungen usw.

Zwar jagt der »ideelle Gesamtkapitalist« in all seinen Handlungen dem Ideal optimaler Bedingungen für Wachstum hinterher, aber er kann das nur im Trial-and-Error-Verfahren – er weiß nicht schon vorher, was wirklich zum erfolgreichen Wachstum oder zur Akkumulation des nationalen Gesamtkapitals führen würde. Was sich durchsetzt, ist Resultat von Auseinandersetzungen. Die To-Do-Liste des guten Kapitalismus liest sich aber wie ein Masterplan. Wo soll das vermeintliche Gesamtinteresse zu seiner Umsetzung herkommen?

Die strikt gezogene Trennung von hier Staat, dort Markt, trübt den Blick für die Zusammenhänge. Der Markt existiert nicht freischwebend, ist der Politik nicht äußerlich. Das bürgerliche Recht ist die Form, die dem Tausch von Gütern und Geld, ebenso dem Tausch von Arbeitskraft und Geld, erst gesellschaftliche Möglichkeit und Gültigkeit verschafft. Verändern sich diese Rechtssetzungen, verändert sich das, was »Markt« genannt wird. Dass bei der Betrachtung des Marktes von dessen gesellschaftlichen Bezügen abstrahiert wird, führt zu einem Widerspruch: Einerseits wird der Markt für seine Effizienz und Innovationsfähigkeit gelobt. In welchen Sektoren der Markt aber effizient sein darf, soll im »guten Kapitalismus« der Staat bestimmen. So sei zum Beispiel denkbar, Wachstum in Bereiche mit weniger Ressourcenverbrauch »zu lenken«. Diese Logik zieht sich durch: Lenken, regulieren, verbieten, einführen – der effiziente Markt wird in dieser Lesart geplant bzw. es wird um den effizienten Markt herum geplant. Wie das geschehen soll, ist aber nicht so ganz klar: Würde mit dieser Planung ernst gemacht, wo sollte sie aufhören, welche Bereiche wären nicht dem staatlichen Willen unterworfen? An Kapitalismus und Markt wollen die Autoren festhalten. Märkte seien ein wichtiges Element der Emanzipation. Bisher bekannte Gesellschaften seien weitaus mehr durch direkte Über- und Unterordnungsverhältnisse zwischen Menschen geprägt gewesen als Marktgesellschaften. Tatsächlich setzt der Markt rechtlich freie und gleiche Individuen voraus. Der Arbeitskraftbesitzer steht nicht in einem direkten, also persönlichen Abhängigkeitsverhältnis zu seinem Arbeitgeber wie ein Leibeigener im Feudalismus. Das kapitalistische Herrschaftsverhältnis setzt gleichermaßen rechtliche Freiheit und Gleichheit und ökonomische Ungleichheit voraus, so dass nach wie vor einige die Macht haben, andere für sich arbeiten zu lassen. Marx nannte das Ausbeutung. Dieses Verhältnis bleibt, egal wie egalitär die Einkommen verteilt sind. Allerdings gibt es eine Obergrenze der Lohneinkommen. Wird sie überschritten, ist die kapitalistische Produktionsweise in ihrer Existenz bedroht: Entweder werden die Profite von den Löhnen aufgefressen oder die Unternehmen retten ihre Profite durch inflationäre Preissteigerungen. Wer am Kapitalismus, auch wenn es ein »guter« sein soll, festhält, muss an der Ausbeutung festhalten, und gelegentlich »zu hohe« Lohnforderungen kritisieren. Diese würden Inflationsgefahren bergen, was die Stabilität des Geldes gefährde – eine der zentralen Existenzbedingungen der kapitalistischen Gesellschaft. Die »aggressive Lohnpolitik« der Gewerkschaften hätte in den 1970er Jahren die Krise verschärft, kritiseren auch Herr et al. Lohnzuwächse, Mindestlöhne, Flächentarifvertrag, Kapitalverkehrskontrollen, feste Wechselkurse, öffentliche Güter usw. – das hat es alles schon mal gegeben. Aufgrund einer historisch-spezifischen sozioökonomischen Konfiguration, gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und daraus resultierenden Kräfteverhältnissen – und Kämpfen. Und es sollte nicht vergessen werden, dass dieses Regime auf der Ausbeutung von Ressourcen und billiger Arbeitskraft im Rahmen internationaler Arbeitsteilung beruhte.

Wie man's dreht und wendet: Wenn man am Kapitalismus festhalten will, dann muss man damit umgehen, dass erkämpfte Errungenschaften oder von »der Politik« im Kontext bestimmter Kräfteverhältnisse erfolgreich durchgesetzte Regulierungen aufgrund der Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise immer wieder aufs Neue zur Disposition gestellt werden.

Daran finden die Vorschläge, die zu einem »guten Kapitalismus« führen sollen, ihre Grenzen. Sollte eine so strikte Planung des Marktes auf Dauer gestellt werden, bräuchte es nicht nur einen massiv autoritären Staat, auch wäre die »Effizienz« dahin. Genau das, was zentrales Argument für die Autoren war, am Kapitalismus festzuhalten. Die Reformen machen nur Sinn, wenn sie mit einer emanzipatorischen Perspektive verbunden werden, das heißt, langfristig mit der Aufhebung einer Produktion für Profit und in Konkurrenz, auf Kosten von Mensch und Natur. Dazu bräuchte es eine radikale Demokratisierung und Änderung der Eigentumsverhältnisse und da reicht es nicht, an einen abstrakt politischen Willen zu appellieren. Vielmehr muss in den konkreten Kräfteverhältnissen und Kämpfen je für die Selbstermächtigung von ›unten‹ gestritten werden.

GUTE ARBEIT

EINE GEWERKSCHAFTLICHE ALTERNATIVSTRATEGIE IN DER KRISE DES KAPITALISMUS?

BERND RÖTTGER

Mit der »großen Krise« seit dem Herbst 2008 wurde nicht nur das privatkapitalistische Finanzkapital in einen Strudel der Kapitalvernichtung gezogen. Von der »realökonomischen« Krise in der BRD waren und sind vor allem jene exportorientierten Kapitalfraktionen aus Maschinenbau und Automobilindustrie betroffen, die lange Zentren gewerkschaftlicher Macht und vergleichsweise »guter« Arbeit und Entlohnung bildeten.

Diese Unternehmen hatten sich im letzten Jahrzehnt jedoch mit Finanzialisierung und erzwungenen Konzessionen von Gewerkschaften, Betriebsräten und Belegschaften bereits zu Trägern des flexibilisierten Finanzmarktkapitalismus aufgeschwungen. Ihr Erfolg beruhte auf dem erzwungenen »Co-Investment« (Peter Hartz) der Belegschaften als Gegenleistung für zeitweilige Arbeitsplatzgarantien. Mit dieser defensiven Strategie konnten selbst die gewerkschaftlichen »Bastionen« kaum noch erfolgreich verteidigt werden. Die große Krise markiert das endgültige Versagen dieser Strategie (vgl. Candeias/Röttger 2009): Weder gelang es den Gewerkschaften durch tarifpolitische Umverteilungspolitik den Geldhahn abzudrehen, aus dem sich die spekulativen Blasen speisten. Noch konnten sie durch tarif- und strukturpolitische Maßnahmen das industrielle Spezialisierungsprofil der bundesdeutschen Ökonomie in Richtung stärker binnenorientierter Sektoren transformieren – womit auch das Ziel der Beschäftigungssicherung immer wieder verfehlt wurde.

Kaum etwas deutet auf eine Umkehr dieser Kräftekonstellation hin. Kapitalstrategien stellen weiter Löhne, Mitbestimmungsrechte und Arbeitsstandards in Frage und versuchen, die Lasten der Krise den abhängig Beschäftigten aufzubürden – oder über den Staat zu sozialisieren. Staatliche Krisenintervention geriert sich als »konservierende Krisenpolitik«, die mit Erhaltsubventionierung und Wachstumsbeschleunigung glaubt, den Zustand vor der Krise rekonstruieren zu können – allenfalls mit ein wenig grünlicher Lackierung. Das Modell ökonomischer Regulation soll unangetastet bleiben.

In dieses restaurative Konzert vermeintlich makroökonomischer Rationalitäten (»Systemrelevanzen«, »Schuldenabbau«) und Sachzwänge (»Standortkonkurrenzen«, »Kostensenkung«) mischen sich inzwischen unüberhörbar (Rück-) Forderungen nach »guter Arbeit«. Sie sind nicht Produkt der Krise, gewinnen aber durch sie neues Gewicht. Die Tonlagen allerdings sind vielschichtig.

GUTE ARBEIT – DAS KALEIDOSKOP DER FORDERUNGEN

Entwickelt wurde das »Leitbild« Gute Arbeit in den Debatten der IG Metall in den 1990er Jahren. Nachdem sie mit dem Kampf um die 35-Stunden-Woche 1984 den letzten Gipfel eines erfolgreichen Kampfzyklus erklommen hatte, folgte die Einhegung gewerkschaftlicher Politik in defensiver Beschäftigungs- und Einkommenssicherung. Klaus Pickshaus (2007), gemeinsam mit Hans-Jürgen Urban maßgeblich an der Konzeption des Projekts Gute Arbeit beteiligt, bezeichnet die 1990er Jahre als »arbeitspolitisch ›verlorenes Jahrzehnt‹«, da nicht nur »alle Ansätze qualitativer Arbeitsgestaltung verdrängt«, sondern auch »humanisierungspolitische Erfolge aus den 1970er und 1980er Jahren rückgängig gemacht« wurden.

Mit der Forderung nach Guter Arbeit sollten qualitative Dimensionen des Kampfes *innerhalb* des Lohnarbeitsverhältnisses anknüpfend an die Programme zur *Humanisierung der Arbeit* in den 1970er Jahren wiederbelebt werden. Gute Arbeit sollte eine Antwort auf die Expansion von Leiharbeit, Minilöhnen und Prekarisierung bereithalten, durch die die Mobilisierung der in Angst versetzten Stammbelegschaften zunehmend erschwert wurde. Im Jahr 2003 beschloss der IG-Metall-Gewerkschaftstag Gute Arbeit als so genannte Querschnittsaufgabe für die gewerkschaftliche Interessenvertretung zu verankern. 2004 begann das »Projekt Gute Arbeit«, das mit dem gleichnamigen »Handbuch« 2007 formal abgeschlossen wurde. Erledigt war das Thema damit keineswegs.

Drei Jahre nach der IG Metall beschloss der DGB-Bundeskongress gemeinsame Anstrengungen aller Mitgliedsgewerkschaften für eine »humane und gute Arbeit«. Das markierte gleichzeitig den Startschuss für die Entwicklung eines jährlich erhobenen *DGB-Index Gute Arbeit*. Dessen Ergebnisse sind alarmierend. Sie dokumentieren eine zunehmende »Zermürbung des Arbeitsvermögens« (Hans-Jürgen Urban). In den repräsentativen Umfragen kommt schön länger zum Ausdruck, dass »gute Arbeit« in der Lohnarbeitsrealität selten geworden ist: zwölf Prozent der Beschäftigten behaupten, noch in solchen Beschäftigungsverhältnissen zu arbeiten – dies vorwiegend in Unternehmen mit betrieblicher Interessenvertretung. Alarmierend ist, dass die WSI-Betriebsrätebefragungen einen permanenten Ökonomisierungsdruck auf das betriebliche Interessenhandeln konstatierten, der mit weiteren Umstrukturierungen und Auslagerungen, Leistungsverdichtungen und psychischen Belastungen der Beschäftigten auch in den betrieblichen »Bastionen der Gewerkschaftspolitik« einhergeht.

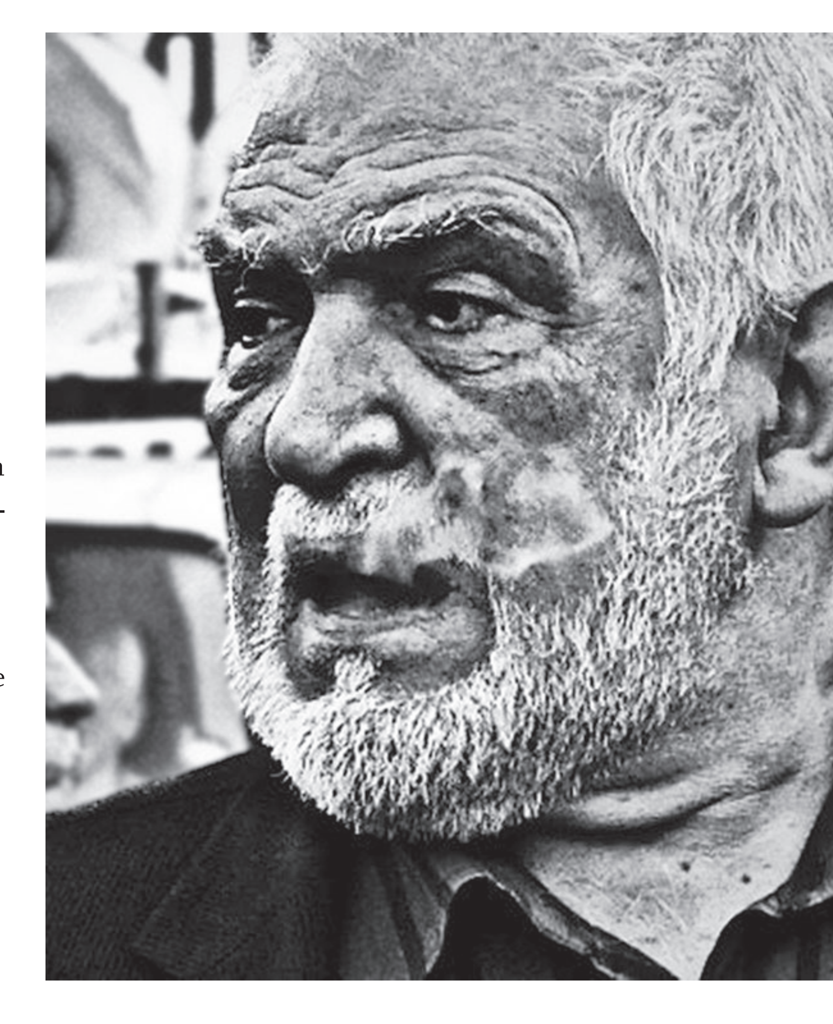
Die (Rück-)Forderung Guter Arbeit geht inzwischen weit über die gewerkschaftliche Öffentlichkeit hinaus. Die Internationale Arbeitsorganisation tritt seit langem für »Decent Work« ein. Und zumal im Wahlkampf bemühen auch jene Mainstream-Vertreter der politischen Klasse, die vorher durch Gesetzesbeschlüsse aktiv die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen vorangetrieben oder zumindest billigend in Kauf genommen haben, deren Rhetorik. Konkreteres erfährt man in der Regel kaum. Die Bundestagsfraktion der Partei Die Linke erhebt in ihrem Antrag *Mit Guter Arbeit aus der Krise* (April 2010, BT Drucksache 17/1396) Arbeitspolitik zur parlamentarischen Sache. Hinter Guter Arbeit verbirgt sich offensichtlich ein komplexes Konglomerat unterschiedlicher Strategien und Wege der Veränderung gesellschaftlicher Arbeit im gegenwärtigen Kapitalismus – gerade im Zeichen seiner Krise.

PERSPEKTIVEN GUTER ARBEIT IN KRISEN DES KAPITALISMUS

Sowohl die Identifizierung von »guter« mit irgendwie geregelter, auf gesicherten Lohneinkommen und möglicher Zukunftsplanung basierender Arbeit bei den befragten Beschäftigten als auch etwa die Konnotation Guter Arbeit in der IG BCE-Kampagne »Modell Deutschland ... zuerst der Mensch!« deuten auf eine Retrospektive der Regulation von Lohnarbeit hin: »gut« war das, was die reformistische Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung im fordistischen Kapitalismus an generalisierten Regulierungen durchsetzen konnte; »schlecht« wird das, was davon abweicht. Mit der Wiederbelebung des alten, aus den 1970er Jahren entlehnten sozialdemokratischen (Wahlkampf-)Slogans vom »Modell Deutschland« glaubt die IG BCE sogar »die Antwort auf die Herausforderungen einer sich modernisierenden Gesellschaft« neu gefunden zu haben: »Es macht uns erneuerungsfähig und damit auch unter den Bedingungen der Globalisierung wettbewerbsfähig« (www.modell-deutschland.de).
Solche Retrospektiven verkennen a) den Herrschaftscharakter, der sich hinter dem zum »Modell« erklärten industriellen Spezialisierungs- und Exportprofil und der spezifischen Inkorporation der Gewerkschaften in ein System makroökonomischer (und monetärer) Stabilisierung in (West-)Deutschland verbarg, b) die Tatsache, dass der Kapitalismus eine hochgradig dynamische Gesellschaftsformation bezeichnet, die immer wieder – gerade durch schwere Krisen, in die er sich immer wieder manövriert – neue Gestalt gewinnt und alte »Modelle« immer wieder überwindet und c) dass Gewerkschaften in Krisen des Kapitalismus nicht an zukunftsweisender Gestaltungsmacht gewinnen, sondern eher in Abwehrkämpfe verstrickt werden.

Vor allem fallen solche Visionen weit hinter das bereits erreichte Niveau der Debatte um Gute Arbeit zurück, die immer auch mit der Aufarbeitung historischer Erfahrungen (und Niederlagen) verbunden sein muss. Pickshaus (2007a) hat in verschiedenen Veröffentlichungen deutlich gemacht, dass Gute Arbeit gerade unter den Bedingungen einer kapitalistischen Bereinigungskrise vor allem ein »Widerstandskonzept« ist. Es müsse aber zugleich ein Zukunftskonzept sein, »das in einer Situation der Defensive die Ansprüche und Interessen der Beschäftigten an guter Arbeit stärkt« und zugleich »ihre soziale Phantasie ... freisetzen hilft« (87). In dieser Verbindung sei es »anschlussfähig für weitergehende Aspekte der Ökologie und Demokratie in der Arbeit«.

Zugleich macht er sich gegen eine »wettbewerbspolitische Vereinnahmung« des Konzepts stark. Im Gegensatz zur Vision einer Rekonstruktion des »Modell Deutschland« der IG BCE kommt Pickshaus zu dem Schluss,



flickr/phliby ©

dass sich »ein Leitbild von guter Arbeit« heute »nicht einfach auf ein überkommenes Normalarbeitsverhältnis beziehen« kann (2005). Es müsse vielmehr als »gegentendenzielles Projekt« Gestalt gewinnen (2007b). Grundlage dafür sind die Erfahrungen mit den Projekten zur *Humanisierung der Arbeit*. Auch die von der IG Metall seit längerem geforderte »High-Road«-Strategie (»besser statt billiger«) kapitalistischer Restrukturierung müsse sich vor einer Reduzierung auf Faktoren eines »kurzfristigen, betriebswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Kalküls« und somit einer

Unterwerfung unter kapitalistische Wettbewerbsimperative strategisch schützen (24).

Exemplarisch zeigen gerade die Humanisierungsprojekte der 1970er Jahre auch eine »Abmordung historischer Hoffnung« (Barrington Moore). Die Krise des Fordismus sollte durch Strategien der Befreiung aus den Zwängen monotoner Arbeit gelöst werden. Die Stellung des Menschen im Arbeitsprozess sollte sich vor allem durch die Ausdehnung seiner Urteilsfähigkeit und seines Urteilsbereiches realisieren – letztlich: durch eine Neubestimmung der Verfügungsgewalt und der Kontrolle über die Produktionsmittel. In den staatlichen Programmen zur Humanisierung des Arbeitslebens wurden die Kooperation der Arbeitenden und deren gruppenförmige Zusammenarbeit gefördert. Faktisch erwiesen sich diese Formen teilautonomer Gruppenarbeit im Rahmen neuer Managementkonzepte aber als Instrumente, die nachlassende Produktivität tayloristisch-fordistischer Teilarbeit durch neue Kombinationen von Formen relativer und absoluter Mehrwertproduktion zu überwinden. Was als Reformprojekt zur Emanzipation der Arbeit begann, wurde in ein Reformprojekt kapitalistischer Ausbeutung lebendiger Arbeit kanalisiert, mit Folgen wie Intensivierung und Entgrenzung von Arbeit. *Gute Arbeit* wurde als Arbeit verstanden, die zur Wettbewerbsfähigkeit und Gewinnmaximierung taugt. Die Krise des Fordismus erwies sich als Krise der Profitabilität; der krisenpolitische Handlungskorridor wurde allein durch Strategien gezimmert, die die Profitabilität des Kapitals wiederherstellen konnten.

Pickshaus (2007c, 342f) hebt vor diesem Hintergrund drei Merkmale eines wirkungsmächtigen Konzepts Guter Arbeit hervor. Während traditionelle Humanisierungspolitik vorwiegend technikorientiert war (»Automation«), sollten aktualisierte Strategien stärker die Frage der Verfügungsrechte über »Entwicklung und Implementierung neuer Technologien« aufgreifen. Frühere Formen der Expertenorientierung sollten stärker beteiligungsorientierten Ansätzen weichen, »um die Betroffenen als Experten in eigener Sache von Beginn an als Veränderungssubjekte« einzubeziehen. Schließlich sollte die strikte Arbeitsorientierung überwunden werden, um angesichts des »Zugriffs der heutigen vermarktlichten Arbeit auf die gesamte Lebensweise der Betroffenen« neue Formen von *Work-Life-Balance* zu ermöglichen. Zu Recht spricht Pickshaus von der »Re-Politisierung eines Handlungsfeldes« (2007a).

Die gegenwärtige Krise hebt die Konversion des ökonomischen Entwicklungspfades in den Stand einer objektiven Bedingung der Krisenüberwindung – diesmal aber in einem Korridor, in dem auch die Interessen der Lohnabhängigen sich artikulieren können. Das allein stärkt aber nicht die Durchsetzungsfähigkeit von Strategien Guter Arbeit. Pickshaus und Urban (2009) sehen in der ökonomischen Krise vielmehr »Bedingungen für eine humanisierungsorientierte Arbeitspolitik spürbar erschwert«. Sie lassen zugleich keinen Zweifel daran, dass sich zwar die »Realisierungsbedingungen humaner Arbeit« dramatisch verändert hätten; deren Notwendigkeit aber ist nicht zur Disposition gestellt.

Die Krise traf die Gewerkschaften inmitten eines Prozesses organisatorischer Erneuerung, mit dem sie Konflikt- und Durchsetzungsfähigkeit rekonstruieren wollten (Candeias/Röttger 2009, 897ff). Prekarisierungstendenzen und drohende oder faktische Arbeitslosigkeit schüren Konkurrenz zwischen den Lohnabhängigen und unterminieren ihre Organisationsmacht. Die Krise stellt mit »Wucht« Arbeitsplätze, Einkommen und Arbeitsstandards »in Frage«, womit gewerkschaftliche »Ressourcen erneut vor allem in Abwehrkämpfen« gebunden werden (Urban 2009, 72). Die reformistische Rückforderung Guter Arbeit hat die Funktion, die »Politische Ökonomie der Arbeit« (Marx) wieder gegen die politische Ökonomie kapitalistischer Krisenbewältigung zu stärken. Dabei kann an »erhebliche Widerstandspotenziale gegen die Zumutungen einer Shareholder-Ökonomie« (Pickshaus/Urban 2009) angeknüpft werden. Sie bilden auch in der Krise den Humus, auf dem Politisierungsstrategien gedeihen können. Die Strategie Guter Arbeit muss dabei als Prozess verstanden werden:

Zunächst geht es darum, betriebliche Konfliktfähigkeit zu rekonstruieren, die vormals einer zunehmenden Verbetriebswirtschaftlichung der industriellen Beziehungen zum Opfer gefallen war. Gute Arbeit verweist mit der Re-Thematisierung qualitativer Dimensionen der Ausbeutung lebendiger Arbeit unmittelbar auf eine notwendige Politisierung der betrieblichen Ebene. Sie geht davon aus, dass Betriebe die »Schützengräben« der Gewerkschaftsarbeit bilden – so der politische Mentor der Humanisierungsoffensive der



flickr/phliby ©

1970er Jahre, Hans Matthöfer (zit. n. Abelshauser 2009, 137). Betriebsstrategien *Guter Arbeit* sind damit Bestandteil von Abwehrkämpfen. Mit einer konsequenten politisierenden Beteiligungsstrategie kann Gute Arbeit die Organisationsmacht der Gewerkschaften deutlich erhöhen.

Darüber hinaus stellt sich mit der Rückkehr einer qualitativen Dimension gewerkschaftlicher Arbeits- und Betriebspolitik unmittelbar die Frage der Demokratie am Arbeitsplatz neu. Strategien ökonomischer Krisenregulation werden an Fragen der

Demokratisierung aller gesellschaftlichen Sphären gekoppelt. Denn »vor die Demokratie im Betrieb hat das bürgerliche Recht das Eigentum, das Arbeitsrecht die Kündigung gesetzt« (Blanke 1995, 25). Will eine Strategie der Demokratisierung der betrieblichen Sphäre – die gleichsam die Bedingung ist, unter der sich Gute Arbeit realisieren lässt – erfolgreich sein, muss sie mit Traditionen brechen.

In dieser demokratischen Dimension weist der Kampf um Gute Arbeit tatsächlich über die historisch gewordene Gestalt der Gewerkschaftspolitik hinaus. Er wirft als »Zukunftskonzept« (Pickshaus) die Frage nach der Verfügungsgewalt des Kapitals neu auf und stellt so den »fordistischen Deal« – Eigentumsrechte gegen materielle Zugeständnisse – zur Disposition. Strategisch verweist das Konzept auf die notwendige Konversion des kapitalistischen Entwicklungsweges, die nur möglich wird, wenn die privatkapitalistische Profitlogik durchbrochen werden kann.

Gute Arbeit als Wiederherstellung eines verloren gegangenen Zustandes der Regulation gesellschaftlicher Arbeit verfehlt ihr Ziel. Die restaurative Krisenbewältigung des Kapitals setzt ihrer Realisierung deutliche Grenzen. Auch kann Gute Arbeit nicht dem Staat überantwortet werden. Schon Peter Weiss wusste, dass ohne Politisierung der Arbeit und Selbstbefähigung der subalternen Klassen Humanisierungs- und Demokratisierungsstrategien »für uns ohne Folgen« bleiben (1975, 226). Das Versprechen, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen wirklich zu verbessern, kann sie nur als prozessierendes Demokratisierungsprojekt einlösen: das setzt auf der Betriebsebene an, verlängert sich auf die zumeist schon transnational organisierte Konzernebene, integriert die »Wertschöpfungskette«, und mischt von dort aus das Regulationsgefüge kapitalistisch formbestimmter Arbeit neu auf. *En passant* erweist sie sich, indem sie den Kapitalismus an seinen Wurzeln packt, auch als die angemessene Strategie zur Überwindung der Krise – sofern die Gewerkschaften sie konsequent verfolgen.

LITERATUR

Abelshauser, Werner, 2009: *Nach dem Wirtschaftswunder. Der Gewerkschafter, Politiker und Unternehmer Hans Matthöfer,* Bonn

Blanke, Thomas, 1995: 75 Jahre Betriebsverfassung: der Siegeszug eines historischen Kompromisses, in: *Kritische Justiz,* 1, 12–25

Candeias, Mario, und Bernd Röttger, 2009: Ausgebremste Erneuerung? Gewerkschaftspolitische Perspektiven, in: *Das Argument* 284, 51. Jg., 894–904

Pickshaus, Klaus, 2005: Arbeitspolitik im Umbruch – »Gute Arbeit« als neuer strategischer Ansatz, in: Richard Detje, Klaus Pickshaus, Hans-Jürgen Urban (Hg.), *Arbeitspolitik kontrovers. Zwischen Abwehrkämpfen und Offensivstrategien,* Hamburg

Ders., 2007a: Gute Arbeit, in: Ulrich Brand, Bettina Lösch, Stefan Thimmel (Hg.), *ABC der Alternativen. Von Ästhetik des Widerstands bis Ziviler Ungehorsam,* Hamburg, 86f

Ders., 2007b: Was ist gute Arbeit?, in: IG Metall Projekt *Gute Arbeit* (Hg.), *Handbuch Gute Arbeit. Handlungshilfen und Materialien für die betriebliche Praxis,* Hamburg, 16–31

Ders., 2007c: Gute Arbeit als strategisches Feld der Gewerkschaftspolitik, in: ebd., 341–348

Ders., und Hans-Jürgen Urban, 2009: Gute Arbeit als Strategie, in: Lothar Schröder, Hans-Jürgen Urban (Hg.), *Gute Arbeit. Handlungsfelder für Betriebe, Politik und Gewerkschaften,* Frankfurt/M

Urban, Hans-Jürgen, 2009: Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik,* 5, 71–78

Weiss, Peter, 1975: *Die Ästhetik des Widerstands,* Bd. I, Frankfurt/M



flickr/phliby ©

DER GUTE UNTERNEHMER

›SOZIALE VERANTWORTUNG‹ ALS RÜCKKEHR DES SOZIALPATERNALISMUS?

KLAUS PRIEGNITZ UND BIRGIT STAHL

In weiten Teilen der Bevölkerung herrscht ein Unbehagen gegenüber den alltäglichen Bedrohungen neoliberaler Globalisierung: Arbeitsplatzabbau, Druck auf die Sozialversicherungssysteme, Standortkonkurrenz, Klimakatastrophen usw. Auf internationaler Ebene fehlt es nach wie vor an einer politischen und sozialen ›Einbettung‹ ökonomischer Globalisierung. Immer wieder wird an die ›soziale Verantwortung‹ der Unternehmen (Corporate Social Responsibility – CSR) appelliert, werden Verhaltenskodizes für den ›guten Unternehmer‹ entwickelt – weitgehend folgenlos. Unternehmen akzeptieren ›ihre‹ Verantwortung nur, solange sie auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruht. Dagegen fordern Gewerkschaften ein verbindliches internationales Regelwerk zur Durchsetzung sozialer und ökologischer Mindeststandards bei der Globalisierung, verbunden mit Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen. Internationale Sozialklauseln – wirkungslose Appelle?

Die Diskussion um eine soziale Dimension der Weltwirtschaft hat eine fast 40-jährige Geschichte. Auf Gewerkschaftsseite wird zum ersten Mal 1970 durch den damaligen Generalsekretär der Internationalen Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter-Vereinigung (ITBLAV), Charles Ford, die Forderung der Implementierung einer so genannten Sozialklausel in alle internationalen Handelsverträge erhoben. Dabei geht es um die Einhaltung völkerrechtlich verbindlicher Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO): das Recht, freie Gewerkschaften zu gründen und Kollektivverhandlungen zu führen, das Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit sowie das Diskriminierungsverbot.

Die Forderung nach einer Sozialklausel wird 1991 vom Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) aufgegriffen. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften beschließen 1994, diese Position zur Grundlage ihrer Politik zu machen. Alle Ministerkonferenzen der mächtigen Welthandelsorganisation (WTO) machen aber deutlich, dass Erwartungen an eine soziale Agenda und mehr Demokratie und Transparenz in der WTO nicht erfüllt werden. Auf der 4. Ministerkonferenz in Doha (Katar) zeigt sich die unveränderte Position der WTO: »Wir bekräftigen [unsere] Erklärung zu international anerkannten Kernarbeitsnormen. Wir nehmen die bei der ILO hinsichtlich der sozialen Dimension der Globalisierung begonnene Arbeit zur Kenntnis.« Diese Unverbindlichkeit wird auch von der ILO vertreten: in ihrem Bericht zur sozialen Dimension der Globalisierung 2004 bekräftigt sie die Notwendigkeit sozialer Regelungen, die Operationalisierung erschöpft sich aber in Empfehlungen und Appellen.

›SOZIALE VERANTWORTUNG‹ DER UNTERNEHMEN

Parallel wird seit langem über so genannte freiwillige Vereinbarungen zwischen Unternehmen und Gewerkschaften diskutiert – als vermeintlich zweitbester Weg, um die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der ILO zu gewährleisten und die soziale Situation der Lohnabhängigen in Europa und weltweit zu verbessern. Begleitet werden diese Diskussionen durch jahrzehntelange Bemühungen, Labels zu schaffen oder Zertifizierungen durchzuführen, etwa das Rugmark-Siegel zum Verbot von Kinderarbeit in der Teppich-Industrie. In der so erreichten Sensibilisierung der Öffentlichkeit sahen sich viele Unternehmen – z.B. Sportartikelhersteller wie Adidas, Puma, Nike – genötigt, ihr soziales Engagement zu entdecken.

Ende der 1990er Jahre erlebte die Debatte eine regelrechte Konjunktur. UN-Generalsekretär Kofi Annan stellte 1999 seinen Global Compact vor, einen Verhaltenskodex für transnationale Konzerne. Diese Empfehlungen sind völlig unverbindlich. Die OECD überarbeitete 2000 ihre Leitsätze für multinationale Unternehmen, die Kernarbeitsnormen enthalten; die Leitsätze selbst werden »als zwar nicht rechtsverbindlich, aber auch nicht unverbindlich« verstanden. Auch die Einrichtung von Nationalen Kontaktstellen bei einzelnen Mitgliedsstaaten erfolgt – z.B. in Deutschland – zögerlich.

DIE PRAXIS IN DEUTSCHLAND

In Deutschland wurde im Jahre 2001 ein nationaler »Runder Tisch Verhaltenskodizes« unter Federführung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) initiiert, der unter Beteiligung von Unternehmerverbänden, Nicht-Regierungsorganisationen und Gewerkschaften ein zentrales Thema hat: »ein gemeinsames Verständnis zu entwickeln, wie freiwillige Verhaltenskodizes wirksam, transparent und partizipativ eingeführt und umgesetzt werden können«. Nach fast zehn Jahren wird dem Ziel, die Verbindung von Dialog und praktischem Handeln herzustellen, immer noch ungenügend Rechnung getragen. So begründet die Kampagne für saubere Kleidung (CCC) ihren Rückzug vom »Runden Tisch Verhaltenskodizes« damit, dass man der Durchführung gemeinsamer Pilotprojekte kaum näher gekommen ist, was vor allem dem Verhalten der Unternehmen geschuldet sei. Die Hoffnung, z.B. des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Verhaltenskodizes als »effiziente Alternative zu rechtlichen Regelungen« zu verstehen, erfüllt sich nicht.

Um die gesellschaftliche Debatte über das wirtschaftliche und politische Handeln von Unternehmen zu verstärken und für verbindliche Instrumente einzutreten, mit denen Unternehmen verpflichtet werden, die Menschenrechte sowie international anerkannte soziale und ökologische Normen zu respektieren, tritt die IG Metall im März 2007 dem »Netzwerk für Unternehmensverantwortung« (CorA – Corporate Accountibility) bei. Konkrete Forderungen des Netzwerkes sind Rechenschafts- und Publizitätspflichten von Unternehmen bei sozialen Fragen sowie Menschenrechten zu verlangen und z.B. die Vergabe öffentlicher Aufträge mit konkreten gesellschaftlichen Anforderungen zu verknüpfen. Dieser Schritt erfolgte in Kenntnis der Mitteilung der EU-Kommission 2006 an das Europäische Parlament, den Rat und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss zur »Umsetzung der Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung: Europa soll auf dem Gebiet der sozialen Verantwortung von Unternehmen führend werden«. Darin betont der damalige EU-Kommissar Verheugen die alleinige Verantwortung der Unternehmen und blendet die anderen Stakeholder wie Gewerkschaften und NGOs schlicht aus.

Leitlinie der IG Metall ist die Empfehlung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur Globalisierung der Weltwirtschaft vom Juli 2002, dass freiwillige Vereinbarungen rechtliche Regelungen immer nur ergänzen, sie aber niemals ersetzen können. Der Staat trägt weiterhin die Hauptverantwortung, unternehmerisches Verhalten durch Rahmen und Prozesspolitik zu steuern. Mit diesem Verständnis hat die IG Metall in Zusammenarbeit mit den globalen Gewerkschaftsverbänden (GUFs) den Abschluss internationaler Rahmenvereinbarungen zu einem strategischen Element ihrer internationalen Arbeit gemacht. Internationale Rahmenabkommen unterscheiden sich von einseitigen Firmenverhaltenskodizes dadurch, dass sie das Ergebnis von Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmen darstellen.

In der Praxis haben sich diese internationalen Rahmenabkommen als relativ belastbar erwiesen. Vor dem Hintergrund, dass bis März 2010 20 Vereinbarungen abgeschlossen wurden, es aber laut UNCTAD circa 64 000 transnationale Unternehmen gibt, ist dies in der Tat eine Politik der kleinen Schritte – für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen im Ausland waren sie von existenzieller Bedeutung. Gewerkschaften sind bereit, pragmatische Wege mit Unternehmen zu gehen, die wirklich willens sind, im In- und Ausland auf transparente Weise Rechenschaft über die sozialen und ökologischen Folgen ihres Handelns abzulegen. Unternehmen, die damit prahlen, weltweit in ihrer Zuliefererkette die Qualität ihrer Produkte kontrollieren und garantieren zu können, die aber im Bereich sozialer Rechte keinerlei Zugeständnisse machen, nutzen die Debatte um soziale Verantwortung offensichtlich dazu, eigene Tatenlosigkeit zu kaschieren. Angesichts der oben genannten Zahlen sind solche CSR-Vereinbarungen allein nicht geeignet, das notwendige Niveau zum Schutz der Rechte der Lohnabhängigen und Gewerkschaften zu gewährleisten.

FÜR EINE VERBINDLICHE REGULIERUNG PLUS

Es müssen verbindliche und sanktionierbare zwischenstaatliche Regelungen realisiert werden, basierend mindestens auf den ILO-Kernarbeitsnormen und insbesondere der Erklärung der ILO von 1998 über »Grundlegende Rechte und Prinzipien bei der Arbeit« – diese sind bereits völkerrechtlich verbindlich. Zusätzlich zu den Kernarbeitsnormen und weiteren ILO-Normen, die lediglich Mindeststandards darstellen, können zusätzliche Effekte in freiwilligen Vereinbarungen mit Unternehmen erreicht werden, d.h. Core Labour Standards (CLS) plus Corporate Social Responsibility (CSR). Die IG Metall kämpft gegen die Privatisierung sozialer Rechte und gegen alle Tendenzen, einen Sozialpaternalismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts zu restaurieren. Ende 2008 wurde ein CSR-Forum unter Leitung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) eingerichtet. Das Grundproblem wird besonders im Kontext des Entwurfs eines Empfehlungsberichts an die Bundesregierung vom Januar 2010 deutlich. Die Forderung der Gewerkschaften, »die Bundesregierung sollte prüfen, ob anerkannte Standards (OECD-Leitsätze, dreigliedrige Grundsatzerklärung der ILO und Global-Compact-Prinizipen) stärkeren Eingang in den Kriterienkatalog für die Vergabe staatlicher Exportkredite, Hermes-Bürgschaften und für weitere staatliche Unterstützungsmaßnahmen für ausländische Direktinvestitionen und Außenhandel finden können«, wurde mit dem Hinweis versehen, dass diese Maßnahme nicht von den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft (BDI/BDA/DIHK) mitgetragen wird. Dann sollten die sozialen Mindeststandards eben ohne Zustimmung der Unternehmensverbände durchgesetzt werden – die G8-Arbeitsminister (Dresden, Mai 2007) erklärten schließlich: »Es ist vor allem Aufgabe des Staates, Menschenrechte und Arbeitsnormen umzusetzen und zu verbessern.« Gewerkschaften und soziale Bewegungen werden weiter dafür streiten.

VOLLSTÄNDIGES WOHLBEFINDEN

DAS STREBEN NACH GESUNDHEIT ZWISCHEN EMANZIPATION UND UNMÜNDIGKEIT

THOMAS GEBAUER

Hauptsache gesund! – Wer kennt ihn nicht, den Wunsch, der kaum einen Zweifel lässt, dass gutes Leben nicht zuletzt als gesundes Leben gedacht wird. Gesundheit ist uns ein teures Gut, deshalb lassen wir sie uns auch etwas kosten. Auf rund 245 Milliarden Euro belaufen sich die jährlichen Gesundheitsausgaben in Deutschland, Tendenz steigend. Vor allem der Wellness-Bereich boomt: 60 Milliarden Euro werden für Lifestyle-Medizin, Energy-Food, Body Shaping, Ayurveda-Kuren oder Fitness-Angebote ausgegeben. Notwendige Vorsorgeuntersuchungen und freiwillige Zusatzleistungen eingeschlossen, gibt jeder Erwachsene zusätzlich zur Krankenversicherung durchschnittlich weitere 900 Euro pro Jahr aus. Bald wird ein Viertel der Einkommen für Gesundheit aufgewendet werden.

Gesundheit hält längst die gesamte Gesellschaft auf Trab. Jogging für gestresste Berufstätige, Nordic Walking als Freizeitgestaltung, ganze Städte im Marathonfieber, Ernährungsberatung im Supermarkt: zu Recht macht das Wort von der »Gesundheitsgesellschaft« die Runde. Selbst die Endlichkeit des menschlichen Lebens steht offenbar zur Disposition. Glaubt man so manchem Befürworter von Gen-Therapie und den Händlern der immer größer werdenden Palette von Anti-Aging-Produkten, so steht das Märchen von der ewigen Gesundheit unmittelbar vor seiner Verwirklichung.

Allerdings ist bei allem Streben nach Gesundheit eine eigentümliche Paradoxie unübersehbar: so sehr Krankheit heute verpönt und das Sterben tabuisiert ist, so wenig ist ein Zustand vollständiger Gesundheit erreichbar. Wer von sich behauptet, gesund zu sein, muss sich von einschlägigen Leistungsanbietern vorhalten lassen, nur nicht zu Ende untersucht worden zu sein. Unablässig entdeckt die Gesundheitswirtschaft, allen voran die Pharma-Industrie, immer neue Krankheiten, darunter die ominöse *female sexual dysfunction* (FSD), aber auch bloß Fältchen, Dickleibigkeit, Haarausfall, das Älterwerden als solches, selbst Risikofaktoren, wie das Rauchen oder Bewegungsarmut, gelten heute als Krankheiten. Zug um Zug schreitet die Pathologisierung der Lebenswelten voran und mit ihr weitet sich die Profitzone Gesundheit aus.

DIE ZWEISCHNEIDIGKEIT DES GESUNDHEITSDISKURSES

In der Idee von Gesundheit spiegeln sich Leitbilder, die sowohl die Gestaltung der gesellschaftlichen Realität als auch Vorstellungen von einem perfekten Zustand menschlichen Lebens umfassen. Exemplarisch kommt das in der viel beachteten Gesundheitsdefinition der WHO zum Ausdruck, die Gesundheit als den »Zustand eines vollständigen physischen, seelischen und sozialen Wohlbefindens« begreift. Zu Recht ist dieser Begriff kritisiert worden: auch körperliche Gebrechen, geistige Behinderungen, das Älterwerden und am Ende selbst der Tod zählen zu den Umständen und dem Zyklus des Lebens.

Ein Verständnis von Gesundheit als »vollständiges Wohlbefinden« ist zweischneidig. Es kann einschränkende Normierung begründen und zugleich als Aufruf zur Veränderung verstanden werden. Aus der Perspektive derer, denen der Zugang zu Gesundheit vorenthalten wird, ist das Bemühen um Veränderung klar: sie drängen darauf, Gesundheit in einem umfassenden Sinne herzustellen. Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit – und mit eben dem Anspruch auf Verbesserung des Lebens insgesamt kämpfen zivilgesellschaftliche Gesundheitsinitiativen in aller Welt, lokale Projekte, soziale Bewegungen, politische Parteien und die internationalen Netzwerke engagierter Gesundheitsarbeiter um Veränderung. Sie verlangen soziale Verhältnisse, in denen das Recht auf Gesundheit verwirklicht ist. Aus dieser Sicht ist Gesundheit auf engste verknüpft mit emanzipatorischen Zielen.

Auf der anderen Seite steht ein Gesundheitsbegriff, in dem vor allem staatliche und wirtschaftliche Interessen zum Ausdruck kommen. Gesundheit meint dann Wehr- und Arbeitsfähigkeit oder eine fortbestehende Bereitschaft zum Konsum von Waren, zu denen nicht zuletzt das immer größer werdende

Angebot von Gesundheitsleistungen selbst zählt. Aus dieser Perspektive entpuppt sich die Idee »vollständiger« Gesundheit nicht als Teil von Emanzipation, sondern als deren Gegenteil: Abhängigkeit und Kontrolle. Dann sind es nicht mehr freie Entscheidungen, die menschliches Verhalten leiten, sondern herrschende gesellschaftliche Normen, Moralvorstellungen und Profitinteressen. Unter solchen Umständen verwandelt sich das Recht auf Gesundheit in einen Zwang zur Gesundheit. Man *muss* gesund bleiben, um hochflexibel dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen.

Bei der Rede von Gesundheit geht es sowohl um Kontrolle als auch um Befreiung. Diese Ambivalenz durchdringt längst auch andere Sphären des menschlichen Lebens: Gutes Essen ist kein privater Genuss mehr, sondern wird zur öffentlich verhandelten Aufnahme von bis in Milligrammbereiche analysierten Nahrungsmittelbestandteilen. Die Existenz von Aufzügen und Rolltreppen, in frühsozialistischen Gesellschaftsentwürfen noch Beleg für die Befreiung von Mühen, wird zum Symptom pathologischer Bewegungsarmut. Und Sexualität meint nicht mehr allein Erotik und Befriedigung, sondern einen Ort der Übertragung lebensbedrohender Erkrankungen.

Es ist unstrittig, dass Gesundheit im Alltag entsteht, und doch birgt gerade die Allgegenwart gesundheitlicher Aufklärung das Risiko, dass diese in neues Unheil umschlägt. Dabei ist die Gefahr, dass »Gesundheit« Teil der Zurichtung und Beherrschung von Menschen wird, dort besonders groß, wo zugleich ökonomische Interessen im Spiel sind.

VON DER GESUNDHEITSGESELLSCHAFT ZUR GESUNDHEITSDIKTATUR

Rauchen, Bewegungsarmut, Dickleibigkeit – all das kann heute mit Ächtung am Arbeitsplatz, schlechterer Gesundheitsversorgung und schließlich auch höheren Versicherungsprämien bestraft werden. Gerade in modernen Gesellschaften wird »Gesundheit« zunehmend repressiv »von außen« verordnet. Das Ziel ist nicht Autonomie, sondern die Verwandlung der Menschen in Werkzeuge, die vor allem eines gewährleisten: einen störungsfreien und deshalb gut zu kalkulierenden Produktionsprozess. Unter solchen Umständen ist der menschliche Körper nicht mehr Teil einer schützenswerten Privatsphäre, sondern Gegenstand biopolitischer Kontrolle – und schließlich der Verwertung selbst. Vorgeburtliche Diagnostik, Transplantationsmedizin, Gen-Therapie: mit großem Tempo sind zuletzt medizinische Methoden entwickelt worden, die Kontrolle nicht mehr nur über Verhaltensbeeinflussung zulassen, sondern über Eingriffe in das menschliche Substrat selbst. Dabei wird der Körper selbst zu dem Ort, an dem sich Norm und – im Falle des Verstoßes – Ausgrenzung exerzieren lassen. Menschen, die als Rentner für den Produktionsprozess uninteressant geworden sind, könnten schon bald tatsächlich keine Hüftprothesen mehr erhalten.

Wo die Rendite über den Menschen gestellt wird, ist der Weg von der Gesundheitsgesellschaft in eine Gesundheitsdiktatur nicht mehr weit. Schon heute sind Tendenzen moderner Eugenik auszumachen, die »Volksgesundheit« über einen Mix aus politischem



flickr/phliby ©

Zwang, sozialer Kontrolle, der Verinnerlichung ultimativer Gesundheitsvorstellungen und gentechnischer Eingriffe herstellen will. Unversehens verwandelt sich das Märchen ewiger Gesundheit in die negative Utopie einer Gesellschaft, die »Gesundheit« nutzt, um Kontrolle und Repression zu verewigen.

DIALEKTIK DER EIGENVERANTWORTUNG

Bedenklich stimmt, dass bei aller Erörterung von Gesundheit heute ausgerechnet der Bereich des gesundheitspolitischen Handelns in den Hintergrund rückt, auf den sich Gesundheit zuallererst gründet: die öffentliche Gesundheitsfürsorge. Offenbar empfinden viele Menschen eine gesicherte Trinkwasserversorgung, funktionierende Abfallbeseitigung, Nahrungsmittelsicherheit, Umweltschutz, Arbeitsmedizin, das Angebot breitenwirksamer Impfungen und öffentlich kontrollierte Versicherungen als selbstverständlich. Erst über den Verlust von *public health* tritt deren Bedeutung wieder ins Bewusstsein.

Der öffentliche Gesundheitsdiskurs dreht sich nicht um die Arbeit von Stadtwerken oder amtlichen Lebensmittelchemikern. Im Zentrum der Aufmerksamkeit steht vielleicht die spektakuläre medizinische Innovation, meist aber nur die vermeintliche Unfinanzierbarkeit eines öffentlich regulierten Gesundheitswesens. Dessen Kosten würden »explodieren«, heißt es unablässig, auch wenn sie real lediglich parallel zum Bruttosozialprodukt anwachsen.

Der Mythos der »Kostenexplosion« ist wirksam. Schaut man genauer hin, werden die Zusammenhänge deutlich: es geht um eine Neuverteilung der zur Verfügung stehenden Mittel und um die Abwälzung von Verantwortung auf die Patienten selbst. Wenn alle davon überzeugt sind, dass Gesundheit nicht mehr finanzierbar ist, dann kann sich auch staatliche Sozialpolitik ihrer Verantwortung dafür entledigen. An die Stelle des Rechts auf Gesundheit, dessen Verwirklichung die »Internationale Konvention über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte« (kurz: der UN-Sozialpakt) den Staaten auferlegt, tritt die individuelle Verpflichtung, selbst für die Gesundheit verantwortlich zu sein.

Der Appell zu mehr Eigenverantwortung ist zweischneidig. Eigenverantwortung gehört zum Kern neoliberaler Aktivierungsstrategien, verweist aber auch auf emanzipatorische Konzepte. Mehr individuelle Gesundheitskompetenz als solche ist durchaus im Interesse von Menschen und bedeutet nicht automatisch den Ausverkauf öffentlicher Versorgungsangebote. Im Gegenteil: nur wo die gesellschaftlichen Voraussetzungen für Eigenverantwortung gefördert werden, ist auch eigenverantwortliches Leben möglich. Der Appell zur Eigenverantwortung läuft ins Leere, wo Armut herrscht, der Zugang zu Bildung, menschenwürdigen Wohnverhältnissen oder sauberem Trinkwasser versperrt bleibt und Prävention sich auf technische Angebote zur Raucherentwöhnung oder Fitnesssteigerung beschränkt. Ohne soziale Absicherung und Förderung von Selbstwertgefühl bleibt die Forderung nach Eigenverantwortung perfide.

Die Tendenz, Gesundheit nicht mehr im Zusammenhang von sozialen Rechten und staatlichen Verpflichtungen zu verorten, sondern als Ergebnis »unternehmerischer Lebensführung«, ist überall auszumachen. Zug um Zug entledigen sich die Staaten ihrer Verantwortung. An ihre Stelle treten *user fees*, Praxisgebühren, Zuzahlungen und individuelle Gesundheitsleistungen, für die Patienten selbst aufkommen müssen, *out of pocket*, wie es im globalen Süden längst die Regel geworden ist. Jene, die sich Gesundheit dann nicht mehr leisten können, werden für ihre Lage selbst verantwortlich gemacht.

Es ist die Abwälzung von gesellschaftlicher Verantwortung, die die Kommerzialisierung des Gesundheitswesens und damit die lukrative Neuverteilung der zur Verfügung stehenden Mittel zulässt. Und so ist es kein Wunder, dass Einsparungen in dem Augenblick gefordert werden, wo Gesundheit zu einem florierenden Wirtschaftsfaktor geworden ist. An Geld mangelt es nicht. Gesundheit wäre durchaus finanzierbar, wenn die vorhandenen Ressourcen rational und im Dienste aller eingesetzt würden. Das gilt für den nationalen wie den globalen Kontext. Und tatsächlich würde ein rationaler Einsatz auch Einsparungen möglich machen: durch den Verzicht auf unsinnige Arzneimittel und zweifelhafte Therapieverfahren beispielsweise, aber auch über die Zurückweisung der Pathologisierung von Lebenswelten.

DIE VERTEIDIGUNG DER AUTONOMIE

Die widersprüchlichen Konzepte im Gesundheitsdiskurs zeigen, dass Gesundheit über ärztliches Handeln, Versorgungsmanagement und betriebswirtschaftliche Kostenerwägungen hinaus eine politische Frage ist. Es ist die Aufgabe kritischer Öffentlichkeit, darüber zu entscheiden, in welche Richtung sich Gesundheitspolitik entwickelt.

Anlässe für politische Interventionen gibt es genug, etwa wenn neue Richtlinien für die Stammzellenforschung debattiert werden, wenn es um die Enteignung von Versicherungssystemen geht, wenn Gesundheit im öffentlichen Diskurs nicht mehr als Recht, sondern als normativer Zwang verhandelt wird. Zurückzuweisen ist zuvorderst die zunehmende Dominanz ökonomischer Interessen. Gesundheit darf nicht zu einer Ware verkommen, die sich nur noch wenige leisten können. Dann entscheiden nicht mehr die gesundheitlichen Bedürfnisse und Interessen von Menschen über das Angebot von Gesundheitsleistungen, sondern Renditeerwägungen.

Eine kritische Erörterung von Gesundheit muss von ihren Widersprüchen ausgehen: Es geht um die Frage,

- ob Gesundheit der Befähigung zur Emanzipation dient oder die Autonomie der Menschen einschränkt,
- ob Gesundheitspolitik dem Prinzip sozialer Gerechtigkeit folgt oder Menschen den Zugang zu bestmöglicher Gesundheit versperrt,
- ob gesundheitsrelevante Entscheidungen auf der Grundlage demokratischer Partizipation getroffen werden.

An diesen Fragen gilt es Kritik und Praxis von menschengerechter Gesundheitspolitik auszurichten.

AMAZONS IN FASHION

CHRISTINA GRÄWE

Der folgende Text beruht auf Auszügen einer Rede, die auf der Eröffnung der Ausstellung *amazons in fashion* am 17. März 2010 im Museum für Angewandte Kunst in Frankfurt am Main gehalten wurde. *Amazons in fashion* ist Kunstinstallation und Modelabel (*abteilung:k*) in einem, entwickelt von Christoph Krämer und seiner Tochter Laura Krämer. *Abteilung:k* macht Mode für Amazonen – für Frauen, die mit Brustkrebs und den Folgen leben. Krämer & Krämer reflektieren darin die gesellschaftlichen Vorstellungen von Schönheit und Normalität, »gutem Leben«. Christoph Krämer, geboren 1948, war Kulturreferent im AStA der Uni Bonn, studierte Kunstgeschichte und arbeitete als Künstler, Graphiker und Gastprofessor, seit den 1970er Jahren in Hamburg. Gewalt und Gewalttätigkeit waren beständige Themen seiner Arbeiten: ein Zyklus widmete sich dem griechischen Dichter, Filmer, Musiker und Widerstandskämpfer Alexandros Panagoulis; intensiv beschäftigte er sich mit der Ermordung Allendes und der Pinochet-Diktatur. Seit 1988 arbeitete er zu Auschwitz, u.a. mit der Bilderserie *Standort Auschwitz*. Seit 2007 arbeitete er mit seiner Tochter Laura, geboren 1978, in der *abteilung:k.* Christoph Krämer hat die Eröffnung von *amazons in fashion* nicht mehr erlebt. Er starb kurz davor im Alter von 61 Jahren.

SCHÖN + HÄSSLICH ASYMMETRIE + PERFEKTION

Dem sperrigen, immer noch tabuisierten Thema Brustkrebs muss man sich aus verschiedenen Richtungen nähern. *amazons in fashion* und ihre Erfinder tun es mit der Frage »Was kommt danach?« Sie geben eine mögliche Antwort mit einer Modekollektion.

Ich habe mich an meinen ersten Beruf erinnert, Krankenschwester, und so vielleicht einen nachvollziehbareren Zugang gewählt. Damit bin ich einen Schritt zurückgegangen und habe im Zeitraffer rekapituliert, was denn dem »danach« unmittelbar vorausgeht. Es folgt kein medizinischer Vortrag, aber ganz ausblenden möchte ich das Krankenhaus nicht. Denn hier kommt einiges zusammen: das Medizinische, das Pflegerische, für Pflegepersonal das Beobachtende.

Die Diagnose Brustkrebs wirbelt alles in der Biografie der Betroffenen durcheinander. Die Reaktionen darauf sind völlig unterschiedlich, reichen von Verdrängung über Stillschweigen bis zu offensivem Kampf. Auch bei denen, die sich in der Umgebung einer Erkrankten damit auseinander setzen müssen. Ablehnung unter Partnern beispielsweise: Erotik wird gewöhnlich mit einem unversehrten Körper in Verbindung gebracht. Sie muss neu erfunden werden oder ist nicht mehr möglich. Oder die Überfürsorge und Überidentifizierung mit der Krankheit des Gegenübers. Beide Extreme sind nicht selten.

Alle meine Gesprächspartnerinnen – innerhalb oder außerhalb des Krankenhauses – waren mit dem einen wie dem anderen nicht einverstanden. Sie wünschten sich Normalität in der Welt, die gerade aus den Fugen geraten war. Und hier taucht rasch die Frage auf: »Was kommt danach?« Ich erzähle ein Erlebnis aus dem Stationsalltag, obwohl es drastisch ist – oder gerade deshalb. Ich brachte gerade das Mittagessen, Eintopf. Eine Patientin, schon etwas älter, knallte ihre Brustprothese auf den Nachttisch mit den Worten: »Fleischeinlage fürs Mittagessen?!« Aus diesem herausgeschleuderten Satz sprach tiefe Wut und große Hilflosigkeit. Sie konnte sich nicht mit einem Brustersatz abfinden, um nach außen hin vollständig zu wirken. Das ist fast 25 Jahre her. Bis heute gibt es kaum Alternativen. Alternativen, die den Gedanken, sich nicht zu verhüllen und offen mit einer veränderten körperlichen Erscheinung aufzutreten, möglich machen oder ihn stützen. Nach der Phase des ersten Schocks, der Operationen und Therapien kommt ein neuer Alltag. Zu ihm gehört die Entscheidung, mit einer Brustprothese zu leben oder eben nicht. Diese Entscheidung ist eine ganz individuelle, intime. Von außen bewertet werden darf sie nicht. *abteilung:k* maßt sich das nicht an, hat sich aber entschieden. Sie macht ein Angebot gegen die Brustrekonstruktion. Laura Krämer sagt dazu: »Ist es nicht entwürdigend, sich selbst nicht mehr zu mögen, vorzugaukeln, man sei normal, und in Wirklichkeit schleppt man ein Ersatzteil mit sich herum?!«

Ausgelöst wurde die Gründung des Modelabels durch die ablehnende Reaktion Außenstehender auf die ganz selbstverständlich sichtbaren Zeichen einer überstandenen Operation und Chemotherapie. Christoph Krämers erste Reaktion: »Wütend, wie ich war, hätte ich eher ans Amoklaufen gedacht als an die Gründung eines Modelabels.«

Christoph und Laura Krämer haben *abteilung:k* ins Leben gerufen. Ins Leben zurück-rufen, hier schwingt Pathos mit, aber das ist es, was die Kleider dieser Kollektion erreichen möchten. Sie sind ein Angebot, das in der herkömmlichen Mode, im herkömmlichen Denken nicht vorgesehen ist, auch zu wenig eingefordert wird. Das Angebot von *abteilung:k* richtet sich an diejenigen, die ihren veränderten Körper nicht ergänzen und nicht verhüllen möchten. Anhand einiger Vokabeln möchte ich einen – ganz subjektiven – Zugang zu *abteilung:k* versuchen.



SCHÖN + HÄSSLICH
ASYMMETRIE + PERFEKTION

OFFENSIV + SELBSTBEWUSST
Die Basiselemente der Kollektion sind ganz konventionell: Rock, Bluse, Kleid, selten Hosen. Jede hat diese *basics* im Kleiderschrank. Die Formen, Stoffkombinationen, die Flexibilität der Kleidungstücke sind hingegen ganz und gar unkonventionell.
Wenn schon offensives Auftreten, wenn schon selbstbewusst gegen das peinlich berührte Wegsehen antreten, dann nicht halbherzig. Die Kleidung nimmt sich und ihre Trägerinnen ernst. Niemand wird als Zirkusclown oder gar Freak ausstaffiert.

EXPERIMENTELL + PROVOKATIV
amazons in fashion schafft es, eine spielerische Note in die Auseinandersetzung mit einer neuen Hülle für den veränderten Körper zu bringen. Sie stellt die alte Frage, wer, was und wie denn nun eigentlich der/die/das Normale ist. Der Öffentlichkeit wird mit dieser Mode das vermeintliche körperliche Defizit vorgeführt. Der potenziellen Kundin wird einiges abverlangt: eine eindeutige und ablesbare Haltung zu sich und ihrem verletzten Körper. Ein Experiment für die Trägerin und für das junge Label.

PROVOKATIV + IRONISCH
abteilung:k bewegt sich mit ihren Entwürfen auf dem Grat zwischen Tragbarkeit und Kunstobjekt. Alle Kleider sind Unikate. Manche kommen laut daher, voller Anlehnungen an Medizinisches: Drainageschläuche, Bandagen, Korsetts, Reißverschlüsse, die an Narben erinnern. Verdrängung funktioniert hier nicht. Die Amazone wird zitiert, mit einem flachen Brustteil und einem, der die erhaltene betont.

Andere Kleidungsstücke fallen schlichter aus. Ihre Raffinesse ist erst auf den zweiten Blick erkennbar. Sie drückt sich in vielen Variationsmöglichkeiten aus: Es kann unterschiedlich gewickelt, gerafft, gegürtet, Inneres nach Außen gekehrt werden. Wildere Modelle haben Taschen, in die Kissen gesteckt und auch wieder entfernt werden können. Andere Kissen werden mit Pumpen, die nicht zufällig an Blutdruckmessgeräte erinnern, aufgeblasen, die Luft wieder abgelassen … Diese Kleider haben ein Eigenleben.

ASYMMETRIE + PERFEKTION (SCHÖN + HÄSSLICH, GESUND + KRANK)
Ein wesentliches Stilmittel ist die Asymmetrie. Die meisten Frauen fühlen sich nicht nur nicht mehr vollständig, sondern müssen eine neue Körperhaltung finden, schon rein orthopädisch. Durch die Operation entsteht ein Ungleichgewicht, das die Körpersprache ändert. Hier kratzt *abteilung:k* heftig an dem gesellschaftlich verankerten Schönheitsideal des symmetrischen Körpers.
Wer war nicht schon von gespiegelten Gesichtshälften irritiert, die zu einem vollständigen Kopf zusammengesetzt werden? Oder von diesen am Computer aus den gängigen Schönheitsvorstellungen zusammengebauten Gesichtern? Diffus dämmert, dass hier etwas nicht stimmt, dass hinter dieser Perfektion kein richtiger Mensch stecken kann. Frauen, die sich entscheiden *abteilung:k* zu tragen, brechen für alle sichtbar diese Schönheitskonvention. Das ist Teil der Herausforderung an sich selbst und an die Umgebung.
Die Verbindung aus Kunst und Kunsthandwerk ist deutlich. Christoph Krämer, ein Künstler, der sich viel mit den Themen Gewalt, Folter und Medizin beschäftigt hat und Laura Krämer, Modedesignerin, haben ihre speziellen

Kenntnisse zusammengebracht. Sie haben sich in der Rolle des Meisters, der Meisterin abgewechselt, beide gezeichnet, beide an der Nähmaschine gesessen.
Trotz aller Exotik, Ironie und Provokation findet sich in *amazons in fashion* auch Bodenhaftung. Dass Mode einen engeren Bezug zur Realität hat als andere Künste, passt zur Auseinandersetzung mit einem sehr reellen Problem: Immerhin sind etwa zehn Prozent der weiblichen Bevölkerung von Brustkrebs betroffen. Laura Krämer sagt, dass auch Nicht-Amazonen ihre Kleider tragen können. Der Spaß an Mode und die Lust zu experimentieren darf für sie nicht zu kurz kommen. Entworfen wird für Größe 42, nichts klemmt, nichts engt ein.
Diese Ausstellung sollte weiter wandern und wachsen. Damit sie Anregung und phantasievolle Hilfestellung sein kann. Und damit der Grad an Selbstverständlichkeit zunimmt, mit der diese Ausstellung und das, was sie auslöst, aufgenommen werden. Das wünsche ich besonders Euch beiden, Laura und Layla, die Ihr auch stellvertretend für Christoph weiterarbeitet.

Petra Paulina Kohl für abteilung:k



»BUEN VIVIR« ALS GEGENHEGEMONIALER PROZESS

ANA MARÍA LARREA

»Letztlich sind wir, was wir tun, um zu ändern,
was wir sind. Unsere Identität
ist kein stummes Museumsstück
in einer Vitrine,
sondern die Synthese
unserer alltäglichen Widersprüche,
die stets aufs Neue überrascht.«
(Galeano 1991, 117)

Die aufbrechenden Kämpfe und Forderungen der verschiedenen Bewegungen gegen den Neoliberalismus verweisen auf neue Paradigmen, mit denen ein tiefgehender Wandel eingeleitet werden kann: auf Gesellschaften hin, die durch mehr Gerechtigkeit und Gleichheit charakterisiert sind und die aus ihrer Vielfalt und der Demokratie heraus Alternativen schaffen.

In die verfassungsgebenden Prozesse in Venezuela, Bolivien und Ecuador fließen bereits neue Bedeutungen und Horizonte kritischen Denkens ein. Eine der Achsen der neuen Verfassung Ecuadors ist das Konzept des »Sumak Kawsay«, des »Guten Lebens«.

Im »Desarrollismo« wurde »Entwicklung« nach genau dem Wachstumsmodell konzipiert, das nun global zu den multiplen Krisen geführt hat. Letztere verdeutlichen, dass die Länder des Südens unmöglich den »extraktivistischen« (einseitig auf Ausbeutung von natürlichen Ressourcen orientierten) und zerstörerischen Weg weiter verfolgen können. Zudem hat der Fortschritt unter dem Paradigma der »Modernisierung« in der Vergangenheit den Ländern des globalen Südens nur kärgliche (oft negative) Resultate gebracht. Die damit verbundenen ungleichen Macht- und Handelsverhältnisse zwischen Norden und Süden müssen aufgebrochen werden. Neue Produktions- und Konsumformen sowie neue Organisationsformen des Lebens müssen etabliert werden.

Um diese Transformation in die Wege zu leiten, brauchen wir Kreativität und ein Denken über Grenzen hinweg. Eine der wichtigsten paradigmatischen Veränderungen in diesem Wandel liegt darin, das überkommene Konzept von »Entwicklung« in Frage zu stellen und uns auf der Suche nach neuen Konzepten dem Wissen der indigenen Völker, den sozialen Kämpfen und kritischen Theorien zu öffnen.

Aus der Perspektive der Subalternen muss gefragt werden: Wer bestimmt, wie etwas »zu sein hat«, was Entwicklung und Fortschritt bedeuten? Wer profitiert vom Fortschritt? Was wird modernisiert?

Unter dem hegemonialen Blick wird alles, was nicht ins Konzept des Fortschritts passt, abgewertet und unsichtbar. So wird »Unterentwicklung« konstruiert. Die Vorstellung von Rückschritt, dem Nicht-Gewollten, muss überwunden werden. Sie ignoriert den Reichtum der Vielfalt und der subalternen Sektoren, die aber eine konstitutive Achse unserer Gesellschaften sind. Die Sinn-Konstruktion von Entwicklung und Unterentwicklung bildet ein Wahrheitsregime, das die große Mehrheit unserer Bevölkerung unsichtbar macht. Eduardo Galeano sprach davon, dass die kapitalistischen und neo-kolonialen Gesellschaften andauernd »Niemande« hervorbringen:

Die Niemande: die Niemandskinder,
die Habenichtse.
Die Niemande: die Keinen,
die zu Niemand gemachten,
die Hasenfüße, die das Leben Sterbenden,
die Verdammten, die zweimal Verdammten:
Die nicht sind, auch wenn sie da sind.
Die nicht Sprachen, sondern Dialekte sprechen.
Die nicht Religionen,
sondern Aberglauben anhängen.
Die nicht Kunst, sondern Kunsthandwerk fertigen.
Die nicht Kultur, sondern Folklore betreiben.
Die nicht Menschen,
sondern Menschenmaterial sind.
Die nicht Gesichter, sondern Arme haben.
Die nicht Namen, sondern Nummern tragen.
Die nicht große Geschichte schreiben,
sondern als Randnotizen
der Verbrechensberichte erscheinen.
Die Niemande, billiger als die Kugel, die sie tötet.
(Galeano 1991, 59)

Die kapitalistischen Gesellschaften konstruieren zwei Formen der Hierarchie: Ungleichheit

und Ausgrenzung. Das System der Ungleichheit nimmt eine Unterordnung »innerhalb« vor, z.B. die Hausangestellten, die Arbeiter in einem Betrieb. Aber im System der Ausgrenzung verschwindet, was unten ist, es existiert nicht (de Sousa Santos 2006, 54). Man verwehrt diesen Personen Teile ihrer Menschlichkeit (die eigene Sprache, das Ausüben einer Religion). Beides, Ungleichheit und Ausgrenzung, verstärken sich gegenseitig.

Konzepte des Fortschritts, der Moderne und der Entwicklung operieren mit einer Vorstellung der linearen Zeit, in der die Geschichte nur eine Richtung kennt; die entwickelten Länder gehen voran, formen das Gesellschaftsmodell, dem gefolgt wird. Was nicht hinein passt, wird als wild, simpel, primitiv, zurückgeblieben und vormodern betrachtet. Dass die weniger entwickelten Länder in einigen Aspekten entwickelter sein könnten als die so genannten entwickelten Länder, ist undenkbar (ebd., 24).

Maß der Entwicklung und der Modernisierung ist die industrielle Entwicklung. Externe Faktoren für die »Unterentwicklung« werden negiert, der Zusammenhang mit der kapitalistischen Entwicklung nicht ergründet. Die Stadt gilt als Ort der Moderne, während das Land, das Ländliche, als der Raum des Traditionellen, des Rückständigen betrachtet wird. Die traditionellen Kulturen werden als Hindernis für Entwicklung betrachtet.

Es hat sich gezeigt, dass ökonomisches Wachstum nicht notwendigerweise Entwicklung mit sich bringt und dass »Unterentwicklung« und »Entwicklung« zwei Seiten einer Medaille sind.

Wo wird das Pro-Kopf-Einkommen ausgezahlt?
Hungerkünstler aller Länder, erkundigt euch!
In unseren Breiten sind die Zahlen
besser dran als die Bezahlten.
Wie viele florieren, wenn die Wirtschaft floriert?
Wie viele entwickelt die Entwicklung?
(Galeano 1991, 67)

Zwar haben die Dependenztheoretiker die multiplen Beziehungen zwischen Entwicklung und Unterentwicklung aus geopolitischer Perspektive beleuchtet, doch die Grenzen dieser Produktionsweise und der Ausbeutung der Natur wurden nicht reflektiert, auch nicht in den sozialistischen Gesellschaften. Das Hauptaugenmerk wurde auf die Nord-Süd-Beziehungen und die Verewigung der Abhängigkeiten gelegt. Fragen, wie Alternativen in den kapitalistischen Gesellschaften voran gebracht werden könnten, gerieten aus dem Blick – die »eigenständige« Entwicklung nach denselben Maßstäben der Moderne führten oft in die Unbeweglichkeit.

In den 1980er Jahren wurde mit der Wiederherstellung der liberalen Ordnungen und dem Boom des Neoliberalismus »Entwicklung« an ökonomisches Wachstum, lineare Geschichte und Fortschritt gebunden. Die Idee der Umverteilung wurde durch den Begriff des Trickle-Down-Effektes ersetzt.

In den 1990er Jahren traten angesichts der zerstörerischen Auswirkungen des neoliberalen Modells normativ-wertegeleitete Entwürfe von Entwicklung in die Debatte. Sie sind nicht so sehr theoretisch geleitet. Im Mittelpunkt steht, Entwicklung nach »menschlichem« und »nachhaltigem« Maßstab zu denken. Entwicklung müsse den Mensch ins Zentrum stellen, nicht Märkte oder Produktion. Nicht das Bruttoinlandsprodukt sei zu messen, sondern die Lebensqualität.

Statt nur auf ökonomisches Wachstum zu schauen, bezeichnet »menschliche Entwicklung« die Erweiterung von Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung ganz unterschiedlicher Natur wie Subsistenz, Emotionen, Verständnis, Partizipation, Freiheit, Identität, Kreativität etc. Lebensqualität ist gegeben, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind, ein langes und gesundes Leben zu führen, Kenntnisse zu erwerben und Zugang zu den notwendigen Ressourcen zu haben, um einen angemessenen Lebensstandard zu erreichen (PNUD 1997, 20). In diesem Sinne ist der Fokus mehr darauf ausgelegt, was die Menschen »tun und sind«, und weniger auf was sie »haben«. Diese Perspektive geht von den Möglichkeiten der Menschen aus, von ihrer Art zu denken, ihren Bedürfnissen, ihren kulturellen Werten, ihrer Organisation.

Dennoch dürfen die Befriedigung und Erweiterung der Bedürfnisse nicht die Zukunft belasten – daher ist die Rede von »nachhaltiger« Entwicklung, die ein sozial gerechtes ökonomisches Wachstum gewährleistet und nicht die Ressourcen der zukünftigen Generationen verbraucht. Produktionsformen und Konsummuster müssen auf die Bewahrung und Wiederherstellung der Umwelt ausgerichtet sein und die Harmonie zwischen den Menschen und der Natur suchen.

Nachhaltige Entwicklung ist nicht realisierbar, ohne den Respekt vor historischer und kultureller Diversität. Sie setzt die Gleichheit von Rechten und Chancen von Frauen und Männern, von Bevölkerungsgruppen und Ländern, von Kindern und Erwachsenen voraus. Sie impliziert die uneingeschränkte zivilgesellschaftliche Teilhabe an demokratischen Praxen.

Doch keine dieser Konzeptionen stellt den Kapitalismus in Frage, sie zielen auf »menschliche« Entwicklung innerhalb kapitalistischer Gesellschaften. Viele Theoretiker gehen heute davon aus, dass Kapitalismus und Nachhaltigkeit sich ausschließen. Nachhaltigkeit bedeutet dann, die Grundlagen des kapitalistischen Akkumulationsmodells zu transformieren. Doch mit Ausnahme der Dependenztheorien wird die Rolle gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und Konflikte in der Transformation und bei der Formierung gegenhegemonialer Diskurse in diesen Ansätzen entnannt. Diese sind von zentraler Bedeutung für emanzipative Strategien zur Konstruktion einer neuen Gesellschaft.

SUMAK KAWSAY: HIN ZU EINEM »LEBEN IN FÜLLE«

»Sumak Kawsay«, das »Leben in Fülle« der andinen Kulturen ist ein Beitrag zu dieser Debatte mit ganz anderen erkenntnistheoretischen Konzepten und einer Kosmovision. Die Idee von »Entwicklung« existiert nicht wirklich in der Vorstellung dieser Kulturen, denn die Zukunft liegt hinter uns. Sie ist es, die wir nicht sehen können und nicht kennen; während wir die Vergangenheit vor uns liegen haben: wir sehen sie, wir kennen sie, sie formte uns, mit ihr gehen wir voran. Auf

diesem Wege begleiten uns unsere Ahnen. Sie leben mit uns, sind Teil von uns. Himmel und Erde, äußere und innere Welt sind Teil eines Ganzen, innerhalb einer spiralförmigen (nicht linearen) Perspektive der Zeit.

Beim Versuch, die andinen Konzepte zu erklären, musste ich auf das »Wir« zurückgreifen, weil die Welt nicht aus der Perspektive des »Ichs« des Abendlandes verstanden werden kann. Die Gemeinschaft sorgt, schützt, fordert und ist Teil von uns. Folglich ist das andine Denken ein kollektives. Die Gemeinschaft ist Stütze und Basis der Reproduktion dieses kollektiven Subjekts, das wir alle sind und das jeder einzelne ist. Das menschliche Wesen ist Teil eines Ganzen, das nicht nur in seinen Teilen verstanden werden kann. Die Gesamtheit drückt sich in jedem Wesen und jedes Wesen in der Gesamtheit aus. Die Natur ist Teil dieser Gemeinschaft. Sie zu schädigen, bedeutet daher uns selbst zu schaden. Jede Handlung, jedes Verhalten hat kosmische Konsequenzen, die Hügel ärgern sich oder sind fröhlich, sie lachen oder sie sind traurig, sie fühlen und denken. Das »Sumak Kawsay« oder »Erfülltes Leben« drückt diese Kosmovision aus. Das erfüllte Leben zu erlangen, ist Aufgabe des Wissenden. Es besteht darin, zu umfassender Harmonie mit der Gemeinschaft und mit dem Kosmos zu gelangen.

Boaventura de Sousa Santos schlägt eine »kulturelle Übersetzung« vor, um die Debatte über die Schaffung einer neuen Gesellschaft zu bereichern: Wir sprechen nicht mehr von ökonomischem Wachstum und vom Bruttoinlandsprodukt, wir reden von breit gefächerten Beziehungen zwischen den Menschen, der Natur, dem gemeinschaftlichen Wesen, den Vorfahren, der Vergangenheit und der Zukunft. Das Ziel, das uns zusammenführt, ist nicht mehr die von der linearen Perspektive der Geschichte ausgehende »Entwicklung«, sondern die Konstruktion der Gesellschaft des »Buen Vivir«. Die Konzeption des Buen Vivir hat Berührungspunkte mit anderen Konzepten aus der Geschichte des abendländischen Denkens. Aristoteles spricht in seinen Reflexionen über Ethik und Politik von »Gut Leben«. Für ihn ist der Sinn des Menschseins das Glück. Dabei ist nur das Glück aller das Glück jedes Einzelnen, es realisiert sich in der politischen Gemeinschaft, der Polis. Isoliert können wir das Glück nicht erreichen, nur in der Gesellschaft können wir die Tugend, gut zu leben oder glücklich zu sein, besitzen.

Allerdings erkennt die aristotelische Konzeption vom »Gut Leben« weder die Beziehungen des Menschen mit der Natur noch die spirituellen Dimensionen der Beziehungen mit den Vorfahren und der Natur, die in der Vision der andinen Kichwa-Völker so wichtig sind.

»BUEN VIVIR« IN DER VERFASSUNG VON ECUADOR

Der verfassungsgebende Prozess in Ecuador bot Raum für einen Paradigmenwechsel, der mit dem Buen Vivir verbunden ist. Die ecuadorianische Verfassung legt nun fest, dass das organisierte, nachhaltige und dynamische Gemeinwesen der ökonomischen, politischen, soziokulturellen und Umweltsysteme, die das »Entwicklungsregime« bestimmen, das Buen Vivir garantieren muss. Sie definiert Rechte als Voraussetzungen für das Buen Vivir und



flickr/Ian Sane ⓘ

formuliert Verantwortlichkeiten für Interkulturalität und harmonisches Zusammenleben mit der Natur (Art. 275).

Der Begriff Buen Vivir erlaubt so eine Verknüpfung zwischen dem »dogmatischen« und »organischen« Teil der Magna Charta – die in der vorherigen Verfassung nicht erreicht wurde –, da Rechte einen substanziellen Ausdruck der staatlichen Struktur darstellen.

Die Verfassung überwindet die reduktionistische Vorstellung von »Entwicklung« als ökonomisches Wachstum und begründet eine neue Vision:, der Mensch steht im Zentrum der Entwicklung und Sumak Kawsay oder Buen Vivir ist das Ziel. Gegenüber der falschen Dichotomie von Staat und Markt, die vom neoliberalen Denken erzeugt wird, formuliert die Verfassung eine neue Beziehung zwischen Staat, Markt, Gesellschaft und Natur. Der Markt ist nicht mehr der treibende Motor der Entwicklung. Zum ersten Mal in der Geschichte erkennt eine Verfassung die Rechte der Natur an.

Nach dem neoliberalen Abbau des Staates ist eine Wiederherstellung des Öffentlichen im weitesten Sinne wesentlich. Der Staat muss für die Zivilgesellschaft zurückgewonnen werden. In diesem Sinne stärkt die Verfassung den Staat, der seine Rolle in Bezug auf die Planung, Regulierung und Umverteilung wiederherstellen soll. Dennoch handelt es sich nicht um eine etatistische Vision, in der die Rolle des Marktes unkritisch durch den Staat ersetzt wird. Im Gegenteil: Rechte und Anerkennung der Partizipation werden als fundamentale Elemente der neuen Gesellschaft gestärkt und erweitert. Die Bildung einer wirklichen, sozialen und zivilgesellschaftlichen Macht wird vorangetrieben. Partizipation ist eine Querschnittsachse in der Verfassung. Niemals zuvor gab es in Ecuador oder Lateinamerika eine Verfassung, die ein solch großes Gewicht auf Mitbestimmung gelegt hat. Die verschiedenen Formen der Demokratie werden anerkannt, erstmals auch die kommunitäre Demokratie einbezogen.

Das Verständnis von Diversität beschränkt sich nicht auf kulturelle Aspekte, sondern drückt sich auch im ökonomischen System aus. Die soziale Ökonomie stellt den Menschen ins Zentrum; Ökonomie muss dem Leben dienen, nicht das Leben der Ökonomie. Die perverse Logik des Kapitalismus, die Akkumulation des Kapitals als Motor des Lebens betrachtet, muss umgekehrt werden. Die soziale Ökonomie entwirft eine plurale Ökonomie, bei der die Logiken von Kapitalakkumulation und Macht der Logik der erweiterten Reproduktion des Lebens untergeordnet sind. Hierfür ist Arbeit der zentrale Begriff. Es geht darum, die ökonomischen Initiativen der Bevölkerung aus der Perspektive der Arbeit heraus zu unterstützen und nicht aus der Perspektive der Beschäftigung. Ziel ist, dass der Reichtum in den Händen der Arbeiter verbleibt. (Coraggio 2007, 68; Coraggio 2004).

Die soziale Ökonomie ist »ein politischer Vorschlag, der sich auf eine kritische Theorie beruft, andere Werte bejaht und andere Rationalitäten entwirft, um Transformation von der lateinamerikanischen Peripherie her zu denken« (Coraggio 2007, 41). Sie verpflichtet sich auf einen gesellschaftlichen Transformationsprozess (ebd., 19f).

»Soziale Ökonomie impliziert, die Strukturen der Reproduktion des Kapitals aufzulösen und einen organischen Sektor zu bilden, der die Bedürfnisse aller mit anderen Werten befriedigt, indem im Kampf um die Hegemonie und gegen die kapitalistische Zivilisation neue Praxen institutionalisiert werden, die andere Konzepte von sozialer Gerechtigkeit befördern.« (Ebd., 39)

Der grundlegende soziale und politische Charakter der ökonomischen Prozesse wird aufgegriffen. Das schließt viele Formen ein, die traditionell nicht als ökonomisch angesehen werden. Das Subjekt wird zum zentralen Angelpunkt der sozialen Ökonomie. Sie sichert nicht nur seinen unmittelbaren Unterhalt, sondern seine Unabhängigkeit vom Kapital und von einer politischen Klasse, die sich vom Volk entfernt hat (ebd., 40, 42, 51).

Das ökonomische System als sozial und solidarisch zu fassen, ist keine bloße Absichtserklärung, sondern drückt sich darin aus, dass Diversität einbezogen wird in die Zusammensetzung des Finanzsystems, die Organisation der Produktion, die Eigentumsformen, die Arbeitsformen, die Demokratisierung der Produktionsmittel und in die Vorstellung von Ernährungssouveränität als strategischem Ziel des Staates.

Das Konzept der Ökonomie wird in der Verfassung vor allem durch die folgenden Bestimmungen gefestigt: Verbot der Arbeitsvermittler, jener »Kaufmänner« einer »Unterverpachtung« der Arbeitskraft (Marx, MEW 23, 577), die sich zwischen Kapitalist und Lohnarbeiter schieben; Einführung gerechter und würdiger Löhne; Schutz der Solo-Selbständigen und informellen ArbeiterInnen; Anerkennung der Subsistenz-, Eigen-, Reproduktions- und Fürsorgearbeit als produktive Arbeit; Anreize für einen gerechten Handel; Priorität von Produkten und Dienstleistungen der sozialen und solidarischen Ökonomie bei der öffentlichen Beschaffung; umverteilende Steuerpolitik; Bestimmung von Finanzaktivitäten als Dienstleistung in öffentlicher Verantwortung; Verbot der Beteiligung von Finanzinstituten an Unternehmen anderer Branchen, Verbot des Erwerbs von Anteilen an Kommunikationsmedien durch Finanzinstitute; Vergesellschaftung der strategischen Sektoren; Bevorzugung der sozialen Investitionen gegenüber dem externen Schuldendienst und zivilgesellschaftliche und öffentliche Entscheidung über den Umgang mit der externen Verschuldung.

Die soziale Dimension des Buen Vivir strebt eine Universalisierung qualitativ hochwertiger sozialer Dienstleistungen an, um die Rechte effektiv zu machen und zu garantieren. In diesem Sinne werden Bildung, Gesundheit oder Sicherheit nicht länger als Waren betrachtet.

Die Verfassung garantiert die kostenlose Bildung bis zur Hochschulreife und bekräftigt ihren weltlichen Charakter, auch eine kostenlose Gesundheitsversorgung wird garantiert. Unabhängig von Arbeitsfähigkeit und Status kommt soziale Sicherheit allen zu, die Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme wird verboten. Zum ersten Mal wird in Verfassung ein Absatz über die Körperkultur und Freizeit als Elemente des Buen Vivir eingefügt.

Indem die Rechte der Natur anerkannt werden, geht die Verfassung von einem

Verständnis von Natur als Ressource über zu ihrem Verständnis als Raum, »in dem sich das Leben reproduziert und realisiert«. Sie hat »das Recht, dass ihre Existenz, ihr Erhalt und die Regenerierung ihrer vitalen Lebenszyklen, Strukturen, Funktionen und evolutionären Prozesse respektiert werden«, ebenso wie das Recht auf ihre Wiederherstellung (Art. 71 u. 72).

Es gilt das Prinzip der Vorsorge: Umweltschutzmaßnahmen sind auch dann zwingend, wenn die Folgen bestimmter Maßnahmen für die Umwelt noch nicht abschätzbar sind (Art. 73). Die Gemeinden müssen im Vorfeld jeder Entscheidung, die die Umwelt betreffen könnte, angehört werden. Außerdem wird das Recht der Indigenen anerkannt, ihr kollektives Wissen, ihre Wissenschaften, Technologien und Weisheiten zu bewahren, zu schützen und zu entwickeln und jedwede Form von deren privater Aneignung wird verboten (Art. 57).

Abbaumaßnahmen in geschützten Gebieten werden untersagt (Art. 407). Die Produktion von hochwertigen Gütern muss die biophysikalischen Grenzen de r Natur und den Respekt vor dem Leben und den Kulturen berücksichtigen (Art. 284, 4).

BUEN VIVIR IN DER VIELFALT: PLURINATIONALITÄT UND INTERKULTURALITÄT

Die Konzeption des Buen Vivir hat also eine starke kollektive Dimension, die die harmonische Beziehung zwischen den Menschen und der Natur einschließt. Freilich müssen in durch Kolonialgeschichte geprägten und kapitalistisch dominierten Gesellschaften die Voraussetzungen und Fähigkeiten zu einem Zusammenleben in einer solchen Gemeinschaft erst geschaffen werden. Daher ist es notwendig, die Vielfalt als substanziellen Teil der Gesellschaft anzuerkennen. Sie befördert das Buen Vivir durch interkulturelles Lernen, durch die Möglichkeiten, uns mit Wissen, Erkenntnissen, Kosmovisionen und verschiedenen kulturellen Praktiken wechselseitig zu unterstützen und zu bereichern.

In Gesellschaften, die durch Ungleichheit geprägt sind, kann Interkulturalität nicht gedacht werden, ohne Dominanz in Rechnung zu stellen. Ein interkultureller Dialog kann nur zwischen Gleichen stattfinden. Solange bestimmte Kulturen anderen untergeordnet sind, ist das nicht möglich. Die ökonomische Ungleichheit ist von tiefgreifenden Prozessen der sozialen Ausgrenzung, der Diskriminierung und der Unkenntnis der anderen Kulturen begleitet. Es ist unvermeidlich, Strategien der Anerkennung der Unterschiede und der Vielfalt zu entwerfen, die auf lange Sicht zu Veränderungen in den Strukturen der Macht führen.

Die Politiken für mehr Gerechtigkeit und Gleichheit sind aufs Engste verknüpft mit den Politiken der Anerkennung von Differenz und der Beendigung jeder Form von Diskriminierung, Ausgrenzung oder Unterordnung aufgrund von sexuellen, geschlechtsspezifischen oder ethnischen Zuschreibungen, aufgrund von Alter, Behinderung oder des Glaubens.

Die Politiken zur Förderung von Gleichheit durch Umverteilung können nicht von jenen der Anerkennung kultureller Unterschiede und Eigenheiten getrennt werden. Gleichheit und Unterschiedlichkeit sind keine gegensätzlichen Begriffe, vielmehr bilden sie zwei Dimensionen sozialer Gerechtigkeit. Das ist der Sinn von »Einheit in der Vielfalt«. Die strategische Orientierung auf eine demokratische und pluralistische Gesellschaft beinhaltet drei Transformationen, die sich gegenseitig bedingen: die sozio-ökonomische, um die Gleichheit zu sichern; die politische, die einen Wandel der Machtstrukturen erlaubt, so dass Differenz kein Element von Dominanz und Unterdrückung mehr ist; und die sozio-kulturelle, die die Anerkennung der Differenz auf den Weg bringt und Möglichkeiten für ein wechselseitiges Lernen der Kulturen eröffnet (Díaz Polanco 2005, 61ff). Die Plurinationalität fördert ökonomische Gerechtigkeit und Gleichheit. Der Kampf für Gleichheit ist auch ein Kampf um die Anerkennung der Unterschiedlichkeit. Gleichheit ist kein Synonym für Homogenität, Unterschiedlichkeit kein Synonym für Ungleichheit.

Der plurinationale Staat setzt die Bildung eines radikaldemokratischen Staates voraus: Staat und Gesellschaft müssen zurückgewonnen und gestärkt werden, um die Souveränität aller zu garantieren. Die Plurinationalität setzt innerhalb des einheitlichen Staates die Anerkennung der Autoritäten der indigenen Nationen voraus, die nach ihren Sitten und Gebräuchen gewählt wurden. So werden die unterschiedlichen Formen der im Land bestehenden Demokratien anerkannt: die gemeinschaftliche, die deliberative und die partizipative Demokratie nähren und vervollständigen



flickr/Tom

die repräsentative Demokratie und fördern eine Praxis interkultureller Demokratie.

Einen radikaldemokratischen Staat kann es nur als polizentrischen geben. Daher geht die Plurinationalität Hand in Hand mit der Dezentralisierung, nicht mit der Schwächung des Staates. Wir können einen starken und dezentralen Staat haben, mit einer starken Gesellschaft.

Plurinationalität impliziert einen Bruch mit der liberalen Vorstellung der Einheit von Staat und Nation. Ein Staat, der nicht aufhört Einheitsstaat zu sein, wenn er durch multiple

Nationen konstituiert wird, ist ohne jeden Zweifel ein demokratischer Fortschritt, aber auch ein theoretisch-politischer Fortschritt. Die Existenz multipler Nationen bringt die Anerkennung multipler Identitäten mit sich.

Schließlich bringt Plurinationalität die Bildung einer post-kolonialen Gesellschaft mit sich. Der Kolonialismus endete nicht mit der Unabhängigkeit. Unsere Republiken sind nicht aus dem Kampf gegen die Monarchie entstanden, sondern nur aus dem Kampf um die Unabhängigkeit von der spanischen Krone. Diversität wurde als Hindernis für »Fortschritt« angesehen; entsprechend beförderten die Eliten einen Prozess der Homogenisierung. Den subalternen Sektoren wurde das politische Potenzial abgesprochen, Alternativen für das Land zu denken und zu entwerfen. Von der Geburt der ecuadorianischen Republik war die Mehrheit der Bevölkerung ausgeschlossen (Ramón 2003, 23f). Die Überwindung des langen internen Kolonialismus bedarf spezieller Ausgleichsmaßnahmen historischer Ungerechtigkeiten (*affirmative action*) für die ausgegrenzten Gruppen.

Welche Tragweite verleiht die Verfassung von Ecuador der Plurinationalität?

1 | Die Anerkennung der indigenen, afroecuadorianischen Gebiete und der Territorien der Küstenvölker, denen lokale Regierungskompetenzen entsprechend ihrer Bedeutung und Größe zugesprochen werden.

2 | Das »Sumak Kawsay« oder Buen Vivir wird als Ziel des Entwicklungsprozesses festgelegt.

3 | Erweiterung der kollektiven Rechte.

4 | Anerkennung der indigenen Gerichtsbarkeit im Rahmen der Einhaltung der Menschenrechte.

5 | Anerkennung der indigenen Nationen als Rechtssubjekte.

6 | Stärkung der interkulturellen zweisprachigen Erziehung unter Aufsicht des Staates und Stärkung der Interkulturalität im »spanischen« Bildungssystem durch Unterricht in den indigenen Sprachen.

7 | Die Anerkennung der ecuadorianischen Staatsbürgerschaft durch Geburtsrecht für diejenigen, die Mitglieder einer im Land anerkannten indigenen Nation sind und in den Grenzgebieten geboren wurden.

8 | Die Anerkennung des Spanischen, des Kichwa und des Shuar als offizielle Sprachen und Anerkennung der weiteren Sprachen als offizielle für jene Gebiete, in denen die entsprechenden Nationen leben.

DIE RECHTE ALS SÄULEN DES BUEN VIVIR

Gegenüber dem traditionellen Begriff des sozialen Rechtsstaates fügt die ecuadorianische Verfassung ein entscheidendes Element hinzu: Die Einführung von verfassungsmäßigen Garantien, die eine direkte und unmittelbare Anwendung der Rechte ohne nachgeordnete Gesetzgebung erlauben. Die Verfassung erweitert darüber hinaus die Garantien, ohne sie auf das juristische zu beschränken (Ávila 2008, 3f).

Ein Schlüsselelement des Buen Vivir ist die Betrachtung des Lebens als ein unteilbares Ganzes (Integralität). Die Vorstellung materialisiert sich in der neuen Verfassung, indem keine Hierarchien zwischen den Rechten festgelegt werden. Die Typologisierung in grundlegende Rechte (erste Ordnung), wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (zweite Ordnung) und kollektive Rechte (dritte Ordnung) wird überwunden.

Die Hierarchisierung der Rechte im liberalen Denken zielt auf eine individualistische Schieflage und löst die soziale Achse auf. Als einzig wahre Rechte bleiben die zivilen und politischen, während die anderen nur kaum realisierbare Wünschbarkeiten sind. Dahinter steckt die alte Trennung des Liberalismus zwischen Freiheit (im Wesentlichen als negative Freiheit) und Gleichheit. Die Freiheit hat Vorrang vor der Gleichheit. Insofern »existieren substanzielle Rechte (die unveräußerlich sind) und Eigenschaften (über die hinweggegangen werden kann, zumindest bis zu dem Zeitpunkt, an dem die ersten vollständig realisiert sind)« (Díaz Polanco 2005, 58).

Diese Hierarchisierung hinderte die Mehrheit der Menschen an einem »erfüllten Leben« – im Gegensatz zum Begriff einer Gerechtigkeit, die den Kern der Deklaration der Menschenrechte 1948 ausmacht (ebd., 57ff).

Die Verfassung bricht mit diesem Konzept, betont den integralen Charakter der Rechte, indem sie die Rechte als voneinander abhängig und als gleichrangig anerkennt (Art. 11, 6), sie in Rechte des Buen Vivir, Rechte der zu bevorzugenden Personen und Gruppen, Rechte der Gemeinschaften und Nationen, Freiheitsrechte; Rechte der Natur und Schutzrechte organisiert. Rechtssubjekte sind nicht nur Personen, sondern auch Gemeinschaften, indigene Nationen, Kollektive und die Natur. Die Verfassung stärkt die verletzlichen Gruppen, indem sie sie entstigmatisiert und so einen Horizont für die Gleichheit in der Vielfalt schafft. Erstmals werden spezifische Rechte für Jugendliche, für Migranten, Verdrängte und Flüchtlinge, für Inhaftierte und für HIV-infizierte Personen anerkannt. Verfügung über Wasser, Ernährung und Lebensraum wird als Menschenrecht anerkannt.

Ohne Zweifel bedeutet die Anerkennung der neuen Verfassung durch 62 Prozent der ecuadorianischen Bevölkerung einen Meilenstein für den eingeleiteten Prozess des Wandels. Sie eröffnet enorme Möglichkeiten und Wege für die Schaffung einer gerechteren und demokratischeren Gesellschaft, die sich aus der Vielfalt speist. Sie lässt die Sehnsucht der Ecuadorianer und Ecuadorianerinnen, das Sumak Kawsay zu erreichen, Realität werden. Die Aufgabe ist: Wie wird das Buen Vivir zu einer realen Praxis?

LITERATUR

Ávila, Ramiro, 2008: *Las garantías: herramientas imprescindibles para el cumpliemento de los derechos,* Quito

Coraggio, José Luis, 2004: *La gente o el capital,* Quito,

Ders., 2007: *Economía social, acción pública y política (Hay vida después del neoliberalismo),* Buenos Aires

Díaz Polanco, Héctor, 2005: Los dilemas del pluralismo, in: Pablo Dávalos (Hg.), *Pueblos indígenas, estado y democracia,* Buenos Aires

Galeano, Eduardo, 1991: *Das Buch der Umarmungen,* Wuppertal

PNUD, 1997: *Informe sobre desarrollo humano,* Madrid

Ramón, Galo, 2003: Estado, región y localidades en el Ecuador (1808–2000), in: Sara Báez, Pablo Ospina und Galo Ramón, *Una breve historia del espacio ecuatoriano,* Quito

de Sousa Santos, Boaventura, 2006: *Renovar la teoría crítica y reinventar la emancipación social,* Buenos Aires,

Ders., 2007: La reinvención del Estado y el Estado plurinacional, in: OSAL, Nr. 22, September/Dezember, Buenos Aires

Aus dem Spanischen von Stefan Thimmel, Mario Candeias und Christina Kaindl

SUMA QAMAÑA: GUTES LEBEN UND GUTES ZUSAMMENLEBEN

FILOMENA NINA HUARCACHO

Der indigene Chronist Juan de Santa Cruz Pachakuti Yamki hat 1613, ein Jahrhundert nach der Ankunft der Spanier in der Neuen Welt, eine Zeichnung hinterlassen. Dieser können wir das Weltbild entnehmen, in dem er sein Verständnis von sozialer, lebensnotwendiger und kosmischer Ordnung beschreibt (vgl. S. 77).

Die Form gleicht der Innenansicht eines Hauses (wenngleich andere Wissenschaftler meinen, dass es sich um die Giebelwand des Sonnentempels der Inka in Coricancha handelt; Arnold et al. 1992, 88). In jedem Fall vermitteln die in der Zeichnung enthaltenen Elemente bis heute ein Bild der andinen Weltanschauung. Darin findet sich ein Konzept von Familie, in dem die Sonne und der Mond sowie der Morgen- und der Abendstern Teile unserer familiären Beziehungen bilden. Dasselbe gilt für *Illapa* (den Blitz), *Chakana* (das Andenkreuz), *Mama Pacha* (Zeit und Raum/Mutter Erde) und andere Elemente.

Das spanische Konzept des *buen vivir* basiert auf dem *suma qamaña* im Aymara, dem guten (Zusammen-)Leben in und mit der Erde. Das indigene Konzept stammt aus der Zeit vor der spanischen Invasion und drückt sich in Ritualen, Zeichnungen und anderen imaginären Formen aus. In der Schöpfungsgeschichte der Andenmenschen heißt es, dass wir Teil der Erde sind, weil diese uns hervorgebracht hat. *Achachila*, im Aymara die rituelle Bezeichnung für die Berge, und die Erde (*Pachamama*) sind unsere Vorfahren, mit denen wir in bestimmten Momenten sprechen und ihnen unser Glück und unsere Sorgen anvertrauen können, die wir in respektvollen Ritualen berühren können und denen wir uns täglich in der Saat und Ernte unserer Produkte verbunden fühlen. Deswegen verstehen wir *Pachamama* als Mutter, die uns mit den Mitteln zum Leben versorgt.

Der Andenmensch ist kein isoliertes Wesen, das Leben spielt sich in der Gemeinschaft ab. In der *ayllu* (Quechua für Familie, Großfamilie, Dorfgemeinschaft) nehmen alle Beziehungen ihren Anfang, ganz gleich ob es um Arbeit, Feste oder Rituale geht. Wenn Mais geerntet wird, hilft die ganze Gemeinschaft, die Arbeit ist verquickt mit Spielen, Lachen und Wettkämpfen. Die Arbeit wird an einem Tag erledigt und am Ende ist der Gastgeber für Tanz, Essen und Trinken verantwortlich. Im Juni findet ein gemeinschaftlicher Tanz statt, mit dem der Frost angelockt werden soll. Das ist nötig, um die Lebensmittel zu konservieren; auf diese Weise lässt sich die Kartoffel in eine *ch'uñu* (dehydrierte Kartoffel) verwandeln, die jahrelang gelagert werden kann. Das Leben gestaltet sich im alltäglichen Miteinander in der Gemeinschaft und alle Familien sind darin einbezogen.

PHILOSOPHIE DES SUMA QAMAÑA DER AYMARA

Wenn in einer Gemeinschaft ein Paar zusammenzieht (*jaqi*), sind die ersten Ratschläge der Eltern und Ältesten seiner Gemeinschaft: »Lebt gut zusammen (*Sum quamaxäta*), ich will nichts hören. Sprecht nicht mit den Leuten.« Paarkonflikte sollen vermieden werden. Das Erzeugen von Konflikten in einer Paarbeziehung geht im Allgemeinen über den einen oder anderen Teil der Familie hinaus und gelangt von dort mit einer schlechten Konnotation in die *ayllu*. Ein Konflikt erzeugt nichts Nützliches, sondern zerstört, was eigentlich aufgebaut werden soll. In der Paarbeziehung müssen die Jungen ihren Teil dazu leisten, dass die neue Familie auf soliden Grundfesten steht.

Eine andere Verwendung des Begriffs: Die Respektspersonen – Männer und Frauen – der Gemeinschaft werden als Eltern der Gemeinschaft betrachtet (*awki* und *tayka*). Ihnen obliegt es, über das Wohlergehen der Gemeinschaft zu wachen. In der Obhut der neuen Obrigkeiten, die ein Jahr lang walten, liegen die Kinder und die Gemeinschaft, sowohl um über eine gute Produktion zu wachen als auch familiäre Konflikte zu vermeiden. Sie sind wie jenes neue Paar, das sich nach seiner ehelichen Vereinigung darum kümmert. Sie müssen sich in dem Jahr ihrer Amtszeit um ein gutes Zusammenleben ihrer Gemeinschaft bemühen.

UNTERSCHIEDLICHE FORMEN DES SUMA QAMAÑA

Die ursprüngliche Auffassung der Aymara vom Leben ist bis heute erhalten. Allerdings hat sich ihr charakteristisches Weltbild seit Ankunft der Spanier verändert. Die Kirche und christliche Sekten sehen bis heute in dieser Wahrnehmung und Verbindung mit der Natur einen Mangel an Wissen und Kultur. Daher wurden Opfergaben und rituelle Zeremonien zu Ehren der *uywiris* und der *Pachamama* heimlich durchgeführt, vor allem in den städtischen Ballungszentren von La Paz, Oruro, Potosí und Cochabamba – Orte, an denen man nie aufgehört hat, die rituellen Zeremonien in den Familien zu praktizieren.

Der bolivianische Außenminister (und Kanzler) Choquehuanca hat erstmalig das Leben und die Natur zum Dreh- und Angelpunkt der Politik gemacht. Der Vorschlag umfasst 25 Grundsätze des guten Zusammenlebens: dem Leben größte Bedeutung einräumen, durch Einigkeit zur Einigung kommen, die Unterschiede/Unterschiedlichkeiten anerkennen, in Ausgeglichenheit mit der Natur leben, die eigene Identität stärken, kosmischen Rechten größere Bedeutung einräumen, essen, trinken, tanzen, arbeiten, miteinander kommunizieren können, die Landwirtschaft wieder eingliedern, den Abya Yala (präkolumbianischer Name für den amerikanischen Kontinent) zurückerobern, soziale Kontrolle, in gegenseitiger Dankbarkeit arbeiten, weder stehlen noch lügen, die Ressourcen zurückgewinnen, die Saat schützen, Souveränität ausüben, sich das Wasser zunutze machen, den Älteren zuhören und Respekt vor den Frauen zeigen, schließlich: *gut, aber nicht besser leben*.

Diese Grundsätze könnten das Konzept des *suma qamaña* erweitern, so Choquehuanca, solange unsere Geschichte, unsere Musik, unsere Kleidung, unsere Kultur, unsere Sprache und unsere Naturvorkommen gewürdigt werden. Eine wichtige Aufgabe wird sein, sie ins Bildungssystem zu überführen.

Doch wir sehen auch, dass die Erwerbstätigen, die Gewerkschaften dem *suma qamaña* keine Bedeutung beimessen, bzw. wenn überhaupt, sich mit der Auslegung der wörtlichen Bedeutung begnügen. Sie geben sich mit der einfachen Konnotation des Begriffs zufrieden, also »gut zu leben«, und bemühen sich nicht um die wahre Bedeutung.

ANWENDUNG DES SUMA QAMAÑA

Wir sind weder Teil der gegenwärtigen Regierung oder ihrer Gremien noch streben wir das an. Dennoch ist *suma qamaña* von den unterschiedlichen Ministerien der Regierung übernommen worden. Ein Beispiel ist der von Wirtschaftsminister Luís Arce Catacora vorgelegte Bericht, nach dem die Politik seines Ministeriums Bezug auf das *gute (Zusammen-)Leben* genommen hat.

Nach den blutigen Auseinandersetzungen und dem zähen Kampf, den die indigenen Bewegungen über viele Jahrzehnte hinweg geführt haben, ist es in den vergangenen Jahren gelungen, die alten Machtstrukturen zu stürzen – insbesondere seit Evo Morales' Übernahme des Präsidentenamtes im Jahr 2005. Nur die alte Oligarchie leistet weiterhin Widerstand. Trotzdem ist sie aus ihren traditionellen Machtstrukturen vertrieben worden.

Als Teil der Gemeinschaft hat Präsident Evo Morales die Erfahrung und das Wissen der indigenen Urvölker aufgegriffen. Er verbreitete das Konzept des *suma qamaña* als Alternative, um das weltweite Debakel durch das wachstumsorientierte Wirtschaften und den Kapitalismus zu lösen (vgl. dazu auch *luxemburg* 1 2010, 76ff, Anm. d. Red). Die Herrscher der Vergangenheit, in ihrer Mehrheit Vertreter des internen und externen Kolonialismus, haben sich riesige Flächen des Gemeindelandes angeeignet, ebenso wie die Naturschätze auf und unter der Erde. Damit haben sie ungeheure Reichtümer auf Kosten der Indígenas angehäuft – ohne das *suma qamaña* zu würdigen.

Heute, zu einem Zeitpunkt, als *Pachamama* ermattet, gewinnt das Konzept an Wert und Bedeutung. Alternativen und neue Formen werden gesucht, um zu produzieren, konsumieren und das Leben zu organisieren. Die zuvor allseits gerühmten Konzepte von Entwicklung und Fortschritt sind in eine tiefe Krise geraten. Für manche drückt sich das *gute (Zusammen-)Leben* darin aus, Politik zu betreiben, die keinen Raubbau an der Natur, an der *Pachamama*, betreibt.

Aber kann die Bedeutung von *Pachamama* verstanden werden ohne den Kontakt zur Erde? Die Menschen, die versuchen, direkten Kontakt mit der Erde zu vermeiden, sie nicht auf ihrer Haut, in ihren Händen gespürt haben und in staubfreien Büros sitzen und nicht mit Schmutz belästigt werden wollen, wissen und spüren sie überhaupt, was die Mutter Erde ist? Sind das Lippenbekenntnisse, eine Modeerscheinung? Um von *Pachamama* zu reden, muss man ihren Geschmack und Geruch kennen, um sie so wertschätzen zu können wie die Indígenas, die den Boden bestellen.



Altar des so genannten Coricancha-Tempels in Cusco flickr/seajackal ©

DIE BOLIVIANISCHE VERFASSUNG UND DAS SUMA QAMAÑA

Es war ein zäher Kampf bis die neue Verfassung (CPE) ratifiziert werden konnte. Die

Vereinten Nationen haben ihren Text gelobt, ebenso wie die Idee, den *Tag der Erde* zum *Internationalen Tag der Mutter Erde* zu erklären. Die internationalen Mitgliedstaaten der UN-Generalversammlung befürworteten die Erklärung des bolivianischen Präsidenten, dass die Menschen sich nicht benehmen sollten, als gehöre die Erde ihnen, sondern anerkennen müssten, dass der Mensch zur Erde gehört.

Im neuen Gesellschaftsvertrag (CPEPB) kommt *suma qamaña* folgendermaßen vor:

1 | Der Staat übernimmt und fördert als ethisch-moralische Prinzipien der pluralen Gesellschaft: *Ama qhilla, ama llulla, ama suwa* (faulenze nicht, lüge nicht, stehle nicht). *Suma qamaña* (gut leben), *Ñandereko* (Guaraní: unsere Form des harmonischen Lebens), *teko kavi* (gutes Leben). *Ivi maraei* (Land ohne Übel) und *qhapaj ñan* (edler Weg oder edles Leben).

2 | Der Staat stützt sich auf die Werte von Einheit, Gleichheit, Integration, Würde, Freiheit, Solidarität, Gegenseitigkeit, Respekt, wechselseitige Ergänzung, Harmonie, Transparenz, Gleichgewicht, Chancengleichheit, soziale Teilhabe, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Gemeinwohl, Verantwortung, soziale Gerechtigkeit, (Um-)Verteilung der Sozialprodukte und -güter, um gut zu leben (Artikel 8; vgl. den Beitrag von Ernst/Radhuber in *luxemburg* 2/2009).

Die Suche nach dem *suma qamaña* wird zum allgemeinen Anliegen gemacht. Doch, wie Xavier Albó sagte, um dies richtig auszulegen, muss man lernen, es mit interkultureller Offenheit und interdisziplinären Augen zu lesen.

DAS SUMA QAMAÑA IN DER REGIERUNGSPOLITIK

Wir haben staatliche Initiativen, die eine Umverteilung des staatlichen Reichtums bewirken sollen: den »Bonus der Würde« (Rente), erhalten Personen über 60 Jahre. Der Bonus »Madre Niño-Niña« (Kindergeld) kommt Müttern zugute, die bisher keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung hatten. Der Bonus »Juancito Pinto« für Schulkinder bis zur achten Klasse soll dazu beitragen, die hohe Quote der Schulabbrecher zu senken. Ebenso das Schulfrühstück, das zuvor ein Privileg der Innenstadtgebiete war und nun auch in entlegenen Gemeinden verteilt wird. Das Programm *Mi primer empleo digno (Meine erste würdige Arbeit)*, das sozial schlecht gestellten Jugendlichen eine Fachausbildung ermöglicht. Dies hat Präsident Evo Morales großen Respekt eingebracht, viele betrachten ihn als Vater aller Enteigneten.

PERSPEKTIVEN DES SUMA QAMAÑA

Den Worten Taten folgen zu lassen wird erschwert durch fünf Jahrhunderte Kolonialismus. Kollektive Formen des Landbesitzes und sozialer Organisation wurden durch die spanische Invasion schwer beschädigt, in manchen Fällen zugunsten von Privatinteressen angeeignet. Dadurch sind die Kollektivformen verfälscht oder mit anderem Inhalt ausgestattet worden. Das Gemeindeland der *ayllus* wurde zerstückelt und verteilt, die *aynuqas* an der Küste, die Täler und die *yungas* in Großgrundbesitz umgewandelt. Die Gutsbesitzer richteten sich in den reichsten und fruchtbarsten Gebieten



flickr/Tom

ein, in den Tälern von Cochabamba, Potosí, Chuquisaca, La Paz und anderen Regionen. Die Indígenas wurden als Arbeitstiere betrachtet und vielfach systematisch ermordet.

Auch die Schule verwandelte sich in ein Werkzeug zur Auflösung der althergebrachten Organisation der *ayllus*, weil dort das Wissen aus Sicht der kolonialen Lehrer erteilt wurde. Die »indigene Rasse« bedürfe keiner höheren Bildung, nur einer Grundschule, die ihr gestattete, die grundlegenden Kenntnisse über die Gesamtkultur des Landes und des »zivilisierten Lebens« (Choque Canqui 1992, 19) zu erlangen. Unterrichtet wurden Lesen und Schreiben des Spanischen, nationale Geschichte, Religion, Malen und Werken.

Die indigene »Bildung« und obligatorische Hispanisierung (1900-1950) führte zuweilen dazu, dass Landbesitzer, Nachbarn und Obrigkeiten der Bevölkerung ihre Nachnamen wie eine Ware anboten. Die *pongos*, die Leibeigenen, mussten sie mit unentgeltlicher Arbeit verdienen. Dies führte im Gegenzug in den 1960er und 1970er Jahren bei den Indígenas zu einer massiven Übersetzung und Hispanisierung ihrer indigenen Nachnamen. Viele von ihnen verleugneten ihre Kultur, ihre Muttersprache ebenso wie ihre indigene Herkunft, Hautfarbe und ihre Eltern. Die soziale und kulturelle Aberkennung und Abwertung ihrer Identität hatte sich vertieft.

Die Lehrer aus der Zeit von 1935 bis 1960 waren Mestizen und hinterließen dieses Amt den Kindern der Gemeindemitglieder, die an den *Normales Rurales* von Warisata, Santiago de Wata (La Paz), Cara Collo (Oruro) und anderen solcher Institutionen zu studieren begannen, wo sie lernten, auf Spanisch zu unterrichten. Wenn die neuen Lehrer diese Lehrerseminare verließen, hörten sie auf, ihre Muttersprache zu sprechen.

Die Enteignung der Sprache ist so weit gegangen, dass es nur noch wenige Gemeinden gibt, in denen monolinguale Aymara und Quechua leben. Die Jungen sind bilingual und die Kinder ziehen das Spanische vor, um mit ihren Großeltern zu kommunizieren.

Die intellektuellen Aymara, Quechua, Guaraní und andere Indígenas haben – Beute des internen Kolonialismus – seit ihrem Besuch der hispanisierenden Schule aufgehört, in ihrer Muttersprache zu denken. Sie ziehen das Spanische vor, um ihre Kultur neu zu schaffen und zu rekonstruieren.

Die Neubildung der indigenen Nation bedeutet die Wiederherstellung charakteristischer Elemente der andinen Kultur. Im Fall der Aymara bedeutet das den Wiederaufbau ihrer Mutter- und Primärinstitutionen wie der *ayllu* und die Wiedereinsetzung ihrer Autoritäten. Es liegt noch viel Arbeit vor uns. Ein paar dahin geworfene Slogans reichen nicht aus, um auf die globale Krise und den möglichen Kollaps westlicher Entwicklungsmodelle zu reagieren, um den Planeten und die Menschheit zu retten. Das ist ein langwieriger Prozess, auf den wir uns vorbereiten müssen und für den wir in der Lage sein sollten, Verantwortung zu übernehmen und ihn voranzutreiben.Das Konzept des *suma qamaña* beinhaltet also eine familiär-kollektive Dimension. Das Konzept ist in Mode gekommen. Damit wird es anfällig für Verzerrungen, vor allem von Seiten derer, die politische oder religiöse Ziele damit verfolgen.

DIE WÜRDIGUNG DER INDIGENEN VÖLKER

Wir haben einen Präsidenten, der Indígena, Aymara und Cocalero ist, einer von uns. Wie die große Mehrheit derer, die dieses Bolivien genannte Land bewohnen, hatte er unter Diskriminierung, Rassismus und Ausgrenzung zu leiden. Das macht uns stolz auf unsere kulturelle Herkunft und Sprache. Heutzutage lassen sich die Frauen und Männer der Aymara in vielen öffentlichen und privaten Räumen nicht länger schlecht behandeln oder übergehen. Auf dem Markt von El Tejar in La Paz sprach im März 2010 eine ältere Frau in Begleitung eines Herrn, die beide offenbar aus der *Zona Sur* stammten, eine Obstverkäuferin in despektierlichem Ton als »*chola« an*. Die Antwort, die nicht lange auf sich warten ließ, lautete: »Hier sind wir alle ›cholas‹, wenn Sie keine sind, haben Sie hier nichts verloren.« Soziale und kulturelle Abwertungen und Diskriminierungen der Aymara, Quechua, Guaraní sind nicht länger gestattet. Manche Personen, die sich selbst als Teil der gehobenen Gesellschaft von La Paz betrachten und mit einem gewissen Stolz erklären, sie seien »Mestizen«, sind empört, dass »diese Indios das Haupt erhoben haben, jetzt kann man ihnen gar nichts mehr sagen«.

Laut der Volkszählung von 2001 gehören 62 Prozent der Bevölkerung zur originären indigenen Bauerngemeinschaft. Sie fühlen sich nicht mehr unterlegen, als Arbeitstiere ohne Rechte, ohne Identität, ohne historische und politische Werte oder ohne Seele, wie es in der Vergangenheit die liberalen und neoliberalen Regierungen des Kolonialsystems Glauben machen wollten. Inzwischen haben sie erkannt, dass ihre sozialen und wirtschaftlichen Organisationsformen etwas wert sind, und haben gelernt, dass ihre Stimme zählt und Gewicht hat. Das zeigt sich auch daran, dass sich bei den Präsidentschaftswahlen im Dezember 2009 viele Menschen, vor allem Frauen, in das biometrische Wählerregister des Nationalen Wahlgerichts (CNE) eintragen ließen, obwohl viele Frauen gar nicht lesen können und sich andere Mittel und Wege suchen mussten, um an die nötige Information zu kommen, zum Beispiel indem sie anderen einen Boliviano dafür bezahlten. Dies ist auch eine Form, die eigenen Rechte als Staatsbürger durchzusetzen.

Die Menschen sind sich bewusst geworden, dass nicht immer die gleichen Opportunisten an der Regierung sein müssen – die daran gewöhnt waren, auf Kosten der Politik zu leben, und weder Bolivien noch seine Menschen geliebt oder geschätzt haben. Für die indigenen Bauern und Bäuerinnen, die Tag für Tag von früh morgens bis tief in die Nacht für das Leben kämpfen, bedeutet die Tatsache, dass Evo Morales Ayma Präsident ist, die Würdigung der indigenen Völker Boliviens.

Aus dem bolivianischen Spanisch von Birgit Kobolske

LITERATUR

Arnold, Denise Y., Domingo A., u. Yapita Jiménez und Juan de Dios, 1992: *Hacia un orden andino de las cosas*, La Paz

Ders. und Juan de Dios Yapita, 1992: *Madre melliza y sus crías*, La Paz

Carrasco, Tania, Diego Iturralde und Jorge Uquillas (Hg), 2006: *Doce Experiencias de desarrollo indígena en América Latina*, La Paz

MODERNER SOZIALISMUS ALS EVOLUTIONSTHEORIE

RAINER LAND

Vor 20 Jahren erschien in Berlin (West) das »Umbaupapier«.[1] Auf Grundlage des Konzepts des »Modernen Sozialismus« aus den 1980er Jahren entwarf es strategische Auswege aus der Krise des Staatssozialismus. Die Umstände, die Wirkung, das politische Konzept und auch das Scheitern des Modernen Sozialismus sind bereits ausführlich dargestellt worden (vgl. Brie 1993; Crome u.a. 1999; Kirschner 2000; Segert 2008; Land 1999; 2010). Hier werden *theoretische* Konsequenzen diskutiert, weiterentwickelt und die Frage nach der Bedeutung für die gesellschaftsstrategische Debatte der Linken gestellt.

MODERNE UND EVOLUTION

Mein Konzept des modernen Sozialismus gründet auf einer evolutorischen Gesellschaftstheorie. Danach können moderne Gesellschaften nur durch die Permanenz ihrer Veränderung existieren, durch andauernde Umwälzungen und fortlaufende Modernisierungen, durch endlose wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Entwicklung. Eine evolutorische Theorie gesellschaftlichen Fortschritts findet sich in Ansätzen bei Marx, wenn auch eingebettet in eine an Hegel anknüpfende geschichtsphilosophisch-teleologische Rahmenkonstruktion. Gerade diese wurde bedauerlicherweise später zum dominanten Bestandteil des *Historischen Materialismus*. Marx' evolutorische Ansätze werden dagegen meist übersehen – Schumpeter und Luhmann schätzen Marx dagegen gerade deswegen. Schumpeter war der erste, der eine ausgearbeitete nicht-teleologische Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung vorgelegt hat, wenn auch nicht in der Absicht, sozialistische Perspektiven aufzuzeigen. Ihm ging es darum, dass Kapitalismus als *Evolutionsmaschine* begriffen werden muss.

In modernen Gesellschaften ist fortwährende Veränderung zur Bedingung der Existenz geworden. Ihre gesellschaftlichen Strukturen – die Kapitalverwertungsökonomie, die systemische Organisation von Wirtschaft, Politik und Kultur, die (relative) Autonomie der Subsysteme gegeneinander und die Scheidung der System- von Lebenswelten – sind nur zu verstehen, wenn man sie funktional als Momente eines Evolution erzeugenden Zusammenhangs begreift.

Evolution ist grundsätzlich offen, es entsteht Neues, die in der Zukunft liegenden Resultate sind unbestimmt und unbestimmbar. Aber sie ist hinsichtlich der *Entwicklungsrichtungen* nicht beliebig – was nur scheinbar ein Widerspruch ist. Welche Resultate bleiben, welche untergehen, hängt von Entwicklungsrichtungen ab, die durch *selektive Rekombination* vieler Millionen einzelner Innovationen zustande kommen. Das gilt für Produktions- und Konsumtionsmittel, aber auch für technische Verfahren und für Innovationen von Institutionen, Rechtsformen, kulturelle Codes oder Kunstwerke.

EVOLUTION UND KAPITALISMUS

Evolution erfolgt, indem Veränderungen erzeugt werden, die in ihrer Wirkung zunächst unbestimmt sind. Sie werden im Prozess der Verbreitung und der Rekombination selektiert, methodisch analog zur darwinschen Theorie von Variation und Selektion. Die Kapitalverwertungsmaschine erzeugt und selektiert ständig Innovationen. Durch die Selektion entsteht eine bestimmte Richtung des Wandels der Produktionsmittel, der Produkte, der Verfahren, der Produktions- und Lebensweise. Formal werden Innovationen verbreitet, wenn sie rentabel sind, also mehr einbringen als sie selbst gekostet haben. Kapitalverwertung erzeugt einen permanenten Innovationsdruck und lässt zugleich nur solche Innovationen und Rekombinationen passieren, die einen Überschuss über ihre Kosten abwerfen. Daher konnte sich die Kapitalverwertungsökonomie gegen andere durchsetzen, die keine solchen Evolutionsmaschinen sind.

Marx hat in der Theorie der relativen Mehrwertproduktion (Das Kapital I, 13. Kapitel) gezeigt, dass diese Art der wirtschaftlichen Entwicklung gesellschaftlich nicht neutral ist, es keinen neutralen technischen Fortschritt gibt. Die Selektion nach den

formal simplen Kriterien eines steigenden Mehrwerts bzw. steigender Produktivität und Profitabilität erzeugt eine *sozialökonomisch bestimmte Richtung* der Veränderung der Produktions- und Lebensweisen. Die Fabrik, die Arbeiterstädte, die Arbeits- und Lebenswelten der »Großen Industrie« sind Produkte wirtschaftlicher (in gewisser Weise auch kultureller) Evolution. Diese kommen durch Selektionen von Innovationen zustande, die an die Bedingung eines sinkenden Werts der Ware Arbeitskraft gebunden sind.[2] Diese Entwicklungsrichtungen führen zur Subsumtion der lebendigen Arbeit unter den kapitalistischen Produktionsprozess und die Lebensweise der Arbeiter wird zur Reproduktion verkaufbarer Arbeitskraft für das Kapital. Damit hat Marx gezeigt, wie eine richtungsbestimmte sozioökonomisch fortschreitende Entwicklung theoretisch gedacht werden kann, ohne auf teleologische Konstruktionen zurückgreifen zu müssen. Dabei wird klar, dass diese Richtungsbestimmtheit nicht allein durch das formale Prinzip der Kapitalverwertung erklärt werden kann. Vielmehr hängt sie vom gegebenen sozialökonomischen Kontext ab – den sie aber zugleich längerfristig verändert. Unter den Bedingungen einer vorgefundenen (zunächst vorkapitalistischen) Klassengesellschaft und im Kontext der so genannten ursprünglichen Akkumulation führt Selektion nach den Kriterien der Produktion von Mehrwert und Profit zu einer Welt der »fortschreitenden Unterordnung der Arbeit unter das Kapital«. Nicht das Kapitalverwertungsprinzip (G-W-G') für sich führt zu dieser Selektionsrichtung, sondern Kapitalverwertung unter den bestimmten sozialstrukturellen und kulturellen Voraussetzungen. In einem anderen Kontext – dies wissen wir durch die Analyse der Ambivalenz der Moderne zwischen Faschismus, Stalinismus, New Deal und Wohlfahrtskapitalismus – führen die gleichen formalen Selektionskriterien zu anderen sozioökonomischen Entwicklungsrichtungen. Dabei können wir mindestens vier historische Regime der Kapitalverwertung unterscheiden: den Kapitalismus der so genannten ursprünglichen Akkumulation, der ersten Industrialisierung, der großindustriellen und kolonialen Expansion (nach Rosa Luxemburg: der äußeren Landnahme) und den Teilhabekapitalismus. Dessen Aufstieg begann während des 2. Weltkriegs; seinen Niedergang erleben wir seit Mitte der 1970er Jahre. Meine These ist: Es handelt sich um jeweils andere Regime wirtschaftlicher Entwicklung mit anderen Selektionsrichtungen und Fortschrittskriterien.

Die Differenzen der Selektionsrichtungen können nicht durch die *Formen* der Warenproduktion, den Warenfetisch, die Verkehrung von Ware und Geld in der Zirkulation, das Prinzip der Kapitalverwertung (G-W-G') oder den Akkumulationstrieb des Kapitals erklärt werden, denn die Formen bleiben gleich. Sie lassen sich nur erklären durch den sich verändernden kulturellen Kontext und sozialstrukturellen Zusammenhang, in dem Warenproduktion und Kapitalverwertung erfolgen. Man könnte dies auch veränderte kulturelle Hegemonien (oder gesellschaftliche Regulationsweisen) nennen.

In jeder kapitalistischen Produktionsweise erscheint die Reproduktion des Lebens der Arbeiter formal als bloßes Mittel der Kapitalverwertung (Marx, *K I*, 21. Kapitel). Es werden Selektionsrichtungen begünstigt, die das Leben der Arbeiter und Arbeiterinnen, ihrer Familien und sozialen Gemeinschaften an die Erfordernisse der Kapitalverwertung respektive die Maximierung des Profits adaptieren. Allerdings ist ein Mindestmaß an Koevolution unaufhebbar, d.h. die Kapitalverwertung muss umgekehrt auch an bestimmte natürliche und kulturelle Erfordernisse der Lebensweise der Arbeiterklasse adaptiert werden – was zugleich die Kapitalverwertung stabilisiert. Dies zeigte Marx an den Kämpfen um die Regulierung des Arbeitstages (*K I*, 18. Kapitel). In der Entwicklung des Kapitalismus wird nicht nur das Leben der Menschen an die Bedingungen der Kapitalverwertung adaptiert, sondern auch umgekehrt die Kapitalverwertung an die Lebensbedingungen der Menschen. Arbeiter sind nicht nur Opfer, sie sind auch Akteure.

Für das Verständnis des 20. Jahrhunderts ist entscheidend, ob und unter welchen Bedingungen sich der Koevolutionszusammenhang Kapital und Lebenswelt verändert. Für den New Deal und die Entstehung des Wohlfahrtskapitalismus ist das einigermaßen analysiert (ich spreche lieber von *Teilhabekapitalismus,* weil sein Prinzip in der etwa gleichen Verteilung der Resultate des Produktivitätsfortschrittes zwischen Kapital und Arbeit besteht; Busch/Land 2009).
Der Teilhabekapitalismus entstand als Ausweg aus einer existenziellen Krise der Kapitalverwertung. Der 1. Weltkrieg und die Weltwirtschaftsdepression seit 1929 zeigten die *Erschöpfung des Evolutionspotenzials* des Kapitalismus der äußeren Landnahme (Luxemburg 1913). Die tiefe Krise der 1930er Jahre führte zu sozialen und politischen Kämpfen und induzierte eine Vielzahl von Suchprozessen nach neuen Ressourcen und veränderten institutionellen Arrangements. Daraus ergaben sich verschiedene Transformationsversuche. Für neue institutionelle Arrangements und Entwicklungspfade stehen insbesondere das nationalsozialistische Deutschland (Lauermann 1998), Sowjet-Russland (vgl. Land 1996) und die USA (für alle drei vgl. Gramsci, Gefängnishefte). Dabei erweist sich nur der amerikanische New Deal als eine längerfristig (etwa 50 Jahre) tragfähige Lösung, die weltweit einen neuen Entwicklungsschub auslöste. Er führte zu einem anderen Arrangement des Verhältnisses von Kapital und Lohnarbeit sowie von Wirtschaft und Staat.

Entscheidend war die Kombination der fordistischen Massenproduktion mit der produktivitätsorientierten Lohnentwicklung, weil sie mit der so genannten inneren Landnahme ein neues Reservoir für Innovationen öffnete. Der Zusammenhang von Massenproduktion und Massenkonsum und damit die Koevolution von Kapitalverwertung und Lebensweise (vor allem der abhängig Beschäftigten) ist für dieses Regime konstitutiv. Offensichtlich funktioniert solch ein Kapitalismus nur, wenn und solange es halbwegs ausgewogene Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Lohnarbeit gibt, nämlich bis in die 1970er Jahre. Aus der Analyse dieser Entwicklungen ziehe ich die Schlussfolgerung, dass die sozioökonomischen Kräfteverhältnisse und die kulturellen

Kontexte erklären, zu welche konkreten Entwicklungsrichtungen eine Kapitalverwertungsökonomie führt.

Der fordistische Teilhabekapitalismus geriet in den 1970er Jahren in eine existenzielle Krise, die durch die neoliberalen Bewältigungsstrategien verlängert und verschlimmert wurde. Fundamentale Ursache des Niedergangs scheinen die negativen Skaleneffekte der hinter der Entwicklung der Arbeitsproduktivität zurückbleibenden Ressourceneffizienz (Busch/Land 2009) zu sein. Hinzu kommen modifizierende Faktoren: die Suspendierung der produktivitätsorientierten Lohnentwicklung, der Wettbewerbsstaat als Welthandelsregime, die Finanzmarktliberalisierung. Kann die Grenze des Teilhabekapitalismus durch ein neues Regime wirtschaftlicher Entwicklung überwunden werden? Nur wenn nicht mehr die Arbeitsproduktivität, sondern die Ressourceneffizienz zur entscheidenden Quelle wirtschaftlicher Entwicklung würde.

Dies setzt soziale Kämpfe voraus, in deren Ergebnis eine Transformation der Kapitalverwertung in einen Ökokapitalismus erfolgt, und zwar in einen *sozialen Ökokapitalismus!* Das seit den 1980er Jahren suspendierte Prinzip des Teilhabekapitalismus – wachsende Einkommen für wachsenden Massenkonsum – kann nicht in der alten Form wiederhergestellt werden, es gibt keine Rückkehr zum fordistischen Wohlfahrtskapitalismus. Keinesfalls aber kann das Prinzip der Teilhabe selbst zurückgenommen werden. Die neuen sozialen Bewegungen, die Frauen-, Ökologie-, Friedensbewegung, die Globalisierungskritiker, ohne die keine ökologische Modernisierung erkämpft würde, können nicht von der Teilhabe an einem neuen und inhaltlich veränderten Reichtum ausgeschlossen werden – sie werden es sein, die in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen erst noch definieren, worin dieser neue Inhalt von Reichtum individueller Entwicklung bestehen könnte. Was aber bedeutet Teilhabe unter den Bedingungen ökologischer Modernisierung? Dies ist heute die wichtigste Frage an die sozialistische Bewegung. Ohne neue Antworten ist kein Entwicklungspfad denkbar, der die neoliberale Krisenstrategie überwinden könnte.

Ein neues, die Krise überwindendes Regime der Kapitalverwertung jenseits der fordistischen Massenkonsumtion muss sowohl mit der ökologischen Modernisierung als auch mit der Bewältigung der globalen Unterentwicklung vereinbar sein. Zugleich muss es progressive Entwicklung der Lebenswelten der Individuen ermöglichen, steigende Einkommen eingeschlossen. Selbstbeschränkung und Askese sind keine Antwort. Die Schwellenländer und der globale Süden insgesamt stehen vor der Herausforderung, für ihre nachholende Industrieentwicklung von vornherein einen ressourceneffizienten und umweltkompatiblen Pfad zu finden und *zugleich* die Teilhabe ihrer Bevölkerung über Arbeitsplätze, steigende Einkommen und bessere soziale Standards zu entwickeln. Dies müsste auch der Ausgangspunkt für das Engagement der globalisierungskritischen Bewegungen werden und eine neue Art der Kooperation begründen. Es hat keinen Zweck, die Neuverteilung der Emissionsrechte zu regeln, die nachholende Modernisierung aber auf den alten Pfaden laufen zu lassen und vor Kopien der westlichen Konsumkultur zu warnen, ohne an Alternativen zu arbeiten.

ENTWICKLUNG UND WACHSTUM

Profitabilität ist formal eine unhintergehbare Voraussetzung für Innovationen und Investitionen. Denn in einer auf Evolution basierenden modernen Gesellschaft wird es unter den Millionen laufend in Gang gesetzten Innovationsversuchen immer eine erkleckliche Zahl gescheiterter geben. Von 100 potenziellen Innovationen werden nur eine oder zwei langfristig wirksam.

Das bedeutet: Für jede einzelne Innovation muss gelten, dass sie mehr einbringen muss, als sie gekostet hat – deutlich mehr, weil nur dann die gesellschaftlichen Kosten der Entwicklung insgesamt gedeckt sind.[3] Dies ist Bedingung jeglicher Evolution und hat mit Wachstumszwang nichts zu tun. Eine auf bloße Erhaltung, Selbstbeschränkung und die Vermeidung freier Überschüsse orientierte Produktion wäre zur Evolution unfähig. Zwar würden keine »überflüssigen« Produkte hergestellt, aber es könnten keine Innovationen realisiert werden, auch keine Effizienz steigernden. Jede auf Suffizienz im Sinne der Beschränkung auf das für die Erhaltung Notwendige und die Vermeidung unbestimmter freier Ressourcen orientierte Produktion würde schnell ineffizient und letztlich mehr Ressourcen verschwenden als eine evolvierende Wirtschaft. Man muss unterscheiden zwischen Verschwendung durch Ineffizienz und überflüssiger Produktion und disponiblen Ressourcen für Innovationen, für Suchprozesse, Experimente und eigenständige Kulturentwicklung.

Moderne Gesellschaften können nicht ohne Entwicklung bestehen, aber sie müssen nicht ständig wachsen. Entwicklung drückt sich oft in Wachstum aus, z.B. werden die Produktivität oder die Ressourceneffizienz wachsen. Bestimmte Branchen, Regionen oder Konsumbereiche wachsen, andere schrumpfen. Das Bruttoinlandsprodukt wird sich qualitativ verändern. Dies kann, muss aber nicht als Wachstum erscheinen, insbesondere dann nicht, wenn die Bevölkerung stagniert oder zurückgeht. Bei einer immer noch schnell wachsenden Weltbevölkerung wird das BIP weltweit auch quantitativ zunehmen müssen. Wichtiger ist aber, dass es sich dabei *qualitativ* verändert, etwa indem fossile durch regenerative Energie ersetzt wird, der Anteil von Bildungsleistungen am BIP steigt und der von Werbung, Drogen und Finanzberatungen zurückgeht.

KAPITALISMUS VERSUS SOZIALISMUS

In einer eher egalitären Gesellschaft mit Kopplungen (Koevolution) von Ökonomie und Lebenswelten, mit einer Kultur der demokratischen Mitbestimmung sind andere Entwicklungsrichtungen der Arbeitsweise, Produktionsmittel, Konsumgüter und Lebensweisen rentabler als in einer Klassengesellschaft. Nicht das formale Selektionskriterium G-G' bestimmt die Entwicklungsrichtungen, sondern die konkreten gesellschaftlichen Kontexte. Was unterscheidet modernen Sozialismus von modernem Kapitalismus? Die grundlegende

Maschinerie der Moderne, also die Apparate, mit denen Inventionen erzeugt, Innovationen versucht, verbreitet, rekombiniert und selektiert werden, ist im Prinzip die gleiche. Der Unterschied besteht in der Selektionsrichtung. Führt die Kapitalverwertung zu einer Selektionsrichtung, in der die Veränderung der Produktions- und Konsumtionsmittel und der Arbeits- und Lebensweisen dominant die Macht einer sozialen Gruppe über die andere verfestigt, Teile der Bevölkerung aus Karriere und Teilhabe am Fortschritt ausschließt, Abhängigkeit und soziale Ungleichheit vergrößert? Oder führen unternehmerisches Handeln, Investitionen und Kapitalverwertung zu einer Selektionsrichtung, bei der die Veränderung der Produktions- und Konsumtionsmittel, der Arbeit und der Lebenswelt, der Infrastruktur und der gesellschaftlichen Naturverhältnisse die Entwicklungsmöglichkeiten der Individuen vergrößert, und zwar im Prinzip die aller Individuen?[4]

Beide Richtungen wirtschaftlicher Entwicklung sind an die Voraussetzung der rentablen Verwertung der eingesetzten Ressourcen und der Profitabilität gebunden, aber ihre Richtung ist zu unterscheiden. Im 20. Jahrhundert haben wir es mit beiden Tendenzen zu tun und mit unterschiedlichen Mischungen. Ob die eine oder die andere Tendenz dominiert, ob Subsumtion oder Teilhabe der Individuen die Oberhand hatten, unterscheidet sich nach Raum und Zeit. Aus meiner Sicht ist Kapitalverwertung formal mit beiden Entwicklungsrichtungen vereinbar. Eine starke Abhängigkeit besteht hinsichtlich der Eigentums- und Einkommensverteilung, der Verteilung demokratischer Mitbestimmungs- und Entscheidungsmöglichkeiten und der Kräfteverhältnisse zwischen sozialen Gruppen und Interessenlagen. Nicht die Evolutionsmaschine, sondern die Kämpfe der Akteure entscheiden, in welche Richtung die Maschinerie der Moderne läuft. (Nur anhalten kann man sie nicht – aber sollte man das wollen?)

Diese Voraussetzungen angenommen, würde die Verwirklichung sozialistischer Ziele nicht von der Abschaffung des Kapitals abhängen und die Verstaatlichung der Banken oder der Großindustrie wäre keine Bedingung (auch wenn sie unter bestimmten Umständen ein probates Mittel sein kann, Kräfteverhältnisse zu verändern). Sie hängt ab von der Veränderung der Sozialstruktur, der Institutionen, der demokratischen Verfahren, der Kräfteverhältnisse und der Kultur. Sozialismus ist ein richtungsbestimmendes Regime fortschreitender wirtschaftlicher Entwicklung in einer Kapitalverwertungsökonomie; sein Fortschrittskriterium ist die freie Entwicklung der Individuen als Möglichkeit des endlosen Hinauswachsens der Fähigkeiten und Bedürfnisse über das jeweils Gegebene. Sozialismus ist wirklich, wenn die Entwicklung der Gesellschaft zugleich auch Entwicklung aller Individuen ist. Sozialismus ist ein möglicher Entwicklungsmodus der Moderne, aber kein zur Kapitalverwertung alternatives Gesellschaftsmodell.

Es geht nicht um Selbstregulation durch Märkte und nicht um Verzicht auf gesellschaftliche Regulation, sondern um eine gesellschaftlich eingebettete Kapitalverwertungswirtschaft: eingebettet in vielfältige basisnahe Organisationen der Bürger, die ihre Interessen selbst wahrnehmen und auch durch staatliche Gremien vertreten lassen. In einem modernen Sozialismus werden Kapitalverwertungswirtschaft und Staat so an die Lebenswelten und die politische Gesellschaft der Bürger gekoppelt, dass die Richtungen der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung stets auch die Räume für die freie und universelle Entwicklung der Individualität jedes einzelnen Menschen erweitern – ohne Staatseigentum an den Produktionsmitteln, ohne zentrale Planwirtschaft, ohne Parteienherrschaft, ohne Herrschaft der Machtapparate über die Bürger und ohne Dominanz der staatlichen Regulierung über eine politische und marktwirtschaftliche Selbstregulierung. Der Widerspruch zwischen Kapitalismus, dem Prinzip der Selbstreferenz moderner Wirtschaftsentwicklung, und Sozialismus, so man darunter das Prinzip der freien und universellen Entwicklung der Individuen versteht, ist unaufhebbar und muss immer wieder neu ausgefochten und austariert werden. Eine Koevolution ohne Dominanz oder Subsumtion ist zumindest theoretisch vorstellbar.

LITERATUR

Brie, André, 1993: Die Verhältnisse tanzen lassen. Das Forschungsprojekt »Moderner Sozialismus« an der Humboldt-Universität zu Berlin 1988/89, in: Z 16, 45–53

Busch, Ulrich, und Rainer Land, 2009: Deutschland zwischen 1950 und 2009 – Wirtschaftsentwicklung und Teilhabe, www.rainer-land-online.de

Crome, Erhard, Lutz Kirschner, und Rainer Land, 1999: Der SED-Reformdiskurs der achtziger Jahre. www.rosalux.de/cms/index.php?id=18682&o=

Gramsci, Antonio: *Gefängnishefte,* Hamburg 1991 ff.

Kirschner, Lutz, 2000: Konzepte gegen die Dogmatik. Ein neues Archiv zum SED-Reformdiskurs der achtziger Jahre, in: *Deutschland Archiv* 33, 251–258

Land, Rainer (Hg.), 1990: *Das Umbaupapier. Argumente gegen die Wiedervereinigung,* Berlin

Ders., 1996: Staatssozialismus und Stalinismus, in: Lothar Bisky, Jochen Czerny, Hernert Mayer, Michael Schumann: *Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis,* Berlin

Ders., 1999: Moderner Sozialismus versus Neoliberalismus. Ein Blick zurück in die Zukunft, in: *Das Argument* 233, 6, 811–26

Ders., 2009: Schumpeter und der New Deal, in: *Berliner Debatte Initial* 20, 49–61

Ders., 2010: Eine demokratische DDR? Das Projekt »Moderner Sozialismus«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 11/2010, »DDR 1990«, www.bpb.de/apuz

Lauermann, Manfred, 1998: Das Soziale im Nationalsozialismus, in: *Berliner Debatte Initial* 9, 35–52

Luhmann, Niklas, 1992: *Beobachtungen der Moderne,* Opladen

Ders., 1998: *Die Gesellschaft der Gesellschaft,* Frankfurt/M

Luxemburg, Rosa, 1913: *Die Akkumulation des Kapitals,* in: Gesammelte Werke, Bd. 5, Berlin

Schumpeter, Joseph A., 1911: *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung,* Berlin 2006

Segert, Dieter, 2008: *Das 41. Jahr. Eine andere Geschichte der DDR,* Wien, Köln, Weimar

1 Eine Sammlung von Texten, die Anfang 1989 entstanden und im Herbst verbreitet und ergänzt worden sind. Kern war eine »Studie zur Gesellschaftsstrategie«, ursprünglich für die Selbstverständigung und Diskussion an der Humboldt-Universität geschrieben. Autoren waren Michael Brie, Rainer Land, Dieter Segert, Rosemarie Will sowie André Brie, Hannelore Petsch, Wilfried Ettl und Wolfram Wallraf.

2 Diese Erkenntnis verdanke ich meinem Lehrer Prof. Hans Wagner, dessen Stelle an der HU Berlin 1992 abgewickelt wurde.

3 Zudem muss es einen beträchtlichen Teil von Entwicklungen geben, die außerwirtschaftliche Effekte haben, aber wirtschaftliche Kosten verursachen. Ohne das Kriterium der Produktivitätssteigerung und die Forderung, dass eine wirtschaftliche Innovation ihr Kapital verwerten und einen Überschuss einbringen soll, gäbe es keine Ressourcen für Entwicklungen, die außerhalb der Wirtschaft bereit stehen.

4 Dieses Kriterium qualifiziert die Politik der vergangenen Jahrzehnte im Unterschied zu der des New Deals und der Nachkriegszeit als dominant antisozialistisch und unsozial: Der Versuch, die Wachstumsschwäche durch verstärkten Druck auf die Individuen und mehr soziale Ungleichheit statt durch die Entwicklung ihrer Ressourcen und Fähigkeiten zu überwinden. Dies gilt insbesondere für die mit der Agenda 2010 eingeschlagene Politikrichtung.

SOZIALISTISCHE KAPITALVERWERTUNGSMASCHINE?

DAS KONZEPT DES »MODERNEN SOZIALISMUS« NEU BETRACHTET

MICHAEL BRIE UND DIETER KLEIN

Land fasst moderne Gesellschaften als »Innovationsmaschinen« und drängt auf einen von permanenter Selbsterneuerung gekennzeichneten Sozialismus. Er rührt damit an ein Defizit linker Sozialismus-Auffassungen: Wie kann ein Regulationsmechanismus beschaffen sein, der Innovationen fördert und die Gesellschaft den Zielen einer freien Entwicklung jeder und jedes Einzelnen und der Bewahrung der Natur als Bedingung der freien Entwicklung aller unterstellt? Lands Antwort ist die »gesellschaftlich eingebettete Kapitalverwertungswirtschaft« (vgl. S. 89 im Heft). Das »formale Prinzip der Kapitalverwertung« wirke je nach Kontext völlig unterschiedlich. Faschismus, Stalinismus, New Deal und Wohlfahrtskapitalismus werden als Beispiele genannt, die Bedingungen der je unterschiedlichen Entwicklungen sind aber nicht Gegenstand seiner Analyse. Was nötig wäre – und ob es überhaupt möglich wäre –, um den neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus in eine andere Richtung der Kapitalverwertung zu drängen, kann so nicht gefragt werden.

Unsere These ist dagegen: Wenn die Wirtschaft in ihrer Gesamtheit vor allem als Kapitalverwertungswirtschaft verfasst ist, dann setzt sich die Dominanz von Verwertungsinteressen zwangsläufig durch, auch in der Lebenswelt. Sozialismus kann zwar Kapitalverwertung nutzen, aber diese darf nicht die Wirtschaft insgesamt prägen. Die Kluft zwischen einer kapitalistischen Wirtschaft und einer sozialistischen Lebenswelt kann niemand überspringen.

Aus der »formalen« Struktur einer Kapitalverwertungswirtschaft ergeben sich eine Reihe von Zwängen:

1 | Sie wird immer dazu tendieren, die Bedienung des Kredits über die Reproduktion der natürlichen oder kulturellen Gemeingüter, der Arbeitskraft oder auch der Produktionsmittel zu stellen.

2 | Sie ist profitdominiert. Unter den Bedingungen freien Kapitalverkehrs und offener Konkurrenz werden Kredite dorthin fließen, wo die Profite am höchsten sind. Kapitalverwertungswirtschaften selektieren nicht nur formal nach Gewinn, sondern bestimmen Ziele, nicht nur der Unternehmen, sondern dann auch der Mehrheit der Bevölkerung und der Politik.

3 | Kapitalverwertung ist mit einer hohen Vermögensakkumulation verbunden und privilegiert die Interessen der Vermögenden, die weitere Vermögen anhäufen. Die Übermacht der Kapitaleigentümer ist in der Kapitalverwertungswirtschaft verankert.

4 | Eine Kapitalverwertungswirtschaft erzeugt die Dominanz privater Kapitalverwertung über den Staat und die Gesellschaft. Da die staatlichen wie die privaten Haushalteinkommen in einer solchen Wirtschaft von den Steuern bzw. Löhnen abhängig sind, müssen sich Staaten daran orientieren, Unternehmen anzusiedeln, und Erwerbstätige müssen sich gemäß der Forderungen des Arbeitsmarkts verhalten – dies beginnt schon in der Schule.

Diese vier Tendenzen münden in einen fundamentalen Widerspruch: Eine Kapitalverwertungswirtschaft unterwirft sich die Gesamtheit der Verwertungsbedingungen (Arbeitskraft, Natur, Kultur, Geld usw.), kann diese aber nicht allein aus sich heraus reproduzieren. Sie ist deshalb auf ökonomische, soziale und ökologische Regulation, ein öffentliches Bildungssystem, Zentralbanken usw. angewiesen, richtet diese jedoch an der Kapitalverwertung aus.

Deshalb kann eine Kapitalverwertungswirtschaft nicht sozialistisch ausgerichtet werden. Die gute Absicht zerbricht an der Realität. Die Gegenbewegungen modifizieren die Tendenz, sind aber nicht in der Lage, sie dauerhaft umzukehren.

Orthodox marxistische und kommunistische Parteien und Bewegungen hatten aus dieser Erkenntnis den Schluss gezogen, die Grundstrukturen des Kapitalismus – und mit ihm der Demokratie, zusammen von uns als »Moderne« gefasst – selbst abzuschaffen. Wirtschaft und Gesellschaft seien direkt dem Gesamtwillen unterzuordnen. Es sollte eine Identität von gesellschaftlichen und individuellen Interessen erzeugt werden. Dies aber ist nicht möglich und mündet in Unterdrückung, Unfreiheit und Stagnation: hilfloser Antikapitalismus (Haug 2007).

SOZIALISMUS ALS SOLIDARISCHE MODERNE

Wenn weder der Rückfall in Staatssozialismus und kommunistisches Gemeineigentum noch ein Beharren auf der bloß veränderten Einbettung der Kapitalverwertungswirtschaft möglich sind, muss ein *dritter Weg* gesucht werden. Dies war bereits Impetus der Gruppe »Moderner Sozialismus« an der Humboldt-Universität zu Berlin und ihrem Umfeld von Reformsozialisten der DDR.

Land verweist auf eine ganze Reihe von Vorschlägen, die in diesem Umfeld des Reformsozialismus entwickelt wurden. Dazu gehörten eine Stärkung von Mitbestimmung der Belegschaften und Räte in den Aufsichtsräten großer *Unternehmen,* die ökologische, Verbraucher- und Regionalinteressen repräsentieren sollten. Es wurde ein einklagbares verfassungsmäßiges Recht auf einen guten Arbeitsplatz und eine Demokratisierung der Medien gefordert (Land 2010). Die Vorschläge zielten darauf, dass (1) in der Wirtschaft nicht die Kapitalverwertung dominiert, (2) Politik in der Lage ist, Entscheidungen zu treffen, die Unternehmen langfristig binden, und (3) die konkreten Ziele einer freien Entwicklung jeder und jedes Einzelnen in den Lebenswelten einer Kulturgesellschaft umgesetzt werden. Die gegensätzliche Vermittlung von Widersprüchen der Moderne, in der die eine Klasse sich auf Kosten der anderen, Männer auf Kosten von Frauen, der Norden auf Kosten des Südens, das Soziale auf Kosten des Ökologischen, die Wirtschaft auf Kosten von Kultur usw. entwickelt, sollte der solidarischen Vermittlung dieser Widersprüche weichen.Zentrales Problem ist Lands Identifizierung von innovationsfähigen Wirtschaftsorganisationen (im weitesten Sinne Unternehmen, öffentlichen wie privaten) mit Kapitalverwertungswirtschaften. Wenn beide synonym wären, dann wäre jede moderne Wirtschaft der Dominanz der Kapitalverwertung unterworfen. Eine sozialistische Transformation wäre ausgeschlossen. In einer Gesellschaft des modernen Sozialismus könnten Unternehmen in vielen Bereichen auch Kapitalverwertungsgesellschaften bleiben, aber nicht mehr *dominant*. Wir sehen deshalb in der Unterordnung der Kapitalverwertungsziele unter breiter gefasste unternehmerische Ziele ein grundlegendes Merkmal eines sozialistischen Transformationsprozesses (zur Transformation allgemein: Klein 2010). Einige Grundprozesse einer solchen Transformation sollen im Folgenden benannt werden.

Die Struktur: Im Kapitalismus entstehen die Ziele der Entwicklung aus der Profitorientierung privater Wirtschaft. Aufgabe einer linken Politik ist es, die Macht und Eigenständigkeit der Individuen so zu entwickeln, dass sie nicht mehr *primär* Ware Arbeitskraft sein müssen, sondern die von Land betonte Eigenständigkeit der Lebenswelten möglich wird. Sie sind der Ort, wo individueller Sinn und gesellschaftliche Bedeutung erzeugt werden. Sozialismus ist eine Kulturgesellschaft. Er hat seine Grundlage in einer öffentlichen (weder verstaatlichten noch privaten) Kulturproduktion. Dazu gehören eine bedarfsorientierte Grundsicherung, ein breiter öffentlich geförderter Sektor, eine solidarische Daseinsvorsorge. Die »Vier-in-einem-Perspektive« eines Lebens, das sich gleichberechtigt Erwerbsarbeit, Fürsorgearbeit, gesellschaftlichem Engagement und eigener Selbstentwicklung widmet (Haug 2008, 20), ist zentraler Teil eines linken Projekts. Wichtige soziale und kulturelle Güter gehören in die Hände von Bund, Ländern, Kommunen, Vereinen, Genossenschaften. Bildung, Gesundheitsvorsorge, Sicherheit, viele Kultur- und Sport- sowie Freizeiteinrichtungen müssen gemeinnützig sein. Nur wenn die Bürgerinnen und Bürger sich in einer relativen Unabhängigkeit von der Arbeit um des bloßen Erwerbs bilden und entwickeln können, werden auch Ziele entstehen, die weit über den profitkonformen Konsum des »eindimensionalen Menschen« (Marcuse 1967) hinausgehen.

Wir plädieren deshalb für eine solidarische Mehrsektorenwirtschaft, deren Schwerpunkte in der sozialen Reproduktion (»care economy«, Candeias 2010, 16f), der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen und der kulturellen Entwicklung liegen. Dafür hat sie die ökonomischen Mittel bereit zu stellen und weit mehr als bisher die Ressourcenproduktivität, nicht allein die Arbeitsproduktivität zu steigern. Der übergroße Teil des gesellschaftlichen Reichtums würde dann nicht in profitorientierten Unternehmen entstehen. Die zumindest partielle Umstellung der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme von lohnbezogenen Abgaben auf eine Wertschöpfungsabgabe würde arbeitsintensive Bereiche humanorientierter Dienstleistungen fördern. Wichtig ist auch, dass die gemeinnützigen Unternehmen demokratisch, transparent und erneuerungsfähig werden, worüber die Linke viel zu selten spricht.



Bildunterschrift

Die wichtigsten Güter: In einer Kapitalverwertungswirtschaft werden die Gemeingüter von Unternehmen weitgehend kostenlos in Anspruch genommen. Sie beutet die öffentlichen Güter aus. Linke Politik muss sich darauf richten, diese Ausbeutung zu beenden. Die Inanspruchnahme öffentlicher Güter durch private Unternehmen ist zu refinanzieren. Demokratische Entscheidungsprozesse samt einer flexiblen politischen Gestaltung von Hauptrichtungen gesellschaftlicher Entwicklung müssen sich auf ökonomische Macht in Gestalt demokratisch kontrollierten öffentli-

chen Eigentums in der Daseinsvorsorge, im Finanzsektor und in der Energiewirtschaft stützen können. Demokratischer Sozialismus ist daher ein transformatorischer Prozess der Veränderung von Eigentums- und Machtverhältnissen, der dem Öffentlichen größtes Gewicht verleiht – öffentlichem Eigentum, öffentlichen Gütern, öffentlicher Daseinsvorsorge und öffentlich geförderter Beschäftigung, öffentlichen kulturellen Räumen und der Beteiligung der Öffentlichkeit an Entscheidungen. Die profitdominierte Wirtschaft würde einer Wirtschaft weichen, die vor allem auf die Bereitstellung der öffentlichen Güter – gute Arbeit (vgl. den Beitrag von Röttger im Heft), soziale Sicherheit, Umweltschutz usw. – gerichtet ist.

Die Mittel: In einer Kapitalverwertungsökonomie haben die Kreditgeber, die Shareholder und ihre Vertreter das Sagen. Es ist dieses Prinzip des Profits, das in die gegenwärtige Krise des Kapitalismus mündete und dazu führt, dass kapitalistisches Wachstum den Reichtum, die Natur und den sozialen Zusammenhang der Gesellschaft zunehmend zerstört.

Das Wesen des demokratischen Sozialismus, individuelle Freiheit jeder und jedes Einzelnen in einem selbstbestimmten Leben durch entsprechende Bedingungen und Solidarität zu sichern, ist keine für die Wirtschaft direkt wirksame Handlungsorientierung, die Innovation und Evolution auslöst. Dieses Ziel ist zunächst nur eine Vision und muss in konkrete Triebkräfte übersetzt werden.

Die Persönlichkeitsentfaltung aller als Leitidee bedarf einer Fülle einzelner Entscheidungen, in denen höchst differenzierte Bedürfnisse und Interessen verschiedener sozialer Gruppen und Individuen in Einklang miteinander und mit gesamtgesellschaftlichen Interessen gebracht werden müssen, um daraus Anforderungen an die Wirtschaft und andere gesellschaftliche Teilsysteme abzuleiten. Die Widersprüche sind ständig neu zu vermitteln. Jede zentralistische Planung ist damit überfordert.

Es bedarf komplexer Aushandlung und neuer Unternehmensformen. An die dafür notwendigen institutionellen Innovationen werden folgende Anforderungen zu stellen sein: Sie müssen

- den Gewinninteressen der ökonomischen Akteure und deren Autonomie genügenden Raum lassen;
- größtmögliche Freiheiten für Unternehmungen mit staatlicher strategischer Verantwortung und mit der Mitbestimmung der Vielen in Einklang bringen;
- einzelwirtschaftliche Interessen ökologischen Notwendigkeiten unterordnen und zwischen sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Effizienz einen gerechten Kompromiss herstellen, z.B. durch wirtschaftsdemokratische Veränderungen in den Unternehmen und durch Wirtschafts- und Sozialräte in eine Demokratisierung der Demokratie eingebunden werden;
- angesichts solcher hyperkomplexer Anforderungen geeignet sein, eine vertretbare Komplexitätsreduktion für die jeweils politisch Handelnden zu ermöglichen und ein richtiges Maß von Entscheidungen dem neu konditionierten Markt zu übertragen;
- geeignet sein, konkretes ökonomisches Handeln und das Handeln in anderen gesellschaftlichen Sphären mit intensiver Weiterbildungsarbeit, mit der Vermittlung gesellschaftlichen Zusammenhangdenkens auf Grund der konkreten Arbeitserfahrungen der Akteure zu verbinden, um kompetente demokratische Entscheidungen überhaupt zu ermöglichen;
- sich auf eine Vernetzung alternativer Kräfte auf internationaler Ebene stützen können. Denn wesentliche Entscheidungen sind kaum allein im nationalen Rahmen zu treffen und zu realisieren.

Linke Politik sollte darauf zielen, die Kreditfunktion weitgehend zu sozialisieren, die Bildung großer Vermögen einzuschränken und das Management den Interessen der Stakeholder der Unternehmen unterordnen.

Die politische Form: Die politischen Entscheidungen im Kapitalismus müssen sich letztlich der Verwertungslogik unterwerfen, da Abwanderung von Unternehmen zugleich Wegbruch der Steuer- und Sozialeinnahmen bedeutet und die gesellschaftliche Stabilität bedroht.

Ein moderner Sozialismus mit solidarischer Mischwirtschaft hingegen umfasst einen starken öffentlichen Sektor, private Wirtschaft unter strenger Wettbewerbskontrolle und Formen genossenschaftlicher und solidarischer Wirtschaft. Sie würde sich im Rahmen von Planung, gestaltender Struktur- , Wirtschafts- und Forschungspolitik und wirtschaftsdemokratischer Formen des Einflusses von Belegschaften, Gewerkschaften, Verbraucherinnen und Verbrauchern, Kommunen und sozialen Bewegungen von der betrieblichen bis zur EU-Ebene entwickeln. »Die Demokratisierung der Demokratie ist Vorbedingung und Teil der Überwindung des Kapitalismus« (Brangsch/Brie 2010).

Zum Schluss: Sozialismus kann nicht auf einer Kapitalverwertungswirtschaft gegründet werden. Eine bloß veränderte Einbettung reicht nicht. Die vier Säulen eines modernen Sozialismus sind eine solidarische Mehrsektorenwirtschaft, das Primat der Produktion öffentlicher Güter, eine Gewaltenteilung in der Wirtschaft, die die Berücksichtigung der Komplexität der Interessen erzwingt, und eine partizipative Demokratie. Mit diesen Zielen, so unsere Überzeugung, kann linke Politik an Reformvorschläge (vgl. Herr in diesem Heft) anknüpfen, sie in Einstiegsprojekte einer radikalen Transformation verwandeln und Elemente einer neuen Gesellschaft entwickeln.

LITERATUR

Brangsch, Lutz, und Michael Brie, 2010: Demokratisierung der Demokratie. in: Dieter Klein aaO. i. Ersch.

Candeias, Mario, 2010: Von der fragmentierten Linken zum Mosaik, in: *Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis,* 1, 6–17

Haug, Frigga, 2008: *Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke,* Hamburg

Haug, Wolfgang Fritz, 2007: Zur Dialektik des Antikapitalismus, in: *Das Argument* 269, 11–34

Klein, Dieter, 2010: Die zweite Große Transformation und die Linke, Reihe Kontrovers der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin

Land, Rainer, 2010: Eine demokratische DDR? Das Projekt »Moderner Sozialismus« und Kapitalverwertungsökonomie, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte,* 11, 13–19

Marcuse, Herbert, 1967: *Der eindimensionale Mensch,* Darmstadt u. Neuwied

Marx, Karl, und Friedrich Engels, 1848: *Manifest der Kommunistischen Partei,* MEW 4, 459–93

Schumpeter, Joseph, 1911: *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung,* Berlin 2006

SOZIALISMUS ALS ANMASSUNG

BEAT RINGGER

Gegen die Perspektive eines linken Gesellschaftsprojektes, das einen Bruch mit dem Kapitalismus einschließt, werden drei grundlegende Argumente angeführt.

1 | Gesellschaftliche Brüche münden in Terror und Diktaturen, weil sie nicht nur die bestehende, sondern Ordnung *an sich* auflösen. Zivilisatorische Schranken werden niedergerissen, archaische Triebkräfte setzen eine Spirale der Vernichtung in Gang. Revolutionen fressen ihre Kinder. Tatsächlich entsprechen Revolutionen kritischen Schwellen, in denen (auch) unkontrollierbare Dynamiken freigesetzt werden. Allerdings »ereignen« sich Revolutionen ebenso sehr, wie sie »gemacht« werden. Sie sind Ausdruck tief liegender gesellschaftlicher Veränderungen und des Willens, herrschende Verhältnisse umzustürzen. Revolutionäre Erschütterungen sind daher ein Wesensmerkmal der kapitalistischen Epoche. Es sind die Triebkräfte des Kapitalismus selbst, die eine ununterbrochene Umwälzung der ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse bewirken. Mit seinem Aufstieg und Siegeszug ist deshalb ein Zyklus von Revolutionen verbunden, der seit 700 Jahren andauert[1].

Verhältnisse, in denen Menschen ihrer Lebensmöglichkeiten und ihrer Würde beraubt werden, führen zu Widerstand und zu Revolten. Die schärfste Repression wird dies auf Dauer nicht verhindern. Gesellschaftliche Brüche können folglich nicht vermieden werden; sie müssen vielmehr *gestaltet* werden. Welche Entwicklungsschritte sind in den Verhältnissen angelegt, und was braucht es, um sie vollziehen zu können? Die »klassische« linke Antwort lautet: die unterdrückten Klassen müssen die Macht ergreifen, den Sozialismus verwirklichen und sämtliche Gesellschaftsprozesse partizipativ-demokratisch gestalten.

2 | Friedrich von Hayek sprach davon, dass Sozialismus eine »verhängnisvolle Anmaßung« sei, von einem Machbarkeitswahn und von einem evolutionär rückständigen Streben nach Gerechtigkeit getrieben (1988). Für Hayek weist die Marktwirtschaft eine Systemintelligenz auf, die das bewusste Gestaltungsvermögen der Menschen übersteigt. In der hayekschen Kritik steckt eine zentrale Wahrheit. *Tatsächlich geht es im Sozialismus um eine Anmaßung:* die Anmaßung der bewussten Gestaltung wider die blind wirkenden Kräfte des Kapitalismus, der Demokratie wider die Diktatur des Kapitals, der Menschwerdung des Menschen wider die endlose Weiterführung der Unterdrückung des Menschen durch den Menschen. Die Überwindung des Kapitalismus beendet die »Vorgeschichte der Menschheit« (Marx) und ermöglicht den Eintritt in eine Epoche, deren Geschichte in bewussten Akten geschrieben wird und in der es um die Entfaltung dessen geht, was den Menschen menschenmöglich ist. So verstanden wird Anmaßung zum *neuen Maß, das die Menschheit ihrer eigenen Entwicklung anlegt*. Darin ist das Risiko des Scheiterns enthalten, eines partiellen wie umfassenden Scheiterns. In der Geschichte der Arbeiterbewegung ist dieser Aspekt ausgeklammert und unter der Chiffre der »historischen Notwendigkeit des Sozialismus« begraben worden. Zehntausende russischer Revolutionäre haben diese Bewusstlosigkeit bitter bezahlt als sie dem stalinistischen Terror auch dann noch mental entwaffnet gegenüberstanden als sie gefoltert und gemordet wurden. Sie wollten dem Fortschritt dienen und hatten der »Partei des zwingenden historischen Fortschritts« kaum etwas entgegen zu setzen (Conquest 2001).

Sozialismus ist Anmaßung. Erst in der Verwirklichung der partizipativen Demokratie kann die Anmaßung gelingen, können sämtliche Formen der Herrschaft des Menschen über den Menschen überwunden werden.

VENEZUELA UND DIE PARTIZIPATIVE DEMOKRATIE

3 | Häufig wird auch von linker Seite vorgetragen, dass »Macht korrumpiert«, etwa von John Holloway in *Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen* (2006). Das Argument richtet sich nicht allein gegen den enormen Integrations- und Anpassungsdruck, der auf linken Regierungen in bürgerlich-kapitalistischen

Gesellschaften lastet. Es richtet sich gegen jede Form von Staatlichkeit (vgl. Stephanie Ross in *luxemburg* 1/2010) und dient als Erklärung für bürokratische Herrschaftsverhältnisse in den ›realsozialistischen‹ Ländern des 20. Jahrhunderts. Dies soll anhand der jüngsten Geschichte Venezuelas diskutiert werden.

Im April 2002 und im Winter 2002/2003 erlebte Venezuela einen revolutionären Umbruch, der die ökonomischen und sozialen Kräfteverhältnisse grundlegend veränderte. In den ersten Monaten des Jahres 2002 beschlossen die reaktionären Eliten in Absprache mit der USA und Spanien, gegen die Regierung Chávez zu putschen. Anlass dafür waren zwei Gesetzesvorlagen. Chávez wollte die Einkünfte aus dem Erdölgeschäft unter die Kontrolle der Regierung bringen, um soziale Projekte finanzieren zu können. Weiter sollten unbenutzte landwirtschaftliche Flächen gegen Entschädigung enteignet werden können, um sie anschließend genossenschaftlich zu nutzen. Am 11. April 2002 schossen Heckenschützen in zwei Demonstrationszüge und töteten ein Dutzend Menschen. Die wichtigsten (privaten) Fernsehsender schoben die Morde den Chavistas in die Schuhe. Sie wollten Rechtfertigungen für einen Putsch liefern, der noch am selben Tag von einem Teil der Armee – gut geplant – durchgeführt wurde. Chávez wurde verhaftet, alle gewählten Gremien wurden aufgelöst. Doch nur zwei Tage später konnte Chávez die Regierungsgeschäfte wieder übernehmen – dank einer beispiellosen Mobilisierung der Bevölkerung aus den Volksquartieren (Barrios) der großen Städte und der Spaltung der Armee. Die Regierung Chávez versuchte darauf, die Wogen zu glätten. Sie verzichtete weitgehend auf Repressalien gegen die Putschisten. Doch die Situation ließ sich nicht entschärfen. Die gleichen Kreise, die den Putsch mitgetragen hatten, organisierten im Dezember 2002 einen Unternehmerstreik: Die Erdölgesellschaft PDVSA wurde lahmgelegt, um das Land von Deviseneinnahmen abzuschneiden, und die privaten Lebensmittelketten stoppten die Auslieferung der Lebensmittel, um die Bevölkerung gegen die Regierung in Stellung zu bringen. Doch auch diesmal wendete sich das Blatt: Die verbleibende PDVSA-Belegschaft kurbelte die Ölförderung wieder an. Der Regierung und der sich mobilisierenden Bevölkerung der Barrios gelang es, eine parallele Lebensmittelversorgung zu organisieren. Im Februar 2003 war das Scheitern des Unternehmerstreiks offensichtlich. Diesmal waren die Folgen für die Kräfteverhältnisse tiefgreifender, denn von nun an setzte die Regierung Chávez konsequent auf die Mobilisierung ihrer sozialen Basis. Die bekannteste Form dieser Mobilisierung sind die diversen Programme der so genannten Misiones (Bildung, Gesundheitsversorgung, Wasserversorgung etc.), die sich mittlerweile zu einer landesweiten, breit abgestützten kommunalen Rätebewegung verdichtet haben (den *Consejos Comunales*).

Seit sieben Jahren ist der von den Venezolanos als *proceso* bezeichnete Wandel in der venezolanischen Gesellschaft bestimmend. Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit verfügt dabei ein revolutionärer Prozess über beträchtliche ökonomische Ressourcen. Die Einnahmen aus dem Erdölgeschäft ermöglichen es der Regierung, jährlich 20 bis 30 Milliarden Dollar in soziale und politische Projekte zu investieren. Damit besteht Spielraum für Lernprozesse. Das ist entscheidend: Eine neue Gesellschaft kann nicht erlernt werden, wenn jeder Fehler den Erneuerungsprozess existenziell bedroht (zum Beispiel in Form von Hungersnöten).

Im Gegensatz zum heutigen Venezuela waren sämtliche authentischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts mit extremer Armut konfrontiert, meist verbunden mit Zerstörungen durch Kriege und Bürgerkriege. Die junge Sowjetunion war 1921 ein darniederliegendes Land, vom Ersten Weltkrieg und vom anschließenden Bürgerkrieg verwüstet und durch den Wirtschaftsboykott der kapitalistischen Länder eingeschnürt. »Wenn die Waren knapp sind, müssen die Käufer Schlange stehen. Wenn die Schlange sehr lang wird, muss ein Polizist für Ordnung sorgen. Das ist der Ausgangspunkt für die Macht der Sowjetbürokratie.« (Trotzki 1936, 109) Von diesem Punkt muss die Frage nach Korrumpierung durch die Staatsmacht angegangen werden, will man sich nicht in Spekulationen über die »Natur des Menschen« verlieren. In Zeiten äußerster Not gewinnen materielle Privilegien eine existenzielle Bedeutung; gleichzeitig muss die breite Masse der Menschen ihr nacktes Überleben sichern und kann deshalb kaum Zeit und Energie aufbringen, um sich an partizipativen Prozessen der Gesellschaftsgestaltung zu beteiligen[2]. Der »Polizist in der Schlange« (die Staats- und Parteibürokratie) gewinnt hier eine Macht, die in neue Herrschaftsverhältnisse umschlagen kann.



We will meet again
flickr/funkydory1 ©

Ein Gegenbild sind die Consejos Comunales, von denen es mittlerweile zehntausende gibt. Ein Consejo Comunal bildet sich auf Initiative von rund 400 Familien in einem geographisch zusammenhängenden nachbarschaftlichen Raum und erhält die Verwaltungshoheit über die lokale Gesundheitsversorgung, den Straßenunterhalt, die Wasserversorgung, die sozialen Dienste. Sie können überdies eigenständig Projekte zur Entwicklung der kommunalen Wohlfahrt entwickeln. Finanziert werden die Arbeiten der Consejos aus einem Fonds, der aus den Erdöleinnahmen

alimentiert wird. In den Consejos werden alle wichtigen Entscheidungen durch die Vollversammlung der Quartierbewohner gefällt. Der gewählte (und jederzeit abwählbare) Rat der SprecherInnen beaufsichtigt die Durchführung der Beschlüsse. Auch der Finanzausschuss sowie ein Kontrollgremium seiner Geschäftsführung wird gewählt. In der Praxis funktionieren manche Consejos hervorragend, andere tun sich schwerer, und mancher Consejo muss kämpfen, um von der umgebenden Staatsbürokratie zu erhalten, was ihm zusteht. Doch sind sie aus der venezolanischen Realität nicht mehr wegzudenken. In dem Maße, wie territoriale Einheiten (Quartiere, Dörfer, Städte) und Wirtschaftsstrukturen (Betriebe, Branchen) partizipativ ›durchwebt‹ werden können, kann Macht ›entherrschaftlicht‹ und in eine Form widerrufbarer Delegation transformiert werden. Damit kann gewährleistet werden, was Elinor Ostrom, Nobelpreisträgerin für Wirtschaft, in ihren Arbeiten als Voraussetzung für nachhaltige und solidarische Wirtschaft beschreibt: die aktive Bewirtschaftung und Verwaltung der Gemeingüter durch die Nutzer. Die Betroffenen müssen die dafür nötige Zeit und Motivation aufbringen. Ohne ein Mindestmaß an individueller materieller Absicherung und an kollektiv verfügbaren Ressourcen ist das unmöglich. In Venezuela erleben wir eine Akzentuierung der sozialen Kämpfe bei einer gleichzeitigen Ausweitung der demokratischen Rechte und Ausdrucksformen. Eine Voraussetzung dafür ist, dass die »Schlangen vor den Läden« weit weniger lang sind als in Russland 1917, China 1949 oder Nicaragua 1979.

SOZIALISMUS UND DIE ENTMYSTIFIZIERUNG DES ÖKONOMISCHEN

Was aber ist davon zu halten, dass der Markt zur Koordination und Optimierung wirtschaftlicher Entscheidungen besser geeignet sei als der Plan? In der bürgerlichen Diskussion wird die Wirtschaft der Gesellschaft als eigenständiges System entgegengestellt. Dadurch entsteht eine Fetischisierung des Wirtschaftlichen, von der sich auch viele linke Ökonomen blenden lassen.

Was aber haben Tätigkeiten wie die Viehzucht, die Produktion von Halbleiterplatten oder die Pflege von Kranken miteinander zu tun, das es rechtfertigen würde, sie einem gemeinsamen Subsystem »Wirtschaft« zuzuordnen? Das Kapital sucht renditefähige Investitionsmöglichkeiten unabhängig von stofflichen Belangen und unterwirft dabei sämtliche Branchen den gleichen Gesetzmäßigkeiten der Kapitalakkumulation. Kapitalistische Beteiligungsgesellschaften etwa investieren in Tabakindustrie wie in Privatspitäler: die Absurdität auf inhaltlich-stofflicher Ebene fällt schon nicht mehr auf.

Diese Vereinheitlichung und Abspaltung einer der Kapitalakkumulation unterworfenen Wirtschaft von der Gesellschaft ist keine ahistorische Prämisse. Dennoch wird sie immer wieder auf Entwürfe nachkapitalistischer Gesellschaften übertragen. Die Debatte dreht sich überwiegend um die abstrakte Frage, ob Markt oder Plan besser geeignet sei, die Millionen und Abermillionen von wirtschaftlichen Detailentscheidungen zu treffen und zu koordinieren. Dagegen existieren bereits unter kapitalistischen Verhältnissen verschiedene Sektoren der Wirtschaft, in denen unterschiedliche Steuerungsmechanismen vorherrschen.

Die privat erbrachte »Care Economy«, die Betreuung und Versorgung abhängiger Menschen (Kinder, Pflegebedürftige) beispielsweise: Sie umfasst je nach Definition und Art der Berechnung 30 bis 50 Prozent aller geleisteten Arbeitsstunden, beschreibt also den weitaus größten »Wirtschaftssektor«. Dennoch wird sie im Kapitalismus kaum als »Wirtschaft« wahrgenommen (zum Beispiel taucht sie in keiner Rechnungsführung und somit auch nicht im Bruttoinlandsprodukt auf).

Ebenso gelten die öffentlichen Dienste, die in der Regel in Form eines Beschaffungswesens unter politischer Führung organisiert sind und in entwickelten kapitalistischen Ländern rund 25 Prozent des Bruttoinlandsproduktes umfassen, nicht als eigentliche »Wirtschaft«.

Und auch die dem Kapital direkt unterworfenen Bereiche unterliegen unterschiedlichen Dynamiken: Stark von internationaler Arbeitsteilung geprägt (z.B. Elektronik) – oder nur geringfügig (z.B. Gastgewerbe); stark von Forschung und Entwicklung geprägt (Software) oder mehr durch die Produktionskosten bestimmt (Baubranche) und so weiter. Wer es unternimmt, Alternativen zum Kapitalismus zu skizzieren, sollte deshalb den stofflich-gesellschaftlichen Besonderheiten der verschiedenen Wirtschaftssektoren und -branchen Rechnung tragen und damit zu einer Entmystifizierung des Ökonomischen beitragen.



Vila Madalena, Sao Paulo, Brasil. flickr/jacktwo

GLOBALE KOOPERATION UND OFFENE PATENTE

Als Probe aufs Exempel seien an dieser Stelle zwei Branchen kurz diskutiert: die Pharmaindustrie und die Informatik.

In einer postkapitalistischen Pharmabranche mag es weiterhin private Firmen geben. Die zentrale Rolle spielen aber nicht mehr konkurrierende Pharmakonzerne, sondern weltweit kooperierende Forschungs- und Entwicklungszentren. Sie kooperieren mit öffentlichen Universitäten und Fachhochschulen, Forschungs- und Entwicklungsergebnisse werden weltweit frei ausgetauscht. Patente

gibt es zwar weiterhin, jedoch als »offene«, die von allen kostenfrei genutzt werden können und auch nicht durch Weiterentwicklungen privatisiert werden. Auf verschiedenen Ebenen (Länder, Regionen, Universitäten) werden Forschungs- und Entwicklungsfonds gebildet, aus denen Entwicklungs-Projekte finanziert werden; große Projekte werden international abgestimmt. Ansätze aus der Erfahrungs- und Komplementärmedizin und das Wissen indigener Kulturen über Heilpflanzen werden mit berücksichtigt, die Zusammenarbeit mit Spitälern und Patientenorganisationen ist ergebnisoffen und nicht von Profitinteressen beeinflusst. Die öffentliche Hand betreibt Pharma-Produktionsstätten, damit auch hier private Profitinteressen nicht dominieren und Entwicklungen nicht blockiert werden können. Die Loyalität der Forscher, Entwickler und Produzenten gehört nicht einer Privatfirma, sondern der »Sache«, der Branche, der »Szene«, der Gesundheitsförderung. Belebende Konkurrenz wird es nach wie vor geben – zwischen verschiedenen Forschungsteams oder medizinischen Lehrmeinungen. Weitaus bedeutender wird jedoch die internationale Kooperation sein, der freie Austausch von Forschungsresultaten, die offene Debatte von Studienergebnissen und kooperativ angelegte Projekte.

Dass eine solche Organisationsform der Pharmabranche wesentlich produktiver und innovativer als die Steuerung durch kapitalistische Konzerne sein kann, wird durch die Erfahrungen aus der Software-Branche gestützt. Die Informatik ist nach wie vor von einigen kapitalistischen Großkonzernen dominiert, doch die meisten innovativen Entwicklungen stammen nicht aus diesen Großkonzernen, sondern von kleinen Firmen, von staatlichen Projekten, von universitären ForscherInnen, von Studierenden und aus der Open-Source-Szene. So entstanden die Grundkonzepte des Internet im Rahmen von Arbeiten des amerikanischen Verteidigungsministeriums für ein ausfallsicheres Computernetz.

Diese Konzepte wurden für die Nutzung durch Universitäten freigegeben und konnten sich dadurch auf der ganzen Welt ausbreiten. Die Browser-Server-Technologie des World Wide Web: Sie wurde von einem Mitarbeiter des europäischen Kernforschungszentrums CERN in Genf entwickelt. Offene Betriebssysteme (Unix, Linux) und darauf basierte Anwendungen (Open Office etc.) entstanden großteils an Universitäten und decken heute praktisch denselben Funktionsumfang ab wie Microsoft-Produkte. Sie können sich jedoch nur beschränkt durchsetzen: Staatlich-repressive Maßnahmen schützen die privaten Patente und Monopole. Und Microsoft verhindert systematisch, dass seine Produkte mit Open-Source-Programmen störungsfrei zusammenarbeiten. Schließlich fehlt es in der Open-Source-Welt an einer konsolidierten Produktekultur, die dafür sorgt, dass die Endnutzer ein kohärentes Produkte-Set erhalten und im Problemfall einen raschen, kompetenten Service abrufen können. Würde sich eine kritische Masse von Computernutzern (z.B. öffentliche Verwaltungen, Schulen etc.) zusammenfinden und genügend Kapital aufbringen, dann ließe sich eine solche Kultur aufbauen, z.B. mit Hilfe eines weltweit operierenden Open-Source-Konsortiums, das die Tätigkeit der Open-Source-Community fokussiert und konsolidiert.

Diese Überlegungen können für alle Branchen verallgemeinert werden, in denen die Entwicklungskosten weit über den Produktionskosten liegen, etwa alle Formen der Entwicklung und Bereitstellung von Informationen: Computersoftware, Wissensinhalte, Kulturgüter wie Musik und Filme, Forschungsdaten usw. In diesen Bereichen lässt sich das Kapitalprinzip nur repressiv mit Hilfe von Patentschutz und Strafverfolgung durchsetzen. Gleichzeitig wird die Dominanz von multinationalen Privatkonzernen zu einem beträchtlichen Hindernis für den Fortschritt. Ein positives Beispiel dafür ist Wikipedia, die weltweite Online-Enzyklopädie, die qualitativ bereits besser abschneidet als der ehrwürdige Brockhaus. Der Betrieb von Wikipedia kostet jährlich ein paar wenige Millionen Dollar. Das Wesentliche – nämlich die Aufbereitung der Informationen – basiert auf freier Kooperation zehntausender von Menschen, die ihre Mitarbeit ohne jedes Entgelt einbringen. Kooperation, Partizipation und Demokratie nehmen dabei vielfältige, teilweise globale Formen an – je nach den stofflichen Gegebenheiten des Tätigkeitsfeldes[3].

KONFRONTATIONSBEREITSCHAFT ODER NIEDERGANG

Chávez war zu Beginn seiner Regierungszeit kein Sozialist. Die venezolanischen Eliten waren sich damals wohl noch sicher, ihn durch Druck und Privilegien den Interessen der herrschenden Kreise unterordnen zu können (wie so manche Linkspolitiker zuvor). Das ist nicht geschehen. Die bolivarianische Revolution gewann ihre Dynamik auf der Basis von Reformvorhaben, die als solche keineswegs systemsprengenden Charakter hatten.

Linke Politik muss sich in jeder Situation daran messen, ob sie die Eigenständigkeit sozialer Bewegungen fördert oder sie entmutigt und der Subordination Vorschub leistet. In Zeiten verschärfter Klassenauseinandersetzungen muss die Linke die herrschenden Eliten herausfordern, wenn sie ihre Inhalte nicht preisgeben will. Mitunter findet sie sich dabei rasch in der Logik einer sozialistischen Perspektive und eines Bruchs mit der bürgerlichen Vorherrschaft. Die Alternative zu dieser Konfrontationsbereitschaft ist nur Anpassung und letztlich Niedergang.

LITERATUR

Azzellini, Dario, 2008: *Venezuela Bolivariana. Revolution des 21. Jahrhunderts?,* Köln/Karlsruhe
Behruzi, Daniel, 2007: *Die Sowjetunion* 1917-–1924, Köln
Conquest, Robert, 2001: *Der große Terror,* München
Holloway, John, 2006: *Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen,* Münster
Ringger, Beat, 2008: Die demokratische Bedarfswirtschaft sowie Der konstruktive Imperativ und das Problem der revolutionären Avantgarde. In: Ders. (Hg.), *Zukunft der Demokratie – das postkapitalistische Projekt,* Zürich
Trotzki, Leo, 1936: *Verratene Revolution,* Essen 2009
von Hayek, Friedrich A., 1988: *Die verhängnisvolle Anmaßung: Die Irrtümer des Sozialismus,* Tübingen 1996

1 Die erste Revolte der Geschichte, die von der Arbeiterschaft geprägt war, ereignete sich 1378 in Florenz. Während des sogenannten Ciompi-Aufstandes ergriffen die revoltierenden ArbeiterInnen während 41 Tagen die Macht. Der Aufstand zerbrach am Fehlen kollektiv getragener Vorstellungen darüber, wie eine alternative Gesellschaftsformation zu gestalten sei.

2 Dies war einer der zentralen Gründe dafür, dass die russische Rätebewegung zwei Jahre nach der Oktoberrevolution erlahmte.

3 Für eine vertiefte Darstellung einer postkapitalistischen Ökonomie verweise ich auf die Publikation *Zukunft der Demokratie* (Ringger 2008)

KURT EISNER – REVOLUTIONÄR DES ALLTAGS

KLAUS WEBER

Am 14. Oktober 1918 wird Kurt Eisner aus dem Gefängnis München-Stadelheim entlassen. Inhaftiert war er wegen seiner führenden Beteiligung am großen Streik der Münchener Arbeiter im Januar 1918. Dreieinhalb Wochen nach seiner Entlassung ist er bayerischer Ministerpräsident. Er bleibt es bis zum 21. Februar 1919, als er vom rechtsnationalen Grafen Arco auf Valley ermordet wird.
Kurt Eisner wurde im Herbst 1918 zum Anführer der revolutionären Bewegung, vor allem weil die bayerische Sozialdemokratie nichts gegen die Monarchie, gegen die Kriegstreiber und -profiteure unternehmen will. Der Gegenspieler Eisners als USPD-Kandidat ist der SPD-Landtagsabgeordnete Erhard Auer. Ein wichtiger Bündnispartner Eisners – neben den Münchener Arbeitern, die sich von Tag zu Tag radikalisieren – ist der *Bayerische Bauernbund* um die Brüder Gandorfer. Karl Gandorfer sitzt seit 1912 für den Bund im bayerischen Landtag, sein Bruder, der blinde Ludwig Gandorfer – enger Freund Karl Liebknechts – führt den Bauernbund an. Doch trotz der Unterstützung, die Eisner von einigen Betriebsräten, manchen Mehrheitssozialdemokraten und vielen Linken erfährt, ist es Eisners Auftreten bei Massenversammlungen zu verdanken, dass es letztendlich zu einer bayerischen Revolution kommt, die breite Kreise bis hinein ins Bürgertum fesselt. Kurt Eisner hat eine Fähigkeit mit Rosa Luxemburg gemeinsam: Anders als für heutige Protagonisten der Massenkultur sind für sie die Massen nicht »die da unten, für die es Massenkultur gibt, die wir zu kritisieren gelernt haben als Verdummungsmachwerk und der wir uns nur selbst mit schlechtem Gewissen […] hingeben« (Haug 2007, 34). Sie sind begeistert *für* die Masse und begeisterungsfähig, wenn sie *in* der Masse sprechen.

Was Eisner befähigt – wie wir heute sagen würden –, gut anzukommen, ist seine Haltung den Einzelnen und den Vielen gegenüber. Er spricht zu ihnen nicht aus der Position des Lehrers, des Führers bzw. des Gurus, der sich über sie erhebt, weil er meint, besser zu sein oder mehr zu wissen; er spricht ihre Sprache, kennt ihr Alltagsleben, ihr Alltagswerkeln und ihr Alltagslieben und baut ihre Sprache ein und um zu einer Redeweise, die alle ergreift. Seine »Worte sind wie Schneebälle, fest und doch jederzeit schmelzbar, in Bewegung, um fallen gelassen zu werden, formbar, um benutzbar zu sein« (Brecht, zit.n. ebd., 35).

EISNER UND DER ALLTAG

Das Leben, Lieben und Leiden der Menschen in kapitalistischen Verhältnissen ist für Eisner als »organischen Intellektuellen« – wie ihn Antonio Gramsci bezeichnen würde – gleichzeitig Ansatzpunkt für einen Bruch mit der Zustimmung zu solchen Verhältnissen. Egal ob Eisner für einige Tage auf Sylt weilt und dort die Sylter Sozialgeschichte mit dem Titel *Eine Gletscherwanderung 40 m überm Meer* für die Leser und Leserinnen von Reiseberichten ausgräbt, um zu zeigen, dass wir Menschen die Geschichte machen; ob er die Kinder- und Heimarbeit beobachtet, die der Produktion von Sonneberger Spielwaren zugrunde liegt (»Heimverwüstungsarbeit sollte man diesen Bezirk des Grauens nennen, […] wo schon die Gesichter der Kinder zu alten, ernsten Larven erstarrt sind, die nie ein Lachen erhellt«); ob er über einen Vorsitzenden des *Vereins zur Hebung der Badekultur* berichten kann oder über eine »aufgebrezelte« Bildungsbürgerin den Satz fallen lässt: »Ich hatte den Eindruck, als ob sie jeden Morgen nicht nur körperlich, sondern auch seelisch höchst kompliziert Toilette machte« – Eisner beobachtet, schildert, erzählt, beschreibt und vergisst an keinem Punkt, dass alles menschliche Leben und Arbeiten mit kaum erträglichen Klassenverhältnissen und letztlich mit der kapitalistischen Produktionsweise zusammenhängt.

In sieben *Abschiedsbriefen an eine Freundin* (in Knauf 1929, 45ff) offenbart er die Zerstörung einer Liebesbeziehung, die nicht gelingen kann, weil *er* Kommunist ist und *sie* eine Frau aus kleinbürgerlichen Verhältnissen. Einfühlsam beschreibt er die kleinen Risse und Sprünge in der Beziehung, die sich schließlich zu einem tiefen Graben verbreitern.

Zu Beginn wird ein Spaziergang in den Bergen aus frühen Zeiten erzählt: »Wir stiegen aus den Bergen hinunter. Das Leben auf einer Einöde, in die wir eingekehrt waren, hatte uns sonderbar berührt. Da spielte sich nun weitab von allem Menschengewimmel ein Lebensschicksal ab im steten Kampf mit den Launen der Natur, und nur aus unendlicher Ferne drang das Brausen des großen Daseins herüber. Nur die Marktpreise des Viehs verknüpften die kleine Familie, die dort oben hauste, mit dem Getriebe der Welt« (ebd., 47).

Er, der Kommunist, beginnt nach einer langen Zeit des Schweigens auf dem Nachhauseweg von der Welt der Industrie zu schwärmen, vom lärmenden Treiben der Stadt, nach dem es ihn drängt, von der Möglichkeit der Bindung und Bildung der Menschen im modernen Industrieproletariat, wo nicht mehr die Natur über den Menschen herrscht, sondern er selbst die Möglichkeit hat, sein eigenes Leben zu gestalten:

»Nur wo die Menschen in ihrer Fülle schaffen und wirken, begehren und opfern, ringen und rütteln; wo die Konflikte […] erbarmungslos aneinanderprallen; wo das Leben in tausendfältiger Qual, in ungeheurem Chor des Schreckens aufschreit; wo niemand den anderen kennt, und wo doch gerade deshalb erst das Bewusstsein der Menschen erwacht – nur dort ist das Leben wert, gelebt zu werden.« (ebd., 48)

Sie dagegen, die ganz sehnsüchtig nach den Bergen und der Idylle dort oben schaut, versteht nichts von seinen schwärmerischen Worten.

»Was du Leben nennst, ist mir Widerwille und Qual. Ich hasse die zusammengedrängten Menschen, die sind niedrig, voll schmutziger Begierden und entarteter Instinkte – in tausend Abhängigkeiten eingeschnürt. […] Lass mich zurückkehren zu der Einöd und dort bleiben. Dort kann ich frei und unabhängig sein. Wenn ich den Hühnern ihr Futter streue, wenn ich die Saat sprießen, die Rosen blühen sehe und das Hausgetier friedsam die paar Begriffe seines Daseins austönen höre – dann wird mir warm, und ich fürchte mich nicht mehr vor dem Leben, das mich ängstigt« (ebd.).

Der Geliebte, dessen Liebe zur Menschheit und ihren Errungenschaften keinen Widerhall bei ihr findet, kann noch so sehr über den Widerspruch zwischen Kultur und Natur aufklären, kann sie darauf hinweisen, dass die Glühbirne ihren Schein in die ganze weite Welt hinausstrahlt und damit die Enge des Dörflichen endlich überschreitbar erscheint: »Deine Einöde ist nicht still, sondern stumm; nicht friedlich, sondern verschlafen; nicht beharrlich, sondern erstarrt. Die große Unruhe aber des heutigen Daseins ist die Wiege unserer Erlösung« (ebd., 51), argumentiert er. Ein späterer Abschiedsbrief schildert die Ergebnisse der sozialpsychologischen Studien, die er in der beschriebenen Einöde unternommen hat. Er hat herausgefunden, dass die Idylle nur eine an der Oberfläche ist:

»Nur das Gehöft ist alt, der Bauer haust aber erst seit einiger Zeit dort oben. Er ist zugewandert, er hat das Gut übernommen, von dem der verschuldete Bauer vertrieben ward. […] Er schimpft unflätig auf seine Knechte […]. Sie lesen keine Zeitung, sie kennen kein Kunstwerk, sie wissen nichts von den großen Kämpfen der Menschheit und all den gewaltigen Bewegungen ihrer Zeit. Und eine verreckende Kuh ist ihnen Schicksal« (ebd., 56).

Ein Zusammenkommen ist nicht mehr möglich und zum Schluss ist sie ihm fremd geworden. »Und fast will es mir scheinen, als ob es auf der ganzen Welt keinen Menschen gibt, den ich so wenig kenne wie dich« (ebd., 71).

REVOLUTION UND REVOLUTIONSFEIER

Bis zum Umsturz sind es nur noch wenige Tage. Die Vorgeschichte ist schnell erzählt: Am 3. November 1918 hält Kurt Eisner eine Rede auf der Theresienwiese in München, die Tausende von Teilnehmern so begeistert, dass sie anschließend zum Gefängnis nach Stadelheim ziehen, um inhaftierte Mitkämpfer zu befreien – was ihnen auch gelingt. Am 7. November 1918 kommt es zu einer groß angelegten Friedenskundgebung auf der Theresienwiese, bei der die MSPD-Führer glauben, sie könnten Ordnung und Disziplin aufrechterhalten und die revolutionsbegeisterten Frauen und Männer an den Rand des Geschehens drängen. Doch am Rande der Theresienwiese, wo Eisner, Gandorfer und Felix Fechenbach (der spätere Leiter der Staatskanzlei unter Eisner) reden, sammeln sich unzählige Matrosen und Soldaten. Auf die Parole Fechenbachs hin: »Soldaten! Auf in die Kasernen! Befreien wir unsere Kameraden! Es lebe die Revolution!«, stürmen die Soldaten zu den Kasernen, wo ihre Kameraden bereitwillig zu den »freien Truppen« überlaufen.

Am 17. November 1918 werden die Soldaten, Arbeiter und Bauern, die die Revolution erkämpft haben, in das *Große Haus* des Münchener Nationaltheaters eingeladen, um gemeinsam das Errungene zu feiern. »Keine festliche Auffahrt, keine rauschenden Toiletten, keine blinkenden Ordenssterne und Diademe. Die Karten sind durch das Los verteilt worden, so dass das äußerliche Bild ganz anders war als bei den Festaufführungen der Vergangenheit. […] An Stelle der Orden und Diademe vergangener Festaufführungen sieht man diesmal als einzige Auszeichnung rote Armbinden oder rote Schleifen« (Knauf 1929, 199).

Eingeleitet wird die Revolutionsfeier durch Beethovens *Leonoren-Ouvertüre*. Sie erklingt, bevor Kurt Eisner auf geschlossener Bühne erscheint und von Beifall umrauscht wird. Mit Bedacht wählt Eisner die *Leonoren-Ouvertüre:*

Zwei mit Pauken verstärkte Dur-Akkorde stehen an ihrem Anfang, der zweite Akkord klingt mit einer Dissonanz aus und lässt die leiser werdenden Geigen eine ruhende Landschaft schildern. Im Herbst 1918 sind die Länder trist und leer. Der Krieg hat Landstriche voller Leichen hinterlassen; im Hinterland hungern und frieren die Menschen. Leise mischt sich in die Schilderung dieses Abgrunds das Instrument ein, das der menschlichen Stimme am nächsten ist: Eine Klarinette singt von Leiden, Furcht und Hoffnung; die Geigen übernehmen die Melodie und lassen dann eine Querflöte zu Wort kommen, die wie Vogelzwitschern klingt und in ihrem fragenden Dreiklang beharrlich auf die Antwort drängt, ob die Verhältnisse so bleiben müssen. Das kräftige Nein des Orchesters deutet den Umsturz der Verhältnisse an, das Neue, das aber keineswegs ohne Molltöne, ohne Wider-

spruch und Streit auszukommen vermag. Die Ouvertüre symbolisiert den Widerstand gegen die reaktionären Kräfte in Europa und Eisner sieht in Beethoven einen, der es trotz seiner Herkunft geschafft hat, die Weltgeschichte in seine Musik hineinzunehmen.

»Das Ausgestoßensein Beethovens aus der menschlichen Geselligkeit, sein körperliches Leiden, […] seine wirtschaftlichen Bedrängnisse. […] All das wird nicht […] Inbegriff seiner Musik. Seine Tongebilde erfüllt nicht das feindliche Verhältnis des Künstlers zu den Bedingungen seines privaten Daseins. In Beethovens Kunst rinnt das Blut der Menschheit. Die Weltgeschichte ringt und brennt in seiner Musik.« (Eisner 1919, 72)

Im Schlussakt der Oper werden Florestan, dem Geliebten Leonores, vom Minister (als Vertreter der staatlichen Autorität) die Ketten abgenommen und dieser singt: »Nicht […] länger kniet sklavisch nieder, Tyrannenstrenge sei mir fern.« Beethoven komponiert angesichts der europaweiten Bewegungen gegen die Errungenschaften der Französischen Revolution.

Sechs Wochen nach der Aufführung der überarbeiteten Fassung der Leonore, am 18. Juli 1814 im Wiener Kärntnertortheater, treten in der Habsburgermetropole die »realen Herrscher Europas zusammen, um es neu zu ordnen« (ebd., 61). Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, die von Beethoven in der *Neunten* als die Zukunft der Menschheit gefeiert werden, verkommen in der Vertragsurkunde, welche von den europäischen Großmächten im Juni 1815 unterzeichnet wurde, zu Tugenden im Dienste von Christentum, Nationalismus und Monarchismus.

EISNERS ENDE

Ein weiteres *1815* – davor hatten Kurt Eisner und seine Genossen Angst. In einem Aufsatz vom Juni 1915 beschreibt er die Wirkungen des Wiener Kongresses:

»Es wurden in Wien nicht nur über den Kopf der Völker hinweg die äußeren Grenzen der Länder bestimmt, es wurde auch über ihre inneren Zustände entschieden. Die Revolution wurde ausgerottet. Die absolute Monarchie wurde, wenigstens in Mittel- und Osteuropa, wieder hergestellt. Alles Freiheitsstreben der Völker wurde mit eiserner Faust niedergeschlagen. […] Man sieht, dass die Souveräne, die in Wien Europa aufteilten und den Weltfrieden stifteten, ihren Untertanen keine andere Aufgabe zuwiesen, als die Pflege religiöser Gesinnung, dynastische Treue und die Unterwerfung unter die weisen Befehle der Obrigkeit« (Eisner 1919, 120f).

Die politische Tagesarbeit Eisners bis zu seiner Ermordung im Februar 1919 hat mehrere Schwerpunkte: die Stabilisierung der Ernährungslage in Bayern; Verhandlungen mit den Siegermächten unter der Prämisse einer vollständigen Anerkennung der deutschen Kriegsschuld; der Kampf um eine Föderalisierung des Reichs und die Weiterentwicklung der Rätekonzeption bei gleichzeitiger Beibehaltung der parlamentarischen Demokratie. Bei letzterem wird er vor allem von dem in sein Kabinett geholten Erhard Auer und den anderen MSPD-Leuten massiv behindert. Weitere Errungenschaften der Revolution sind heute vergessen als wären sie eine Selbstverständlichkeit: Die Frauen erhalten das passive und aktive Wahlrecht, das Wahlalter wird von 26 auf 21 Jahre herabgesetzt und zum ersten Mal in der bayerischen Geschichte ist Religion in der Schule zum Wahlfach geworden. In einem vorläufigen bayerischen Staatsgrundgesetz werden diese Errungenschaften ebenso niedergeschrieben wie die Abschaffung der Adelstitel und die vollständige Säkularisierung der Schulen. Von den bürgerlichen Kräften und der MSPD weichgeklopft und von der Linken (dem neu entstandenen *Spartakusbund*) kritisiert, stimmt Eisner der Abhaltung einer Landtagswahl am 12. Januar 1919 zu. SPD und Bayerische Volkspartei (BVP) erhalten jeweils über 30 Prozent der Stimmen, Eisners USPD kommt gerade auf 2,5 Prozent. Putschgerüchte gehen in München um – am 19. Februar – noch vor der Konstituierung des neuen Landtags – ist es dann so weit: Ein selbsternannter *Aktionsausschuss zum Schutz des Landtags* besetzt Bahnhof und verschiedene Ämter und verlangt die Verhaftung Eisners und seine Abschiebung in die Tschechoslowakei. Als neuen Mann an der Spitze Bayerns schlägt der Putschistenführer Lotter den Sozialdemokraten Auer vor. Eisner weiß um die Gefahr auf seinem Weg zum Landtag am 21. Februar 1919, wo er seine Rücktrittsrede halten will. Doch durch die Hintertür möchte er nicht ins Parlament gehen: »Man kann einem Mordanschlag auf die Dauer nicht ausweichen, und man kann mich ja nur einmal totschießen« (Eisner, zit.n. Höller 1999, 148).

SCHLUSS

Kurt Eisner, der bayerische Ministerpräsident, der gleichzeitig Sozialist war, war – wie nun zu erkennen ist – nicht nur einer, der sich auf dem politischen wie parteipolitischen Parkett gut bewegen konnte. Eisner war in seiner journalistischen Arbeit, in der Art und Weise, wie er die Menschen ansprach und nicht zuletzt als Vertreter der Räte-Idee einer, für den das politische Handeln nicht an der Haustür zum Privatbereich endete und der – egal wie groß seine Enttäuschungen gewesen sein mochten – immer auf die Menschen setzte. Nur sie konnten mit der Vergangenheit brechen und den demokratischen Neuanfang, den er so sehr wünschte, tätig verwirklichen. Aus diesem Grund war er für das alte System gefährlicher als die anarchistischen Literaten und die avantgardistischen Funktionäre der Kommunistischen Partei. Das mag einer der Gründe sein, wieso sein Bild bis heute nicht in der Ahnengalerie der bayerischen Ministerpräsidenten in der Münchener Staatskanzlei hängt und warum seine Schriften weder durch die *Monacensia*[1] noch durch die Bayerische Akademie der Wissenschaften gesammelt oder gar herausgegeben werden.

LITERATUR

Eisner, Kurt, 1919: *Gesammelte Schriften, Bd.1, Berlin*

Grau, Bernhard, 2001: *Kurt Eisner. 1867–1919. Eine Biographie, München*

Haug, Frigga, 2007: *Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik, Hamburg*

Höller, Ralf, 1999: *Der Anfang, der ein Ende war. Die Revolution in Bayern 1918/19, Berlin*

Knauf, Erich (Hg.), 1929: *Welt werde froh! Ein Kurt-Eisner-Buch. Zum 10. Jahrestage der Ermordung Kurt Eisners, Berlin*

Schreiber, Ulrich, 1991: *Die Kunst der Oper. Geschichte des Musiktheaters, Bd. 2, Frankfurt/M*

1 Die Monacensia ist eine Abteilung der Münchener Stadtbibliothek, in der alles Gedruckte zum Thema München und Münchener Region gesammelt ist.

»PRAXIS MIT EINEM KRITISCHEN SELBSTREFLEXIONSPROZESS«

PETAR ATANAKOVIĆ IM GESPRÄCH ÜBER DIE LINKE IN SERBIEN

Serbien galt lange als der Paria-Staat unter den Ländern des ehemaligen Jugoslawien, als Ausgangspunkt einer ethno-nationalistischen Aggression, die nur durch militärisches Eingreifen des Westens zu bändigen gewesen sei. Seit dem Sturz Miloševićs im Oktober 2000 haben sich die Beziehungen zum Westen stetig normalisiert.

Obwohl Belgrad sich weiter gegen die unilaterale Abspaltung des Kosovo stellt, gilt Serbien heute als ein potenzieller Kandidat für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Im Dezember 2009 hoben die Schengenstaaten die Visumpflicht für serbische Staatsbürger auf, das Haager Tribunal bescheinigte Serbien erstmals eine zufriedenstellende »Kooperation« bei der Verfolgung von Kriegsverbrechern. Präsident Boris Tadić beantragte Ende 2009 offiziell den Kandidatenstatus bei der Europäischen Union.

Die Normalisierung der außenpolitischen Beziehungen ist auf der innenpolitischen Ebene von einem Prozess der »nationalen Versöhnung« begleitet.[1] Wenig beachtet von der internationalen Öffentlichkeit, haben sich in Serbien die innenpolitischen Koordinaten entscheidend verschoben. Seit Sommer 2008 regiert in Belgrad ein außergewöhnliches Bündnis aus ehemaligen politischen Antagonisten. Die von Milošević gegründete Sozialistische Partei Serbiens (SPS) koaliert als Juniorpartner mit der »prowestlichen« Demokratischen Partei (DS) von Boris Tadić. Die Zusammenarbeit beruht dabei auf folgendem Grundkonsens: Erstens strebt die Koalition einen möglichst schnellen Beitritt Serbiens in die Europäische Union an. Zweitens hat sie sich auch auf eine enge Zusammenarbeit mit Russland verpflichtet. Drittens setzt sie sich mit diplomatischen Mitteln für den Erhalt Kosovos in Serbien ein.[2]

Auch wenn sich das neue Bündnis als erstaunlich stabil erwiesen hat, befindet sich die serbische Gesellschaft noch immer in einer Dauerkrise. Doch auch hier zeigen sich neue Entwicklungen. Im Kontext der globalen Wirtschaftskrise kommt es zu einer Aktualisierung sozialer Konflikte. Im Jahr 2009 wurden in Serbien mehr Arbeitskämpfe geführt denn je in den vergangenen zwanzig Jahren. Wie in vielen anderen Ländern der Region nehmen Streiks und Proteste einen zunehmend radikalen Verlauf. Eine Protestwelle der Studierenden gegen die »Bologna-Reform«, Studiengebühren und die Privatisierung von Bildung zeigt zudem, dass eine linksorientierte Gesellschaftskritik unter der jungen Generation wieder mobilisierungsfähig wird.[3]

Im folgenden Gespräch mit dem Historiker und Aktivisten Petar Atanacković aus Novi Sad wollen wir die innenpolitischen Entwicklungen in Serbien genauer betrachten. Atanacković zählt zu einer jungen Generation von Linken, die sich sowohl gegenüber dem Erbe Miloševićs als auch gegenüber der Transformation zum neoliberalen Kapitalismus kritisch stellen. Er engagiert sich in der Alternativen Kulturellen Organisation (AKO) in Novi Sad, wo er das antifaschistische Jugendzentrum Crna kuća 13 (Schwarzes Haus 13) mit gründete. Als Historiker setzt er sich mit der Geschichte der Linken in Jugoslawien auseinander.[4] Das Gespräch führten Corinna Genschel und Boris Kanzleiter.

In Eurer Arbeit spielt das Thema Antifaschismus eine wichtige Rolle. Warum sind Rechtsextremismus und Faschismus heute ein so wichtiges Thema in Serbien?

Es gibt in Serbien nicht mehr aktive Faschisten als in anderen Ländern der Region oder auch in Westeuropa – vielleicht sogar weniger. Das größte Problem sind nicht die Nazis selbst, sondern ihr relativ erfolgreicher Versuch, sich rechtsgerichtete Stimmungslagen zu eigen zu machen, die in Serbien ziemlich dominant sind. Sie stellen sich dabei nicht als Nazis, sondern als konsequente Nationalisten und »Verteidiger des Serbentums« dar. Z.B. drohten extrem rechte Gruppen den *Gay Pride* in Belgrad zu verhindern. Überall in der Stadt wurden Hassparolen an die Häuserwände geschmiert. Die Boulevardpresse, konservative Politiker und ein Teil der orthodoxen Kirche nahmen das Thema bereitwillig auf. Sie bezeichneten Homosexuelle als »Kranke«, die nicht das Recht hätten,

sich öffentlich zu versammeln. Am Ende war der Druck so groß, dass die Polizei erklärte, sie könne die Sicherheit nicht garantieren. Die Rechtsextremisten setzten sich mit ihren Gewaltandrohungen durch. Sie konnten sich als Vertreter des Mainstreams profilieren – der Widerstand war minimal.

In Novi Sad waren Eure Aktivitäten gegen Rechtsextremismus aber ziemlich erfolgreich. Wie kam es, dass ihr Euch als linke Gruppe auf lokaler Ebene gut verankern konntet?
Am 9. November 2005 griffen Nazis unsere Veranstaltung zum Jahrestag der Reichspogromnacht an. Der Zwischenfall wurde anschließend in den Nachrichten auf verschiedenen TV-Kanälen gesendet. Zum ersten Mal wurde öffentlich, dass es in Serbien »einheimische Nazis« gibt. Das war ein Schock. Hier herrscht eine Art Mythos, demzufolge Faschismus in Serbien gar nicht existieren kann, weil das Land im Zweiten Weltkrieg auf der Seite des Antifaschismus stand. An dem Mythos wird festgehalten, obwohl große Teile der Öffentlichkeit in vielen Fragen extrem rechts orientiert sind. Das verdeutlicht die politische Konfusion in unserer Gesellschaft.

In der Folge des Vorfalls konnten wir ein selbstverwaltetes Jugendzentrum gründen, wo wir unsere Aktivitäten bündelten. Als Neonazi-Gruppen aus ganz Serbien im Oktober 2007 eine Demonstration in Novi Sad ankündigten, haben wir Alarm geschlagen und die Öffentlichkeit mobilisiert. Die Reaktion war zunächst ziemlich positiv. Zur von uns initiierten antifaschistischen Demonstration kamen etwa 5000 Leute, darunter viele Familien mit Kindern, auch ältere Menschen, die im Zweiten Weltkrieg auf der Seite der Partisanen standen. Die Nazis konnten dagegen nur 50 »Kameraden« versammeln. Sie versuchten, die Demonstration anzugreifen, wurden aber in die Flucht geschlagen. Das Ereignis füllte die Titelseiten der Zeitungen. Naziaufmärsche und antifaschistische Demonstrationen kannte man sonst nur aus dem Fernsehen. Es gab auch viele negative Reaktionen: wir würden überreagieren und die Bedrohungen durch die Faschisten übertreiben oder gar den Faschismus erst provozieren. Das konnte sich mit den Mythos verbinden: Wenn es in Serbien keinen Faschismus geben kann, dann gibt es auch keinen Grund für antifaschistische Mobilisierungen.

Wie sieht euer Projekt konkret aus?
Die Idee entstand 2005 auf einer Rundreise durch Brandenburg. Wir besuchten verschiedene selbstverwaltete soziale und kulturelle Jugendzentren. Wir fanden die Idee, durch ein attraktives alternatives Kulturangebot die Hegemonie der Rechten zu brechen, passend für unsere Realität. Unser Haus verfügt u.a. über einen Saal für Konzerte und Veranstaltungen sowie Räume für Büros. Nach anfänglicher Unterstützung aus Deutschland können wir seit 2007 das Haus hauptsächlich durch Konzerte selbst finanzieren. Es ist ein Zentrum für antifaschistische Arbeit in der Stadt. Nach drei Jahren können wir sagen, dass wir auf lokalem Niveau recht gut verankert sind.

Seit dem Sturz Slobodan Miloševićs im Oktober 2000 sind bald zehn Jahre vergangen. Wie schätzt du die Entwicklung seitdem ein?



flickr/lulazzo

Die verschiedenen Regierungen seit 2000 versprachen die »Demokratisierung« und »Europäisierung« Serbiens. Gleichzeitig popularisieren dieselben Regierungen aber antidemokratische und antieuropäische Ideologien. Am Beispiel der Klerikalisierung und des Geschichtsrevisionismus lässt sich dieser widersprüchliche Prozess am besten darstellen. In den vergangenen Jahren haben die Regierungen von Zoran Djindjić, Vojislav Koštunica und Boris Tadić konsequent die Stellung der orthodoxen Kirche gestärkt, obwohl dort antiliberale und extrem nationalistische Kreise starken Einfluss haben. Alle diese »demokratischen« Regierungen haben die monarchistische und extrem nationalistische Tschetnik-Bewegung aus dem Zweiten Weltkrieg rehabilitiert. Einzelne »demokratische« Politiker fordern sogar die Rehabilitierung der Regierung von Milan Nedić, die im Zweiten Weltkrieg mit der deutschen Besatzungsmacht kollaborierte. Die historischen antikommunistischen und nationalistischen Bewegungen passen in das Geschichtsbild der »Demokraten«, weil sie sich damit dezidiert vom Kommunismus abgrenzen können. Da-

mit positionieren sie sich geschichtspolitisch rechts von Milošević, dessen Nationalismus in den 1990er Jahren eher pragmatisch war. Im Gegensatz zu den heutigen »Demokraten« stellte sich Milošević in die Kontinuität des sozialistischen Jugoslawien und des Antifaschismus, auch wenn seine praktische Politik nationalistisch war.

Ist die Situation in Serbien vergleichbar mit anderen Ländern in der Region?

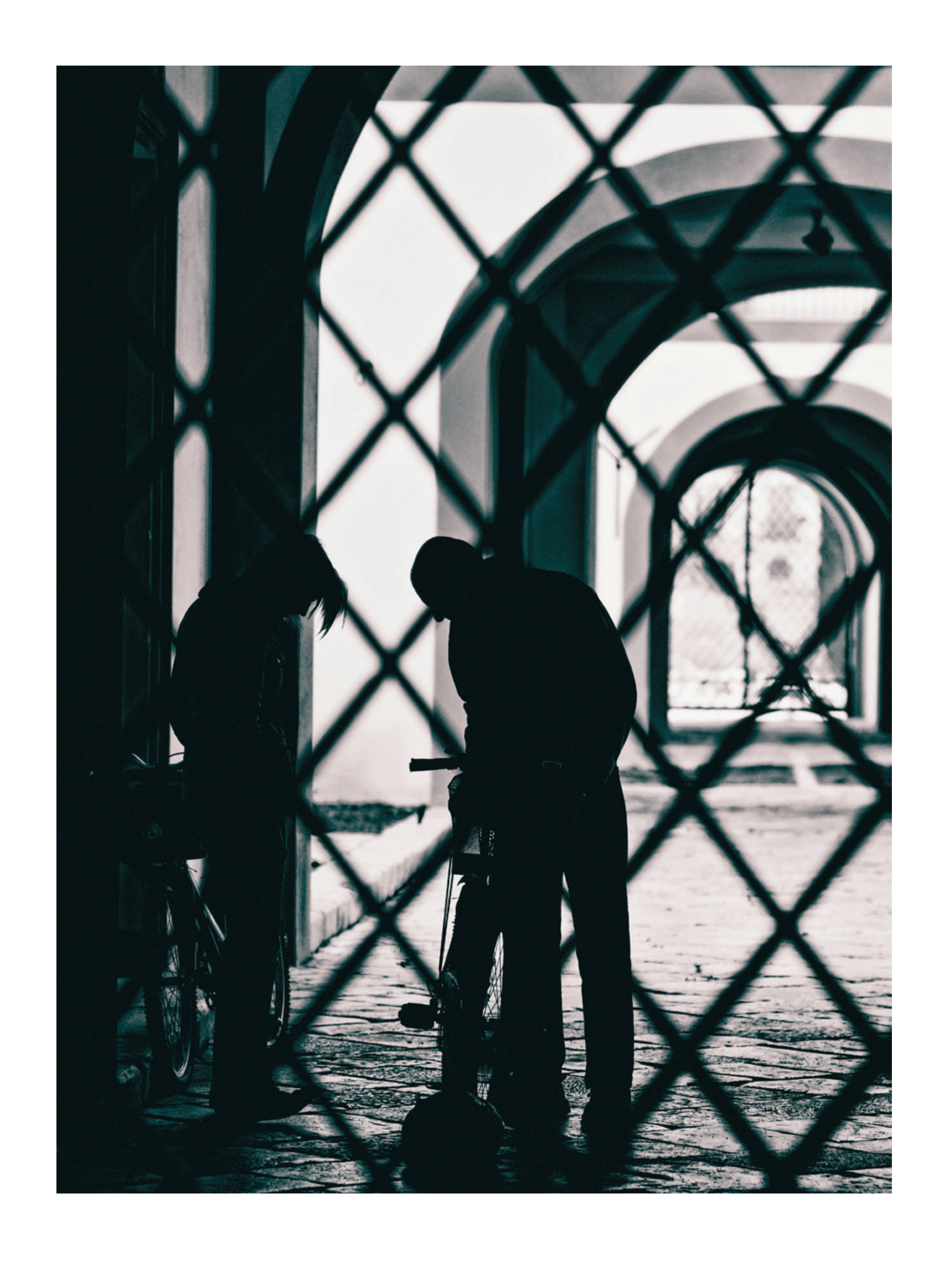
Die Rhetorik, die einerseits „Demokratisierung“ und „Europäisierung“ propagiert, auf der anderen Seite aber rechtsextremistische Geschichtsbilder popularisiert, ist sicher eine merkwürdige, im Westen schwer zu verstehende Mixtur. Aber bei genauerer Betrachtung steht Serbien in dieser Hinsicht überhaupt nicht alleine da. Die Situation in den baltischen Staaten ist ganz ähnlich. Auch dort werden faschistische Kollaborateure rehabilitiert, aber gleichzeitig „europäische Werte“ und die EU propagiert. Auch in den anderen ex-jugoslawischen Ländern finden wir Ähnliches. Vorreiter dabei ist Kroatien: Dort wurde zu Beginn der 1990er Jahre die faschistische Ustascha-Bewegung aus dem Zweiten Weltkrieg gefeiert und gleichzeitig eine prowestliche Politik betrieben.

Serbien ist weitgehend aus den Schlagzeilen in Deutschland verschwunden. Höchstens der Kosovo-Konflikt sorgt manchmal noch für Aufmerksamkeit. Wie wirkt sich der Kosovo-Konflikt auf die serbische Gesellschaft aus?

In dieser Frage gibt es eine weitgehende Kontinuität zwischen dem Milošević-Regime und den neuen »demokratischen« Regierungen. Um die Kosovo-Frage wurde ein großer Konsens der nationalen Einheit gebildet. Als der Kosovo im Februar 2008 seine Unabhängigkeit erklärte, kam es in Belgrad zu großen Unruhen. Allerdings war es recht überraschend, wie schnell sie wieder abflauten. Das deutet auf einen gewissen Stimmungswandel hin. Ein großer Teil der Öffentlichkeit reagierte geschockt auf die Plünderung von Geschäften durch tausende Hooligans und Jugendliche, die am Tag der Kosovo-Unabhängigkeitserklärung in Belgrad die Innenstadt verwüsteten. Der Tenor war: Wir zerstören unsere eigenen Städte, Menschen sterben auf der Straße. Was tun wir uns selbst an? Wir selbst haben keine explizite, öffentliche Position zu diesem Thema eingenommen. Dennoch haben wir damit gerechnet, dass unser Zentrum von Nationalisten angegriffen werden könnte. Schon weil wir finanziell aus dem Westen unterstützt werden, gelten wir als legitimes Ziel. Außerdem hatten wir einen albanischen Künstler zu einer Ausstellung eingeladen – das wäre Grund genug für einen Angriff. Bisher hatten wir aber Glück.

Worin besteht aus Deiner Sicht die größte Herausforderung für die Linke in Serbien?

Ein wichtiges Problem resultiert aus der Kompromittierung linker Begriffe. Das Milošević-Regime benutzte zentrale Begriffe der Linken wie »Gleichheit« und »soziale Gerechtigkeit«, lud sie aber nationalistisch auf. »Sozialismus« und damit auch die sozialisti-



flickr/lulazzo

schen Ideen sind in Serbien heute weitgehend diskreditiert. Mit dem Begriff »links« werden meist nicht Ideen und Werte wie Freiheit, Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und Solidarität verbunden, sondern die Unterstützung des Milošević-Regimes. Nach dem Machtwechsel 2000 galt es in der breiten Öffentlichkeit sogar als »abnormal«, sich irgendwie als links zu bezeichnen. Ohne klare Begriffe und Ideen ist die Linke kaum in der Lage, glaubwürdige Alternativen zu den negativen sozialen und politischen Veränderungen zu formulieren.

Was heißt das im konkreten politischen Kontext?

Nach dem Sturz Miloševićs kam es auch zu einem bedeutenden sozioökonomischen Wandel. Zwar begann der Privatisierungsprozess schon in den 1990er Jahren, doch erst nach 2000 wurde er massiv intensiviert. Der Gesellschaft wurde der Diskurs über die »Transition« aufgedrängt: ein geradezu mysteriöser, globaler Prozess, der schicksalhaft unerbittlich und unumgänglich sei. Die Maxime lautete, dass es uns erst einmal schlechter gehen müsse, bevor es besser werden könne. In den vergangenen Jahren entstand große soziale Unzufriedenheit, die sich im Kontext der globalen Wirtschaftskrise noch einmal enorm verstärkt. Seit Monaten finden zahlreiche Streiks und Proteste statt, aber es fehlen politische Perspektiven. Frustration reicht eben nicht aus, um soziale Bewegungen entstehen zu lassen. Es gibt niemanden, der oder die ein politisches Alternativprogramm überzeugend artikulieren würde. Stattdessen macht sich Verzweiflung breit und die Arbeiterinnen und Arbeiter greifen zunehmend zu bedenklichen Protestformen: Hungerstreiks, Selbstmordversuche oder sogar Selbstverstümmelungen – alle Mittel werden eingesetzt, um Aufmerksamkeit zu erreichen. Die Arbeiterinnen und Arbeiter fühlen sich isoliert und vereinsamt, gefangen zwischen der Willkür der neuen Reichen und dem korrumpierten Schweigen der Gewerkschaften und staatlicher Strukturen. Solidarität zwischen den Protesten besteht bisher nur in wenigen Fällen. Eine Arbeiterbewegung im eigentlichen Sinne gibt es in Serbien heute nicht. Das heißt nicht, dass eine solche Bewegung nicht wieder entstehen kann, es zeigen sich bereits erste Perspektiven. Einer Gruppe von Arbeitern gelang es beispielsweise in Zrenjanin, einer Stadt im Norden Serbiens, ihre Fabrik unter eigene Kontrolle zu bringen und dieses Modell der »Arbeiterkontrolle« den Beschäftigten anderer Fabriken zu präsentieren. Auch wenn das alles sehr prekär ist und es Mängel gibt, stellt dies eins der seltenen positiven Beispiele im Privatisierungsprozess dar und bestätigt die Annahme, dass Alternativen möglich sind.

Wer repräsentiert in dieser Situation aus deiner Sicht eine »authentische« Linke?

Die Linke im weiteren Sinn ist in Serbien sehr unklar definiert. Es gibt drei größere Gewerkschaften, die aber keine politische Ausrichtung haben. Seit kurzem koordinieren sich linksorientierte Aktivisten und Aktivistinnen aus verschiedenen Betrieben. Es ist aber noch zu früh, diese Entwicklung zu beurteilen. Ermutigend sind die Proteste der Studierenden, auch weil sich diese über nationale Grenzen hinweg vernetzen. Eine Reihe von Parteien behauptet von sich, links zu sein. Meist sind es sozialdemokratische Gruppen, die nur wenige Mitglieder haben. Die Milošević-Sozialisten haben sich in den vergangenen Jahren rapide verändert. Die SPS sitzt aktuell als Juniorpartner in der Regierung – zusammen mit dem früheren »prowestlichen« Erzfeind der Demokratischen Partei. Sie vertritt neoliberale Positionen im »Mainstream« der europäischen Sozialdemokratie; ihre nationalistische Vergangenheit wird nicht kritisch aufgearbeitet.

Eine wirkliche Linke besteht in Serbien heute aus vielleicht 15 oder 20 kleinen Gruppen. Dieses Spektrum ist ideologisch sehr heterogen und organisiert sich zudem entlang von Generationenlinien. Die Aktivistinnen und Aktivisten neuer linker Organisationen (anarchistischen, trotzkistischen, »ursprünglich marxistischen« und globalisierungskritischen Ursprungs) sind größtenteils zwischen 16 und 35 Jahre alt. Aktivisten und Aktivistinnen der Gewerkschaften gehören hingegen im Wesentlichen der Generation zwischen 40 und 55 an. Die Mitglieder der marginalen stalinistischen, titoistischen bzw. »jugonostalgischen« Gruppen sowie der verschiedenen Tendenzen der linken Dissidenz aus der Zeit des Titoismus sind noch älter. Verbindungen zwischen diesen Segmenten sind rar. Ein zweites Problem betrifft das Sektierertum. Viel Kraft und Zeit geht in ideologischen Abgrenzungskämpfen verloren, während strategische Überlegungen, Analysen und Einschätzungen auf der Strecke bleiben. Lösungen für Probleme entstehen in diesem Rahmen eher willkürlich als geplant, nicht aufgrund einer Analyse, sondern aus impulsiven Motiven.

Kann etwas von dem sozialistischen und kommunistischen Erbe in Serbien bzw. Jugoslawien aufgenommen werden, damit die Linke in der Krise handlungsfähig wird?

Das reiche Erbe ist heute leider eher eine Last. Im jetzigen politischen Klima wird man sofort als Unterstützer Miloševićs denunziert, wenn man sich als Sozialist bezeichnet. Sagt man, dass man die Idee der Arbeiterselbstverwaltung unterstützt, wird man sofort für alles Schlechte der Tito-Zeit verantwortlich gemacht etc. Eine Linke der Zukunft muss m.E. das Erbe der Linken kritisch befragen, neu bewerten und eine klare Position zur Vergangenheit entwickeln. Dies ist nicht nur ein »diskursiver« Prozess. Die Linke muss sich praktisch an die Probleme machen, die sich in unserer Gesellschaft zeigen und beispielsweise die aktuellen Arbeitskämpfe unterstützen. Wichtig ist Praxis mit einem kritischen Selbstreflexionsprozess.

---

1 Vgl. Boris Kanzleiter: Politischer Umbruch in Serbien, Rosa-Luxemburg-Stiftung Standpunkte 25/2008.

2 Serbien hat sich in der UN-Generalversammlung mit der Forderung durchsetzen können, den Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag mit einem Gutachten zur Rechtmäßigkeit der unilateralen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo zu beauftragen. Der Richterspruch wird im Herbst 2010 erwartet. Aufgrund der Aktivitäten Belgrads sah sich die EU dazu gezwungen, die neue Rechtsstaatsmission EULEX offiziell als »statusneutral« zu definieren.

3 Vgl. Djordje Tomić: Chancen für eine neue kritische Jugendbewegung. Studentische Proteste in Serbien und Kroatien, Standpunkte international 21/2009.

4 Beiträge der von der RLS unterstützten Konferenz in: Djordje Tomić und Petar Atanacković (Hg.): Društvo u pokretu. Novi društveni pokreti u Jugoslaviji od 1968. do danas [Gesellschaft in Bewegung. Neue soziale Bewegungen in Jugoslawien von 1968 bis heute]. Novi Sad: Cenzura (2009).

EINE FÜNFTE INTERNATIONALE?

ERIC TOUSSAINT

IM GESPRÄCH

In der Eröffnungsdebatte zum zehnjährigen Bestehen des WSF in Porto Alegre wurden zwei Standpunkte zur Zukunft des Weltsozialforums vorgestellt: Der eine vertritt, das Forum müsse stärker zu einer politischen Plattform mit größerer Aktionskompetenz und politischem Einfluss werden, der andere, das WSF solle seine ursprüngliche Form als Ort des Austauschs von Ideen bewahren. Wie bewerten Sie die Debatte?

Wir brauchen ein internationales Instrument, mit dem wir Schwerpunkte hinsichtlich unserer Forderungen und Ziele bestimmen, einen gemeinsamen Aktionsplan und eine gemeinsame Strategie entwerfen können. Da es eine starke Strömung im Forum gibt, die genau das nicht will, wäre es sinnvoll, mit interessierten Organisationen und Personen einen anderen Ort dafür zu schaffen. Das würde uns nicht abhalten, weiterhin einen aktiven Part im bisherigen Forum zu spielen. Eine Abspaltung oder lange, neue Debatten um die Zukunft würden uns nicht weiterhelfen und alle eher lähmen. [...]

Diese Strömung, von der Sie sprechen, ist recht stark im Forum vertreten?

Ja, und sie ist eines der historischen Zentren, das maßgeblich die Entstehung des Forums geprägt hat. Sie repräsentiert allerdings nicht das ganze Forum: Die MST, die Landlosenbewegung in Brasilien, hat das Forum ebenso mitbegründet, tritt aber für eine Veränderung des WSF ein, und auch CADTM ist seit 2001 Mitglied im Internationalen Rat.

In Porto Alegre traten Petrobras[4], Banco do Brasil u.a. als Sponsoren des Forums auf, die Anwesenheit etlicher Regierungsvertreter schien selbstverständlich. Das finde ich besorgniserregend. Mir wäre ein Forum mit weniger finanziellen Mitteln, aber einem kämpferischen Charakter lieber. Wir könnten vielmehr auf freiwillige Helfer bauen, auf Unterkünfte in Sporthallen usw.

Was wäre ein solches neues Instrument?

Im November 2009 gab es einen Vorschlag, der bisher nur wenig Widerhall gefunden hat: Chávez' Aufruf zur Bildung einer Fünften Internationale, die sich aus sozialen Bewegungen und linken Parteien zusammensetzen soll. Das ist interessant. Wenn Parteien und Bewegungen in einen Dialog träten, könnte sich eine neue Perspektive ergeben: Aktion und das Schaffen alternativer Modelle könnten zusammenkommen. Die Organisation dürfte nicht wie die bisherigen Internationalen vorgehen [...]: sie muss ohne den hohen Grad an Zentralisierung auskommen und ohne Forderung der Selbstauflösung gegenüber den internationalen Netzwerken.

Diskussionen um Form, Ziel und Inhalt der internationalen Organisierung linker emanzipatorischer Kräfte gibt es, seit der Kapitalismus als Weltsystem ins Bewusstsein der Arbeiterbewegungen getreten ist. Mit der neoliberalen Globalisierung und der Gründung der (Welt-)Sozialforen haben sich die sozialen Bewegungen einen lebendigen Raum geschaffen, aus dem heraus die Debatte über globale Organisierung neu in Schwung gebracht wurde und neue Praxisformen gefunden wurden. Um die Idee des Weltsozialforums als offenem Raum gab es viele Auseinandersetzungen. In ihrer Charta wird u.a. Parteien als solchen die Teilnahme verwehrt und gegen ein Selbstverständnis als »Bündnis« oder »Akteur« argumentiert: Um der umfassenden, doch ungleichzeitigen und widersprüchlichen Globalisierung etwas entgegensetzen zu können, werde anderes gebraucht (vgl. die Debatte in *luxemburg* 1/2010). Die sozialen Bewegungen haben seit »Seattle« Protest und Widerstand wieder in die öffentliche Wahrnehmung gebracht. Doch viele erwarten mehr von einer linken Netzwerkbildung und wünschen sich wirkungsvolle Interventionen. Im Winter 2009/2010 hat Hugo Chavez zur Bildung einer Fünften Internationale aufgerufen[1]. Das us-amerikanische ZNet hat die Initiative für eine »Participatory Socialist International«[2] ergriffen, die mittlerweile fast zweitausend Unterstützer/innen gefunden hat. Beide wollen hin zu mehr Entschiedenheit, politischer – sozialistischer – Kohärenz und Geschlossenheit. Linke Parteien sind explizit gewünscht, wenn nicht sogar als Ausgangspunkt gedacht. Beide Projekte sehen sich jenseits des Sozialforums, aber nicht alternativ.

Um beide Projekte ist es merkwürdig still geworden. Doch die Auseinandersetzungen um Bedingungen und Möglichkeiten neuer politischer Interventionen und globaler Organisierung von Widerstand müssen geführt werden. Vor diesem Hintergrund dokumentieren wir ein Gespräch mit Eric Toussaint[3]. Es wurde geführt von Igor Ojeda für die brasilianische Wochenzeitung *Brasil de Fato.*
Toussaint ist für die Organisation »Komitee für die Abschaffung der Schulden der Dritten Welt« (CADTM) Mitglied des Internationalen Rats des WSF.
Das Gespräch fokussiert die Herausforderungen, die sich einer wirkungsvollen linken, internationalen Organisierung stellen.
Corinna Genschel, Redaktion *luxemburg*

Die Netzwerke könnten als eigenständige Organisationen beitreten. Gleichzeitig würden sie mit ihrer Mitgliedschaft ihre Entschlossenheit deutlich machen, über die gegenwärtigen Ad-hoc-Bündnisse zu Klima- oder globaler Gerechtigkeit, zu Ernährungssouveränität oder Schuldenstreichung hinausgehen zu wollen. So viele unserer Netzwerke haben gemeinsame Anliegen – das ist positiv. Wenn wir eine erfolgreiche gemeinsame »Front« bilden könnten, wäre es noch besser. Der Begriff »Front« ist hierbei zentral: sie sollte eine dauerhafte Formierung von Parteien, sozialen Bewegungen und internationalen Netzwerken sein. Die Identität der einzelnen Akteure bleibt erhalten, aber alle setzen den Schwerpunkt auf das, was in gemeinsamen Zielen und im Kampf verbindet. Die letzten Monate haben wieder gezeigt, wie notwendig eine bessere internationale Mobilisierung wäre: Der Staatsstreich in Honduras ist eine schwerwiegende Angelegenheit, nicht zuletzt weil putschistische Kräfte auch in anderen Ländern einen Putsch wieder als mögliche Option sehen. Unsere Mobilisierungen reichten hier nicht aus.

Sollte eine Fünfte Internationale die verschiedenen linken Strömungen um die Idee gemeinsam getragener Aktionen sammeln?

Ja, genau. Um dies zu erreichen, müssten wir einen konsultativen Dialog beginnen. Das darf nicht überstürzt werden. Um wirkungsvoll zu werden, müsste die Fünfte Internationale eine signifikante Zahl von Organisationen zusammenbringen. Das Projekt wäre tot, wenn nur ein kleiner Teil der Bewegungen aufgenommen würde. Voraussetzung ist, dass die Debatte wirklich breit geführt wird.

Sie bezeichneten einmal das WSF 2009 in Belém als eine der ersten großen Mobilisierungen gegen die ökonomische Krise.[5] Jetzt sagen Sie, die Reaktionen auf Haiti oder Honduras sind alles andere als befriedigend. Was ist passiert, was ist falsch gelaufen?

Sie haben Recht, auf die Diskrepanz zwischen dem großen Erfolg in Belém und dem, was danach passiert ist, hinzuweisen. Das Jahr 2009 war ernüchternd: keine wirklich große Mobilisierung in den großen Industriestaaten, den Epizentren der Krise. Abgesehen von Frankreich und Deutschland, wo es einigermaßen starke Demonstrationen gab – in Frankreich waren im ersten Halbjahr 2009 mehr als zweieinhalb Millionen Demonstrierende auf den Straßen. In den USA gab es einige Streiks, auch diese waren begrenzt. Die gesellschaftlichen Bereiche, die von der Krise am meisten betroffen sind, kommen kaum in Bewegung. Als wären die Menschen betäubt und tief erschöpft. Erwerbslosigkeit hat im Norden enorm zugenommen. In Spanien ist sie von zehn Prozent auf 20 Prozent der ökonomisch aktiven Bevölkerung hochgeschnellt, so etwas haben wir seit 30 Jahren nicht mehr gesehen. In den Ländern des Südens erwecken Regierungen – wie die von Lula – den Eindruck, als seien ihre Länder von der Krise nicht so betroffen wie im Norden, da sie fiskalische und ökonomische Maßnahmen ergriffen haben, die der Krise standhalten. Auch im Süden ist das Niveau der Mobilisierung gegen die internationale Krise niedrig. Aber lassen Sie mich einen historischen Vergleich machen: Nach dem großen Zusammenbruch an der Wall Street 1929 brauchte es bis 1933, 1934, 1935, bis große radikale soziale Kämpfe sich auszubilden begannen. Die Reaktion der Massen erfolgt nicht unmittelbar. Wenn die Krise mit erheblichen Auswirkungen anhält, werden sich die Menschen *en masse* in Bewegung setzen.

Aber jenseits dieser historischen Analyse – denken Sie, dass die Linke unfähig war, eine angemessene Antwort zu geben?

Sehen wir uns ein anderes Beispiel an: In Belém haben wir eine aufgeweckte und begeisterte brasilianische Jugend aus dem Bundesstaat Pará gesehen. Sie waren beim WSF in Belém stark vertreten und haben an den Debatten um radikale Alternativen teilgenommen. Da aber das WSF kein Mittel der Mobilisierung ist, endete der Prozess damit. Darüber hinaus ist das obere Management der Gewerkschaften sehr bürokratisiert. Ihre bevorzugte Politik besteht darin, darauf zu hoffen, dass Regierungsentscheidungen Konflikte verhindern. Sie bearbeiten und unterstützen Regierungspolitiken, die die Auswirkungen der Krise für die Ärmsten abfedern.

Entschlossenheit ist bei den Gewerkschaftsführern abwesend, seien sie links oder sozialdemokratisch. Das bedeutet wiederum, dass die Regierungen der Länder des Nordens immer weiter sozialliberale oder neoliberale Lösungen durchsetzen. Sie versuchen nicht einmal, eine neokeynesianische Politik zu implementieren. Verglichen mit der Politik von Obama, Zapatero oder Gordon Brown ist Roosevelts New Deal von 1933 ziemlich links. Deswegen haben meines Erachtens die Führungen der traditionellen Linksparteien und Gewerkschaften eine solch hohe Verantwortung, besonders im Kontext der Schwäche des WSF, mit der Krise umzugehen. Deswegen denke ich, dass wir so dringlich ein neues Instrument brauchen.

Aus dem Englischen von Corinna Genschel

1 www.psuv.org.ve/files/tcdocumentos/commitment.caracas.pdf
2 www.zcommunications.org/newinternational.htm
3 Vgl. Brasil de Fato vom 14.02.2010, www.cadtm.org/Beyond-the-World-Social-Forum-the.
4 Ölgesellschaft, an der Brasilien 39 Prozent staatliche Anteile hält; zweitgrößtes transnationales Unternehmen und verantwortlich für massive Umweltschäden in Brasilien.
5 Vgl. Eric Toussaint: The U.S. and its unruly Latin American ›backyard‹, www.cadtm.org/The-U-S-and-its-unruly-Latin.

ANGRIFF DER LEISTUNGSTRÄGER?

EINE EINFÜHRUNG IN DIE SLOTERDIJK-DEBATTE

JAN REHMANN

UND THOMAS WAGNER

Was ist ein Leistungsträger? Wikipedia gibt die knappe Auskunft, dass es die »Besserverdienenden« bezeichne. Wie genau ein überdurchschnittliches Geldeinkommen mit der »Leistung« zusammenhängt, geht daraus nicht hervor. Unter »Besserverdienenden« erhält man die Information, dass es eine allgemein verbindliche Definition nicht gebe, aber wer dafür das Wort »Leistungsträger« benutze, tue dies, um in der politischen Diskussion eine Senkung der Spitzensteuersätze bzw. der Reduzierung der Steuerprogression zu begründen.

Der Begriff führt also nicht nur unmittelbar ins Zentrum der Verteilungskämpfe des gesellschaftlichen Reichtums, er ergreift in ihnen auch sofort energisch Partei. Deshalb wird er gemeinhin als »umstritten« gekennzeichnet. So beklagt Franz Peter Lang, der Präsident des Bundesverbands deutscher Volks- und Betriebswirte e.V., dass der Ausdruck laut Allensbacher Institut für Demoskopie von mindestens der Hälfte der Befragten abgelehnt werde. Dieses negative Image teile er mit Begriffen wie Unternehmen oder Unternehmensgewinn, die sogar mehrheitlich »negative Empfindungen« weckten (Lang 2004). Um dies zu ändern, hat sich der Verband 2002 mit anderen zu einem »Aktionskreis Leistungsträger« zusammengeschlossen.

Schon »Leistung« selbst ist ein abstrakter Begriff, weil er sich von der Frage der Nützlichkeit, des konkreten Wozu der jeweiligen Arbeiten abgelöst hat. Er gehört in den Bereich, den Marx als bürgerliche Wertabstraktion und »Fetischismus« analysiert hat, einen Bereich, in dem die abstrakte, den »Tauschwert« produzierende Arbeit über die konkreten, gebrauchswertorientierten Arbeiten dominiert, die kapitalistische Verwertung die gesellschaftliche Produktion beherrscht, die »shareholder values« den Vorrang vor den »life values«, dem Lebenswerten, Genussvollen am Leben einnehmen. Die Fähigkeit, möglichst viel Vermögen anzuhäufen, koste es die Gesellschaft, was es wolle, wird zum Inbegriff der Tätigkeit. In dieser quasi-religiösen Verkehrung wird die »Leistung« zu einem mit eigenem Leben ausgestatteten Wesen, das dann von den »Leistungsträgern« getragen wird – ein nahezu komisches Bild, das die Absurdität bürgerlicher Vulgärideologien offenlegt.

»Umstritten« ist der Begriff vor allem, weil er den Verdacht nicht abschütteln kann, dass viele der »Besserverdienenden«, die sich als strebsame »Träger« einer solchen Leistung wähnen, in Wirklichkeit von den vielfältigen Leistungen derjenigen leben, die für sie arbeiten. Da die lohnabhängig Arbeitenden die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen, ist ein solcher Verdacht gefährlich. Er kann zur allgemeinen Auffassung führen, die Gesellschaft könnte und sollte sich solche »Leistungsträger« nicht mehr leisten.

Der Leistungsträger gehört zum »normalen« Repertoire einer neoliberalen Ideologie. Über den attraktiven Begriff der »Leistung« soll er ermöglichen, eine Gemeinschaft zwischen ökonomischen Eliten, bedrohten Mittelschichten, »qualifizierten« Berufen bis hinein in die Facharbeiterschaft herzustellen – gegen die Ansprüche »sozialer Gerechtigkeit« und gesellschaftlicher Umverteilung, die v.a. von den Interessenvertretungen der »abhängig« Beschäftigten, der Prekarisierten und Arbeitslosen erhoben werden. Aber was ist schon »normal« in einer ökonomischen Krise, wo die Frage, wer für die Werteverluste und leeren Staatskassen zahlen soll, mit neuer Brisanz aufgeworfen wird?

In diesen Kontext fällt die »Steuerdebatte«, die von Peter Sloterdijks Beitrag »Die Revolution der gebenden Hand« in der *FAZ* vom 13. Juni 2009 angestoßen wurde. Sloterdijk überbietet darin die üblichen Steuersenkungsparolen des Neoliberalismus, indem er den »produktiven« Schichten der Leistungsträger das Ziel einer Abschaffung der Steuern und ihre Ersetzung durch freiwillige Gaben vor Augen führt. Er zeigt sich erstaunt, dass sie nicht zum »plausibelsten« Mittel eines »antifiskalischen Bürgerkriegs« griffen. Mit der drei Monate später erfolgenden Antwort von Axel Honneth in der *Zeit* kam es zur »Sloterdijk-Debatte«, an der sich alle größeren Zeitungen Deutschlands beteiligten.

Viele haben Sloterdijk als Autor der *Kritik der zynischen Vernunft* (1983) in Erinnerung, der noch nicht alle Bindungen an die kritische Theorie aufgelöst hatte. Sloterdijks Kritik des Zynismus als »aufgeklärtes falsches Bewusstsein« hatte Karl Heinz Götze zufolge ihre Stärke darin, dass sie »einem Phänomen, das viele kennen und wenige wahrhaben wollen, seinen Charakter öffentlich auf den Kopf zusagt«. Aber indem sie sich im Namen eines Guten hier und jetzt gegen die »kritische Sucht des Besserns« wandte, ging sie selbst unablässig in Zynismus über. Sloterdijk führte seinen Argumentationsfaden so, »dass er die Kräfte der Gesellschaftsveränderung fesselt«.

Sloterdijk baut den Übergang vom Zynismus-Kritiker zum »Herrschaftszyniker« in der Folgezeit systematisch aus. Die philosophische Weichenstellung verläuft v.a. über eine Nietzsche-Lektüre, die die »Vertikalspannung« zwischen Eliten und Gewöhnlichen hervorhebt. Man kann sie daher im Unterschied zum postmodernen »Linksnietzscheanismus« (à la Deleuze, Foucault, Vattimo u.a.) als »Rechtsnietzscheanismus« bezeichnen. Nicht erst in der Steuerdebatte, schon in seinem *Weltinnenraum des Kapitals* (2005) arbeitet Sloterdijk mit der Entgegensetzung von produktiven »working rich« und unproduktiven »parasitären Armen«. Nietzsches Feindschaft gegen die jüdisch-christliche Rassenmischung der »Tschandala« wird in *Zorn und Zeit* (2006) auf das »aufgebrachte Subproletariat« der Pariser Vorstädte und des politischen Islam übertragen. Nietzsche spricht bei Sloterdijk auch dort mit, wo er nicht explizit erwähnt wird. So argumentiert er in der *Revolution der gebenden Hand*, das Movens der modernen Wirtschaftsweise sei nicht im Gegenspiel von Kapital und Arbeit zu suchen, sondern in der »antagonistischen Liaison von Gläubigern und Schuldnern«. Der Gedanke geht auf Nietzsches *Genealogie der Moral* zurück, wo das Verhältnis zwischen Gläubigern und Schuldnern als »ältestes und ursprünglichstes Personenverhältnis« beschrieben wird (KSA 5, 305f). Es erhält damit den Status eines aristokratischen Ursprungsmythos von Gesellschaft. Wo Sloterdijk die »Tendenz zur Ausbeutungsumkehrung« beklagt, bei der die »Unproduktiven« auf Kosten der »Produktiven« leben – noch dazu in dem Glauben, »man tue ihnen unrecht und man schulde ihnen mehr«, erkennt man leicht die Polemik des frühen Nietzsche gegen den sokratisch-optimistischen »Glauben an das Erdenglück aller«, der den »barbarischen Sclavenstand« dazu verführt habe, »seine Existenz als ein Unrecht zu betrachten und für alle Generationen Rache zu nehmen« (KSA 1, 117).

Man muss die nahezu allgegenwärtigen Nietzsche-Bezüge bei Sloterdijk im Auge haben, um Axel Honneths Argument zu verstehen, diesem »nachgeahmten Nietzscheanismus der Ressentimentkritik« liege seinerseits ein Ressentiment zugrunde. Hier geht es um weit mehr als um »intellektuelle Stilarten« und ihre Marktanteile (Hans Ulrich Gumbrecht) oder um den Konflikt zwischen Frankfurter »Hochschulestablishment« und Karlsruher »künstlerischem Freidenkertum« (Richard David Precht). Honneth setzt die sloterdijksche Redeweise von den »Leistungsträgern« der Frage aus, warum z.B. »ein etwa durch Vererbung oder finanzielle Spekulationen erworbenes Vermögen im Sinne irgendeiner Leistung rechtmäßig ›verdient‹ sein soll«. Der Versuch, den Sozialstaat aufs plebejische Ressentiment zurückzuführen, sei Instrument eines »Klassenkampfs von oben«. Darüber hinaus produziere der Kapitalismus, indem er den Einzelnen zur permanenten kreativen Selbstmobilisierung verpflichtet, notwendig jene, »denen ihr Scheitern als Versagen vorgehalten werden kann« (Christoph Menke). Sloterdijk sieht die progressive Einkommensteuer als Enteignung an und vergleicht sie mit sozialistischer Verstaatlichung. Sie führe dazu, dass »eine Handvoll Leistungsträger gelassen mehr als die Hälfte des nationalen Einkommensteuerbudgets bestreitet«. Dem lässt sich entgegenhalten, dass die indirekten Steuern den Hauptteil des staatlichen Steueraufkommens ausmachen und die niedrigeren Einkommen stärker belasten als die höheren (vgl. Rudolf Walther). Der Spitzensteuersatz wurde zwischen 2000 und 2005 von 53 auf 42 Prozent gesenkt und der Anteil der oberen zehn Prozent am gesamten privaten Vermögen ist zwischen 2002 und 2007 von 57,9 auf 61,1 Prozent gestiegen (Michael Hartmann).



flickr/école

Sloterdijks »Ausbeutungsumkehrung«, bei der die »Leistungsträger« durch eine keynesianische »*Staats-Kleptokratie*« ausgeplündert werden, ist ein neoliberales Märchen. Zu beobachten ist vielmehr eine umfassende Umverteilung von unten nach oben, die mit Hilfe des neoliberalen Staates durchgesetzt wird.

Vermutlich würden die meisten Kontrahenten dieser Debatte es weit von sich weisen, wenn ihre Beiträge als verschlüsselte Austragungsformen eines Klassengegensatzes interpretiert würden. Und doch stellt dies zumindest eine der Tiefendimensionen dar. Karl-Heinz Bohrer wirft Honneth und Menke vor, »ihrer plebsfreundlichen Entrüstung den Anschein von längst erwiesenen Prinzipien zu geben«. Dagegen beklagt er, vom Sozialstaat um die Pfründe seines »wohlverdienten finanziellen Zugewinns« gebracht zu werden. »Schöner könnte kein Manager das Boni-System verteidigen«, entgegnet Dirk Pilz in der *Berliner Zeitung,* und Beate Rössler kommentiert in der *Frankfurter Rundschau,* bei Bohrer (und anderen) zeige sich eine »Gier«, die gut für den kapitalistischen Markt sei, dessen Parteilichkeit man freilich durch »Gerechtigkeit« ausgleichen müsse.

Viele der Sloterdijk-kritischen Beiträge neigen dazu, dem kapitalistischen Eigennutz mit der Anrufung ethischer Werte zu begegnen. Die Beschwörung von ethischen Tugenden und Normen findet sich freilich auch auf der Gegenseite, wenn z.B. Ulrich Greiner der »Tugend der Barmherzigkeit« sowie der »Würde der Armut« zu neuem Leben verhelfen möchte – vorausgesetzt natürlich, es würde allgemein akzeptiert, »dass Ungleichheit zu den menschlichen Grundbedingungen zählt«. Eine solche Armutsfrömmigkeit sei vom Standpunkt der Betroffenen aus betrachtet eine geschmacklose Idealisierung, lautet das ethische Gegenargument Johann Hinrich Claussens. Es gehe nicht um die »Würde der Armut«, sondern um die »Würde der Armen«.

Auch die Ethik erweist sich also als Kampfplatz sozialer Gegensätze. Was die ethischen Werte konkret bedeuten, hängt davon ab, wie sie durchbuchstabiert und mit den Lebens- und Überlebensinteressen der Vielen verbunden werden. Wer sich noch an die Frontstellungen von 1968 erinnert, wird einen Paradigmenwechsel feststellen können: damals stand ein hedonistischer, auf solidarische Selbstbefreiung gerichteter Aufbruch der Studenten- und Jugendbewegung einer »verknöcherten« und »verlogenen« Moral des Nachkriegskonservatismus gegenüber. Heute sind es die konservativen und rechtsliberalen Intellektuellen, die den Gestus des Aktiven und Kreativen, den Hedonismus sowie die »fröhliche Wissenschaft« (Nietzsche) für sich in Anspruch nehmen. Von dieser Warte fertigen sie den linksliberalen Gegner v.a. in Gestalt Honneths als »traurigen Professor« (Sloterdijk), als autoritär-moralisch (Gumbrecht), »moralinsauer« und »verkniffen« (Bohrer), »professoral« und »arrogant« (Precht) oder »schulgerecht« ab (Volker Gerhardt). Es lohnt sich darüber nachzudenken, wie die Linke eine festgefahrene Konfrontation überwinden könnte, bei der der Aktivismus und die Lebensbejahung, freilich in rücksichtsloser und egoistisch vereinseitigter



flickr/funkydory1 ©

Privatform, neoliberal vereinnahmt werden, während die Kritiker auf sozialethisch wohl begründeten, aber abstrakt erscheinenden »Normen« sitzen bleiben.

Sloterdijk selbst hat in *Aufbruch der Leistungsträger* (2009) den gesellschaftspolitischen Einsatz seiner Intervention auf den Punkt gebracht: Nach lang anhaltender Periode eines »strukturellen Sozialdemokratismus« (im Sinne eines institutionalisierten Klassenkompromisses) bestehe das Neue nach dem Wahlsieg der schwarz-gelben Koalition darin, dass sich die Leistungsträger nun mit einem »sachten Ruck« aus ihren bisherigen volksparteilichen Verankerungen lösten und bei der FDP eine erste Auffangstation fänden.

Auch wenn dies z.Z. noch nicht realistisch erscheint, ist Sloterdijks Intervention keineswegs irrelevant. Ihre Bedeutung liegt nicht so sehr in der unmittelbaren realpolitischen Umsetzung als in der *Deutung* der Sozialverhältnisse, d.h. auf dem ideologischen Feld eines in die Krise geratenen Neoliberalismus: In der Wirtschaftskrise ist das Bündnis zwischen Eliten und Mittelschichten großen Belastungen ausgesetzt. Es muss deshalb mit einem permanenten Großeinsatz an ideologischen Anrufungen aufrechterhalten bzw. immer wieder von neuem hergestellt werden. Für die Mittelschicht besteht der Widerspruch z.B. darin, dass sie ökonomisch unter starken Druck geraten ist, während sie politisch als »Mitte« intensiv umworben wird. Ihr Bündnis mit den ökonomisch unerreichbaren Eliten beruht zu einem Großteil auf »Selbstbetrug«, der möglich wird, weil »sie viel Kraft und Aufmerksamkeit darauf verwendet, sich vehement von der Unterschicht abzugrenzen« (Ulrike Herrmann 2010). Dies erklärt den beobachteten Ressentimentbedarf und die hohe Nachfrage nach einem Philosophen, »der sich darauf versteht, Ressentiments in brodelnde Sätze zu kleiden« (Trampert). Die Sloterdijk-Debatte kann somit als »aktueller Kampf um die Mitte« (Henrique Otten) gelesen werden.

Vielleicht hat der von Irrlitz beobachtete »aufgereizte Klang« der sloterdijkschen Rhetorik über die allgemeine Theatralik des Marktes hinaus noch einen spezifischeren Symptomwert. Wie Lieber/Steinfeld hervorheben, hat Sloterdijks »Zentralstellung der Leistungsträger« keinerlei produktive Basis. Sloterdijk verschwendet keinen Gedanken auf die Frage, aus welcher ökonomischen Basis der beschworene neue Bürgergeist Gehalt, Orientierung und Schwung beziehen soll. Dies ist für sich genommen nicht verwunderlich, da er die Probleme der Arbeit, ihrer gesellschaftlichen Teilung und Organisation, mit heroisch-nietzscheanischem Gestus verbannt und durch die athletische *Übung* ersetzt hat. Aber diese Leerstelle korreliert nun mit dem grundsätzlichen Problem des Neoliberalismus: dass bislang kein neues Akkumulationsregime in Sicht ist, mit dessen Hilfe die ökonomische Krise überwunden werden könnte.

Dass Sloterdijks hysterisch überdrehte Rhetorik so begierig von einer »neuen Elite« (Honneth) aufgenommen wird, hat seinen Grund nicht zuletzt in dieser strukturellen Schwäche neoliberaler Hegemonie. Dadurch wird Sloterdijks Intervention nicht weniger gefährlich. Was seinem Elitismus bislang fehlt, ist v.a. die wirksame Vermittlung mit einem autoritären Rechtspopulismus. Die Auftritte von Westerwelle und Sarrazin, ob unmittelbar erfolgreich oder nicht, geben uns v.a. einen Hinweis, mit welcher Intensität an solchen diskursiven Verbindungen gearbeitet wird. Schon längst haben prominente Intellektuelle des Großkapitals wie der ehemalige Präsident des BDI Hans Olaf Henkel und der Verfassungsrechtler Herbert von Arnim damit begonnen, sich mit extrem rechten Ideologen aus dem Umfeld der Zeitschrift *Junge Freiheit* in Fragen der politischen Zielsetzung und Strategie aufeinander zu zu bewegen (vgl. Wagner 2010). Ihre Vorschläge zielen darauf ab, die Parteien so weit als möglich durch charismatische Individuen zu ersetzen und die Bevölkerung in eine von oben lenkbare atomisierte Masse aufzulösen. Eine solche Programmatik ist ideologiepolitisch erfolgversprechend, weil sie die Individuen als freie Bürger anruft und ihnen unter dem Schlagwort »direkte Demokratie« mehr Partizipation verspricht. Freilich darf diese nicht auf die Sphäre der Produktion ausgedehnt werden. Gemeinsamer Fluchtpunkt der politischen Vorstellungen von bürgerlichen Direktdemokraten à la Henkel und dem extrem rechten Lager ist das Ziel eines »plebiszitären Präsidialsystems«, das von unten legitimiert ist, aber von oben hart durchgreifen kann, um die herrschende Wirtschaftsordnung und ihre Profiteure gegen alle Anfechtungen zu verteidigen.

Gramsci hat im Zusammenhang mit seiner Kritik am Ökonomismus in Zweifel gezogen, dass Wirtschaftskrisen »von sich aus fundamentale Ereignisse hervorbringen«. In Wirklichkeit könnten sie nur »einen günstigeren Boden« für die Verbreitung bestimmter Handlungs- und Denkweisen bereiten (*Gefängnishefte*, H. 13, §17, 1563). Wie die gegenwärtigen verflochtenen Krisen von der Bevölkerung interpretiert werden, welche Diagnosen und Lösungsvorschläge angenommen werden, hängt von den jeweiligen hegemonialen Kräfteverhältnissen ab. Die Sloterdijk-Debatte ist eine begrenzte, aber symptomatische Momentaufnahme solcher Kräfteverhältnisse.

Der Beitrag ist eine modifizierte Fassung der Einleitung in das von Jan Rehmann und Thomas Wagner herausgegebene Buch Angriff der Leistungsträger? Das Buch zur Sloterdijk-Debatte. *Es erscheint im Juni 2010 im Argument-Verlag; darin schreiben u.a. Ulrich Beck, Axel Honneth, Gerd Irrlitz, Stephan Lessenich, Christoph Menke, Thomas Meyer, Richard D. Precht, Franz Sommerfeld, Rainer Trampert, Rudolf Walther. Die Hinweise im Text, die nur mit Namen versehen sind (ohne Jahreszahl oder Seitenangaben), beziehen sich auf die Beiträge im Buch.*

LITERATUR

Gramsci, Antonio: *Gefängnishefte,* hg. v. K. Bochmann, W. F. Haug u. P. Jehle, Hamburg 1991ff

Herrmann, Ulrike, 2010: »Die Mittelschicht betrügt sich selbst«, Spiegel Online, 8. April, www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,687760,00.html

Lang, Franz Peter, 2004: »Was sind eigentlich Leistungsträger?« in: bdvb-aktuell 85,Juli www.bdvb.de/web/media_get.php?mediaid=2678&fileid=7531&sprachid=1

Nietzsche, Friedrich: *Kritische Studienausgabe,* hg. v. Giorgio Colli and Mazino Montinari, München De Gruyter, (zit. KSA) 1999

Wagner, Thomas, 2010: Direkte Demokratie statt Selbstvergesellschaftung. Die bonapartistische Offensive der Rechtsintellektuellen, in: *Das Argument,* 286, 2, 249–55

EIN THEATER UND SEINE SPRACHE

ODER: VOX POPULI VOX KRONEN-ZEITUNG VOX POPULI

PETER PORSCH

PROLOG

Wer, wie ich, in Wien unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg zwischen Augarten und Wallensteinstraße aufgewachsen ist, weiß, dass in dieser Gegend viel Tschechisch und Slowakisch gesprochen wurde. Die alten Frauen im Beserlpark am Gaußplatz unterhielten sich in ihren Muttersprachen. Wenn sie Deutsch sprachen, merkte man vor allem an der Phonetik, dass dies höchstens ihre zweite Muttersprache sein konnte. Liebevoll nannte man dieses Idiom »Behmageln«, was eben auf den böhmischen bzw. slowakischen (für die deutschsprachigen Wienerinnen und Wiener gab es da keinen Unterschied) Grundton Bezug nahm. Die Mehrheit der Familiennamen der 14 Mietsparteien in unserem Haus reflektierte diese Situation: Pany, Schebella, Cerny, Godai, Skolnik, Schrom, Korinek, Schimek; Wasitzky war polnischen Ursprungs. In der Volksschule wurde erhoben, wer zu Hause Deutsch sprach und wer eine andere Sprache. Das Ganze war so normal, wie etwas nur normal sein konnte. Es war der alten k.u.k. Monarchie geschuldet – ihrer ethnischen Vielfalt und ihrer weitgehenden inneren Freizügigkeit. Relikte urwiener Überheblichkeit gegenüber »Zugereisten« gab es wohl. Bei Rangkonflikten z.B. den Spruch »Zuerst der Weaner, dann der Behm« – fast immer scherzhaft gemeint. Von einer Freundin meiner Großmutter, einer Heurigensängerin namens Matzke (eine tschechische Ableitung aus Matthias), hörte ich öfter ein Lied über die Fronleichnamsprozession, die eine große Hetz (ein großer Spaß) in Wien war, und darüber, wer dort immer hin kam: »der Pany, der Wosselack, der Zwickidack, der Pschisty und der Haderlack, der Jiritschek, der Gebranek und auch der Wenzel Zschiptschaptschek, der Woprehal, der Zapledal ...«.

VORGESCHICHTE

Arigona Zogaj ist ein Mädchen, dessen Vater 2001 aus dem Kosovo illegal nach Österreich eingereist ist und trotz eines abgelehnten Asylantrags 2002 seine Frau und seine Kinder nachkommen ließ. Der Vater arbeitet, die Kinder besuchen Schule bzw. Kindergarten. Sie sind im Heimatort beliebt, sprechen gut Deutsch und gelten als integriert. 2007 wird dennoch die Ausweisung vollzogen. Die Familie kommt in den Kososvo, nur Arigona entzieht sich der Ausweisung durch Verstecken. Eine tragische Geschichte beginnt: Arigona droht mit Selbstmord, ein Pfarrer outet sich als Verstecker und quasi Anwalt Arigonas vor der Öffentlichkeit. Arigona darf die Schule weiter besuchen. Geschwister kehren zeitweilig über Ungarn nach Österreich zurück usw. Von einem Magazin wird Arigona, die weiter um ihren Aufenthalt kämpft, 2010 zum »Mensch des Jahres« gewählt. Ihr Schicksal wird Gegenstand eines Theaterstückes von Franzobel: *A Hetz oder Die letzten Tage der Menschlichkeit*. Im Januar 2009 wurde eine weitere Dramatisierung der Geschichte durch Holger Schober unter dem Titel *Heimat.com* in Heilbronn uraufgeführt.

EINE MELDUNG UND DIE KOMMENTARE

Eine an sich neutral gehaltene Meldung auf der Internetseite » krone.at« informiert am 6.1.2010 über die Uraufführung, verweist auf die bereits vorhandene Dramatisierung und erinnert in zwei Sätzen an die realen Begebenheiten rund um Arigona. Außerdem wird darüber informiert, dass auch in Deutschland 14000 Kosovaren von der Abschiebung bedroht wären, Europarat und Vereinte Nationen allerdings der Meinung seien, dass eine Rückkehr dieser Menschen in Sicherheit und Würde nicht möglich sei.

Stellt man für diese Meldung die Intertextualität her, die Beeinflussung des Verständnisses durch bereits bekannte Texte, stößt man auf einen sehr emotional ausgetragenen Streit um das Schicksal der Familie, um die Rechtmäßigkeit der Abschiebung und deren Angemessenheit. Verquickt ist dieser Streit mit den Konflikten konträrer Einschätzungen der Situation und Motive der Asylbewerber: »Menschen in Not« versus »Schmarotzer am österreichischen Wohlstand«. Die *Kronen-Zeitung* ist hauptsächliche Plattform der Vertreterinnen und Vertreter der zweiten

Wertung, davon zeugen die Kommentare zur Meldung – quantitativ und qualitativ. Sie zeigen die Einstellungen der Kommentierenden zu Asylbewerberinnen und -bewerbern generell, zur Familie Zogaj, zu Arigona und ihren Unterstützerinnen und Unterstützern im Besonderen und zur Dramatisierung in Deutschland im aktuellen Fall.

Untersucht habe ich 59 Kommentare, die am 6.1.2010 zwischen 16:51 Uhr und 18:33 Uhr abgegeben wurden. Bei den Kommentaren wird immer die Zahl der Zustimmungen durch Leserinnen und Leser genannt. Ich füge diese ebenfalls hinzu. Man kann aber nicht erkennen, wie viele verschiedene Leserinnen und Leser hinter den jeweiligen Kommentaren stehen. Wenn ich zitiere, behalte ich die Originalorthographie bei.

Die gesamte Asylproblematik, die in Österreich wesentlich von der negativen Haltung der rechtspopulistischen Parteien FPÖ und BZÖ zu illegal eingereisten Ausländerinnen und Ausländern sowie Asylantinnen und Asylanten geprägt ist, wird z.B. als »Wahnsinn« bezeichnet (einmal 17, einmal 46 Zustimmungen), mit dem »Schluss« gemacht werden müsse. »Diese Ausländer führen sich auf, als ob sie bei uns zu Hause wären!!!!!« wird in einem Kommentar gesagt (21 Zustimmungen). Das Theaterstück könnte in Deutschland die Ansicht stützen, in Österreich wäre es einfach, illegal zu leben und die Behörden lächerlich zu machen. Das könne dazu führen »dass wir demnächst wort-wörtlich überrannt werden. den dise stück wird beispielgebend sein« (16 Zustimmungen). Andererseits wird die Premiere des Stücks in Heilbronn zum Anlass und Argument genommen, Arigona mit ihrer Familie nach Deutschland abzuschieben oder auf Welttournee zu schicken. In sieben Kommentaren kommt dies zum Ausdruck (281 Zustimmungen). »Bitte die Arigona nach Deutschland schicken und lasst sie und ihre Familie an dem Theaterstück mitverdienen – dann sind wir sie los und die Diskussion hätte endlich ein Ende!!!« (104 Zustimmungen). Das Theaterstück wird auch als Provokation des Volkes verstanden (einmal 22 Zustimmungen, einmal 4). »Solche ›Theaterstücke‹ werden von Nestbeschmutzern gemacht« (14 Zustimmungen). Es wird empfohlen, Österreich solle bei falscher Darstellung der Sachverhalte im Stück klagen: »wegen unwahrheit, verhöhnung österreichs usw. alles was man da klagen kann« (26 Zustimmungen). Der Darstellung der Welt im Theater wird der »Fall Arigona« als Theater oder auch »Kasperletheater« (79 Zustimmungen) gegenübergestellt. »›Unsere neuen Super Stars‹ – Arigona u. Natascha! Applaus« (82 Zustimmungen). In einer Nebenlinie wird fünfmal (durchgängig negativ wertend) auf das Schicksal von Natascha Kampusch Bezug genommen, die, als Kind entführt, acht Jahre in Gefangenschaft gehalten wurde – immer mit verächtlich machender Wertung (z.B. »hauts eich auf a packal«, »gemeinsam im keller einsperren«, insgesamt 157 Zustimmungen).

In einem Kommentar wird gefragt, »Kommt nach Hollywood und Bollywood jetzt Kosowood ??????« (42 Zustimmungen). Die Vorgänge um Arigona seien eine »schmierenkomödie« und »wohl ein geschmackloser witz«

flickr/pedrosimoes7 ⓘ



(46 Zustimmungen). Die Akteure der realen Vorgänge seien »besser als jeder gelernte Schauspieler, sonst könntens uns ja nicht so ein Theater vorspielen und das über Jahre hinweg« (21 Zustimmungen). »Theaterstück« sei sehr treffend, denn »die show die da abgezogen wurde entsprach einem theater. allerdings einem schlechten« (12 Zustimmungen).

Theater [...] *(ugs. abwertend)* Unruhe, Verwirrung, Aufregung, als unecht oder übertrieben empfundenes Tun ... (Duden)

Als »Mensch des Jahres« wird Arigona in einem Kommentar als »schmarotzerin« ironisch den »einheimischen frauen« gegenübergestellt, die – wiederum ironisch – nichts leisten. Es sei aber Arigonas Generation, die »gar nicht ans arbeiten denkt oder noch weniger daran gewöhnt ist? aber andersrum. warum soll man etwas leisten, wenn man alles geschenkt bekommt« (9 Zustimmungen).

Die Beispiele zeigen die ablehnende Distanz zu differenziertem Umgang mit Asylbewerberinnen und -bewerbern. »Abschieben«, »heimschleichen«, »abstrafen«, »Schluss machen mit dem Wahnsinn«, »nach Deutschland holen« sind die Empfehlungen. »... im Wohnhaus sind mehr Immigranten als Einheimische...«, wird festgestellt. Langwierige Prozeduren werden als »Theater« auf Kosten der Steuerzahler empfunden. Könnte man dies alles noch als wenig sachliche, gefährlich verkürzende, schablonenhafte, sprachlich deftige, aber legitime Meinungsäußerung verstehen, so entlarven die direkten Bezeichnungen für Arigona und ihre Familie bzw. Asylbewerberinnen und -bewerber überhaupt den inhumanen, z.T. faschistoiden Meinungssumpf, aus dem unerträgliche Sprachblasen aufsteigen: Immerhin 31 Leserinnen und Leser stimmen zu, man könne von »Arigona und ihre Muschpoke« sprechen, von »dem Kaliber«, von dem man hier genug hätte. Mit der Benennung »Schmarotzerin« stimmen 14 Personen überein, »kosovarisches Gsiachtl« (20 Zustimmungen), »grinsende Kosovoabzockergesindel« (20 Zustimmungen). »Illegal eingereiste arbeitsscheugesindel« (24 Zustimmungen), »Pack« (22 Zustimmungen), »illegal eingereiste Gesetzesbrecher« (21 Zustimmungen), »Gesocks« (12 Zustimmungen). Der Arigona schützende Pfarrer ist der »pfarrer, der ihr am hintern gafft« (36 Zustimmungen).

Mischpoke [...] üble Gesellschaft, Gruppe von unangenehmen Leuten [...]

Kaliber [...] *(ugs. häufig abwertend)* Art, Sorte: ein Verbrecher tollstens [...]

schmarotzen [...](abwertend): faul auf Kosten anderer leben [...]

Gesindel [...] *(abwertend)* Gruppe von Menschen, die als asozial, verbrecherisch o.ä. verachtet, abgelehnt wird [...]

Pack [...] *(salopp abwertend)* Gruppe von Menschen, die als asozial, verkommen o.ä. verachtet, abgelehnt wird [...] (Duden)

Gegenpositionen oder abmildernde Äußerungen formulieren kaum vier Kommentare, sie finden 28 Zustimmungen. Sie werden von anderen als »gutmenschen« bezeichnet, die sich »wirklich bis zum rand der erschöpfung papierln« lassen (12 Zustimmungen).

EPILOG I

Am 17.1.2010 schreibt die *Kronen-Zeitung* eine zweiseitige Titelgeschichte zu Thomas Vanek. Er ist ein erfolgreicher österreichischer Eishockeyspieler in der nordamerikanischen NHL und entscheidender Leistungsträger in der österreichischen Eishockey-Nationalmannschaft. Geboren wurde er 1984 in Baden bei Wien als Sohn eines zwei Jahre zuvor emigrierten tschechisch-slowakischen Ehepaares. »Da hat das Schicksal seine Weichen gestellt: Als seine Eltern auf der Flucht nach Österreich nicht aufgaben. Als sich die Mutter auf die Kühlerhaube setzte, mit den Händen an die Scheibenwischer geklammert, weil das armselige Auto die Passhöhe sonst nicht erschnauft hätte. Als ein Grenzmann die kleine Familie im Urlauber-Stau durchließ. Sie waren aus dem Osten geflohen, um über Österreich das Glück in Amerika zu suchen. Sie landeten in Traiskirchen ... Der Vater ein willkommener Eishockey-Spieler und Trainer. ... Sportler des Jahres war Thomas Vanek eh schon. Als Mensch des Jahres könnte seine Vorbildwirkung noch vertieft werden.« (*Kronen-Zeitung*, 17.1.2010, 12f)

EPILOG II

In dem burgenländischen Ort Eberau wurde am 21.2.2010 darüber abgestimmt, ob dort ein geplantes Erstaufnahmezentrum für Asylbewerber gebaut werden solle. Der Abstimmung war in ganz Österreich eine mehrere Monate dauernde, sehr emotional geführte Diskussion vorausgegangen, in der sich burgenländischer Wahlkampf und Sachfrage stark vermischten. Die *Kronen-Zeitung* ermutigte dazu, den verantwortlichen Politikerinnen und Politikern, insbesondere der Innenministerin (ÖVP), durch eine Ablehnung des Baus mittels direkter Demokratie einen Denkzettel zu erteilen. Die Einwohnerinnen und Einwohner von Eberau lehnten das Erstaufnahmezentrum schließlich mit mehr als 90 Prozent der Stimmen ab. Dazu schrieb am 23.2.2010 »Jeanneé«, ein Kolumnist der *Kronen-Zeitung*, der sich täglich in Brief-Form äußert (»Post von Jeanneé«): »nur isses nicht so, dass die Österreicherinnen und Österreicher Asylanten und Politflüchtlinge pauschal nicht wollen – das haben sie 1956 (Ungarn-Krise) und 1968 (Prager Frühling) zur Genüge bewiesen. Was sie aber in der Tat nicht wollen, ist jenes als Asylwerber getarnte Gesindel, das über die offenen Schengen-Grenzen wie ein krimineller Zsunami in unser Land schwappt.« (12)

Die *Kronen-Zeitung* legitimiert ihre oft direkte, feindselige Sprache im Zusammenhang mit Ausländerinnen und Ausländern durch die Sprache ihrer Leserinnen und Leser. Die Leserinnen und Leser legitimieren ihre Sprach-Gewalt aus Kommentaren und Berichterstattung der *Kronen-Zeitung* selbst, die sprachlich zwar oft sanfter formuliert, der Sprach-Gewalt der Leserinnen und Leser aber öffentlichen Raum und freien Lauf gibt. Es gibt Unterschiede zwischen illegaler Einreise und illegaler Einreise. Sie wurde immer begrüßt, solange sie aus den alten Ostblockstaaten heraus führte. Sie wird begrüßt, wenn sie sportliche Erfolge bringt. Elend und Gefahr für Leib und Leben im Herkunftsland allein und einfache Arbeit und Schulerfolg gelten nicht als Legitimation. Es gibt also Menschen verschiedenen Werts. Dieser Wert misst sich am Nutzen für Österreich und nicht an allgemeiner Menschlichkeit und Menschenrechten. Wer keinen Nutzen bringt, bringt Schaden, wird als asozial und kriminell denunziert.

ÜBER WUT

FALK RICHTER IM GESPRÄCH MIT EVA ILLOUZ

Wieso ist es so schwierig für Menschen in Westeuropa und Amerika, ihrer Wut Ausdruck zu verleihen?

Beziehungen sind immer über Machtverhältnisse definiert. Und Macht und Wut gehören historisch gesehen zusammen. Wer Macht hatte, durfte seine Wut zum Ausdruck bringen; wer keine Macht hatte, durfte es nicht. In unseren demokratischen Gesellschaften gilt es als illegitim, seine Macht zu demonstrieren bzw. offen auszuleben. Wut ist immer eine Manifestation von Macht. Und offenes Zurschaustellen von Macht und Wut bricht mit der stillschweigenden Vereinbarung, dass alle Menschen in unserer Gesellschaft gleich sind, gleiche Rechte haben, dass wir in einer demokratischen und nicht in einer hierarchischen Gesellschaft leben. Deshalb wurde Wut weitgehend aus unserer Gesellschaft verbannt. Dies ist ein sehr spezifisches Merkmal des zwanzigsten Jahrhunderts. Hier kam zum ersten Mal die Idee auf, dass ein guter Chef seine Gefühle komplett kontrolliert und seine Wut nicht zeigt. Wenn also ein Angestellter einen Fehler gemacht hat, dann war es vormals Standard, dass ein guter Vorgesetzter seine Wut darüber zum Ausdruck brachte. Das ist heute anders. Wut gehört zu den Gefühlen, die man nicht in den Arbeitsalltag einbringt, da sie die Teamarbeit, das Denken in flachen Hierarchien beeinträchtigt. Im Gegenzug ist es so, dass derjenige, der Wut empfindet, damit anzeigt, dass er verletzbar ist, dass er durch eine Äußerung oder eine Handlung eines Kollegen oder seines Chefs getroffen und emotional beeinträchtigt wurde und dass er nicht in der Lage ist, Abstand von seinen eigenen Gefühlen zu nehmen und diese zu kontrollieren. Ein Angestellter zeigt also seine Wut gegenüber seinem Chef auch deshalb nicht offen, weil er damit seine Schwäche, seine Verletzbarkeit eingestehen würde. Er würde zugeben, dass der Chef ihn wütend zu machen vermag. Damit würde er seine Unterlegenheit anzeigen und das wäre ihm unangenehm.

Die Fähigkeit, Distanz zu seinen eigenen Gefühlen zu entwickeln, sie zu analysieren, kontrolliert einzusetzen, wird heute als wichtiges Ziel formuliert.

Es geht um Autonomie und das Gefühl, selbstbestimmt zu handeln. Es gibt sehr viele Workshops, in denen man lernen kann, eine Grenze zu ziehen zwischen sich und seinen eigenen Gefühlen, die Gefühle von sich abzulösen, in den Griff zu bekommen und kontrolliert einzusetzen. Hier lernt man, sich von seiner Wut zu distanzieren, Wutgefühle nach psychoanalytischen Gesichtspunkten genau unter die Lupe zu nehmen und sich seiner Wut zu entledigen. Man verleiht seiner Wut

In ihrem Stück TRUST gehen Falk Richter (Autor und Regisseur) und Anouk van Dijk (Choreographin) dem Vertrauen nach (vgl. Auszüge in *luxemburg* 2/2009). Nach dem Beinahe-Zusammenbruch der Finanzmärkte und der staatlichen Finanzhilfen wird die Bevölkerung aufgerufen, der Regierung, dem System erneut zu vertrauen. Wie kann es sein, dass darauf kaum mit Empörung geantwortet wird? TRUST untersucht alltägliche Beziehungen, Einübungen in Spiele von Investition und Risiko. Die Figuren kommen anfangs nicht zueinander, rutschen aneinander ab, bleiben erschöpft liegen. Kommunikation, gar gemeinsames Handeln scheinen unmöglich – »lass uns alles so lassen wie es ist«. Kai etwa lässt alles über sich ergehen, die Freundin, die sein Geld verbraucht, sein Auto demoliert und mit seinem Bruder türmt. Stephan liegt begraben unter den Büchern der Klassiker. Wut, Strategien der Sabotage müssen erst geübt, tastend entwickelt werden. Das 'Anhalten des Falschen', sich den Anforderungen entziehen, ist ein erster Schritt. Die Figuren in TRUST machen sich auf diesen Weg. Die Theaterarbeit – Text und Proben, die Zusammenarbeit von Schauspielern und Tänzern – versteht Richter auch als einen solchen Prozess von Entwicklung und gemeinsamem Experimentieren, der politisch zu reflektieren ist.
Die folgenden Texte sind leicht überarbeitete Fassungen aus *Falk Richter – TRUST*, hg. von Nicole Gronemeyer, Theater der Zeit (Recherchen 76), Berlin 2010

nicht mehr Ausdruck, man kontrolliert sie. Das wird als Zeichen von Selbstbestimmung, von Macht und Autonomie gesehen: Niemand kann mir etwas anhaben, niemand erreicht mich so sehr, dass ich Wut empfinde, ich bin unverletzbar. Dieser Gefühlszustand wird propagiert: Ich nehme alles gelassen hin, nichts kann mich aus der Bahn werfen, ich stehe über meinen Gefühlen, ich werde nicht wütend.

Ist dies ein Gefühl der Machtlosen? Die Machtlosen lernen unentwegt, ihre Wut zu kontrollieren, um ihre Ohnmacht nicht zur Schau tragen zu müssen, und bezeichnen das als Gelassenheit, als ein Stadium, in dem sie nichts mehr erreichen kann, das sie verletzen könnte.

Ganz genau.

Wut auszudrücken ist also ein Privileg der Mächtigen. Insofern scheint es logisch, dass Menschen ohne Macht darin trainiert werden, ihre Wut nicht zu äußern. Sie beschreiben in Ihrem Buch *Die Errettung der modernen Seele*, dass auch Menschen in Führungspositionen lernen, ihre Wut nicht zu äußern.

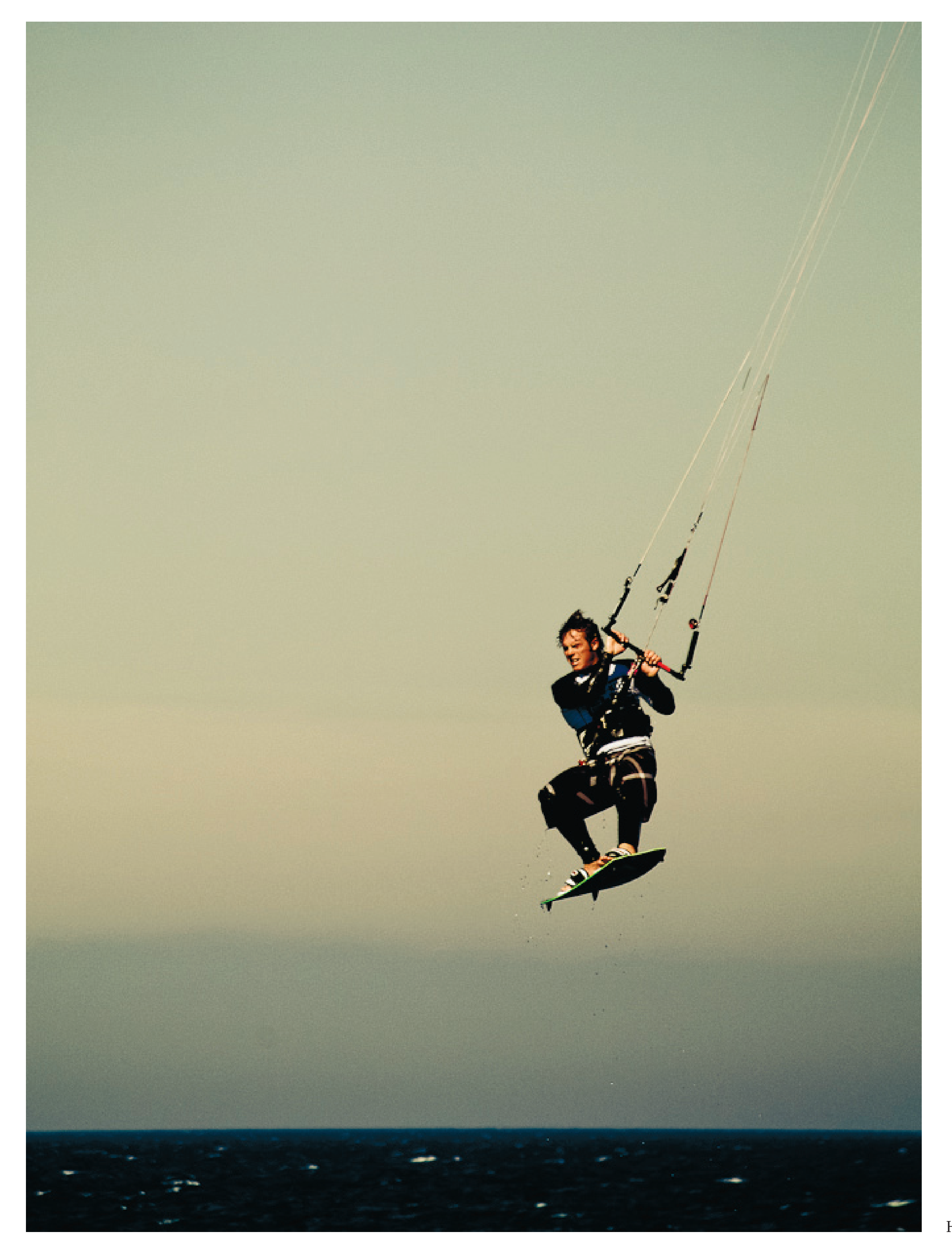
Wut wird als unlauteres Gefühl angesehen, denn Machtverhältnisse sollen nicht offen gelegt werden. Man zeigt seine Macht nicht, wenn man sie hat.

Da es die gesellschaftliche Verabredung gibt, dass alle Entscheidungen in unserer Gesellschaft nicht aufgrund von Machtverhältnissen, sondern aufgrund von demokratischen Mehrheitsbeschlüssen oder Sachzwängen getroffen werden.

Genau. Machtverhältnisse bleiben verdeckt. Auch in der Arbeitswelt versucht man, die Machtverhältnisse nicht offen auszuleben. Das Projekt, die Arbeit stehen im Vordergrund, nicht die Hierarchie. Man spricht vom Team, das zusammen die Aufgabe erledigt.

Die Tatsache, dass Machtstrukturen verdeckt gehalten und mit Sachzwängen umschrieben werden, macht es wiederum schwer, seine Wut gegen irgendetwas zu richten. Man kann keinen Täter ausfindig machen. Man weiß nicht, gegen wen man eigentlich seine Wut richten soll. Gleichzeitig wird Wut als grundsätzlich unangemessen, als ein persönliches Problem desjenigen, der sie empfindet, angesehen. Wut gilt als peinlich, unschicklich, und wer Wut zeigt macht deutlich, dass er oder sie auf einem sehr primitiven Level des Selbstmanagements steht.

Die Psychoanalyse hat viel dazu beigetragen, dass man Gefühle kategorisiert in reife und unreife Gefühle. Wut wird als unreifes, niederes Gefühl angesehen. Gelassenheit wird als reifes Gefühl auf der Werteskala eingestuft. Die Psychoanalyse fordert von uns, dass wir unserer Frustration ohne Wut Ausdruck verleihen können. Die Technik, über seine Gefühle zu sprechen, ohne dabei diese Gefühle zu empfinden, wird in den Therapien trainiert. Man löst sich also von seinen Gefühlen, man bearbeitet sie. Und das Ideal einer reifen Psyche, das sich überall durchgesetzt hat, kennt eben keine Wut, sondern kennt nur den Menschen, der seine Wut zu jeder Zeit vollständig unter Kontrolle hat. Die Kontrolle über seine Gefühle zu verlieren, wird als unreifes, kindliches Verhalten angesehen und hat dazu geführt, dass Wut in unserer Gesellschaft als völlig unangemessen gilt. Wer Wut zeigt, ist unreif, zeigt seine Schwäche, steht auf einer psychologisch gesehen primitiven Stufe.



Henning Füller

LARS DISTELHORST

VON ANGESICHT ZU ANGESICHT

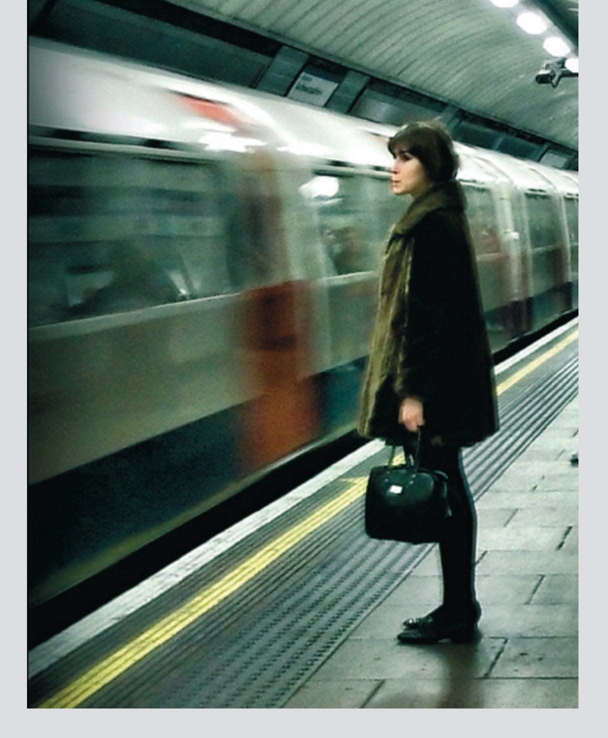
BELL MAL, BELL MAL ...
BELL MAL, BELL MAL ...
BELL MAL, BELL MAL ...
SO RICHTIG LAUT, WÜTEND, AGGRESSIV
SO RICHTIG LAUT, WÜTEND, AGGRESSIV
SO RICHTIG LAUT, WÜTEND, AGGRESSIV
MIAU, MIAU NEIN,
MIAU, MIAU NEIN,
MIAU, MIAU NEIN,
BELL MAL, BELL MAL RICHTIG
BELL MAL, BELL MAL RICHTIG
BELL MAL, BELL MAL RICHTIG
MIAU MIAU
MIAU MIAU
MIAU MIAU

Nachdem unter Gerhard Schröder die Hartz-Gesetze verabschiedet wurden, die PISA-Studien den Zusammenhang zwischen Migration, Armut, schlechter Bildung und sozialer Desintegration nachgewiesen haben, sich die Schere zwischen arm und reich auch in diesem Land zusehends öffnet und die Europäer jährlich noch immer mehr für Eiscreme ausgeben als an Geld notwendig wäre, um jedem Menschen Zugang zu Trinkwasser und Sanitäranlagen zu eröffnen – nachdem all das immer wieder durch den Verweis auf fehlendes Geld gerechtfertigt wurde, sind plötzlich 500 Milliarden da, um Banken unter die Arme zu greifen, die von ihren Managern durch so undurchschaubare wie gesellschaftlich unnütze Spekulationen an den Rand des Bankrotts gebracht wurden.

**BELLT LOS, BELLT,
IHR HABT DIE SCHNAUZE VOLL,
IHR WOLLT NICHT MEHR,
IHR LASST EUCH
NICHT MEHR ALLES GEFALLEN**

Ihr seid kurz davor, loszuschlagen, alles kurz und klein zu schlagen, ... und arbeitet euch weiter vor zum Nächsten, immer schön der Hierarchie entlang, immer höher. Wer in seiner Empörung solches fordert, zum Widerstand, gar zum gewaltsamen, aufruft, um der Wut ein produktives Ventil zu bieten und sie für den Aufbau einer Gesellschaft zu mobilisieren, die nicht durch solch schreiende Ungerechtigkeit gekennzeichnet wäre, dem geht es schnell ebenso wie jener Figur in TRUST, der oben zitierter Wutausbruch in den Mund gelegt ist. Damit steht eine Frage im Raum und in gewisser Weise lässt sich sagen, sie ist der Dreh- und Angelpunkt des Stückes von Falk Richter. Statt wütend zu werden, sind die Menschen offensichtlich müde, kaum zu kreativen Leistungen in der Lage, die über die Bewältigung des Alltages hinausgehen.

Es kann hilfreich sein, an dieser Stelle einem Unbehagen nachzugeben, das sich nach recht kurzer Betrachtung der offensichtlich so gerechten Empörung ob der verschwendeten 500 Milliarden einstellt: Vielleicht sind die Manager und Politiker einfach im Recht. Denn was passiert ohne Sicherheitspaket? Die Banken brechen zusammen und mit ihnen all jene, die auf ihr Geld angewiesen sind. Das würde den Zusammenbruch breiter Teile der Wirtschaft, die Insolvenz unzähliger Firmen und privater Haushalte bedeuten. Das Schweigen der öffentlichen Meinung ist aus der Tatsache zu erklären, dass die Alternativlosigkeit der Situation allen klar ist. Erst mit dieser Einsicht kommt die wahre Dimension der Wirtschaftskrise ganz ins Bild: Wir





leben in einer Welt, in der wir gezwungen sind, 500 Milliarden Steuergelder in nicht nachvollziehbare Prozesse zu leiten und zu diesem Zweck jede Form von ins Auge springender Gerechtigkeit hintanzustellen, um das Funktionieren einer Gesellschaft aufrechtzuerhalten, deren Glücksversprechen sich seit langem als obsolet erwiesen hat. Spätestens an dieser Stelle zeichnet sich ab, inwiefern über mehr als die Verwendung von Steuergeldern gesprochen werden und stattdessen »Das System« als Ganzes in Frage gestellt werden muss. Jean-Paul Sartre schrieb, Menschen würden nicht anfangen, gesellschaftliche Alternativen zu ersinnen, weil ihnen in der aktuellen Gesellschaft kein akzeptables Leben möglich sei, sondern im Gegenteil Letzteres erst feststellen können, wenn ihnen eine Utopie vorschwebt, die erlaubt, das jetzige Leben kritisch zu vermessen. Eine Alternative zu ersinnen, eine soziale Utopie zu entwerfen, kostet Kraft, psychische Energie, die auf die dauerhafte kreative Leistung verwendet wird, gedanklich etwas aufzubauen, darüber mit anderen Menschen zu sprechen und zusammen weiterzudenken. Die Frage nach dem Schweigen der Menschen angesichts des Skandals der 500 Milliarden, eines Skandals, der darin besteht, keiner zu sein, verwandelt sich in die Frage, warum den Menschen die psychische Kraft fehlt, kreative Energie aufzubringen, um neue Utopien zu entwerfen.

WIR WÜRDEN ANGST HABEN, …
DASS DIESES SYSTEM,
SO WIE WIR ES JETZT LEBEN,
TATSÄCHLICH IN SPÄTESTENS FÜNF JAHREN EINGESTÜRZT WÄRE,
UND WAS WÜRDEN WIR DANN MIT DIESER ERKENNTNIS ANFANGEN?
UNS AUF EIN NEUES SYSTEM EINIGEN?
WIE SOLLTE DAS GEHEN?

Genau diese Frage ist es, die heute jedem entgegenschlägt, der auch nur ansatzweise von der Notwendigkeit grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen spricht. Wer darauf hinweist, die Dinge könnten vielleicht auch anders als derzeit laufen, wer behauptet, der Kapitalismus sei eine historische Erscheinung, mit der die gesellschaftliche Entwicklung menschlichen Zusammenlebens nicht abgeschlossen ist, und die Notwendigkeit der Konzeption von sozialen Gegenentwürfen einklagt, die berücksichtigen,

WAS WIR EIGENTLICH BRAUCHEN,
WAS NICHT,
UND WIE EIN GLÜCKLICH ERFÜLLTER LEBENSENTWURF AUSSEHEN KÖNNTE,
DER AUCH DIE MENSCHEN ANDERER KONTINENTE
BERÜCKSICHTIGEN WÜRDE,
DIE WEIT DAVON ENTFERNT SIND,
IN IHREM LUXUS LEERZULAUFEN,
WEIL SIE NICHT MAL WASSER HABEN,
GESCHWEIGE DENN HANDYS,
BURN-OUT-SYNDROME
ODER SCHEIDUNGSANWÄLTE

Wer solches äußert, erscheint in der ihn umgebenden Runde nicht selten als Clown. In einer auf Selbststilisierung bedachten Gesellschaft bedeutet das, sich ins soziale Abseits zu manövrieren und als jemand zu gelten, der sich weigert zur Kenntnis zu nehmen, was die Stunde geschlagen hat.

Kritikern des heutigen Gesellschaftssystems wird zweierlei entgegengehalten:
Wie soll eine andere Gesellschaft aussehen?
Wie soll der Übergang zu dieser anderen Gesellschaft bewerkstelligt werden?
Die Omnipräsenz dieser Einwände trägt einen großen Teil dazu bei, Gedanken an Alternativen zur heutigen sozialen Ordnung zu unterdrücken und kreative Leistungen im Keim zu ersticken. Mit Lyotard lässt sich sagen, zwischen den Fragen des Realisten und den Ausführungen des Kritikers besteht ein Widerstreit zweier Diskursarten, derjenigen der Realpolitik und jener der sozialen Utopie. Auf Äußerungen, die dem Diskurs der Utopie zuzuordnen sind, im Diskurs des Realismus zu antworten, ist, als würde der Bitte nach dem Vorlesen erotischer Literatur mit dem Zitieren der Gebrauchsanweisung eines DVD-Rekorders entsprochen. Dass diese Antwortstrategie überaus erfolgreich ist, liegt am heutigen Stellenwert des Realismus. Die Dinge zu nehmen wie sie sind gilt als grundlegende Voraussetzung, um ernst genommen zu werden, zeugt von intellektueller Seriösität, ist Voraussetzung für Erfolg und ergibt in Verbindung all dessen eine abgeklärte sexy Persönlichkeit – kurz: Das Ideal des modernen Subjekts. Der Realismus dominiert den diskursiven Raum bis in die letzten Winkel, ja sogar die Werbung lebt von der Suggestion, die





gezeigten Träume ließen sich zeitnah in die Wirklichkeit umsetzen. Deswegen ist der auf gesellschaftliche Utopien verweisende Kritiker so leicht durch zwei einfache Fragen zu stoppen. Sie nötigen ihn zu einer Diskursart, auf deren Parkett er sich nur blamieren kann, da sich Utopien per definitionem nicht in wirklichkeitsgetreue Schilderungen umformulieren lassen. An dieser Stelle werden die heutigen Realisten dann sogar zu Philosophen und fordern mit Wittgenstein: »Wovon man nicht sprechen kann, darüber muss man schweigen.«

UND WENN ICH GEHEN WÜRDE,
WÜRDE ES NICHTS ÄNDERN
UND WENN ICH BLEIBEN WÜRDE,
WÜRDE ES NICHTS ÄNDERN
UND WENN ICH
DICH BERÜHREN WÜRDE,
WÜRDE ES NICHTS ÄNDERN
UND WENN ICH DICH WIRKLICH,
WIRKLICH WOLLEN WÜRDE,
WÜRDE ES NICHTS ÄNDERN

Die in diesen Sätzen liegende Ohnmacht holt heute viele Menschen ein, bevor sie auch nur den Mund aufmachen, um Kritik zu äußern. Nicht nur, weil sie sich durch die Formulierung von Utopien lächerlich machen, sondern vor allem, weil die Kritik in einer auf Tauschbeziehungen fußenden kapitalistischen Ökonomie selbst zur Ware wird. Einerseits wird Kritik zurückgewiesen, um mit einem mehr oder weniger offenen Lachen sanktioniert zu werden, andererseits wird sie aber auch affirmiert und in einen Konsumartikel verwandelt, der als *radical chic* die unterschwelligen Ausbruchsphantasien der Bürger in marktkonformer Weise befriedigt. Bereits Marx wies darauf hin, der Kapitalismus sei eine ökonomische Ordnung, in der Gebrauchswerte nur so weit in Frage kommen, wie sie die Tauschbarkeit der Ware und damit die Zirkulation des Kapitals garantierten – worin diese Gebrauchswerte bestünden, sei jedoch vollkommen egal. Kritik wird auf diese Weise effizienter immunisiert als durch jede Form der Zensur. Sie wird zu einem Style, der käuflich erworben werden kann und seinem Träger erlaubt, durch den Konsum von Musik und Kleidung all das zu empfinden, was er sich ansonsten in der politischen Reflexion und Aktion erarbeiten müsste.

Wie jedoch ist es möglich, eine politisch-ökonomische Ordnung zu überwinden, die jede Kritik durch die paradoxe Doppelstrategie stillstellt, sie einerseits lächerlich zu machen und sie sich andererseits als gewinnbringenden Konsumartikel einzuverleiben? Stärkt angesichts dessen nicht jede öffentliche Form von Kritik genau jenes System, das eigentlich aus dem Weg geräumt werden soll? Und was kann man in ein solch omnipotentes System des Tausches einspeisen, um es kollabieren zu lassen?

LASS UNS EINFACH
ALLES SO LASSEN,
WIE ES IST
ES IST ZU KOMPLIZIERT,
DAS JETZT ALLES ZU ÄNDERN
LASS UNS NICHT
ALLES DURCHEINANDER BRINGEN
ES HAT SO LANGE GEDAUERT,
DAS HIER JETZT ALLES
DAS WAR SO SO
ANSTRENGEND

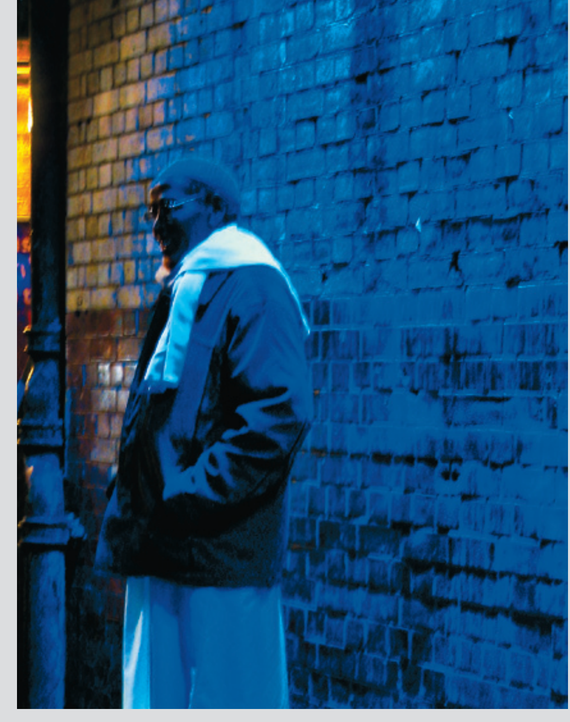
Wenn die Dinge nicht zu ändern sind, liegt es nahe, sich mit ihnen anzufreunden und sich das Leben nicht mit unproduktiver Selbstzerknirschung kaputtzumachen.
Mit dem übereiligen Willen, den heutigen Verhältnissen eine Alternative entgegenzusetzen, geht die Ratlosigkeit einher, wie selbige aussehen könnte und damit die Gefahr, alles nur schlimmer zu machen.
An dieser Stelle ist es angebracht, sich einer Frage zu erinnern, die Marcuse in seinem Aufsatz über repressive Toleranz stellte. Es gilt zwar einerseits, die Gefahr des Scheiterns potenzieller Alternativen zu antizipieren, ebenso wie der Gewalt im Namen politischer Veränderungen nicht das Wort geredet werden darf, zugleich sollte jedoch auch abgewogen werden, welche Kosten der Status quo mit sich bringt. Es muss abgewogen werden, was gefährlicher erscheint: Alles zu lassen, wie es ist, oder sich daran zu machen, die Dinge zu ändern, auch wenn niemand in der Lage ist, zuvor eine genaue Richtung anzugeben.
Die Gründe, die heute für Veränderung sprechen, sind bekannt: Von der drohenden Klimakatastrophe über nukleare Bedrohung, Hunger, Ausbeutung bis hin zur psychischen Erkrankung breiter Bevölkerungsteile bietet sich ein Kaleidoskop menschlicher Leiden, für welche die heutigen westlichen Gesellschaften weder Kompensationsme-

chanismen noch Lösungs- oder Wiedergutmachungsstrategien bereithalten.
Für die politische Aktion besteht Grund genug und sie ist darüber hinaus im Interesse des Fortbestehens unserer Gesellschaften zwingend notwendig. Doch wie ist es möglich, so resignierte wie erschöpfte Menschen dahin zu bringen, über alternative politisch-ökonomische Systeme nachzudenken und sich für deren Umsetzung zu engagieren? Natürlich ist es nicht möglich, auf diese Frage erschöpfend zu antworten, doch ist aus Falk Richters TRUST eine Richtung zu entnehmen, in die zu denken sich lohnt.

**ICH WILL GESCHICHTEN HÖREN VON MENSCHEN
ICH WILL DIE ENDLICH WIEDER LIVE SEHEN
ICH HAB DIE SCHNAUZE VOLL VON FACEBOOK UND ELITESINGLE.DE
DIESE SCHEISSE HAT MIR MEIN GANZES LEBEN KAPUTT GEMACHT**

Was zu jeder politischen Aktivität, ob als spontane Bekundung der Unzufriedenheit oder langfristige kontinuierliche Arbeit, zwingend gehört, ist der Kontakt zum Anderen in seiner Andersheit. Der Andere muss als eigenständiges Wesen wahrgenommen werden, mit einer eigenen Geschichte, eigenen Wünschen, Ängsten und einer individuellen Stellung in der Gesellschaft. Nur auf diese Weise ist ein Dialog mit dem Anderen möglich, der die Möglichkeit eröffnet, aus der eigenen Perspektive auf die Gesellschaft herauszutreten und jene Intersubjektivität herzustellen, die es erlaubt darüber nachzudenken, wie ein System aussehen könnte, in dem wir alle zusammen leben statt jeder allein. Solange der Zugang zum Anderen versperrt ist, gerät jede von Einzelnen ersonnene Alternative zur Projektion ihres Egos und kann niemals die Zustimmung der Vielzahl der Anderen erfahren, die zur Konstitution einer tragfähigen Gesellschaft notwendig ist.
Die Art und Weise, wie der Andere in einer Gesellschaft erscheint, ist demnach ausschlaggebend für deren Transformationspotenzial. Bereits 1967 schrieben Alexander und Margarete Mitscherlich in DIE UNFÄHIGKEIT ZU TRAUERN, der Andere erscheine heute meistens als Konkurrent und würde dergestalt Angst und Eifersucht hervorrufen. Dass die Konkurrenzsituation sich gegenüber der damaligen Zeit wesentlich verschärft hat, wird kaum jemand bestreiten wollen. Mit Blick auf die Konsequenzen dieser Dynamik sind Internetseiten wie facebook, elitepartner, myspace, xing usw. äußerst interessant, da sie Verdichtungspunkte zentraler Logiken unserer Gesellschaft sind.





Die Kritik an facebook und anderen Seiten ist bekannt: Ununterbrochene Selbstdarstellung, irreale Beziehungen zu anderen Menschen, mangelnde Differenzierung zwischen realer und virtueller Welt. Übersehen wird häufig, dass facebook vor allem ein Netzwerk ist […] War es in den ausgehenden Sechzigern vielleicht noch möglich, sich einfach mit den Ellenbogen durchzusetzen, und erschien der Andere dadurch als Objekt der eigenen Aggression, markiert der Begriff des Netzwerks eine wesentliche Veränderung. Die Beziehung zum Anderen ist von einem perfiden double-bind geprägt: Einerseits muss er verdrängt werden, um in der Konkurrenz erfolgreich zu sein, andererseits ist genau dazu seine Kooperation notwendig. Die Gesellschaft des Netzwerkes ist wie ein riesiges Assessment-Center, in dem facebook nur die Spitze des Eisberges darstellt. An die Stelle des Beziehungsmodus der Aggressivität ist heute die narzisstische Objektbeziehung getreten.
In einer solchen Beziehung erscheint der Andere nur insofern, als er geeignet ist, den Wert der eigenen Person zu erhöhen. Dies kann eine Freundschaft mit einem berühmten Schauspieler bei facebook sein, der Verweis auf die Anzahl virtueller Freunde, das Namedropping in einer Bewerbungssituation oder das vielklingende »Wir bleiben in Kontakt«. Politisches Engagement ist in einer solchen Situation unmöglich, da sie auf Intersubjektivität fußt und durch jede Form des Narzissmus still gestellt wird. In dieser Hinsicht ist der Aufschrei der Person aus TRUST:

**ICH WILL GESCHICHTEN HÖREN VON MENSCHEN,
ICH WILL DIE ENDLICH WIEDER LIVE SEHEN**

ein Schritt in die richtige Richtung.

MIMESIS DER PRAXIS-LOSIGKEIT

WOLFGANG FRITZ HAUG

DIE NACHAHMENDEN

AHMEN HANDELNDE MENSCHEN NACH.

ARISTOTELES, POETIK, 2. KAPITEL

I. | Zwischen Dramentext und Theaterereignis klafft immer ein Abgrund. Beim klassischen Theater bewirkt die dialogische Handlung im Verein mit Aufführungskonventionen und Sehgewohnheiten, dass allenfalls Verstöße gegen diese Instanzen jene Kluft für einen Moment ins Bewusstsein heben. Ganz anders bei Falk Richters Theater. Die Textvorlage bietet ein kaum an Personen festgemachtes Brodeln von Phrasen und Situationsreflexen. Auf den ersten Blick scheint es keinen Weg vom Text zur Aufführung zu geben, und vor deren Unvorstellbarkeit gleicht der Text jenem »›weißen Rauschen‹, das sich wie ein stimmloses ›Sch‹ anhört«. Das ändert sich mit einem Schlag, wenn in der Schaubühne das Tanzensemble mit Anouk van Dijk und ihrer Kontratechnik den Text mit einem körperlichen Widerlager versieht. Wie der Kontrapunkt in der Musik kann die Kontratechnik des Tanzes, indem sie »jeder Bewegungsrichtung eine ›Gegenrichtung‹ beigibt« und so aus einer »Uneinheit« in Gestalt der dynamischen Einheit von Gegensätzen Kraft zieht, als eine Form praktischer Dialektik verstanden werden (Anouk v. Dijk). Sprachgebrauch und Körpersprache interpretieren einander, wobei Letztere weder illustriert noch mit einer Art Bilderklärung versehen wird, sondern jede in kontrapunktischer Selbständigkeit ihrer eigenen Logik folgt. Nicht nur der Körper als tanzender wird musikalisch behandelt, auch die gesprochenen Versatzstücke aus Beziehungsgesprächen werden es – in Wiederholungen, Variationen, Transpositionen, Wechsel von Stimme zu Stimme.
Tanz-Allegorien: Menschen, die zueinander streben, aber einander nicht festhalten, die einen Standpunkt einnehmen möchten, ihn aber nicht durchhalten können. Sie fallen oder rutschen, richten sich auf, fallen schon wieder. Dazu eine Sprache, die immer nur ansetzt, etwas zu sagen, nichts zu Ende sagt und das Angefangene immer wieder zurücknimmt. Aber was bedeutet das Ganze?
Richters Personen sind eher unpersönlich, bloße Masken, durch die es, wie die schöne Vulgäretymologie will, nur hindurchtönt (personat). Wie aber sollen wir das verstehen? Geht es um die Absurditäten des Lebens im Kapitalismus und seiner Finanzkrise oder, wie eine Theaterkritikerin gemeint hat, um »die Idee einer zerstörerischen Kraft, die im Inneren das Prinzip Mensch ausmacht« (Simon Kaempt, www.nachtkritik.de)?

II. | Auch in ELECTRONIC CITY, Richters Variante der »Global City«, sind die beiden Figuren keine bestimmten Individuen, nur als männlich vs. weiblich unterschieden.

Was aus ihren Mündern kommt, bezeugt das Bauchrednertum der Verhältnisse. Es entquillt einem Feld, das alles Individuelle wegätzt, nur »Nummern« übrig lässt, die sich vergessen haben, personifizierte Ubiquität und Fungibilität in einem schattenhaft aufscheinenden transnationalen Hightech-Kapitalismus, der die Welt in ein einziges McWorld verwandelt hat, das Warenkonsum als Lebenssinn vorgibt. Jedes Wo ist zum Irgendwo, und das Irgend zur allgemeinen Daseinsweise geworden. Irgendwer tut irgendetwas irgendwo. Wer es war, was es war, wo es war, spielt keine Rolle. Vielmehr schürzen sich in der Raumzeit die Knoten, in denen irgendeine namenlose Herrschaft die Menschen hält. Aber sind es noch Menschen? Geschichte war einmal, Menschen waren einmal; sie sind Residuen in Max Webers Gehäuse universell versachlichter Hörigkeit, Herabgesetzte, Herunterverkleinerte. Ihre Behausungen sind abstrakte Universalien, immergleiche, überall seinkönnende Hotels, »die Fassaden überall auf der Welt immer gleich«. Innen sind die Wände mit der immergleichen Warenästhetik furniert, »die Zimmer sagen: ›Welcome Home‹. Das steht auch auf der freundlichen handgeflochtenen Matte vor der Eingangstür: ›Welcome Home‹, und so heißt auch die Firma, die diese Einzimmerappartements überall auf der Welt baut«. Die in ihnen übernachten, sind in ihnen nicht zuhause. Was sie sagen, ist nichtssagend. Es sagt sich von selbst, nicht sie selbst sagen es.

Tom, so heißt die männliche Figur, ist ein auswechselbares Exemplar dieser auf Nummern heruntergerechneten Hotelremiten auf Geschäftsreise. Was an ihm als »Realität« vorbeirauscht, ist ein »Meer aus Zahlen, Flughafenlounges, Zimmerfluchten, Hotelbetten, Krankenhausbetten, Pornokabinen, alles verschwimmt, alles fließt ineinander« – »wir waren wie Daten und rasten durch Informationsnetzwerke, ohne auch nur zu ahnen wer oder wo wir wann waren«. Tom ist einer aus jener endlosen Serie von Kapitalagenten, die über den Globus zirkulieren, der in einen einzigen Markt und ein einziges Kapitalanlagefeld mit einem einzigen Denken verwandelt ist. Der Name Joy, Freude, gereicht der weiblichen Figur und den Verhältnissen, in denen sie als Aushilfskraft von Job zu Job springt, zum Hohn. […] Auch diese Springerin von Job zu Job ist ständig dabei, »die richtige Zahlenkombination zu suchen, Zahlenkombination für das Eingeben der Preise im Prêt-à-manger-Shop, für die Sicherung des Fahrstuhls, für die Stromaktivierung im Appartement und um den Pornokanal zu entsichern, für den PIN-Code von Handy, EC-Karte, AMEX, für den E-Mailaccount, für das E-Ticket am Flughafen, [...] und um überhaupt den verdammten Appartementblock erst einmal zu finden!!« Momentan ist sie Kassiererin in einem Selbstbedienungsshop, auf verzweifelter Suche nach dem Zugangscode zum Einlesegerät. An ihrer Kasse staut sich eine immer länger werdende Schlange der »Businessmänner in Boss- und Yves-Saint-Laurent-Nadelstreifen mit Sushipaketen und kleinen sogenannten Managersalaten und Happy Fitness Drinks in der Hand, die ihre Anschlussflüge nicht verpassen dürfen«. Sie sind Anhängsel ihrer Handys mit integriertem Terminkalender, ihrer Ladegeräte und Zugangscodes, ohne die der Prozess, der keine Handlung ist, nicht weitergeht.

Wie soll, wenn irgendetwas davon fehlt oder nicht funktioniert, irgendeiner von ihnen »denn jetzt diesen verdammten Deal machen, absagen, die Informationen durchgeben, connecten, zusammenbringen, hinhalten, reengineeren, restructuren, reeducaten, reinforcen, reduzieren, reformieren, flexibilisieren, downsizen, outsourcen, downloaden, die richtige Zahl durchgeben, wenigstens noch die richtige Zahl durchgeben, an diesen anderen Tom, diesen anderen Typ aus unserem Office, der auch Tom heißt und der mich manchmal vertritt, weil der genauso aussieht wie ich und auch die gleiche Stimme hat«.

Das ganze Leben erscheint als *eine einzige nie enden wollende Geschäftsreise*, aber keine, in der man je selbst handelt, obwohl man Handel treibt. Diese zirkulierenden Arbeitskräfte sind nichts als Durchgangspunkte für Kapitalfunktionen in unterschiedlichen, aber nicht zu unterscheidenden »Städten Wartehallen Krankenhäusern Kurzzeitkliniken Warenlagern Shopping Malls Internetcafés VIP Lounges Fernsehstudios Ferienclubs überall auf der Welt«, an denen »absolut nichts Signifikantes« ist und die nichts als »ortlose Orte« sind.

Richter bringt nichtssagende Alltagsphrasen dazu, das herrschende Nichts auszusagen. Leeres Geschwätz plaudert die innere Leere der konsumistisch zusammengeschnurrten Subjekte aus. In der Handlung, die keine ist, spielen nicht menschliche Figuren, sondern Ideologie und Betrieb die Hauptrolle. »Plastik« ist der Stoff, aus dem die Leben im Irgendwo der elektronischen Stadt des transnationalen Kapitalismus sind. Irgendwo ist so gut wie nirgendwo, und irgendwer ist so gut wie niemandmehr. Aus den Menschen sind unbehauste Wechselbälger ihrer selbst geworden, lebende Austauschabstraktionen. In ihnen flackert ein letztes erinnerungsloses Flämmchen des anderen Lebens, das unvorstellbar geworden ist. Übrig geblieben ist ein ziel-

loser Hunger. Es muss doch irgendetwas geben, das befriedigt. Seine Nahrung sind irgendwelche Surrogate. Diesen fungiblen Plastikmenschen erscheint keine andere Welt mehr möglich. Eine letzte Erinnerung ans Seufzen der bedrängten Kreatur, das Marx auf der Spur von Paulus in der Religion vernimmt, ist das serielle Keuchen einsamer pornogestützter Orgasmen.

III. | TRUST folgt dieser Welt in die Zeit der als Bankenkrach in den USA begonnenen Großen Krise. Auch hier gibt es den archimedischen Punkt des Wirklichen nur als Abwesenheit, die keine Ruhe gibt. Die Menschen selbst, wenn es sie denn noch gibt, »können nicht sprechen, aber in ihnen schreit etwas, und dieses Schreien macht ihnen Angst«. Die Ebene, auf der die Figuren hier auftreten, ist aber gerade nicht die der Ökonomie oder der Politik, sondern die Beziehungsebene. Sie wollen, aber können nicht zueinander kommen und kommen ebensowenig auseinander. Die Handlung des Stücks besteht darin, dass es nicht – vielleicht noch nicht – zur Handlung kommt. Das Vertrauen ist hin, aber ein Handeln, das die Konsequenz daraus zöge, noch nicht heraus. Es ist ein Theater der Latenz. Obwohl alle sich fortwährend bewegen, bleibt es bei einem Zustand. Das Tanztheater scheint mit seinem Sich-auf-der-Stelle-Winden das Unentschiedene der Zeit darzustellen. Inkubationszeit einer noch unbekannten massenhaften Reaktion auf die Irrationalität des Systems, das dem Spekulationsmanagement inmitten der Großen Krise Milliardeneinnahmen beschert. Eine Beziehung ist kaputt? »Lass uns einfach alles so lassen, wie es ist«. Das Vertrauen ins System ist verloren? »Lass uns einfach alles so lassen, wie es ist«. Wittgensteins Satz *die Philosophie lässt alles, wie es ist* scheint durch das Stück zu spuken als *die Ideologie lässt alles, wie es ist.* Wie ein Generalbass die Formel »Und wenn X wäre, dann würde das nichts ändern«, wobei X nacheinander etwas Bestimmtes und dann sein Gegenteil meint. *Nichts ändert Etwas* entbirgt hier seine Doppeldeutigkeit: Ein nichtendes Nichts ändert jedes Etwas, höhlt es aus, bis dieses von seinem Gegenteil nicht mehr zu unterscheiden ist. Ist es der Kapitalismus, dem jedes Bestimmte nur als Tauschwertbehälter gilt und der dadurch jedes Etwas zernichtet? Zerstört er sich am Ende selbst? There is no alternative. Nichts wird sich ändern, aber alles wird zusammenbrechen. Ist es gemäß jener »philosophischen Sonnenuhr des Stücks«, von der Adorno einst angesichts des Theaters von Samuel Beckett gesprochen hat – wieder noch zu früh für den Anfang? Hat die Geschichte uns nicht zurück auf den Anfang, sondern schlechthin aus dem Spiel geworfen? Spielt Richter uns das Spiel ohne jedes Spiel, das Spiel vom Tod der Geschichte? Theater nach dem Verlust geschichtlicher Handlungsfähigkeit? Aber warum wirkt es dann? Die Theoriebücher flüstern den Schlafenden Sätze ins Ohr. Doch die Schlafenden schlafen weiter. Aber in ihrem Schlaf gibt es keine Ruhe, »in ihnen beginnt etwas zu wachsen, und sie wissen nicht, was das ist, was sich da Leben verschafft:
Ich? Bin das ich?«
Was manifest auf der Bühne auftritt, ist »dieses ängstliche, enttäuschte, jammernde Ich«.
Was aber eines Tages wie im Schlaf herangewachsen sein könnte, »hat Kraft, es hat Intelligenz, und es hat einen Willen. Es sagt: Hab keine Angst, lass dich nicht kaputt machen.« Richter hält dieses möglicherweise Heranwachsende, das Handlung werden will, in der Schwebe, in der alles zweideutig ist. *Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch*, doch unvermittelt schillert es hinüber in eine »uns scheinbar freundschaftlich gesinnte« Gegengestalt, die *wachsam auf den kurzen Augenblick wartet, bevor die hochkomplexen Systeme, die wir geschaffen haben, einstürzen, um im Moment der maximalen Wertschöpfungsmöglichkeit vor dem Zusammenbruch allen Wert abzuschöpfen und damit das System, das wir geschaffen haben und das wir sind und das die Welt ist, in der wir leben, und alles, was wir kennen und für das wir all unsere Energien aufgebracht haben, zum Einsturz zu bringen ohne Vorwarnung, ohne Rettungsversuche, und nur mit dem Ziel vor Augen, als einziger Überlebender aus dem Zusammenbruch hervorzugehen.*
Wie die Sonne durch die Wolken – oder ist es nur der verbale *deus ex machina?* – bricht dann aus Latenz und Zweideutigkeit eine direkte Ansprache ans Publikum hervor, eine Agitationsrede, die wie ernstes (unkomisches) Kabarett plötzlich geradeheraus unverdauliche Wahrheiten einer etwas verkürzten Kapitalismuskritik sagt. Und da es, wie Volker Braun in seinem Arbeitstagebuch sagt, bei »Moralisiererei bleibt, wenn nicht die andere Möglichkeit durchscheint, nicht als Erlösung, nicht als Utopie, sondern [als] innewohnende Substanz der Geschichte« (*Werktage* 1, 10.8.1978), steht womöglich der in der Latenz anschwellende, noch ungewagte, unartikulierte Schrei, dessen Richtung noch nicht heraus ist, für die geschichtliche Substanz, die ihren Verstrickungen in die Herrschaft noch nicht entspringen kann und doch keine Ruhe gibt beim Versuch, das Stück auf eine Weise zu vereindeutigen, die zu ihrer eignen Befreiung geriete.

VERFASSERINNEN UND VERFASSER

PETAR ATANACKOVIĆ Historiker und Aktivist aus Serbien. V: Drustvo u pokretu. Novi drustveni pokreti u Jugoslaviji od 1968. do danas [Gesellschaft in Bewegung. Neue soziale Bewegungen in Jugoslawien von 1968 bis heute] (2009, Hg. mit Djordje Tomic)

MICHAEL BRIE Philosoph, Leiter des Instituts für Gesellschaftsanalyse der RLS. V: Radikale Realpolitik. Plädoyer für eine andere Politik (Hg. 2009)

ALEX DEMIROVIĆ Politologe und Soziologe, Prof. am Institut für Gesellschaftswiss. und historisch-politische Bildung der TU Berlin, Redakteur der *Prokla* und *luxemburg* sowie Vorstandsmitglied der RLS. Schwerpunkte: Politische Theorie und politisches System der Bundesrepublik Deutschland. V: Demokratie in der Wirtschaft. Positionen – Probleme – Perspektiven (2007)

LARS DISTELHORST Politologe und Philosoph, Dozent für Politik, Soziologie und Methodik und Lehrbeauftragter für politische Philosophie. V: Umkämpfte Differenz. Hegemonietheoretische Perspektiven der Geschlechterpolitik mit Butler und Laclau (2007)

SEBASTIAN DULLIEN lehrt an der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin. V: Der gute Kapitalismus … und was sich dafür nach der Krise ändern müsste (mit Hansjörg Herr und Christian Kellermann, 2009)

THOMAS GEBAUER ist Psychologe, Geschäftsführer von medico international. Autor des vierteljährlich erscheinenden *medico-rundschreiben*

CORINNA GENSCHEL Mitarbeiterin der Kontaktstelle Soziale Bewegungen der Linksfraktion im Bundestag, Redakteurin des *Prager Frühling* und der *Luxemburg*

CHRISTINA GRÄWE Krankenschwester, Dipl.-Ing. Architektur, freie Autorin und Ausstellungskuratorin, u.a. Deutsches Architekturmuseum Frankfurt/M, Architekturmuseum der TU Berlin, Partnerin der Kuratorenwerkstatt Förster Gräwe Winkelmann

WOLFGANG F. HAUG Philosoph, Hg. von *Das Argument* und dem Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus. V: Der gespaltene Kosmopolitismus des transnationalen Hightech-Kapitalismus, in: *Das Argument* 282, 559–76 (2009)

HANSJÖRG HERR lehrt an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin. Schwerpunkte: Entwicklung des internationalen Währungssystems, Europäische monetäre Integration, Transformationsprozesse von Plan- in Marktwirtschaften. V: Der gute Kapitalismus … und was sich dafür nach der Krise ändern müsste (mit Sebastian Dullien und Christian Kellermann, 2009)

FILOMENA NINA HUARCACHO Anthropologin und Mitarbeiterin am *Taller de Historia Oral Andina* (THOA), einer Arbeitsgruppe zu Erforschung und Schutz indigener Andenvölker, Hg. der gleichnamigen Schriftenreihe

EVA ILLOUZ Prof. für Soziologie und Anthropologie an der Hebräischen Universität Jerusalem. V: Gefühle in Zeiten des Kapitalismus (2004)

BORIS KANZLEITER Leiter des Auslandsbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Belgrad. V: Politischer Umbruch in Serbien, *rls Standpunkte* 25/2008

CHRISTIAN KELLERMANN Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung für die Nordischen Länder in Stockholm. V: Der gute Kapitalismus … und was sich dafür nach der Krise ändern müsste (mit Sebastian Dullien und Hansjörg Herr, 2009)

DIETER KLEIN Ökonom, Mitarbeiter u. Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Hg. der *Reihe einundzwanzig*, Mitglied des Willy-Brandt-Kreises, Vorstandsmitglied der Michael-Schumann-Stiftung. V: Die Linke und das Eigentum (2010)

BIRGIT KOBOLSKE ist Übersetzerin und Lektorin in Berlin

RAINER LAND Soziologe, Vorstandsmitglied des Thünen-Instituts für Regionalentwicklung, Redakteur der Zeitschrift *Berliner Debatte Initial* und Mitgründer des Netzwerkes Ostdeutschlandforschung. V: Eine demokratische DDR? Das Projekt »Moderner Sozialismus«, in: *APuZ* 11 (2010); Transformationen des Kapitalismus, Roosevelt und Obama, in: *Theater der Zeit* 18 (2009)

ANA MARIA LARREA Staatssekretärin im ecuadorianischen Planungsministerium

SABINE NUSS Referentin für Politische Ökonomie und Nachhaltigkeit an der Akademie für politische Bildung der RLS. V: Copyriot & Copyright: Aneignungskonflikte um geistiges Eigentum im informationellen Kapitalismus (2006)

PETER PORSCH Prof. a.D. (Universität Leipzig) Dialektologie und Soziolinguistik; MdL Sachsen a.D. für DIE LINKE

KLAUS PRIEGNITZ IG-Metall-Vorstandsmitglied, Fachbereich Internationales/Europa

JAN REHMANN Philosoph, Privatdozent an der FU Berlin, unterrichtet am Union Theological Seminary in New York. V: Einführung in die Ideologietheorie (2008); Sloterdijks Weg vom Zynismus-Kritiker zum Herrschaftszyniker (2009, mit T. Wagner), in: *Das Argument* 280, 116–130

FALK RICHTER Regisseur, Autor und Übersetzer, Hausregisseur an der Berliner Schaubühne. Inszenierungen u.a. am Wiener Burgtheater und am Nationaltheater Oslo. Eigene Stücke: Im Ausnahmezustand, Electronic City, Unter Eis

BEAT RINGGER Zentralsekretär des Schweizerischen Verbands des Personals öffentlicher Dienste – vpod. V: Zukunft der Demokratie – das postkapitalistische Projekt (2008)

BERND RÖTTGER Sozialwissenschaftler und Autor, Lehrbeauftragter an der Universität Wien, Redakteur *Das Argument*. V: Gramsci, Gewerkschaften und kritische Internationale Politische Ökonomie. Formbestimmungen und Formwandel des Klassenkonflikts, in: E. Hartmann/C. Kunze/U. Brand (Hg., 2009): Globalisierung, Macht und Hegemonie , 92–121.

BIRGIT STAHL IG-Metall-Vorstandsmitglied, Fachbereich Internationales/Europa

STEFAN THIMMEL Journalist. V: ABC der Alternativen (2007, Hg. mit Ulrich Brand und Bettina Lösch)

THOMAS WAGNER Kultursoziologe, freier Autor, u.a. für *Junge Welt, Wochenzeitung* und *Graswurzelrevolution* sowie Dozent für Kreatives Schreiben und Alphabetisierung mit Kindern und geistig behinderten Erwachsenen (u. a. Lernmobil e. V., Berlin). V: Herrschaftsfreie Institutionen (1999, mit R. Haude); Sloterdijks Weg vom Zynismus-Kritiker zum Herrschaftszyniker (2009, mit J. Rehmann), in: *Das Argument* 280, 116–130

KLAUS WEBER-TEUBER Sozialpsychologe und Dozent an der Fakultät für angewandte Sozialwiss. der Hochschule München und Vertrauensdozent der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Schwerpunkte: Sozialpsychologie, Soziale Arbeit und Faschismus, Resozialisierung, Subjekt und Gesellschaft, Gesellschaftskritik. V: Ideologie und Faschismus. Projekt Ideologie-Theorie (Hg. der Neuauflage, 2007)



»Searching for Utopia« von Jan Karpe Foto: Marleen Keustermans



Der große Betrug
Jetzt neu: www.blaetter.de
Mit hintergründigen Dossiers und kritischen Kommentaren
6'10
Blätter für deutsche und internationale Politik
Die Magie des Wachstums
Kein Ort nirgends: Die vergebliche Suche nach der deutschen Leitkultur
Das tägliche Brot der Demokratie
Die Übergangsregierung
Oskar Lafontaine: Der Unvollendete
Iran: Zeit für den Strategiewechsel
Der große Betrug und die Krise der Demokratie
James K. Galbraith
Thilo Bode, Katja Pink
Fußballmacht Afrika
D. Schulze-Marmeling
Testen Sie die »Blätter«
Mehr auf www.blaetter.de
Tel.: 030/3088-3644 | E-Mail: abo@blaetter.de



Foto: Jakob Montrasio



Jetzt online bestellen!
07
prager frühling
Magazin für Freiheit und Sozialismus
Flotter Dreier
Mit links GegenMacht regieren
Oder rote Hose?
Europäisches Sozialforum
Mit links GegenMacht regieren
Während Ypsilanti, der linke Staatssekretär Hoff und der Denker der grünen Basis, Zion, über Chancen und Risiken sinnieren, übt PARTEI-Chef Sonneborn bereits vor seinem Rasierspiegel die Regierungserklärung. Wollt ihr wirklich regieren? Misslungene Beispiele gab es doch genug. Stimmt, aber ein flotter Dreier kann auch Spaß machen.
www.prager-fruehling-magazin.de



Nr. 42 | 4 Euro
arranca!
Und vor dir Gespenster
Transformationsstrategien II
Mit Beiträgen von Mario Candeias, Friederike Habermann, Thomas Seibert, Frank John, Jens Kastner, Gruppe Soziale Kämpfe, Für eine linke Strömung u.a.
Alles Weitere unter arranca.org